

Eine andere

Globalisierung

ist möglich!

Selbstbestimmtes Wirtschaften in einer
zusammenwachsenden Welt

Ein Positionspapier des
Arbeitskreises ‚Grundlagen‘
attac München

Autoren: Gerd Zeitler und Hans-Joachim Schemel

Inhalt	Seite
Vorwort	3
I. Einleitung	
Rückblick.....	4
Ausgangslage.....	5
Zielsetzung.....	8
II. Neoliberalismus	
Ursachen, Folgen, Folgerungen	
Überblick.....	10
Freihandel.....	12
Standortwettbewerb.....	18
Privatisierung.....	19
Wachstum.....	20
Produktivität.....	23
Beschäftigung.....	24
Finanzmärkte.....	26
Missmanagement.....	28
Landwirtschaft.....	29
Bevölkerungsentwicklung.....	31
Zusammenfassung.....	32
III. Regionalität und Globalität	
Vision selbstbestimmter Binnen- und Außenwirtschaft	
Regionale Wirtschaftsordnung.....	37
Globale Wirtschaftsordnung.....	43
IV. Schritte zur Umsetzung	
Vom Verdrängungs- zum Wissenswettbewerb	
Vorbemerkungen.....	48
Außenwirtschaftliche Maßnahmen.....	50
Binnenwirtschaftliche Maßnahmen.....	52
Unabhängige Sofortmaßnahmen.....	55
Supranationale Zuständigkeiten.....	55
V. Kurzfassung	57
Anhang	
Glossar.....	63
Scheinargumente.....	73
Statistische Trends.....	76
Quellennachweis.....	77

Hinweis zur Entstehung: Die Idee zur vorliegenden Broschüre ist im Arbeitskreis ‚Grundlagen‘ von attac München unter der Leitung von Bernhard Thomas und Katja Riegger entstanden. Ziel war es, ein Positionspapier zum Thema Globalisierung und Arbeitslosigkeit zu erstellen und in den politischen Diskurs einzubringen. Als Ausgangsbasis dienten Thesen aus den im Quellenverzeichnis genannten Manuskripten, die zunächst im Arbeitskreis unter Mitwirkung von Annelies Erhardt, Klaus-Dieter Jack, Kurt Haymann, Anton Überla und den beiden AK-Leitern diskutiert und dann von den Autoren Gerd Zeitler und Hans-Joachim Schemel in die vorliegende Form gebracht wurden.

Hinweis zum Urheberrecht: Für den Inhalt zeichnen ausschließlich die Autoren verantwortlich. Alle Rechte vorbehalten. Die Vervielfältigung und Weiterverbreitung, auch einzelner Textauschnitte, bedarf der Zustimmung. Zitate unter Angabe der Quelle sind ausdrücklich erwünscht.

Kontakt: Gerd.Zeitler@t-online.de oder SchemelHJ@aol.com

Vorwort

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir die folgenreichste Fehlentwicklung unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken: Die existentielle Bedrohung von vielen Millionen Menschen allein in unserem Lande durch die schwindenden Chancen der Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben.

Dazu ist es erforderlich, diese Entwicklung schonungslos, nüchtern und in ihrem ganzen Ausmaß darzustellen und zu bewerten, um auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen zu entwickeln, die sich nicht in der üblichen Augenwischerei erschöpfen, sondern kompromisslos gegen die Ursachen gerichtet sind.

Seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts können wir beobachten, wie sich Teile der Wirtschaft unter Mitwirkung der Politik aus der Gesellschaft herauslösen und sich ihre eigenen Gesetze schaffen. Wie immer mehr Menschen als Wirtschaftssubjekte und als Bürger entmündigt werden. Wie das Wohl der Gesellschaft der Willkür eines zum Selbstzweck gewordenen globalen Wettbewerbs und den Unwägbarkeiten

fremdbestimmter „liberalisierter“ Märkte ausgeliefert wird. Und wie alle Versuche zwangsläufig scheitern müssen, die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und Armut innerhalb der bestehenden wirtschaftlichen Unordnung zu überwinden.

Es ist höchste Zeit, gegen die herrschende Gesetzlosigkeit und gegen Willkür und Fremdbestimmung vorzugehen. Mit größter Glaubwürdigkeit und Signalwirkung kann das geschehen, wenn die vorenthaltenen Bürgerrechte im unmittelbaren Lebensumfeld vor Ort eingefordert werden. Denn nur vom Lokalen ausgehend können die wirtschaftlichen Aktivitäten ihren eigentlichen Sinn und Zweck zurückgewinnen: nämlich im Austausch miteinander für ein besseres Leben zu sorgen.

Wirtschaft ist kein Selbstzweck und kann nicht sich selbst überlassen werden. Sie bedarf der demokratisch legitimierten Steuerung, um die Rechte und Pflichten ihrer Akteure in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen – auf allen Ebenen und für alle Bürger.

Autoren und Mitwirkende des Arbeitskreises ‚Grundlagen‘
attac München

Oktober 2004

I. Einführung

Rückblick

Mit dem Begriff Globalisierung, der erstmals Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts auftauchte, werden im weitesten Sinne alle Bemühungen und Entwicklungen bezeichnet, die der Intensivierung internationaler Verflechtungen in Politik, Wirtschaft und Kultur dienen. In der Umgangssprache ist die Bedeutung des Begriffs auf die wirtschaftliche Komponente eingengt worden. Nicht ohne Grund, denn die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung sind inzwischen – auch auf Politik und Kultur – außerordentlich beherrschend geworden. Welche Kräfte dafür bestimmend waren und noch immer sind, erschließt sich am besten aus einem Rückblick auf die Geschehnisse seit dem Zweiten Weltkrieg:

Im Juli 1944 wurde in Bretton Woods im US-Bundestaat New Hampshire von den späteren Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ein Abkommen für eine wirtschaftliche Nachkriegsordnung unterzeichnet. Angestrebt wurde die reibungslose Abwicklung des Welthandels auf der Grundlage autonomer Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer und eines Systems fester Wechselkurse bei voller Konvertibilität der Währungen. Erklärtes politisches Ziel war es, weltweit Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

Die Vorbereitungen wie auch die eigentlichen Verhandlungen zu diesem Abkommen waren von vornherein sehr stark vom unbändigen Expansions- und Gewinnstreben und dem geschickten Lobbyismus US-amerikanischer Industrieller und Investoren geprägt. Frustriert vom Protektionismus der 20er und 30er Jahre drängten sie auf Exportmärkte und verlangten nach unbegrenzten Rohstoffimporten. Das war die eigentliche Geburtsstunde der neoliberalen Globalisierung, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnen konnte, wie die kommenden weltpolitischen Ereignisse den industriellen Interessen in die Hände spielen und mit welcher fragwürdiger Wohlstandsdoktrin die Industrievertreter ihren Machtzuwachs rechtfertigen würden.

Zur Umsetzung des Abkommens wurden 1945 der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (IBRD) als Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UN) gegründet. Aufgabe des IWF war es zunächst, ein internationales Zahlungssystem aufzubauen und die Konvertibilität der Währungen sicherzustellen, später verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Vergabe kurzfristiger Kredite zur Überwindung von Wirtschaftskrisen, während die Weltbank in den ersten Jahren den Wiederaufbau Europas finanzierte und sich anschließend der langfristigen Finanzhilfe für Entwicklungsländer widmete.

1948 trat dann, ergänzend zu IWF und Weltbank, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) in Kraft, mit dem Zollsenkungen und der Abbau sonstiger Handelsbeschränkungen angestrebt und die beteiligten Länder zu multilateralen Vereinbarungen auf Gegen-

seitigkeit verpflichtet wurden. Beide Abkommen, das von Bretton Woods und auch das GATT, beschränkten sich auf den Handel mit Gütern. In der Nachkriegsordnung waren also weder ein autonomer Finanzmarkt noch eine Öffnung der sonstigen Dienstleistungsmärkte oder gar der Arbeits- und sonstigen Faktormärkte vorgesehen.

Im Einklang mit den in Bretton Woods festgeschriebenen Zielen stellten sich Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand tatsächlich ein – jedenfalls in den westlichen Industrieländern, die in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten einen beispiellosen Aufschwung erlebten. Besonders in der Bundesrepublik, später auch in Japan, entwickelte sich das zum geflügelten Wort gewordene „Wirtschaftswunder“, das gleichzeitig stabilisierende Wirkung auf den sozialen Frieden und die jungen demokratischen Institutionen dieser Länder hatte. Für die meisten Entwicklungsländer und ehemaligen Kolonien, besonders solche mit beschädigtem Primärsektor, konnte die Schwelle zur Industrialisierung auch mit internationaler Finanzhilfe nicht überwunden werden und sich die Hoffnung auf allgemeinen Wohlstand nicht erfüllen.

Ende der sechziger Jahre gab es dann infolge der hohen Kosten des Vietnam-Krieges einen Rückschlag für die wirtschaftliche Ordnung: Die USA sahen sich unter Präsident Nixon genötigt, ihr hohes Haushaltsdefizit durch eine expansive Geldpolitik abzubauen und die Goldkonvertibilität des US-Dollars, der Leitwährung des Systems war, einzuschränken. Die anderen Länder waren jedoch nicht bereit, die Kosten der inflationsbedingten neuen Parität im Festkurssystem mitzutragen, und so scheiterte das Bretton-Woods-System nach einigen Rettungsversuchen endgültig im Jahre 1973.

Eine neue Ära begann: Die festen Regeln des Systems einschließlich der festen Wechselkurse konnten unter dem Druck destabilisierender Spekulationen und des sich abzeichnenden freien Spiels der Marktkräfte nicht aufrechterhalten werden. Parallel zum Bretton-Woods-System hatten sich zudem sogenannte Euromärkte entwickelt, die es Dollar-Besitzern ermöglichten, ihr Geld zu günstigen Konditionen in Europa anzulegen. Die steigende Liquidität dieser Märkte wurde zunehmend auch von Regierungen, Banken und Unternehmen genutzt und bildete schließlich die Ausgangsbasis für die globalen Finanzmärkte heutiger Prägung. Die neuen grenzüberschreitenden Freiheiten von Unternehmern und Investoren gingen zwangsläufig mit einem schwindenden Einfluss nationalstaatlicher Wirtschaftslenkung einher, so dass die in Bretton Woods als wichtige Bedingung für einen geordneten Welthandel eingestufte wirtschaftspolitische Autonomie der Nationalstaaten zu bröckeln begann. Damit begann die heiße Phase der neoliberalen Globalisierung.

Die Kapitalverkehrsbeschränkungen wurden im Zuge dieser Entwicklung sukzessive von allen OECD-Ländern bis Anfang der neunziger Jahre abgebaut. Die im

freien Kapitalverkehr möglichen Direktinvestitionen über Landesgrenzen hinaus entwickelten sich unter dem unternehmerischen Druck immer mehr zu einer faktischen Niederlassungsfreiheit und bescherten den Regionen und Nationen eine neue Spielart des Wettbewerbs: den Standortwettbewerb. Mit einiger Verzögerung wurden in den achtziger Jahren die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Liberalisierungs- und Deregulierungswelle erfasst, gefolgt von den post-kommunistischen Staaten in den neunziger Jahren.

Die beginnende weltweite Akzeptanz der Marktliberalisierung in den neunziger Jahren markierte ironischerweise zugleich den Anfang vom Ende der in die neoliberale Globalisierung gesetzten Hoffnungen: Nach über vierzig Jahren ununterbrochenen Wachstums gingen die großen Märkte der westlichen Industrieländer in den Zustand der Sättigung über. Die Stagnation, vorübergehend noch durch das Wachstum in den weniger entwickelten Ländern kompensiert, wurde spätestens zur Jahrtausendwende zur unumstößlichen Gewissheit. Dem nachlassenden Wachstum wurde im Sinne der akzeptierten neoliberalen Prinzipien mit weiterer Liberalisierung begegnet: 1995 wurde das GATT in die Welthandelsorganisation (WTO) der UN überführt und deren Aufgaben um die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen erweitert (GATS-Abkommen) und der Schutz geistigen Eigentums konsequent in den Dienst des liberalisierten Güter- und Dienstleistungshandels gestellt (TRIPS-Abkommen).

Angesichts der Marktsättigung verblasste der Mythos vom ewigen Zuwachs des Wohlstands und auch die

Beurteilung der zurückliegenden Wirtschaftsperioden fiel nüchterner aus: Für den Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre schien weniger das Bretton-Woods-System selbst als vielmehr das riesige Wachstumspotential, das durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs entstanden war, ausschlaggebend gewesen zu sein. Ebenso war offenbar das durch die Ölpreiskrise in den siebziger Jahren zunächst gedämpfte Wachstum sowie das der achtziger Jahre nicht so sehr der Liberalisierung und Deregulierung zu verdanken, sondern vor allem dem Ausreizen des technologischen Fortschritts. Dass die Grenzen des Wachstums auch hinsichtlich der ökologischen Verträglichkeit ausgereizt und die natürlichen Lebensgrundlagen bedroht waren, war schon 1972, als der Club of Rome seinen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte, ins Bewusstsein der Öffentlichkeit vorgedrungen, wurde aber schon bald durch eine andere Bedrohung verdrängt:

Ab Mitte der neunziger Jahre unterschritt das Wirtschaftswachstum eine Schwelle, die erstmals deutlich werden ließ, dass das liberalisierte System bei Stagnation seinen sozialen Auftrag nicht erfüllen konnte. Die Weltwirtschaft schlidderte in einen depressiven Zustand mit der Folge weltweiter Massenarbeitslosigkeit und Armut – das System erwies sich als im Kern abhängig von dauerndem Mengenwachstum. Die einsetzende Globalisierungskritik begann, den Neoliberalismus als das zu erkennen, was er offensichtlich von Anfang an gewesen war: ein Instrument globaler wirtschaftlicher Machtentfaltung der US-amerikanischen und später auch der europäischen und asiatischen Industrie.

Ausgangslage

Spätestens zur Jahrtausendwende sind die meisten Nationalstaaten und großen Wirtschaftsregionen in einen Zustand geraten, der dem ähnelt, den die Ökonomen als Depression bezeichnen und der, etwa in den dreißiger Jahren, Zusammenbrüche von Unternehmen, hohe Arbeitslosigkeit und soziale Missstände zur Folge hatte. Während jedoch die klassische Depression für die kurze Phase des Niedergangs im Konjunkturzyklus steht, die auf die Rezession folgt und durch den Aufschwung abgelöst wird, entzieht sich der gegenwärtige Zustand jeglicher konjunkturellen Einordnung und Erklärungsversuchen und widersetzt sich allen Methoden der konjunkturellen Steuerung. Exportländer wie Deutschland, die mit einem hohen Anteil ihrer Produktion im globalen Wettbewerb stehen, sind besonders stark betroffen. Ein in der Wirtschaftsgeschichte neues Phänomen, das in die Lehrbücher der Ökonomie noch keinen Eingang gefunden hat und das wir hier, weil es nun schon seit Jahren andauert, ohne in einen Aufschwung überzugehen, als „neoliberale Dauerdepression“ bezeichnen. Neoliberale Protagonisten versuchen immer noch, den Zustand zu einer – vorübergehenden – Rezession schönzureden.

Die mit der neoliberalen Dauerdepression verbundenen statistischen Trends sprechen eine eindeutige Sprache: Massenarbeitslosigkeit und rückläufige Beschäftigung als Dauererscheinung, stetig sinkende Re-

allöhne der abhängig Beschäftigten, Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitjobs, rückläufiges Angebot an Ausbildungsplätzen und allgemein schwieriger Arbeitsmarkteintritt für Jugendliche, zunehmende Armut bei wachsender Kluft zwischen Arm und Reich, Risse im sozialen Netz, lokale und globale Umweltbelastungen sowie größer werdende Gegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. All das sind Vorboten einer gewaltigen und gewaltsam von Menschenhand betriebenen Veränderung, deren Ausmaß und Auswirkungen wir nur erahnen können.

Industrielle und finanzwirtschaftliche Interessengruppen und ihre Lobbyisten setzen alles daran, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. In einer Atmosphäre gesellschaftlicher Zerrissenheit und existentieller Ängste gelingt es ihnen immer wieder, noch tiefere soziale Einschnitte als unausweichlich zur Überwindung der Krise zu verkaufen und politisch durchzusetzen. Sie verstehen es, ihre Vorstöße mit einer marktwirtschaftlichen Aura zu umgeben und mit einem Mythos der Wohlstandsmehrung zu bemänteln. Mit Unterstützung willfähriger Politiker und Ökonomen gelingt es ihnen, sich Zug um Zug politischer Kontrolle zu entziehen und sich jenseits demokratischer Legitimation ihre eigene – transnationale – Sphäre zu schaffen.

Erstmals in der Wirtschaftsgeschichte wird der „Markt“ zu einem alle Grenzen und Regeln sprengenden Ort umfunktioniert, wo Akteure auf der Grundlage unterschiedlichster Ausgangsbedingungen aufeinandertreffen, wo jede Transaktion eigenen Gesetzen folgt, wo Kosten beliebig unterdrückt werden und der Preis seine regulierende Funktion verliert, und wo jeder Marktteilnehmer nur seinem eigenen Vorteil Rechenschaft schuldig ist. Was uns als eine höhere Stufe von Marktwirtschaft verkauft wird, entpuppt sich als wirtschaftspolitisches Chaos globalen Ausmaßes, das den notwendigen Ausgleich zwischen Markt und öffentlichen Interessen sowie den Belangen der Umwelt von vornherein vereitelt.

Im Zentrum der Täuschung steht die Schimäre von der allgemeinen Wohlstandsmehrung durch globalen Wettbewerb auf offenen Märkten. Ein Wettbewerb, der es weder den wirtschaftlichen Akteuren noch den Nationalstaaten ermöglicht, sich konstruktiv aneinander zu messen und heilsame Impulse aufzugreifen, um sie immer wieder in neue schöpferische Leistung umzumünzen. Ein Wettbewerb auch, bei dem der konstruktive Austausch von Wissen und der Handel mit geistigem Eigentum dem kurzfristigen Eigennutz der Akteure zum Opfer fällt. Unter den anarchischen Verhältnissen offener globaler Märkte reduziert sich der Wettbewerb darauf, den Gegner möglichst spektakulär für immer aus dem Rennen zu werfen. Die unwiderruflichen Verdrängungen, die dadurch provoziert werden, und die wirtschaftlich durch nichts zu rechtfertigen sind, lassen sich an den Zerstörungen unserer gewachsenen Wirtschaftsstrukturen und unseres produktiven Volkvermögens ablesen. Von Wohlstandsmehrung kann dabei keine Rede sein.

Die Wettbewerbsinszenierung wird von Industrie und Politik überdies genutzt, um gegenüber den abhängig Beschäftigten eine disziplinierende Drohkulisse aufzubauen: Zur Steigerung der globalen Wettbewerbsfähigkeit ihres Standortes, wie auch ihrer ganz persönlichen Wettbewerbsfähigkeit, sollen sie „den Gürtel enger schnallen“, Lohnverzicht üben, länger arbeiten und sich an den prekären Arbeitsverhältnissen in Entwicklungsländern messen lassen.

Die global agierenden Industrie- und Dienstleistungsunternehmen können in diesem Umfeld ihrem Expansions- und Gewinnstreben unbehelligt frönen. Ehemals bodenständige Unternehmen verwandeln sich in vagabundierende Weltkonzerne, die sich zwar nach wie vor nationaler Ressourcen bedienen, aber ihre nationale Verantwortung abstreifen, wenn sie Kapital und Arbeitsplätze über Landesgrenzen hinweg bewegen. Im politikfreien Raum des globalen Wettbewerbs ist allein die von jeder sozialen und ökologischen Verpflichtung befreite betriebswirtschaftliche Bilanz der Maßstab des Erfolgs. Entsprechend hemmungslos werden Arbeitskräfte „freigesetzt“ und sonstige unternehmerische Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt. Jede Methode, die zur rechnerischen Steigerung der betrieblichen Effizienz beiträgt, wird als Fortschritt gefeiert und beflügelt die Aktienkurse. Betriebswirtschaftliche Gewinne erzeugen zwangsläufig und umgehend volkswirtschaftliche Verluste. Staatliche Transferleistungen und Zu-

kunftsvorsorge geraten unter die Räder. Bei leeren öffentlichen Kassen wird der Staat auf die Funktion eines letzten sozialen Auffangbeckens reduziert. Die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz wird bei schwindender sozialer Absicherung zum Albtraum: Wer aus dem System herausfällt, dem drohen Dauerarbeitslosigkeit und Armut.

Der Primat der Politik über die Wirtschaft, wie er noch im Bretton-Woods-Abkommen beschworen wurde, ist unter den globalen Zwängen zusammengebrochen: Nationale Politik gefällt sich darin, der Wirtschaft nach Möglichkeit alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen und verliert dabei unweigerlich ihre eigene Gestaltungsfähigkeit. Wirtschaftspolitische Vollmachten werden leichtfertig supranationalen Institutionen wie der Europäischen Union (EU) und der Welthandelsorganisation (WTO) übertragen, um den „globalen Herausforderungen“ schneller und wirksamer begegnen zu können. Demokratische Meinungs- und Willensbildung wird auf allen Ebenen durch undurchsichtige zentralistische Strukturen ersetzt: Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung sowie Landesparlamente und Bundestag beschränken ihren Einfluss darauf, wirtschaftspolitische Entscheidungen abzunicken, die zuvor in elitären neoliberalen Zirkeln getroffen worden sind. Wirtschaftswachstum wird zur nationalen Verpflichtung hochstilisiert, der sich auf dem Wege in eine angeblich bessere Zukunft alles unterzuordnen hat. Angesichts gesättigter Märkte erweisen sich die ständigen, von Zweckoptimismus getriebenen Wachstumsprognosen als trügerische Hoffnung. Die kürzer und flacher verlaufenden Wachstumsschwankungen, denen im positiven Bereich immer wieder ein beginnender Aufschwung angedichtet wird, haben schon seit Jahren keinen Beitrag mehr zur Beschäftigung geleistet. Die schwindende wirtschaftspolitische Perspektive wird durch Aktionismus ersetzt. Kaum ist eine „Reform“ eingeleitet, wird schon die nächste verkündet.

Die breite Mehrheit der Bevölkerung zählt zu den Verlierern dieser Globalisierung: Arbeitnehmer und Arbeitslose, Kinder und Jugendliche, Auszubildende und Studenten sowie Alte und Kranke. Aber auch die kleinen Gewerbetreibenden und die meisten mittelständischen Unternehmer haben mit dem System zu kämpfen: Sie müssen sich in einem aussichtslosen Wettbewerb gegen Billigimporte aus Niedriglohnländern und industriell gefertigte Einheitsprodukte globaler Unternehmen behaupten, überdies steuerliche Nachteile gegenüber multinational organisierten Unternehmen hinnehmen sowie Schwarzarbeit und eine schrumpfende Binnennachfrage verkraften. Zugleich werden mehr und mehr arbeitsintensive wie auch kapitalintensive Produktionen in Länder mit niedrigeren Löhnen und Standards verlagert und dabei lokale, regionale und nationale Wirtschaftskreisläufe geschwächt und zerstört. Das am Arbeitsmarkt nachgefragte Spektrum an Berufen und Qualifikationen verengt sich stetig und hinterlässt einen wachsenden Sockel von Langzeitarbeitslosen. Ein Teufelskreis aus sinkenden Realeinkommen, Angstsparen, rückläufigem Konsum, unternehmerischen Rationalisierungen und immer neuem Arbeitsplatzabbau setzt ein. Die dadurch erzeugte Schere aus sinkenden Steuereinnahmen und steigen-

den sozialen Verpflichtungen zwingt den Staat, sich immer stärker zu verschulden. Durch die staatlichen Zinsverpflichtungen gegenüber wohlhabenden Gläubigern wird die soziale Umverteilung von unten nach oben zusätzlich beschleunigt. Mit steigender Verschuldung und schwindender Handlungsfähigkeit des Staates werden Begehrlichkeiten des privaten Sektors für Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geweckt. Eine Entwicklung, an deren Ende Staats- und Politikversagen steht.

Das falsche Spiel der freien Kräfte mündet auf den globalen Märkten in einen Produktivitäts- und Kostenwettbewerb, der immer größere unternehmerische Macht- und Kapitalkonzentrationen nach sich zieht und unter den Nationalstaaten im Wettbewerb um Industrieanstaltungen und Arbeitsplätze ein zerstörerisches Wettrennen um die niedrigsten Löhne, Steuern und Standards entfesselt. Dass dabei der Arbeitsmarkt wie ein Gütermarkt eingestuft wird und die Löhne unter dem herrschenden Angebotsdruck hoher Arbeitslosigkeit als beliebig reduzierbar gelten, offenbart den zynischen Charakter des Systems: „*Es gibt keine Arbeitslosigkeit, nur zu hohe Löhne*“, lautet das zugehörige Credo von Nobelpreisträger Milton Friedman.

Im Mainstream der öffentlichen Diskussion erscheint die Globalisierung als ein nicht aufhaltbarer Prozess, der gleichsam Naturgesetzen folgt und als solcher nicht in Frage gestellt werden kann. Die Symptome der langanhaltenden Depression werden teils verdrängt, teils verharmlost als Begleiterscheinung einer vorübergehenden Konjunkturschwäche wahrgenommen. Die bereits eingeleiteten und noch in Diskussion befindlichen „Reformen“ werden den Bürgern als unvermeidlicher Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland verkauft. Im übrigen wird auf den bald zu erwartenden weltweiten Aufschwung verwiesen, der die Krise mildern oder beenden soll.

Die Politiker tun sich schwer, aus dem Ernst der Lage Konsequenzen zu ziehen: Angesichts der imponierenden Ansammlung von wirtschaftlicher Macht und Kapital vertrauen sie blind den wechselnden Eingebungen ihrer neoliberalen Berater. Indem sie die Glaubenssätze von Liberalisierung und Deregulierung unkritisch verinnerlichen, bringen sie sich um die Chance, zu den Ursachen der Entwicklung vorzudringen. Auch die etablierten Wirtschaftswissenschaftler scheinen mit ihrem Latein am Ende zu sein: Viele von ihnen bewegen sich seit Jahren nur noch in einer Welt abstrakter, mathematisierbarer Modelle, in der Hoffnung, die Ökonomie als exakte Wissenschaft zu etablieren. So entfernt sich ihre Arbeit zusehends vom eigentlichen gesellschaftlichen Auftrag und von der Eingebundenheit der Wirtschaft in die Zwänge der irdischen Biosphäre. Der wissenschaftliche Blick für das Wesen menschlichen Wirtschaftens geht verloren und es verbreiten sich unrealistische Vorstellungen von den Funktionen des Marktes, des Wettbewerbs, der Produktivität und der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung. Vom ökonomischen Elfenbeinturm kann folglich weder die Erkenntnis noch das Eingeständnis erwartet werden, dass zentrale marktwirtschaftliche Lehrsätze unter den Bedingungen inhomogener globaler Märkte längst

ihre Gültigkeit verloren haben. Nicht wenige der Mainstream-Ökonomen lassen sich sogar opportunistisch dazu verleiten, die Interessen der mächtigen Wirtschaftslobby mit fragwürdigen Thesen „wissenschaftlich“ zu sanktionieren. Die sogenannten „Fünf Weisen“ des Sachverständigenrats der Bundesregierung bilden mit ihren Jahres- und Sondergutachten die Speerspitze dieses Unfugs.

Die Stimmung in der Gesamtbevölkerung lässt sich am besten als innere Zerrissenheit charakterisieren: Der Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, vor gesellschaftlicher Isolation und Armut steht die faszinierende Wirkung des überwältigenden und ständig zunehmenden Angebots an billigen Importwaren gegenüber. Den meisten Mitbürgern ist nicht bewusst, dass sich der Anteil am inländischen Angebot beispielsweise asiatischer Textilien, Spielwaren und Elektronik der Marke von 100 Prozent nähert. Sie stellen deshalb auch keinen Zusammenhang her zwischen der Gefährdung ihrer persönlichen Lebensumstände und dem steigenden Anteil von Importgütern, deren Preise das Ergebnis unakzeptabler Sozial- und Umweltstandards und manipulierter Wechselkurse sind. Billige Massenware wird als Segen der Globalisierung begriffen.

In der inneren Zerrissenheit liegt der Grund für die gefährliche Passivität, mit der es die meisten Bürger hinnehmen, dass unser in Jahrhunderten entwickeltes breites Spektrum an beruflichen Qualifikationen, unsere ausgewogenen wirtschaftlichen Strukturen sowie unser großer Kapitalstock an produktivem Volksvermögen durch Billigimporte im Namen eines vermeintlich fortschrittlichen „Liberalismus“ zerstört werden. Und dass wir als Gegenleistung Billigexporte anbieten, die wir zu diesem Zweck ebenfalls von sozialen und ökologischen Kosten befreien. Die Programme der politischen Parteien, die auf Beschwörungen von Innovation, Wachstum, globaler Wettbewerbsfähigkeit und Chancen der Globalisierung abheben, sind das Spiegelbild der inneren Zerrissenheit und falscher Wertvorstellungen, die für den in der Wirtschaftsgeschichte einzigartigen Zerstörungsprozess verantwortlich sind.

Supranationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank (IBRD), die von der Wirtschafts- und Finanzlobby der Industrieländer dominiert sind, schicken sich an, die neoliberale Globalisierung weiter voranzutreiben. Sie bereiten Abkommen wie das Allgemeine Handelsabkommen für Dienstleistungen (GATS) vor, um auch den tertiären Sektor einschließlich lebenswichtiger Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in ihrem Sinne unumkehrbar zu privatisieren und zu globalisieren. Auch diese Institutionen sind weder demokratisch legitimiert, noch sind sie bereit, sich zu transparentem Handeln zu verpflichten und sich öffentlich für ihr Tun zu rechtfertigen. In ihnen manifestiert sich die Vorhut einer undurchsichtigen Oligarchie, die angetreten ist, die demokratischen Strukturen zu unterwandern. Niemals in der Wirtschaftsgeschichte hat es eine Fehlentwicklung vom Ausmaß der gegenwärtigen Globalisierung gegeben und niemals zuvor war ein Wechsel des wirtschaftspolitischen Paradigmas

notwendiger als heute. Die Herausforderung, vor der wir stehen, lässt sich im Kern in drei Forderungen zusammenfassen, die von einer zukunftsfähigen Globalisierung erfüllt werden müssen: Sie muss erstens allen Menschen eine selbstbestimmte und existenzsichernde Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben ermöglichen, zweitens die unmittelbare Verantwortung für die nachhaltige Nutzung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen den wirtschaftlichen Akteuren vor Ort auferlegen, und drittens muss sie einen Prozess des weltweiten Wissensaustausches und Voneinander-Lernens in Gang setzen und in Gang halten.

Die grundsätzlichen Forderungen lassen sich in viele Einzelfragen aufgliedern und dadurch leichter einer Lösung zuführen. Zum Beispiel: Wie kann Wirtschaftspolitik demokratisiert, wie die wirtschaftspolitische Souveränität demokratischer Institutionen wiederhergestellt werden? Welcher Grad an politischer Autonomie und wirtschaftlicher Eigenständigkeit ist lokal, regional, national und supranational erforderlich, um zukunftsfähig wirtschaften, internationalen Austausch und Handel betreiben zu können? Wie kann das Recht auf Arbeit

und wirtschaftliche Selbstbestimmung, wie der soziale Ausgleich und wie eine substanzerhaltende Nutzung der natürlichen Ressourcen sichergestellt werden? Weiter ins Detail gehend lässt sich fragen: Wie können im Außenhandel konstruktive Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden? Wie kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt in den Dienst des sozialen und ökologischen Fortschritts gestellt werden? Wie können Produktivitätsgewinne allen daran Beteiligten dauerhaft zuteil werden und ortsgebundene soziale Wirkung entfalten? Wie kann die Ideologie des unbegrenzten Wachstums der Produktionsmenge durch eine Politik des qualitativen Wachstums, des echten Fortschritts und der nachhaltigen gesellschaftlichen Wohlfahrt ersetzt werden? Und schließlich: Wie lassen sich die zahllosen in den letzten 30 Jahren vernachlässigten und unerledigten Aufgaben im sozialen, ökologischen, pädagogischen, schulischen, medizinischen, wissenschaftlichen, kulturellen, künstlerischen und beratenden Bereich sowie im handwerklichen und produzierenden Gewerbe wieder in selbstbestimmte, existenzsichernde Erwerbsarbeit überführen?

Zielsetzung

Wie kann diesem neoliberalen Treiben begegnet werden? Sicher nicht auf Nebenkriegsschauplätzen, wie es die Bundesregierung mit ihrer Agenda 2010 versucht. Auch nicht mit schuldenfinanzierten staatlichen Investitionsprogrammen, die angesichts zerstörter kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe als Strohhalm verpuffen müssen, wie das Experiment in den neuen Bundesländern zeigt. Und selbst wenn sich die Grundfesten sozialer Gerechtigkeit wie etwa hohe Steuerprogression und Vermögens- sowie Erbschaftssteuer durchsetzen ließen, wäre zwar eine Schlacht gewonnen, aber der Feldzug gegen die Massenarbeitslosigkeit und Armut der neoliberalen Dauerdepression noch nicht gewonnen.

Maßnahmen, die zukunftsfähige Verhältnisse versprechen, lassen sich mit Aussicht auf Erfolg nur entwickeln und vermitteln, indem zunächst die Ursachen neoliberaler Fehlentwicklungen in aller Öffentlichkeit transparent gemacht und thematisiert werden. Nur ein öffentlicher Prozess kann die nötige Entschlossenheit erzeugen, einmal erkannte Ursachen politisch ausdauernd und hartnäckig zu bekämpfen. Dem auf offenen globalen Märkten ausgetragenen Verdrängungswettbewerb fällt dabei die Schlüsselrolle zu. Er provoziert – hier zunächst schlagwortartig und im Vorgriff auf die weiteren Betrachtungen genannt – die drei Grundübel der neoliberalen Globalisierung: Die von Nationalstaaten und wirtschaftlichen Akteuren gemeinsam im globalen Wettbewerb bewusst mittels gezielter Preisdrückerei (Dumping) herbeigeführten Wettbewerbsverzerrungen; die bei ineffektiver oder fehlender Marktaufsicht entstehenden globalen Kartelle samt ihrer Macht- und Kapitalkonzentrationen; sowie den auf allen Ebenen schwindenden Einfluss demokratischer Institutionen.

In diesem Sinne haben wir das folgende Kapitel II darauf angelegt, zunächst die Ursachen der wirtschaftlichen und auch der demokratischen Fehlentwicklung zu analysieren, insbesondere bezüglich der existentiellen Bedrohung so vieler Menschen durch die vorerhaltene Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben, sprich: durch Arbeitslosigkeit und Armut. Die Analyse der neoliberalen Ursachen bildet dann den Hintergrund, vor dem wir in den Kapiteln III und IV eine Perspektive für ein gedeihliches Zusammenwachsen der Welt anbieten und konkrete politische und wirtschaftspolitische Schritte für diesen Weg vorschlagen. Dabei dient uns die Vollbeschäftigung als Lackmustest wirtschaftspolitischer Maßnahmen: Indem die Ausgewogenheit des Arbeitsmarktes zum vorrangigen Ziel avanciert, werden alle anderen Aufgaben im Schlepptau quasi wie von selbst mit erledigt.

Insgesamt plädieren wir für eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche und demokratische Tugenden: für wirtschaftliche Selbstbestimmung, demokratische Mitbestimmung, unmittelbare Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen, und für eine neue globalökonomische Denkweise, die das große und vielfältige Potential der Binnenwirtschaften weltweit nicht als Verfügungsmasse eines unsinnigen – darwinistischen – Verdrängungswettbewerbs versteht, sondern als Quelle des Fortschritts und als Fundament für ein zukunfts-trächtiges Zusammenwachsen der Welt. Nur so lassen sich Wohlstand für alle und langfristige gesellschaftliche Wohlfahrt verwirklichen.

Während der Aufklärungsarbeit gilt es, etliche aus jahrelanger neoliberaler Indoktrination herrührende Vorstellungen zu überwinden: Zum Beispiel die weitverbreitete Meinung, dass die verheerende Entwicklung ihre Ursache in einer zu geringen nationalen Anpassungsfähigkeit an die Herausforderungen der Globali-

sierung habe. Oder die irrige Überzeugung, es handele sich um eine geschichtlich zwangsläufige Entwicklung, die Naturgesetzen gleich unabwendbar sei, und die letzten Endes alles zum Guten wenden werde. Oder auch die tiefsitzende Angst, mit Gegenmaßnahmen vermeintliche Vorteile der neoliberalen Globalisierung wie etwa billige Importprodukte aufs Spiel zu setzen.

Der politische Prozess erfordert zwei aufeinander abgestimmte Stoßrichtungen: Zum einen den Beitrag zur politischen Willensbildung vor Ort, deren Einfluss sich von der kommunalen bis hinauf zur nationalen Ebene fortsetzt, und der mit der Verpflichtung verbun-

den ist, ungeachtet externer Entwicklungen und ungeachtet eines äußerst unwahrscheinlichen globalen Konsenses mit aller Kraft im eigenen Umfeld für eine neue Wirtschaftsordnung zu sorgen. Zum anderen die ergänzende Bewusstseinsbildung auf supranationaler und globaler Ebene, die bisher schon durch die weltweite Vernetzung von attac mit vielen anderen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) vorangetrieben wird und längst zum Inbegriff des globalen Gewissens und einer erstarkenden globalen Zivilgesellschaft geworden ist.

II. Neoliberalismus

Ursachen, Folgen, Folgerungen

Überblick

Im Mittelpunkt unserer Kritik steht der gegenwärtige Prozess wirtschaftlicher Globalisierung, der durch grenzüberschreitenden Wettbewerb auf offenen globalen Märkten gekennzeichnet ist und weltweite Bewegungen von Geld- und Sachkapital, von Gütern und Dienstleistungen sowie zunehmend auch von Arbeitskräften nach sich zieht. Und der darüber hinaus starken Einfluss auf die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen in der Welt ausübt.

Weltweite wirtschaftliche Aktivitäten gibt es schon seit Jahrtausenden. Seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhundert hat jedoch das Expansions- und Gewinnstreben zunächst der US-amerikanischen, später auch der europäischen und asiatischen Industrie, von der westlichen Hemisphäre ausgehend zu aggressiven Exportanstrengungen und einer sprunghaften Ausweitung der industriellen Märkte sowie auch zur verstärkten Vereinnahmung unterentwickelter Länder geführt und schließlich den ganzen Globus erfasst.

In der kritischen Auseinandersetzung wird die heute verbreitete Wirtschaftsdoktrin als Neoliberalismus bezeichnet (siehe dazu auch im Glossar unter *Neoliberalismus*). Ihre Vertreter sehen den Schlüssel zu Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand in einer Effizienz und Produktivität, die sich im freien Wettbewerb auf offenen globalen Märkten und einer daraus entstehenden internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung ergeben soll, einschließlich eines unbeschränkten globalen Freihandels und der Privatisierung öffentlicher Güter und Aufgaben. Getragen wird der Neoliberalismus von einer Wirtschaftselite, die sich weitgehend frei von nationalstaatlichen Einflüssen im transnationalen Raum eingerichtet und der globalen Dimension verschrieben hat, um dort ihre unternehmerischen Ziele losgelöst von Gesellschaft und Umwelt zu verfolgen.

Als Einstieg in die weitere kritische Betrachtung reproduzieren wir die ungeschriebene neoliberale Doktrin aus den mündlichen Äußerungen ihrer Protagonisten in unseren eigenen Worten – quasi als Original:

Die globalen Herausforderungen wie Bevölkerungswachstum und Unterentwicklung erfordern ein industriell mit höchstmöglicher Effizienz und Produktivität erzeugtes Massenangebot an Gütern und Dienstleistungen. Die globale Dimension industrieller Produktion bietet die Gewähr, Unternehmensgewinne und Verbrauchernutzen gleichermaßen zu optimieren und Wohlstand und Wohlfahrt für alle Menschen zu erzeugen. Globale Märkte, von Handelshemmnissen und politischem Einfluss befreit, bilden das Regulativ der Weltwirtschaft, das im freien Spiel von Angebot und Nachfrage die besten Unternehmungen zum Erfolg führt, zugleich schlechte Leistungen sanktioniert und dadurch Selbstheilungskräfte freisetzt und weltweit den Fortschritt sichert.

Wohlstand und Wohlfahrt erfordern die konsequente Anwendung des Wirtschaftlichkeitsprinzips: Auf offenen, von Zöllen und Kontingenten befreiten Güter und Dienstleistungsmärkten entfaltet sich globaler Produktivitätswettbewerb, der internationale Arbeitsteilung, hochgradige nationale Spezialisierung und weltweite Güterverteilung mit einem entsprechend hohen Volumen des Welthandels erzeugt. Auf offenen globalen Faktormärkten bilden sich im Wettbewerb von Rohstoffen, Kapital, Standorten und Arbeitskräften marktgerechte Faktorpreise und garantieren die Zuweisung (Allokation) der Produktionsfaktoren nach jeweils höchstmöglicher Produktivität und Rendite.

Das weltweit verfügbare Finanz- und Realkapital fließt als Portfolio- bzw. Direktinvestition jeweils dorthin, wo es den produktivsten und rentabelsten Beitrag leistet. Der Standortwettbewerb der Länder schafft für Unternehmen ein Umfeld, in dem sie ihre Niederlassungen nach geringsten Kosten und höchster Produktivität multinational organisieren und vernetzen. Die Arbeitsnachfrage der Unternehmen wird im grenzüberschreitenden Wettbewerb der Talente optimal befriedigt

Arbeitskräfte werden im globalen Wettbewerb zu lebenslanger Weiterbildung motiviert. Ihre Entlohnung bemisst sich nach individueller Leistung, die eine breite Spreizung der Einkommen und damit Leistungsanreize auf allen Ebenen hervorruft sowie eine systemtragende Leistungselite etabliert. Die Volkswirtschaften werden im Standortwettbewerb bewegt, ihre Bildungssysteme den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Unternehmensfusionen und strategische Kooperationen erzeugen weitere Produktivitätsgewinne und sind das ultimative Mittel, um bestehende Märkte auszuerschöpfen und auszuweiten sowie neue Märkte zu erschließen. Hohe globale Marktanteile ermöglichen große Stückzahlen bei Produkten und große Transaktionsvolumina bei Dienstleistungen. Daraus entstehen Skalenvorteile, niedrige Stück- und Transaktionskosten und schließlich preisgünstige Angebote. Hohe Produktivität ist gleichzeitig die Quelle hoher Unternehmensgewinne, die in technologischen Fortschritt investiert werden und mittels Rationalisierung und Automatisierung wiederum die Produktivität steigern, die Innovationszyklen von Produkten verkürzen und ständiges Wirtschaftswachstum generieren. Wirtschaftswachstum sorgt für neue, immer anspruchsvollere Arbeitsplätze und baut ein wirtschaftliches und technologisches Potential auf, das es erlaubt, auch die Belange der Umwelt zu berücksichtigen.

Staatliche Unternehmungen werden privatisiert, um sie marktwirtschaftlicher Produktivität und Preisbildung auszusetzen. Öffentlich getragene soziale Sicherungssysteme werden durch eigenverantwortliche Geldanlagen auf den globalen Finanzmärkten ersetzt. Der Staat beschränkt sich darauf, die unternehmerische Freiheit und die politische Sicherheit zu gewährleisten (Laissez-

faire-Prinzip). Entwicklungsländer werden durch Zusagen von Weltbank, Internationalem Währungsfond (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) veranlasst, ihre Märkte zu öffnen, um im Freihandel mit den entwickelten Ländern ihre Industrialisierung voranzutreiben. Soziale Ungleichheiten, die eine natürliche Folge unterschiedlichen Leistungsvermögens sind, werden durch die von Leistungsträgern und hohem Kapitaleinsatz erzeugte Produktivität aufgefangen, die einen angemessenen Wohlstand auch bis zu den leistungsschwachen Bevölkerungsschichten durchsickern lässt (Trickle-down-Effekt).

Soweit also das reproduzierte „Original“ mit seinen Verheißungen. Aber wie sieht die Realität nach über 30 Jahren praktiziertem Neoliberalismus aus – bei uns und weltweit? Sind Wohlstand und Wohlfahrt tatsächlich gestiegen? Haben Gerechtigkeit und Gleichverteilung wirklich zugenommen? Sind anspruchsvolle Arbeitsplätze für alle Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden? Werden die Belange der Umwelt nun nachprüfbar besser berücksichtigt? Ziehen wir inzwischen echten Nutzen aus privatisierter Daseinsvorsorge und schwachem Staat? Und schließlich: Sind die Entwicklungsländer wie vorgesehen erfolgreich industrialisiert und auf eigene Beine gestellt worden? Auch wer sich nicht mit Wirtschaftsfragen befasst, kann all diese Fragen nur mit einem eindeutigen *Nein* beantworten.

Den Menschen wird im Neoliberalismus die Doppelfunktion eines austauschbaren Produktionsfaktors und zugleich beständigen Konsumenten zugewiesen. Bei systembedingt steigender Arbeitslosigkeit geht diese Rechnung allerdings nicht auf: Die Menschen können bei sinkenden Realeinkommen ihre Funktion als Konsumenten nicht mehr erfüllen, die Umsätze der Unternehmen gehen zurück, heizen den globalen und regionalen Wettbewerb an, erhöhen den unternehmerischen Kostendruck und lösen schließlich neue Rationalisierungs-, Automatisierungs- und Entlassungswellen aus. Dadurch werden die Wirtschaftskreisläufe an ihrer empfindlichsten Stelle geschwächt: Nämlich dort, wo die Lohnzahlungen der Unternehmen die Einkommen der Beschäftigten sichern und als Konsumausgaben an die Konsumgüter- und schließlich auch an die Investitionsgüterproduzenten zurückfließen. Die Schwächung und letztendliche Unterbrechung von Wirtschaftskreisläufen ist die für den Neoliberalismus charakteristische Fehlentwicklung, die eine schleichende Selbsterstörung zur Folge hat und mit dem Ende der Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erstmals offenkundig wurde.

Die systemimmanente Selbsterstörung wird durch die gleichzeitig verursachten sozialen und ökologischen Verwerfungen noch verstärkt: Massenarbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen, leere öffentliche Kassen sowie zunehmende Armut wirken sich verheerend auf Gesundheit, Bildung, Kultur und Sicherheit aus. Nicht-erneuerbare Ressourcen wie Bodenschätze werden als unerschöpflich betrachtet und bei entsprechend niedrigen Preisen ausgebeutet. Erneuerbare Ressourcen wie Böden, Luft, Gewässer, Pflanzen und Tiere werden über ihre natürliche Regenerierbarkeit hinaus genutzt

und geschädigt. Das Ergebnis dieser Wirtschaftsweise sind zur Neige gehende Rohstoffe und hohe Schadstoffbelastungen und Zerstörungen der Biosphäre. Die derzeit spektakulärste Folge ist der sich abzeichnende globale Klimawandel.

Die neoliberalen Protagonisten wie Politiker, Wirtschaftsfunktionäre, Ökonomen und EU-Bürokraten setzen national und supranational auf zentralisierte Entscheidungsfindung als einzig angemessenes Verfahren. Demokratische Willensbildung wird von ihnen als ineffizient und überflüssig, ja als gefährlich für die wirtschaftliche Entwicklung eingeschätzt. Als erstrebenswertes Ideal propagieren sie den von allen Regelungen befreiten globalen Markt. Der Nationalstaat wird in ihrer Vorstellung auf die Aufgabe reduziert, für das Expansions- und Gewinnstreben der Unternehmen möglichst kostengünstige soziale, ökologische und steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die globale Wirtschaft entwickelt sich so zwangsläufig zum Parasiten der Nationalstaaten, die ihr nach Belieben als Erfüllungsgehilfen dienen, wenn es gilt, sich bei zunehmendem Kostendruck weiterer lästiger Auflagen und überflüssigen Personals zu entledigen.

Die angestrebte effiziente Massenproduktion reduziert den globalen Wettbewerb auf vordergründige technologische Merkmale und Produktivitätssteigerung bzw. Kostenreduzierung. Letzten Endes ist der jeweils niedrigste Weltmarktpreis für ein Produkt der wettbewerbsentscheidende Maßstab für alle Marktteilnehmer innerhalb einer Branche. Durch diese Zuspitzung haben sich die wirtschaftlichen Spielregeln in den letzten drei Jahrzehnten wesentlich verändert: Erstens führt der Kostendruck zu hoher internationaler Spezialisierung sowie zu Fusionen und Übernahmen, aus denen immer größere Megakonzerne hervorgehen. Wirtschaftliches Kapital und wirtschaftliche Macht werden in einem ständigen Prozess in immer weniger Händen konzentriert. Eine gefährliche Entwicklung, die auf der transnationalen Ebene, auf der sich Kartellgesetze nicht durchsetzen lassen, Oligopole und Monopole hervorbringt. Zweitens sind die Unternehmen gezwungen, ihre Kosten durch beschleunigte Innovations-, Automatisierungs- und Rationalisierungszyklen zu senken, das heißt: menschliche Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Und drittens sind die Nationalstaaten unter dem Druck der Unternehmen in einen Wettbewerb um Industrieanstellungen und Arbeitsplätze geraten, der sie nötigt, sich mit immer niedrigeren Arbeitskosten, Steuern und Standards gegenseitig zu unterbieten.

Der globale Kostenwettbewerb hat unmittelbare Auswirkungen auch auf lokale und regionale Anbieter. Eine Abschottung regionaler gegenüber globalen Wirtschaftskreisläufen ist unter neoliberalen Bedingungen nicht möglich, obwohl das oft behauptet wird. Jede Preisreduzierung im globalen Angebot verschlechtert sofort die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und bewegt die Konsumenten – verstärkt noch durch sinkende Reallöhne –, sich noch weiter den standardisierten Weltprodukten der großen Handelskonzerne zuzuwenden. Noch gnadenloser gerät der Mittelstand als Zulieferer der globalen Unternehmen unter Druck, wenn große Konzerne versuchen, ihre Kostenziele

durch Preisdiktat gegenüber kleineren Partnern durchzusetzen. Der Abwärtsspirale aus Kosten und Preisen – die im übrigen das gesamte nationale Preisgefüge zerrüttet – ist der Mittelstand chancenlos ausgeliefert. Etwa die Hälfte aller in Deutschland abgebauten Arbeitsplätze entfallen deshalb auf mittelständische Unternehmen.

Unter aufgeschlossenen Wirtschaftspolitikern und Wirtschaftswissenschaftlern breitet sich Ernüchterung aus, seitdem immer offensichtlicher wird, dass sich die neoliberale Dauerdepression mit den Mitteln der herkömmlichen Stabilisierungs- und Konjunkturpolitik nicht überwinden lässt: Weder der auf John Maynard Keynes zurückgehende antizyklische Fiskalismus mit seinem Deficit Spending, bei dem die öffentlichen Investitionen in der Rezession schuldenfinanziert erhöht werden, zeigt Wirkung, noch die als Reagonomics in die Geschichte eingegangene Angebotsökonomik, die auf die Entfesselung der Marktkräfte setzt und dazu die staatlichen Ausgaben zurückfährt und die Unternehmen umfassend entlastet. Die Gewissheit wächst, dass die weltweite Massenarbeitslosigkeit und ihre Begleiterscheinungen systembedingt sind und dass sich die grenzenlose Heterogenität offener globaler Märkte mit keiner noch so ausgefeilten Theorie erfassen oder gar in der Praxis bändigen lässt.

Gegen die neoliberale Doktrin des deregulierten entfesselten Marktes setzen wir das Modell einer subsidiären sozialökologischen Marktwirtschaft, in der die Akteure lokal und regional verankert sind und daraus ihre Fähigkeiten und Stärken für globale Interaktionen beziehen. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage

wird dabei durch eine ausgeprägte Steuerung des Binnenwettbewerbs in den Dienst von Gesellschaft und Umwelt gestellt und setzt sich in einer geregelten wettbewerbsorientierten Außenwirtschaft fort. Das erfordert demokratische Willensbildung und demokratische Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, um die allgegenwärtigen Einflüsse von Interessengruppen immer wieder zurückzudrängen und Regeln durchzusetzen, die eine Optimierung des gegenwärtigen und zukünftigen Gemeinwohls ermöglichen.

Hinweis

Die folgenden Abschnitte des Kapitels II beginnen wir jeweils mit einer Darstellung der neoliberalen Ausgangslage und schließen mit einem Ausblick auf die Chancen und Möglichkeiten, die sich unter den Bedingungen echter Marktwirtschaft anbieten. Das Kapitel II beschließen wir mit einer Zusammenfassung der Kritik am Neoliberalismus. Im Kapitel III stellen wir Grundsätze und Regeln für eine zukunftsfähige regionale und globale Wirtschaftsordnung auf und schlagen im Kapitel IV Schritte für den Übergangsprozess zu dieser Ordnung vor. Kapitel V ist eine Kurzfassung, in der wir die wesentlichen Argumente aller vorangegangenen Kapitel nochmals im Zusammenhang darstellen. Im Anhang bieten wir – auch zum Nachschlagen zwischen durch – ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen an, die zum Verständnis des Textes beitragen können, gehen auf geläufige neoliberale Scheinargumente ein und zitieren anschließend einige statistische Trends, die das Argument von der „allgemeinen Wohlstandsmehrung durch globalen Freihandel“ widerlegen.

Freihandel

Ausgangslage

Der globale Freihandel ist der Schlüssel für das Verständnis wie auch für die Überwindung der neoliberalen Globalisierung. Kern der Freihandelsdoktrin ist eine möglichst weitgehende internationale Arbeitsteilung bei allen Wertschöpfungsprozessen und eine gleichzeitig hohe Spezialisierung der einzelnen Wirtschaftsräume auf möglichst wenige Einzelprozesse und Zwischenprodukte – verbunden mit dem Abbau von Handelshemmnissen bis hin zur völligen Öffnung aller nationalen Märkte. Arbeitsteilung und Spezialisierung sind – als zwangsläufiges Ergebnis des freien globalen Wettbewerbs – der Motor des Freihandels. Dessen Volumen fällt um so höher aus, je arbeitsteiliger die Weltwirtschaft organisiert ist und je höher ihr Spezialisierungsgrad ist. Seit Adam Smith im 18. Jahrhundert das theoretische Produktivitätspotential einer internationalen Produktspezialisierung erkannte, lauten die Verheißungen: Produktivität, Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand und Wohlfahrt.

Während für Adam Smith der absolute Produktivitätsvorteil eines Landes Voraussetzung für eine Spezialisierung war, wies sein Kollege David Ricardo wenig später theoretisch nach, dass relative Produktivitätsvorteile genügen, um Wohlstandsgewinne durch Spezialisierung und gegenseitigen Tausch zu erzielen.

Selbst technologisch völlig unterschiedlich entwickelte Länder können nach Ricardo wohlstandsmehrenden Handel betreiben, solange sich zwischen ihnen im Zustand der Autarkie innerhalb einer Gruppe gleicher Produkte relative Produktivitätsunterschiede nachweisen lassen. Dieses sogenannte Ricardo-Theorem des komparativen Vorteils lässt sich zwar nicht in praktische Politik umsetzen, ist aber wegen seiner verblüffenden Rechenergebnisse weltweit immer noch Bestandteil aller ökonomischen Lehrpläne und wird von der Mehrzahl der Ökonomen – neben der Lehre von Adam Smith – wiederholt zur wissenschaftlichen Rechtfertigung des neoliberalen Freihandels herangezogen. Es ist unerlässlich, diese in Diskussionen und Fachbüchern auftauchenden fundamentalen Missverständnisse hier zunächst auszuräumen, um den Diskurs von vornherein in eine pragmatische Richtung zu lenken:

Smith und Ricardo

In der Annahme, Beschäftigte seien zwischen den Sektoren und Branchen beliebig beweglich, erklären beide Ökonomen, jedes Land könne und solle sich beliebig hoch spezialisieren, um möglichst hohe Wohlstandsgewinne zu realisieren. Beide verschließen damit die Augen vor der durch jede Spezialisierung verursachten strukturellen Arbeitslosigkeit. Und beide

nehmen in Kauf, dass zugleich der Intra-Branchenhandel – und mit ihm die Angebotsvielfalt am Markt – für immer verschwindet und nationale Innovationspotentiale unwiderruflich lahmgelegt werden. Ricardo geht überdies von starren Tauschgeschäften aus, die planwirtschaftlich anmutende langfristige Handelsvereinbarungen erfordern. Da auf offenen Märkten nur der absolute Preisvorteil den Wettbewerb entscheidet, müssen beide Konzepte unter neoliberalen Bedingungen zwangsläufig versagen: Während sich der relative Produktivitätsvorteil von Ricardo überhaupt nicht realisieren lässt, wird der absolute Produktivitätsvorteil von Smith durch den absoluten Preisvorteil ersetzt, und der kann – auf offenen Märkten – jederzeit auch durch Dumping erzielt werden. Was die Tendenz zur vollständigen Spezialisierung anbelangt, können allerdings beide britischen Nationalökonomien als historische Wegbereiter unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems betrachtet werden (siehe auch im Glossar unter *RicardoTheorem*).

Eines bleibt festzuhalten: Die Hoffnung auf weltweite Wohlstandsgewinne und weltweite Wohlfahrt durch den neoliberalen Freihandel ist wissenschaftlich nicht zu begründen!

Die Arbeitsweise der WTO

Die Welthandelsorganisation wurde mit dem Ziel gegründet, im Interesse der großen Industrieländer die Liberalisierung und Deregulierung des Welthandels voranzutreiben. Die stärksten Waffen für die Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung sind die Meistbegünstigung und die Inländerbehandlung, mit denen Handelspartner verpflichtet werden, sämtliche einmal gewährten Sonderkonditionen allen zukünftigen Partnern ebenfalls zuzugestehen sowie ausländische und inländische Marktteilnehmer gleich zu behandeln. Aus taktischen Gründen setzt die WTO auf multilaterale Verhandlungen, um durch zentrale Steuerung und Disziplinierung eine möglichst flächendeckende Loslösung des Welthandels von nationalstaatlichen Einflüssen zu erreichen. Der Multilateralismus erzeugt überdies einen beständigen Verhandlungsdruck, der die inzwischen 148 Mitglieder der WTO zu unablässigen wechselseitigen Zugeständnissen veranlasst und so dem Ziel der Öffnung aller materiellen Güter- und Dienstleistungsmärkte Schritt für Schritt näherkommt. Dabei geraten besonders die weniger entwickelten Länder durch den Exportdruck der Industrieländer in immer größere Abhängigkeit. Ländern, die sich einmal auf die Öffnung ihrer Märkte eingelassen haben, wird damit jegliche Freiheit bei der Wahl ihrer Handelspartner genommen. Insofern erweist sich der Liberalisierungsprozess für die meisten WTO-Mitglieder als unüberschaubare Einbahnstraße, aus der es kein Zurück gibt.

Die laufende Arbeit der WTO wird von Regierungsvertretern der Industrieländer im Verein mit den Lobbyisten der transnationalen Konzerne beherrscht, die gemeinsam alles daransetzen, die Entscheidungsprozesse vor den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit zu verschleiern, um so ungehindert in die Gesetzgebungskompetenzen eingreifen und internationale wie nationale Regelungen zu Handelshemmnissen erklären zu können. Diese Taktik wirkt sich verheerend

auf die dringend erforderliche soziale und ökologische Erneuerung in der Welt aus.

Die Arbeitsweise der EU

Die einzelnen EU-Staaten verhandeln nicht direkt mit der WTO, sondern haben ihre nationalen Vollmachten in Fragen des Außenhandels mit wenigen Ausnahmen an die EU-Kommission abgetreten. Die Abstimmung erfolgt, soweit noch erforderlich, zwischen dem EU-Handelskommissariat und – im Falle Deutschlands – dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, das seinerseits gegenüber Ländern und Kommunen informationspflichtig, aber nicht an Weisungen gebunden ist. In der zur Abstimmung anstehenden europäischen Verfassung setzt sich nun der Zentralismus fort, der als Zugeständnis an den Wirtschaftslobbyismus nicht nur die Souveränität der Mitgliedstaaten weiter einschränkt, sondern auch das individuelle Recht auf Arbeit in ein Recht zu arbeiten, also ein Recht auf Arbeitssuche, umwandelt und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums mit einem Recht auf unternehmerische Freiheit untergräbt. Im neoliberalen Kontext heißt das: Produktionskapital und Arbeitsplätze können im Hinblick auf globale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen nach Belieben in andere Länder verlagert werden.

Insgesamt spielt die EU bei den WTO-Verhandlungen eine immer aggressivere Rolle, indem sie neben den USA die Liberalisierung aktiv mit anheizt und Entwicklungsländer systematisch unter Druck setzt. Mit neuen Investitions- und Wettbewerbsregeln will sie die WTO als Hebel benutzen, um den ohnehin gefährdeten Föderalismus in Europa und das in den Maastrichter Verträgen festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip weiter auszuhöhlen. Es ist absehbar, dass der neue Zentralismus der EU für die Regionen Europas und ihre Bürger einschneidende wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen haben wird.

Innovations- und Kostendruck

Das Denken in einheitlichen Märkten schließt einheitliche Massenprodukte ein und verdrängt landestypische Traditionen und nationale Produktstandards. Konkurrierende Produkte werden sich im Laufe des Globalisierungsprozesses immer ähnlicher. Der Spielraum für Differenzierungen, der eine entscheidende Komponente des Wettbewerbs und Fortschritts ist, wird stark eingeengt. Da technologische Vorsprünge kurzlebig sind, muss der durchgängige Wettbewerbsvorteil über den Preis erzielt werden. Durch die derart auf Technologie und Preise reduzierten Spielregeln sind die Unternehmen einem enormen Innovations- und Kostendruck ausgesetzt, der von den Verbrauchern zunächst in Form technologischen Fortschritts und „günstiger“ Preise als Vorteil wahrgenommen wird.

Für Unternehmen ist der Erfolg an wenige, aber alles entscheidende Kriterien geknüpft: Zum einen an einen hohen Marktanteil, große Stückzahlen und niedrige Stückkosten, die vorzugsweise durch Fusionen und Übernahmen von Konkurrenten angestrebt werden – mit der Gefahr von Monopolbildungen. Zum anderen an Innovationen und Produktivitätssteigerungen über alle unternehmerischen Prozesse hinweg, mit der Folge dauernder industrieller Überkapazitäten, denen – meist

vergeblich – mit verkürzten Lebenszyklen von Produktionseinrichtungen und Produkten begegnet wird. Diese Bemühungen äußern sich in zyklischen, sehr kapitalintensiven Innovations-, Rationalisierungs- und Automatisierungsschüben, die in immer kürzeren Abständen aufeinander folgen. Dabei werden vorrangig Arbeitsplätze abgebaut und Sachinvestitionen wie Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen kurzfristig abgeschrieben, verschrottet und durch neue ersetzt. Die Folgekosten des Arbeitsplatzabbaus, die Kosten der Verschwendung von Sachkapital und ein Großteil der ökologischen Kosten werden externalisiert, das heißt: auf die Volkswirtschaften abgewälzt.

Hochlohnländer

Sie sind im neoliberalen Freihandel einer doppelt gefährlichen Entwicklung ausgesetzt: Zum einen müssen sie ihre kapitalintensiven Exportindustrien bei den laufend erforderlichen Investitionen in Rationalisierung und Automatisierung unterstützen, um deren globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und um zu verhindern, dass ganze Produktionen oder einzelne Wertschöpfungsstufen in Niedriglohnländer verlagert werden. Und sie müssen hinnehmen, dass – wie immer sie sich entscheiden – heimische Arbeitsplätze abgebaut werden: entweder durch inländische Rationalisierung oder durch Verlagerung ins Ausland. Zum anderen sind sie dem Wettbewerb mit Importprodukten aus Niedriglohnländern ausgesetzt, der zum allmählichen Niedergang einheimischer Produktionen führt und ebenfalls Arbeitsplätze kostet. Das Verschwinden ganzer Industriezweige schränkt ihre wirtschaftliche Vielfalt und Robustheit ein, Wissen und Fähigkeiten gehen unwiderruflich verloren, Langzeitarbeitslosigkeit entsteht, und in den multilateralen WTO-Verhandlungen nimmt ihre Erpressbarkeit zu.

Niedriglohnländer

Sie laufen im Freihandel Gefahr, sich sehr einseitig im Sinne der Industrieländer auf wenige Exportgüter zu spezialisieren. Der globale Kostendruck verleitet sie zu schlechten Arbeitsbedingungen bis hin zu Kinderarbeit und zur Ausbeutung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen und Rohstoffe. Mit fortschreitender Spezialisierung vernachlässigen sie zwangsläufig den Aufbau eigener robuster und vielfältiger Wirtschaftsstrukturen, zumal ihre fähigsten Köpfe in den Exportbetrieben gebunden sind. Insbesondere aber vernachlässigen sie üblicherweise ihre landwirtschaftliche Selbstversorgung, setzen dabei Heerscharen von Arbeitskräften frei, die das Lohnniveau drücken, und geraten in die Abhängigkeit der großen westlichen Getreide- und Nahrungsmittel-exporteure. Um ihre Leistungsbilanzen auszugleichen und zahlungsfähig zu bleiben, sind sie gezwungen, mit ihren Exportgütern im globalen Kosten- und Preiswettbewerb auf Dauer mitzuhalten – wiederum zu Lasten ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Umwelt.

Handel mit Dienstleistungen

Mit dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) verfolgt die WTO das ehrgeizige Ziel, ergänzend zu den Gütermärkten Zug um Zug auch sämtliche Dienstleistungsmärkte zu liberalisieren. Schon heute macht der Handel mit Dienstleistungen

ein Viertel des Welthandelsvolumens aus. Zu den umsatzstärksten Diensten zählen Reiseverkehr und Tourismus, Transporte, Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Medien und Energieversorgung. Für die gegenwärtige Verhandlungsrunde haben die WTO-Mitgliedsstaaten erste Angebote und Forderungen aus einer Liste von 155 klassifizierten Sektoren vorgelegt, die sie liberalisieren wollen.

Das GATS unterscheidet vier verschiedene Arten des Dienstleistungshandels: (1) Die grenzüberschreitende Lieferung von Gütern und Informationen wie zum Beispiel Postlieferungen und Telefonvermittlungen, (2) den Konsum von Dienstleistungen im Ausland wie zum Beispiel Hotelübernachtungen und touristische Dienste, (3) die kommerzielle Präsenz durch Direktinvestitionen im Ausland wie zum Beispiel die Gründung von Niederlassungen, (4) und die zeitlich begrenzte Migration von Arbeitskräften, die überwiegend für außertarifliche Dienstleistungen gedacht ist. Die WTO-Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, ihre Gesetze, Verordnungen, Normen, Standards, Zulassungsverfahren, Berufsqualifikationen und Investitionsauflagen so zu gestalten, dass sie keine Hemmnisse für die geplante Liberalisierung darstellen. Mit diesem bislang abenteuerlichsten Vorstoß maßt sich die WTO an, auch noch die letzten Bestände staatlicher Souveränität und Planungshoheit aus den Angeln zu heben.

Beunruhigend ist, dass die klassifizierte Liste des GATS bereits heute alle sensiblen Sektoren der öffentlichen Daseinsvorsorge enthält wie Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Energieversorgung, Gesundheit, Bildung, Soziales, Kranken- und Rentenversicherung, Umwelt, Städteplanung, Kultur, Rundfunk, Fernsehen und Nahverkehr. Es ist abzusehen, dass diese Sektoren sehr selektiv nach Gesichtspunkten schneller und hoher Rendite durch private Angebotsmonopole und -oligopole auch transnationaler Konzerne Zug um Zug ersetzt werden.

Zudem werden die vielen kleinen arbeitsintensiven Dienstleistungen eine Arbeitsmigration aus den Niedriglohn- in die Hochlohnländer auslösen. Minimale Qualifikationsanforderungen und fehlende Eignungsprüfungen werden in den Zielländern den Druck auf das Lohnniveau und die Sozialleistungen verstärken und die Schwarzarbeits- und Arbeitslosenquoten zusätzlich in die Höhe treiben. Die europäischen Arbeitsmärkte werden dann erstmals – neben den gerade einsetzenden innereuropäischen Wanderbewegungen – einer vertraglich abgesicherten, qualitativ unkontrollierten Arbeitsmigration aus außereuropäischen Ländern ausgesetzt sein. In den Herkunftsländern wird die Abwanderung junger, beweglicher Menschen der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso schaden, wie sie das in den Zielländern tut.

Handel mit geistigem Eigentum

Das Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistigen Eigentums (TRIPS) bildet gemeinsam mit dem GATT und dem GATS ein in sich komplementäres Vertragswerk. TRIPS dient ausschließlich dazu, die Schutzrechte industrieller Eigentümer zu wahren und notfalls durchzusetzen; keinesfalls soll damit ein eigenständiger Handelsbereich eröffnet werden. Auf offenen

Märkten können Lizenzgeber naturgemäß auch kein Interesse daran haben, von ihren eventuell kostengünstiger produzierenden Lizenznehmern auf dem Weltmarkt mit fertigen Endprodukten aus dem Markt gedrängt zu werden. In der Regel werden Lizenzen deshalb erst angeboten, wenn die Eigentümer bereits alle großen Weltmärkte abgeschöpft haben.

Eine andere Entwicklung betrifft den Patentschutz unmittelbar: TRIPS dient den transnationalen Biotechnologie-Konzernen als völkerrechtlich verbindliches Gerüst, um natürliche biologische Ressourcen zum Zwecke der exklusiven privatwirtschaftlichen Nutzung zu patentieren und sie auf diese Weise von einem öffentlichen in ein geschütztes und handelbares privates Gut zu verwandeln. Entwicklungsländer und indigene Völker, auf deren Territorien die genetischen Codes entwendet werden, wehren sich bisher vergebens gegen diese Biopiraterie. Eigentlich war es immer unstrittig, dass aus natürlicher Selektion hervorgegangene Lebensformen nicht patentfähig sind. „Keine Patente auf Leben!“ lautet deshalb zu Recht der eingängige Slogan der WTO-Kritiker.

Weitere Folgen

Der im globalen Wettbewerb herrschende Kostendruck fügt Hochlohn- wie Niedriglohnländer gleichermaßen Schaden zu. Im neoliberalen Freihandel gibt es auf Dauer nur Verlierer: Die sozialen Kosten aus niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit, die Kosten aus der Vernachlässigung staatlicher Daseinsvorsorge sowie die Umweltkosten durch sinkende Standards und zunehmende Transporte werden weltweit der Allgemeinheit und zukünftigen Generationen aufgebürdet und gehen nicht in die Preiskalkulation der Unternehmen ein. Diese Praxis erfüllt den Tatbestand des Preis-Dumpings und bekommt aus der jeweiligen nationalen Sicht den Charakter einer scheinbar vorteilhaften Exportsubvention. Diese teuer erkaufte Subventionen sind das eigentliche Schmiermittel des neoliberalen Freihandels. Es verwundert nicht, dass dieser Freibrief die Akteure zu skrupellosem Vorgehen verleitet, denn: Wer die Kosten und Preise am tiefsten in den Keller treiben kann, hat ohne technologische oder sonstige Anstrengungen einen unmittelbaren Wettbewerbsvorteil – jedenfalls für kurze Zeit. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat diese Praxis schon in den 90er Jahren angeprangert und gefordert: „Die Preise müssen die Wahrheit sagen.“ (Weizsäcker 1992, S.141)

Da die Freihandelsdoktrin keine Grenzen der Spezialisierung kennt, bewegen sich neben den traditionell einseitig strukturierten Niedriglohnländern nun auch die Hochlohnländer Schritt für Schritt auf wirtschaftliche und landwirtschaftliche Monokulturen zu. Erkennbar ist diese Entwicklung an der zunehmenden Zahl einheitlicher Weltprodukte, die den Raum für qualitative Produktdifferenzierung einengen und regionale Unternehmen aus ihren Nischen verdrängen. Alle Branchen und alle Betriebsgrößen sind unausweichlich dem Diktat der offenen Märkte unterworfen. Und zu den schon erwähnten Sünden gesellt sich eine weitere: Länder werden verleitet, umweltschädigende Energieträger wie Öl und Gas für die Transporte ihrer Exportgüter zu sub-

ventionieren, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Damit heizen sie zugleich indirekt die Spezialisierung weiter an, durch die wiederum überproportional an Tonnage und Kilometerleistung zulegende Transporte erzeugt werden – ein Teufelskreis und eine der Hauptursachen für den Treibhauseffekt.

Ein grundlegender Denkfehler des neoliberalen Freihandels besteht darin, dass „natürliche“ Preisunterschiede, die sich aufgrund landestypischer Sozial- und Umweltstandards und nicht angepasster Wechselkurse ergeben, als für den globalen Wettbewerb und die Spezialisierung förderliche Triebkraft angesehen werden. Die WTO unterscheidet deshalb ausdrücklich zwischen „natürlichem“ und „böswilligem“ Preis-Dumping. Ein absurdes Unterfangen, denn weder lassen sich die unzähligen Dumping-Methoden gegeneinander abgrenzen, noch unterscheiden sie sich in ihren Auswirkungen: Allesamt bewirken sie unausweichlich Wettbewerbsverzerrungen, Marktversagen, Marktzerstörungen und soziale und ökologische Verwerfungen. Die binnenwirtschaftlichen Schäden, die ein Billigimport auf offenen Märkten anrichtet, hängen nicht von der Art, sondern ausschließlich von der Dimension des Dumpings ab.

Die Absurdität der neoliberalen Doktrin wird deutlich, wenn man sie konsequent zuende denkt: So könnten beispielsweise alle Grundnahrungsmittel, die noch in Deutschland produziert werden, wesentlich billiger importiert werden. Bei folgerichtiger Anwendung der Freihandelsdoktrin müsste also die gesamte deutsche Landwirtschaft sofort aufgegeben werden – zum zweifelhaften Wohle der Bauern, der Konsumenten und der ganzen Gesellschaft. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich das anschließende Szenario vorzustellen: Nach unumkehrbarer Stilllegung der Landwirtschaft gäbe es mindestens eine Million Arbeitslose mehr, die Importpreise würden sich als gezielte Dumping-Preise herausstellen und in die Höhe schießen, und in den WTO-Verhandlungen wäre Deutschland für alle Zeiten den Erpressungsversuchen der exportierenden Länder ausgesetzt.

Auf dem Wege in die vollkommene weltweite Spezialisierung produzieren alle Länder mit immer weniger Berufsbildern eine laufend kleiner werdende Zahl von Gütern und Dienstleistungen in immer größeren Massen und benötigen dafür – bei steigender Scheinproduktivität – immer weniger Arbeitskräfte (siehe auch den Abschnitt *Produktivität* sowie im Glossar unter *Produktivität* und *Scheinproduktivität*). Im Endzustand würde nur noch ein Bruchteil der arbeitsfähigen Menschen gebraucht. Womit sollen sich dann all die wirtschaftlich überflüssigen Menschen beschäftigen, wo können sie dann noch ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, und wie sollen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten? Wie soll das womöglich um den Faktor 10 ansteigende Transportaufkommen ökologisch bewältigt werden? Wer soll all die hochproduktiv erzeugten Massengüter und Dienstleistungen abnehmen, wenn die Massen verarmt sind? Wie sollen die sozialen und ökologischen Verwerfungen bewältigt werden, nachdem die staatlichen Ordnungen endgültig durch eine neoliberale Oligarchie abgelöst worden sind? Es ist of-

fensichtlich, dass der Neoliberalismus keine Antworten auf die von ihm selbst erzeugten Missstände hat, dass er eben nur das zynische Ergebnis eigennütziger Interessen ist.

Kein Wunder, dass Nationalstaaten unter den geschilderten Umständen mit allen Mitteln versuchen, einerseits ihre Exportmärkte von Handelsbeschränkungen freizuhalten und andererseits ihre Binnenmärkte vor Billigimporten zu schützen. Gegen das öffentliche Bekenntnis zum Freihandel wird im nationalen Interesse tagtäglich verstoßen. Ein schizophres Verhalten, das wiederum beweist, dass die neoliberale Doktrin weder einem widerspruchsfreien Gedankengebäude noch einer gedeihlichen Entwicklung verpflichtet ist, sondern lediglich eigennützigen Interessen, die sich immer wieder gegenseitig im Wege stehen.

Nachhaltige Wohlstandsgewinne sind vom neoliberalen Freihandel jedenfalls nicht zu erwarten und Beschäftigungs- und Verteilungsgerechtigkeit auch nicht. Wer eine Wiederkehr der Wohlstandsperioden des 19. und 20. Jahrhundert erwartet, verschließt die Augen vor der Tatsache, dass die damaligen Gewinne das Ergebnis rücksichtsloser Ausbeutung der Dritten Welt und des Wachstums nach Kriegszerstörungen waren. Und auch wer das heutige China als Beispiel anführt, muss sehr genau hinschauen: Zwar katapultiert sich das Land mit aller Kraft ins Industriezeitalter und ist auf dem Wege zum Exportweltmeister, setzt aber im Transformationsprozess zur Marktwirtschaft jährlich immer noch Millionen von Arbeitskräften frei, während die chinesische Exportwirtschaft ihre (Schein-) Produktivität inzwischen so hochgeschraubt hat, dass sie nach anfänglich hohem Arbeitsbedarf jetzt ebenfalls Arbeitsplätze abbaut. Länder wie China, die es schaffen, mit dem Westen gleichzuziehen und auf die „Gewinnerseite“ des neoliberalen Wirtschaftssystems zu wechseln, können ihr Ziel nur um den üblichen Preis von Massenarbeitslosigkeit, Ungleichverteilung und Umweltzerstörung erreichen.

Ein Gedankenexperiment

Die Auswirkungen, die offene Märkte auf die Entwicklung von Volkswirtschaften haben, lassen sich anhand eines einfachen Gedankenexperiments mit folgender Ausgangslage demonstrieren: Zwei unterschiedlich entwickelte Länder wollen sich zu einer Zollunion zusammenschließen, weil sie erwarten, im Freihandel Wohlstandsgewinne zu erzielen. Beide Länder wirtschaften bis dahin völlig autark und in beiden herrscht Vollbeschäftigung. Land A ist hochindustrialisiert und betreibt eine hochmechanisierte Landwirtschaft. Land B ist ein reines Agrarland, dessen landwirtschaftliche Produktivität im Vergleich zu Land A nur ein Drittel beträgt. Zugleich produziert Land B eine Reihe exotischer Agrarprodukte. Entwicklungsprojekte sind zwischen beiden Ländern nicht geplant.

Nun werden die Güter-, Dienstleistungs-, Finanz- und Arbeitsmärkte zwischen beiden Ländern ohne jede Einschränkung geöffnet und gleichzeitig die Wechselkurse und die Konvertibilität der Währungen freigegeben. Die wahrscheinliche Entwicklung der Zollunion durchläuft mehrere Phasen:

Phase 1: Landwirte aus Land B bieten ihre exotischen Produkte in Land A an, um aus den Erlösen landwirtschaftliche Maschinen aus Land A zum Zwecke höherer Produktivität zu importieren. Die exotischen Produkte werden in Land A zu Preisen angeboten, die geringfügig unter denen vergleichbarer eigener Produkte liegen, so dass sich ein Wechselkurs bildet, der in etwa dem Verhältnis der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Produktivitäten entspricht: Die Kaufkraft einer Arbeitsstunde in Land B beträgt jetzt innerhalb der Zollunion gegenüber Land A rund ein Drittel. Die Exporte der exotischen Produkte nehmen zu und verdrängen in Land A eigene Agrarprodukte. In Land A entsteht eine ansteigende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, während sich in Land B aufgrund der Exporte Versorgungsengpässe ergeben.

Phase 2: Mit den importierten Maschinen erhöht sich die landwirtschaftliche Produktivität in Land B, so dass Anreize entstehen, sämtliche Agrarprodukte zu wettbewerbsfähigen Preisen in Land A zu exportieren. Der Anbau in Land B wird konsequent auf die Nachfrage in Land A ausgerichtet und die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung angesichts der lockenden Devisen quantitativ und qualitativ vernachlässigt. Nach einiger Zeit muss Land A seine landwirtschaftliche Produktion vollständig aufgeben, während die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen exportbedingt zulegt. In beiden Ländern entsteht ein Sockel an ländlicher Arbeitslosigkeit. Die Hoffnungen in Land A, Arbeitskräfte in die Exportindustrie zu transferieren, scheitern an den dort eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen.

Phase 3: Die Unternehmer in Land A nutzen das niedrige Lohnniveau und die Arbeitslosigkeit in Land B, um arbeitsintensive Produktionen nach Land B auszulagern. Land B senkt daraufhin seine Steuern und Auflagen für die fremden Unternehmen, um seine Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Zugleich sinken in Land B durch den Angebotsdruck der Arbeitslosen die Löhne und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Mehr und mehr Unternehmen lagern Produktionen nach Land B aus, so dass in Land A neben der ländlichen eine industrielle Arbeitslosigkeit entsteht. Diese wird verstärkt durch eine Migration arbeitsloser Landarbeiter aus Land B in Land A.

Phase 4: Die beiden Ländern geraten unter dem Druck der Arbeitslosigkeit in einen Wettbewerb um Industrieansiedlungen, der eine Abwärtsspirale aller sozialen und ökologischen Standards auslöst. Ebenso geraten die Unternehmen angesichts der neuen Möglichkeiten zur Kostensenkung in einen gnadenlosen Kostenwettbewerb. Die industrielle Produktivität in Land A sowie die landwirtschaftliche in Land B werden auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt unverantwortlich erhöht. Land A hat sich schließlich durch landwirtschaftliche Importabhängigkeit, industrielle Produktionsauslagerungen und fragwürdige Produktivitätssteigerungen eine unüberwindbare niveaubedingte und strukturelle Arbeitslosigkeit eingehandelt. Land B hat umgekehrt seine Handelsbilanz von Agrarexporten und seinen Arbeitsmarkt von geringqualifizierten Tätigkeiten in fremden Industrieansiedlungen abhängig gemacht – und sich damit den Weg für eine eigenständige Indu-

strialisierung versperrt. Letzten Endes sind in beiden Ländern die ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen beschädigt, die Umwelt über Gebühr belastet, und statt allgemeiner Wohlstandsgewinne haben sich Ungleichverteilung und Armut eingestellt.

Ausblick

Sogenannte Hoch- und Niedriglohnländer unterscheiden sich dadurch, dass sie über ein hohes bzw. niedriges Produktivvermögen an Gebäuden, Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen verfügen, das heißt, dass sie mit hoher bzw. niedriger Kapitalintensität produzieren, aus der sich hohe bzw. niedrige Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis pro Arbeitsstunde) und daraus wiederum hohe bzw. niedrige Kaufkraft ergibt. Die durchschnittliche Kaufkraft innerhalb eines Landes, die das Verhältnis von Löhnen zu Preisen wiedergibt, ist schließlich das Maß für den Wohlstand. In Hochlohnländern herrscht dementsprechend ein günstiges, in Niedriglohnländern ein ungünstiges Verhältnis von Löhnen zu Preisen.

Wenn Länder Handelsbeziehungen eingehen, tun sie dies immer in der Absicht, ihren Wohlstand zu erhöhen. Das gelingt ihnen in der neoliberalen Praxis aber immer weniger, und zwar hauptsächlich deswegen, weil sie sich von den falschen Versprechungen der Liberalisierungsdoktrin dazu verleiten lassen, bewährte Regeln über Bord zu werfen, die eine Gewähr bieten, im Außenhandel dauerhafte Wohlstandsgewinne zu erzielen.

Im Prinzip können vom Außenhandel vier positive Wirkungen ausgehen: Erstens eine Verbesserung des Produktionsergebnisses durch Zugriff auf Rohstoffe. Zweitens eine Erhöhung der Vielfalt des Binnenangebots. Drittens eine Fortentwicklung des Binnenangebots unter dem förderlichen Druck internationalen Wettbewerbs. Und viertens eine langfristige Fortschrittssicherung durch den Handel mit Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und Wissen jeder Art.

Um langfristige positive Wirkungen im Außenhandel zu erzielen, sind Länder gezwungen, ihre Außenbeziehungen ständig kritisch zu hinterfragen: Wie lassen sich Rohstoffe rechtzeitig durch eigene Entwicklungen substituieren, um eine gefährliche Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu vermeiden? Wie lässt sich das Binnenangebot durch Importe ergänzen, ohne dass dadurch die binnenwirtschaftliche Vielfalt zurückgedrängt wird? Wie lässt sich ein internationaler Produktwettbewerb gestalten, der die Binnenproduktion verbessert, statt sie zu verdrängen? Und wie lassen sich Forschung und Entwicklung in einen internationalen Wettbewerb einbinden, der dem langfristigen Fortschritt unabhängig von gegenwärtigen Handelsströmen und Produktionsverhältnissen dient?

Dazu zunächst ein Blick auf die drei klassischen Modelle regionaler Handelsliberalisierung: Die Freihandelszone, die Zollunion und die Wirtschaftsunion (siehe dazu auch die drei Einträge im Glossar). Bei allen drei Formen werden Zölle und sonstige Handelsbeschränkungen zwischen den beteiligten Volkswirtschaften vollständig abgebaut sowie schließlich feste Wechselkurse und im Falle der Wirtschaftsunion eine einheitliche

Währung eingeführt. Die oben im Abschnitt *Ein Gedankenexperiment* dargestellte Entwicklung trifft – mit Ausnahme von Kapitaltransfers und Arbeitsmigration, die nur in der Wirtschaftsunion gegeben sind – grundsätzlich auf alle drei Freihandelsmodelle zu. Und zwar um so ausgeprägter, je höher die Produktivitätsunterschiede zwischen den Volkswirtschaften sind. Innerhalb des Modells einer Wirtschaftsunion würden sich aber selbst bei weitgehend gleichen Produktivitäten über alle Branchen hinweg die für die neoliberale Ordnung typischen wirtschaftlichen Spezialisierungen und Kapitalkonzentrationen mit all ihren strukturellen Verwerfungen und sozialen wie ökologischen Folgen ergeben. An den drei Modellen regionaler Handelsliberalisierung lassen sich somit die Mechanismen aufzeigen, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung ihre Wirkung unter wesentlich uneinheitlicheren Produktionsbedingungen entfalten.

Gewachsene Wirtschaftsräume, die ihren Binnenwettbewerb nicht verzerren und ihre binnenwirtschaftliche Entwicklung nicht gefährden wollen, sind deshalb gut beraten, wenn sie zunächst mit jedem einzelnen ihrer Handelspartner einen Wechselkurs festlegen, der dem durchschnittlichen Produktivitätsunterschied entspricht, um so gröbere Wettbewerbsverzerrungen von vornherein zu vermeiden. Beim Import von überdurchschnittlich produktiv erzeugten Gütern und Dienstleistungen, deren Preisniveau folglich unter dem Durchschnitt liegt, sind zusätzlich Zölle zu erheben, um die Preisunterbietung gegenüber dem Binnenangebot auszugleichen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, bei Produkten der Grundversorgung Verdrängungseffekten vorzubeugen, indem mit Handelspartnern pro Branche Handelskontingente auf Gegenseitigkeit vereinbart werden, die den zusätzlichen Vorteil bieten, dass das gesamte Produktspektrum eines Wirtschaftszweiges in den beteiligten Volkswirtschaften einem konstruktiven und produktiven internationalen Wettbewerb ausgesetzt wird. Der übliche Intra-Branchenhandel wird auf diese Weise um einen zukunftsfruchtigen Intra-Branchenwettbewerb ergänzt.

Der derart kontingentierte Handel und geregelte Wettbewerb mit Produkten der Grundversorgung wird ergänzt durch einen Handel mit nationalen Spezialitäten – wiederum so weit wie möglich auf Gegenseitigkeit –, der das in der Welt vorhandene Potential an lokalen und regionalen Fähigkeiten und Besonderheiten zur Geltung bringt und sehr differenzierte und begrenzte Handelsströme zur Folge hat.

Durch den Wegfall des Verdrängungswettbewerbs bei materiellen Gütern und die Begrenzung ihrer internationalen Transportvolumina entfällt automatisch auch der Zwang, Güter um jeden Preis über ihren gesamten Lebenszyklus mit Patenten, Gebrauchsmustern und Urheberrechten vor Mitbewerbern zum Zwecke eines hohen globalen Marktanteils schutzrechtlich abzusichern. Indem die Unternehmen von diesem Zwang befreit werden, eröffnet sich ihnen die einzigartige Chance, einen eigenständigen Freihandel mit Lizenzen von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und jeder Art von geistigem Eigentum aufzubauen, der wie

kein anderer dem weltweiten Fortschritt und der gegenseitigen Zukunftssicherung dient.

All das erfordert allerdings politisch autonome und wirtschaftlich eigenständige Volkswirtschaften oder Wirtschaftsunionen, die sich untereinander mit gleichen Rechten und gleichem Gewicht und ohne die Gefahr von Erpressung und Nötigung begegnen, und die auch im Innern subsidiär und vielfältig strukturiert sind und die Gefahren großer Macht- und Kapitalkonzentrationen überwunden haben. Genau darin liegt die Chance einer post-neoliberalen Wirtschaftsordnung.

Standortwettbewerb

Ausgangslage

Erst die Öffnung der Finanzmärkte für Kapitaltransfers und Direktinvestitionen hat die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Unternehmensbeteiligungen und Neugründungen im Ausland geschaffen. Dabei ist in den letzten 20 Jahren ein Markt neuen Typs entstanden, auf dem sich die Nationalstaaten und Regionen unter dem Druck der global agierenden Industrie genötigt sehen, mit günstigen Konditionen um unternehmerische Investitionen und Ansiedlungen zu werben – auch, um ihre knappen Bestände an Arbeitsplätzen zu sichern. Der intensive Wettbewerb hat weltweit eine Spirale sinkender sozialer, ökologischer, steuerlicher, rechtlicher und sicherheitsrelevanter Standards in Gang gesetzt.

Jeder Standortwechsel von Unternehmen führt in den Herkunftsländern unmittelbar zur Abwanderung von Sach- und Geldkapital, zum Verlust von Arbeitsplätzen und zum Ausfall von Steuereinnahmen. In den Zielländern werden zwar Investitionen getätigt und spezielle Arbeitsplätze geschaffen, aber die Länder liefern sich mit Industrien, die nicht in ihre gewachsenen Strukturen eingebunden sind, fremden Interessen aus. Wie die Erfahrungen zeigen, laufen sie Gefahr, ihr soziales Gefüge und ihre Umwelt über Gebühr zu belasten und eine eigenständige Entwicklung zu vernachlässigen. Dazu kommt: Sobald andere Länder günstigere Konditionen bieten, ziehen die industriellen Gäste weiter und hinterlassen Enttäuschung und Ernüchterung.

Volkswirtschaftlich tragen die unternehmerischen Vagabunden wenig zur nachhaltigen Wertschöpfung bei: Ihr flüchtiges Kapital befindet sich bei der dauernden Suche nach höchster Produktivität und Rendite in ständiger Gefahr fehlinvestiert und physisch vernichtet zu werden, etwa wenn ganze Produktionsstätten wegen falscher Markteinschätzung oder politischer Unruhen aufgegeben werden müssen. Die Abwärtsspirale der Standards, die sie mit immer neuen Forderungen antreiben, ist zudem für die zunehmende öffentliche und indirekt auch für die private Verarmung verantwortlich.

Aus dem Standortwettbewerb ist eine neue, für den Neoliberalismus typische Unternehmensform hervorgegangen: Transnationale Konzerne (siehe auch im Glossar), die eine äußerst dynamische Standortpolitik betreiben und ihre Wertschöpfungsketten (siehe ebenfalls im Glossar) nach strategischen Gesichtspunkten

Die genannten Voraussetzungen sind mit der WTO sicher nicht herzustellen. Denn ist es schwer vorstellbar, ihre gegen die Prinzipien von Freiheit und Demokratie gerichtete Oligarchie zu reformieren. Überhaupt sind autonome und souveräne Volkswirtschaften nicht auf zentralistische Weisungen angewiesen. Es ist völlig ausreichend, wenn sie sich supranational auf gedeihliche Verhaltensnormen einigen. Jedem fortschrittlichen Nationalstaat ist deshalb zu empfehlen, einen kontrollierten Ausstieg aus den WTO-Verträgen einzuleiten.

über die ganze Welt verteilen. Ihr grundlegendes Kostenmanagement besteht darin, hoch entwickeltes Produktionskapital und Know-how aus Industrieländern mit niedrigen Löhnen und Standards von Standorten in Entwicklungs- und Schwellenländern zu kombinieren – zum Nachteil sowohl der entwickelten als auch der unterentwickelten Länder. Ihr Kostenmanagement setzt sich mit eleganten Methoden der Steuervermeidung fort: Indem sie ihre organisatorischen Strukturen mittels juristischer Konstruktionen steuerlich anpassen und ihre Gewinne und Verluste mittels firmeninterner Im- und Exporte von Kapital und Zwischenprodukten weltweit verteilen, gelingt es ihnen, ihre Steuerschuld auf ein unvermeidliches Minimum zu reduzieren. Mehr als die Hälfte des Welthandels entfällt inzwischen auf die firmeninternen Güterströme transnationaler Konzerne.

Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied im Koordinierungskreis von attac Deutschland, berichtete im Januar 2004 auf dem Weltsozialforum in Bombay, dass zum Beispiel *„DaimlerChrysler 1997 trotz ansehnlicher Gewinne weder Körperschafts- noch Gewerbesteuer entrichtet hat – der Pfortner zahlte mehr Steuern als der gesamte Konzern.“* Sven erläuterte im einzelnen, wie die internationalen Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung auf vielfältige Weise zur Steuerflucht genutzt werden: Beispielsweise werden Dividenden an eine Holdinggesellschaft in einer Steueroase ausgeschüttet, Tochtergesellschaften stellen der Muttergesellschaft überhöhte Rechnungen aus, Lizenzgebühren für Patente werden offshore kassiert, oder eine ausländische Tochter nimmt Kredite auf und gibt sie zu überhöhten Zinssätzen an ihren Mutterkonzern weiter, der dann die anfallenden hohen Zinszahlungen am Stammsitz steuermindernd geltend macht.

Leidtragende dieser Methoden sind zum einen die mittelständischen Betriebe, die der vollen inländischen Besteuerung unterliegen und dadurch gegenüber den transnationalen Konzernen zusätzliche Wettbewerbsnachteile erleiden, die wesentlich zum Beschäftigungsabbau im Mittelstand beitragen. Zum anderen sind die öffentlichen Haushalte betroffen, deren Einnahmen so weit zurückgehen, dass sie ihrer wichtigsten Aufgabe, der öffentlichen Daseinsvorsorge, nicht mehr gerecht werden. Die politische Macht entgleitet dabei den demokratischen Institutionen und überträgt sich – ganz im Sinne der globalen Akteure – auf die transnationale Ebene. Den Unternehmensstandorten und ihren Men-

schen wird durch diese Entwicklung eine neue Dimension wirtschaftlicher Unsicherheit beschert.

In Deutschland ist aufgrund der Steuervermeidung und des internationalen Drucks auf die Gewerbe- und Körperschaftssteuer – sowie auch auf die Progression der Einkommensteuer zur Entlastung von Personengesellschaften und leitenden Angestellten – der Anteil am Gesamtsteueraufkommen laut „Der Spiegel“ von 12 Prozent im Jahre 1990 auf 6 Prozent im Jahre 2002 gefallen. Als Folge dieser Entwicklung muss ein immer größerer Anteil der öffentlichen Ausgaben aus der Lohn- und Einkommenssteuer unterer und mittlerer Einkommen finanziert werden – ein Beispiel dafür ist der Solidaritätszuschlag für den Aufbau der neuen Bundesländer. Laut Aussage des Bundes der Steuerzahler sind die Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge eines Durchschnittsverdieners einschließlich der Arbeitgeberanteile erneut von 51,9 Prozent des Bruttolohns im Jahre 2002 auf 52,4 Prozent im Jahre 2003 angestiegen.

Privatisierung

Ausgangslage

Unter Privatisierung wird im wesentlichen die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im öffentlichen Bereich und die damit einhergehende Übertragung öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen verstanden. Die WTO strebt mit Ausnahme hoheitlicher Aufgaben wie Innere Sicherheit, Justiz und Militär sehr weitgehende Privatisierungen an. Ihre Strategie ist riskant, weil transnationale Unternehmen, die sich ortsgebundener Kontrolle entziehen, im Zuge der laufenden GATS-Verhandlungen bestrebt sind, sensible Dienstleistungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge wie beispielsweise Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu übernehmen, und dabei womöglich auch die öffentliche Planung und Kontrolle an sich zu reißen.

Die Argumente für eine privatwirtschaftliche Durchführung öffentlicher Aufgaben sind sehr durchsichtig: Der öffentliche Sektor soll dem Wettbewerb ausgesetzt werden, um die Produktivität zu steigern, marktwirtschaftliche Preisbildung – sprich: Preissenkungen – herbeizuführen und dadurch schließlich den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen. Da Marktmechanismen für öffentliche Güter grundsätzlich ungeeignet sind, sieht das praktische Ergebnis entsprechend anders aus: Die Unternehmen fokussieren ihre Aktivitäten auf gewinnträchtige Einzelsegmente und vernachlässigen die flächendeckende Versorgung, lagern Kosten aus – auch indem sie Arbeitsplätze abbauen –, senken Umwelt- und Sicherheitsstandards, bilden Gebietskartelle und erhöhen schließlich die Preise über das ursprüngliche Niveau hinaus. Die weltweiten Erfahrungen zeigen, dass am Ende einer derartigen Entwicklung eine öffentliche Verarmung steht, die besonders die unteren Einkommensgruppen belastet.

Öffentliche Güter

Entlarvend für die Strategie der WTO ist, dass sie in ihrer Klassifizierung der Dienstleistungen für die GATS-

Ausblick

Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen von Unternehmen können nur dann zu weltweitem Fortschritt und Wohlstand beitragen, wenn sie auf Vereinbarungen zwischen souveränen Wirtschaftsräumen beruhen. Nur die können im gegenseitigen Einvernehmen Kompensationen oder Kapitalrückflüsse und positive Effekte auf ihre eigene Wirtschaft und ihre Arbeitsmärkte sicherstellen. Vorausgesetzt, sie sind sich einig, in ihren sonstigen Handelsbeziehungen auf Preis-Dumping zu verzichten und ihre Binnenmärkte durch angepasste Wechselkurse, Handelskontingente und ergänzend durch Zölle zu schützen.

Die transnationalen Akteure und die Steueroasen, die gemeinsam ihre konspirative Kapital- und Steuerflucht jenseits gesellschaftlicher Verantwortung betreiben, können durch fortschrittliche Wirtschaftsräume, die sich konsequent aus dem unsinnigen Standortwettbewerb zurückziehen, Zug um Zug trockengelegt werden.

Verhandlungen nicht zwischen öffentlichen und privaten Gütern unterscheidet. Sie demonstriert damit, dass sie die Notwendigkeit eines öffentlichen Sektors, der die Unvollkommenheit des Marktes ausgleicht, in Abrede stellt. Die bislang von der ökonomischen Lehre angebotenen Kriterien, scheinen die Strategie der WTO zu bestätigen: Danach ist ein öffentliches Gut zum einen dadurch gekennzeichnet, dass es jedermann ohne Rivalität konsumieren kann – andere also keinen Nachteil erleiden –, und zum anderen dadurch, dass niemand vom Konsum ausgeschlossen werden kann. Diese Kriterien können absurde Ergebnisse liefern: Saubere Luft oder Trinkwasser zum Beispiel, die sich durch Schadstoffe vom freien zum knappen Gut wandeln und somit Rivalitäten im Konsum hervorrufen, wären danach als private, vermarktete Produkte einzustufen. Eine überlastete Mautstraße würde Rivalitäten im Konsum erzeugen und zudem noch viele Menschen von der Benutzung ausschließen. Jedermann könnte sie demnach als privates Gut an geeigneten Orten in die Landschaft setzen. Keine Frage, dass diese Kriterien allein nicht ausreichen, um den gebotenen Ausgleich zwischen Markt und Staat herzustellen.

Neoliberaler Beispiele

Die in den letzten Jahren in Deutschland durchgeführten Privatisierungen in der Telekommunikation und Energieversorgung liefern genügend Anschauungsmaterial: Sie sind einhergegangen mit dem Aufkauf regionaler Anbieter, der Öffnung der Märkte und dem wirtschaftspolitischen Auftrag an die Unternehmen, die Möglichkeiten nationaler wie globaler Expansion zu nutzen. Darauf konzentrieren sie inzwischen ihre ganze Kraft, streifen ihre regionale Verantwortung ab und gehen dazu über, ihren Anspruch auf internationale Wettbewerbsfähigkeit einzufordern, indem sie zunehmend Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen.

Im Übergangsstadium zur angestrebten globalen Wettbewerbsfähigkeit äußern sich ihre Rationalisierungsmaßnahmen zum einen in ständigem Personalabbau, der anfangs scheinbar harmlos durch „natürliche Fluktuation“ abgewickelt wird, zum anderen in Preiserhöhungen. Der Bundesverband Verbraucherzentralen stellt dazu fest: *„Die großen Stromkonzerne führen sich inzwischen auf wie in einem Selbstbedienungsladen. Sie haben im großen Stil Stadtwerke aufgekauft, legen die Bedingungen für die Nutzung ihrer Netze fest und halten sich (im Inland) Konkurrenten vom Hals. Beim Strom ist der Wettbewerb faktisch zum Erliegen gekommen. Die privaten Haushalte haben 2003 5 Mrd. Euro zu viel bezahlt.“*

Langfristige Vorsorge

Die staatliche Vorsorge muss sich grundsätzlich an der langfristigen Sicherung des Gemeinwohls orientieren und nicht nur am gerade durch das Steueraufkommen gegebenen Finanzierungsrahmen. Wann immer dringende Vorhaben wie etwa neue schulische Ausbildungswege identifiziert werden, die kurzfristig nicht über Steuern zu finanzieren sind, ist der Staat im Sinne des Gemeinwohls verpflichtet, Kredite aufzunehmen. Diese strategische Verpflichtung des Staates ist wie keine andere Aufgabe durch die Absichten der WTO gefährdet.

Bei leeren öffentlichen Kassen nimmt die staatliche Kreditaufnahme zwangsläufig überhand und gerät in die Kritik, mit der Folge, dass die langfristige Vorsorge immer mehr vernachlässigt wird. Dazu kommt, dass staatliche Verschuldung unter neoliberalen Bedingungen unerwünschte Umverteilungseffekte hervorruft, weil einer kleinen Zahl von privaten Kreditgebern die Zinsen zufließen, die über Steuern von der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen. Der zum Schuldenmachen gezwungene Staat sieht sich also von mehreren Seiten kritisiert. Die Umverteilungseffekte lassen sich hingegen bei Vollbeschäftigung, die eine grundlegende Gleichverteilung bewirkt, von vornherein vermeiden: Staatsanleihen können dann in kleine Tranchen unterteilt als „Volksanleihen“ einem breiten, nun durchweg zahlungsfähigen Publikum angeboten werden. Das hat überdies den Vorteil, dass öffentliche Kredite überwiegend von inländischen Gläubigern finanziert werden und Zinszahlungen in die eigene Volkswirtschaft zurückfließen.

Generell gilt darüber hinaus: Jede öffentliche Verschuldung, die für fundierte, langfristig wirkende Projekte wie etwa die erwähnten neuen Ausbildungswege aufgenommen wird, finanziert sich durch intergenerative Lastenverschiebung letztendlich von selbst, indem Zinsen und Tilgung von nachfolgenden Generationen aus dem durch die Projekte erzielten Nutzen gezahlt werden. Der Hauch von Unseriosität, der staatlicher

Verschuldung anhaftet, und der auch als fadenscheiniges Argument für Privatisierungen herhalten muss, ist jedenfalls dann unbegründet, wenn die staatliche Kreditaufnahme an zukunftsträchtige Projekte gebunden ist, mit denen Wohlstand und Wohlfahrt gefördert werden. Starre, auf Haushaltsjahre bezogene Verschuldungsgrenzen, wie sie im Vertrag von Maastricht festgeschrieben sind, stehen einer autonomen strategischen Planung im Wege.

Ausblick

Jeder Staat hat die Aufgabe, seine öffentlichen Güter zunächst anhand robuster, an der gesellschaftlichen Bedeutung orientierter Kriterien gegenüber den vom Markt produzierten privaten Gütern abzugrenzen und zu identifizieren, und sie dann im öffentlichen Raum zu regeln, zu finanzieren und zu erbringen. Der Erfolg dieser Aufgabe ist an drei Bedingungen geknüpft: Erstens sind knappe Ressourcen, die für die Erbringung unabdingbar sind, wie zum Beispiel Wasserquellen, Grund und Boden oder auch Sendefrequenzen, in öffentliches Eigentum zu überführen. Zweitens ist die Regulierungs- und Planungshoheit und das zugehörige Fachwissen in öffentlicher Hand zu sichern. Drittens sind für die Erbringung Personen und Unternehmen auszuwählen, die sich in die lokale und regionale Verantwortung nehmen lassen.

Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, erscheint die Frage, ob die Erbringung öffentlicher Güter durch öffentliche oder private Unternehmen erfolgen soll, in einem anderen Licht: Weniger die Eigentumsverhältnisse der ausführenden Unternehmen als vielmehr ihre Fachkompetenz, Effizienz und regionale Verpflichtung, die ein konstruktives Zusammenwirken mit der öffentlichen Hand garantieren, sind dann entscheidend. Jede juristische Konstruktion und Kombination öffentlicher und privater Unternehmen, die insgesamt gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile verspricht, ist bei gegebenen Voraussetzungen denkbar.

Um Missverständnisse auszuschließen: Eine erfolgreiche privatwirtschaftliche Erbringung öffentlicher Güter lässt sich nur innerhalb autonomer, eigenständiger Wirtschaftsräume realisieren. Dezentrale, subsidiäre Strukturen der öffentlichen Hand wie auch der ausführenden Unternehmen sind die einzige Garantie für eine unverfälschte, bürgernahe Umsetzung des demokratischen Willens. Wenn dann noch kleinräumiger Wettbewerb gegeben ist, spricht alles dafür, private Unternehmen so weit wie möglich in die Erbringung öffentlicher Güter einzuspannen. Die in neoliberaler Absicht neuerdings geschmähten Gebietsmonopole kommunaler Betriebe sind übrigens ein bewährtes Erfolgsmodell für eine bürgernahe Durchführung, das es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt.

Wachstum

Ausgangslage

Es gibt keinen anderen Begriff, der in der wirtschaftspolitischen Debatte so häufig verwendet wird und zugleich mit so viel Bedeutung beladen und so

vieldeutig ist wie der Begriff „Wachstum“. Der Grund für die inflationäre Verwendung liegt in den sozialen Verwerfungen, die nach neoliberaler Logik im rückläufigen Wirtschaftswachstum begründet sind. Das simple neo-

liberale Credo lautet deshalb: Liberalisierung bringt Wachstum, und Wachstum bringt Beschäftigung, Wohlstand und Wohlfahrt.

Allerdings geraten die neoliberalen Apologeten zunehmend in die Defensive, seit sie das System in einem Zustand verteidigen müssen, in dem es selbst in Phasen positiven Wachstums seine sozialen Verpflichtungen nicht mehr erfüllt. Die Binnendepression ist so weit fortgeschritten, dass auch der Export als erklärter „Wachstumsmotor“ keine Wirkung mehr zeigt. Gerd Mauermann schreibt dazu im Mitarbeitermagazin *SiemensWelt* vom April 2004:

„Allzu gern wird Deutschland als Exportweltmeister dargestellt und dies als eine Stärke des Standorts angeführt. ...Tatsache ist, dass die Wertschöpfungstiefe in Deutschland sinkt und so immer mehr arbeits- beziehungsweise lohnintensive Jobs verloren gehen. Heute werden nicht nur mehr Rohstoffe und Einfachprodukte aus dem Ausland importiert, veredelt und wieder exportiert, sondern immer mehr hochwertige Vorerzeugnisse, die hierzulande zusammengefügt werden. So werden beispielsweise Autos, selbst wenn deren Motoren aus Tschechien und deren Elektronik aus Asien kommen, zu 100 Prozent dem deutschen Export zugeordnet.“

Der Wechselkurseffekt ist der statistische Kern des Exportwunders. Ausfuhren werden international in Dollar gerechnet. Allein durch die Aufwertung des Euro zum Dollar von Anfang 2002 bis Ende Dezember 2003 um 26 Prozent wuchsen die Exporte rein rechnerisch entsprechend. Der Volumenanstieg der Ausfuhren fällt dagegen bescheiden aus: 1,4 Prozent in 2002, 1 Prozent in 2003 und 1,3 Prozent in 2004 laut Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute.

...Lohnintensive Fertigungen sind in Deutschland nicht mehr zu realisieren. Fertigungen, die sich in unserem Land noch rechnen, müssen in der Regel vollautomatisierbar sein, um die hohen Arbeitskosten zu kompensieren. So liegt die Bundesrepublik bei installierten Robotern nach Japan an zweiter Stelle – noch vor den USA. Besonders bemerkenswert ist, dass in Deutschland die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gestiegen ist. Jährlich erfordert ein Arbeitsplatz einen Kapitaleinsatz von nicht weniger als 117.000 Euro. Arbeit ist durch Kapital ersetzt worden. Die Konsequenz ist, dass selbst florierende Exportgeschäfte kaum neue Jobs schaffen. Exportweltmeister kann man auch mit menschenleeren Fabriken sein.“

Soweit die „SiemensWelt“. Laut Statistischem Bundesamt ist die inländische Bruttowertschöpfung am nominalen Produktionswert der deutschen Industrie zwischen 1991 und 2001 von 41 auf 31 Prozent gesunken. Der enorme Rückgang erklärt sich aus dem hohen Exportanteil der deutschen Wirtschaft, durch den sie dem globalen Kostendruck stärker ausgesetzt ist als die Wirtschaft anderer Länder, und der sie zu weitgehenden Kosten- und Produktionsverlagerungen, Importen von Zwischenprodukten und alles in allem zu einem stärkeren Abbau inländischer Arbeitsplätze zwingt. Es ist die Ironie des globalen Wettbewerbs, dass starke Exportwirtschaften ihr eigenes Land unaufhaltsam de-

industrialisieren. Die Hoffnung auf eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch ein steigendes Exportvolumen erweist sich also als neoliberales Wolkenkuckucksheim.

Generell ist festzuhalten, dass die neoliberale „Wachstumskrise“ auf drei miteinander verkettete Ursachen zurückgeht: (1) Die in den 1980er Jahren zum Ende der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Sättigung der Binnenmärkte, (2) der durch Massenarbeitslosigkeit systembedingte Rückgang von Konsum und öffentlichen Investitionen, (3) sowie die durch globalen Angebotsüberschuss beginnende Sättigung der Exportmärkte.

Wachstum und Beschäftigung

Sowohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als auch die Arbeitsproduktivität weisen derzeit in Deutschland einen jährlichen Zuwachs von rund 1,5 Prozent auf. Das heißt, die zusätzliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird rechnerisch genau durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität abgedeckt, so dass das Gesamtvolumen an erforderlichen Arbeitsstunden landesweit unverändert bleibt. Da es keine Anzeichen für zukünftig höhere BIP-Wachstumsraten gibt, der globale Wettbewerbsdruck hingegen einen Anstieg der Arbeitsproduktivität wahrscheinlich macht, sind allein aus diesem Grund die Aussichten für ein wenigstens gleichbleibendes Arbeitsvolumen schlecht. Tatsächlich ist das jährliche Volumen an Arbeitsstunden seit 2002 rückläufig, allerdings aus einem anderen Grund: weil überdies laufend Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Es ist also insgesamt nicht verwunderlich, dass die von der Bundesregierung unermüdlich eingefädelt „Wachstumsimpulse“ nur einen lächerlichen Zickzackkurs der Steuer- und Sozialpolitik bewirken.

Um die Unternehmen unter heutigen Bedingungen zu bewegen, neue inländische Vollzeit Arbeitsplätze zu schaffen, müssten die Arbeitskosten weiter nach unten angepasst werden und die Wachstumsrate des BIP müsste mindestens 2 Prozentpunkte über dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität liegen. Um gar Vollbeschäftigung mit einer Erwerbsquote von idealen 90 Prozent herzustellen, müsste eine solche Entwicklung rein rechnerisch über 2 Jahrzehnte aufrechterhalten werden – was in jeder Hinsicht völlig illusorisch ist.

Die Illusion ununterbrochenen Mengenwachstums, die im neoliberalen Denken wie selbstverständlich mit dem Expansionsdrang und Gewinnstreben von Industrie und Investoren verknüpft ist, hat sich nun in der Krise des Systems zu einer fixen Idee und zwanghaften Abwehrstrategie gegenüber den kaum noch zu leugnenden Realitäten gewandelt.

Facetten des Wachstums

Die Gesetze, denen die irdische Biosphäre – einschließlich des Subsystems Wirtschaft – während ihrer Entwicklung unterlag und noch unterliegt, sind in vereinfachter Darstellung geeignet, die Facetten des Begriffs Wachstum für die weitere Betrachtung zu verdeutlichen. Es lassen sich zwei Prozesse unterscheiden: Der erste Prozess diente der Umwandlung von anorganischem in organisches Material und setzte sich so lange fort, bis die Biomasse ein biologisches Optimum

erreicht hatte und – vor etlichen hunderttausend Jahren – Sättigung eintrat. Damit endete das *quantitative* Wachstum der Biosphäre unwiderruflich. Der zweite, parallel ablaufende Prozess spielte und spielt sich immer noch innerhalb der Biomasse ab und bringt evolutionär immer komplexere und intelligentere Lebensformen und größere Vielfalt hervor, einschließlich des Entstehens und Verschwindens von Arten und des Heranwachsens und Absterbens einzelner Spezies. Dieser Prozess bewirkt das *qualitative* Wachstum und setzt sich über das Ende des quantitativen Wachstums hinaus endlos fort. Dabei finden zwar Umschichtungen innerhalb der Biomasse statt, die Gesamtmasse aber bleibt konstant.

Volkswirtschaftliches Wachstum

Quantitatives Wachstum ist niemals eine grundsätzliche, dauerhafte Voraussetzung wirtschaftlicher Aktivität gewesen. Die Menschheit hat in ihrer Geschichte Jahrtausende in Abhängigkeit von begrenzten natürlichen Ressourcen ohne Mengenwachstum gelebt – ihre eigene Bevölkerungsdichte eingeschlossen. Speziell in einer Industriegesellschaft endet das quantitative Wachstum, sobald die Bürger im Spannungsfeld von Arbeit, Freizeit und Konsum ihre Bedürfnisse optimal befriedigen können. Dieses Ziel ist in den westlichen Industrieländern bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts weitgehend erreicht worden.

Frustrationen hat die einsetzende Stagnation nur deshalb ausgelöst, weil Expansionsdrang und Gewinnstreben ohne fortgesetztes Umsatz- und Gewinnwachstum ins Leere laufen. Mit aller Macht wurde von den Interessengruppen deshalb die Liberalisierung und geographische Ausdehnung der Märkte vorangetrieben, um die quantitativen Erwartungen weiterhin zu befriedigen. Auch die Nationalstaaten haben es damals versäumt, sich dem gebotenen qualitativen Wachstum zuzuwenden. Nach wie vor wird mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist (siehe auch im Glossar), nur die Produktion von Gütern und Dienstleistungen rein quantitativ in Preisen erfasst – einschließlich der Produkte, die soziale und ökologische Schäden verursachen sowie derer, mit denen aufwendig versucht wird, die schlimmsten Schäden wieder zu beseitigen. Durch diese Absurdität wird das Mengenwachstum über die natürliche Sättigung hinaus angeheizt, und insgesamt durch die einseitige Ausrichtung des BIP der Eindruck erweckt, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte – insbesondere der Beschäftigungsmangel – ließen sich auf Dauer mit Anreizen zum Mengenwachstum beseitigen.

Unternehmerisches Wachstum

Das Agieren jedes einzelnen Unternehmers ist in einer Marktwirtschaft immer auch durch Mengenwachstum motiviert. Das Streben nach geldwertem Zuwachs von Umsatz und Gewinn ist eine wesentliche Triebfeder unternehmerischen Engagements und Ausdruck unbedingten Erfolgswillens. Unter einer wohlaustrarieren Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung sorgt es für Erneuerung und ist damit zugleich das Pendant echter Produktivität, qualitativen Wachstums und allgemeinen Fortschritts. Überdies entfaltet es seine konstruktive

Wirkung in quantitativ wachsenden wie in stagnierenden Volkswirtschaften. Daher gibt es in einer geregelten Marktwirtschaft auch keinen Widerspruch zwischen dem Streben jedes einzelnen Unternehmers nach Absatzmenge und Produktqualität und dem gesamtwirtschaftlichen Gebot letztendlicher Mengenbegrenzung und fortgesetzten qualitativen Wachstums.

Ausblick

Die neoliberale „Wachstumsphilosophie“ kann als eine Verabsolutierung oder auch Pervertierung des unternehmerischen Strebens nach höherem Marktanteil, Umsatz und Gewinn aufgefasst werden. Sie setzt auf einen einzigen, zweifellos unverzichtbaren Antrieb unternehmerischen Handelns und stilisiert ihn zur zentralen Aufgabe und Zielsetzung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten hoch. So entsteht ein eindimensionales, einzig auf wachsende Mengen begrenztes Bild menschlichen Wirtschaftens. Falsche Vorstellungen und Hoffnungen von Wohlstand, Wohlfahrt und Zukunftsgestaltung sind die Folge.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und speziell das BIP bieten sich an, das vollständige Spektrum der Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens zu erfassen und für die Steuerung einer zukunftsgerechten Entwicklung nutzbar zu machen. Dazu gibt es bereits Ansätze: Etwa die Wohlstandsmessung durch den „Human Development Index“ der Vereinten Nationen oder den „Index of Sustainable Economic Welfare“, den der ehemalige Weltbankökonom Herman Daly entwickelt hat. Denn was nicht messbar gemacht wird, kann nicht erkannt, nicht nachgewiesen und auch nicht für eine politisch wünschenswerte Steuerung genutzt werden. Die statistischen Probleme, die immer als Hinderungsgrund für eine Monetarisierung qualitativer Kriterien angeführt werden, sind eine allzu offenkundige Ausrede neoliberaler Interessengruppen. So würde denn auch die Aufstellung eines ehrlichen Bruttoinlandsprodukts heute unter dem Strich nur rote Zahlen aufweisen. Aber um die zu bekämpfen, führt kein Weg daran vorbei, sie zunächst sichtbar zu machen.

Das BIP kann dazu die Rolle des Gradmessers und Steuerinstruments für alle Facetten des volkswirtschaftlichen Wachstums übernehmen, besonders aber für den nachhaltigen sozialen und ökologischen Fortschritt. Die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit wird dadurch zur rationalen Utopie und manifestiert sich in tatsächlicher Wertschöpfung, wirklicher Produktivität, echten unternehmerischen Gewinnen und wahrheitsgemäßen Preisen.

Im BIP sind dazu sowohl soziale Indikatoren zu erfassen, die den Zustand der Gesellschaft widerspiegeln, wie beispielsweise bezüglich Familie, Gesundheit, Bildung, Arbeitsleben, Mitbestimmung, Umwelt, Freizeit, Kultur, soziale Einbindung und persönliche Sicherheit, als auch ökologische Indikatoren, die Aufschluss über den Wert des Naturvermögens geben: Insbesondere ist dem Produktionswert von Gütern und Dienstleistungen in Preisen die mit der jeweiligen Produktion und dem Gebrauch der Produkte verbundene Wertminderung des Naturvermögens gegenzurechnen.

Die wirtschaftspolitische Steuerung unter Einbeziehung qualitativer Kriterien führt in der unternehmerischen Wertschöpfungskette (siehe auch im Glossar) zu neuen Schwerpunkten: Es entstehen Anreize, alle direkten und indirekten Formen der Sonnenenergie zu erforschen und anzuwenden, energie- und rohstoffeffiziente Produktionsprozesse zu entwickeln, Güter ergonomisch, sicher, zuverlässig, umweltverträglich und wiederverwendbar zu gestalten, sozial und ökologisch verträgliche Dienstleistungen anzubieten, und schließ-

lich den Verdrängungswettbewerb mit materiellen Gütern und die damit verbundenen überproportionalen weltweiten Transporte so weit wie möglich zu begrenzen und die Globalisierung auf den Austausch und Handel mit immateriellen Gütern auszurichten. Die Weichenstellung zu qualitativem Wachstum verlangt darüber hinaus nach Bilanzierungs- und Controllingverfahren, die den Unternehmensführungen – analog zum BIP – eine zielgerichtete Steuerung mittels qualitätsbezogener, monetarisierter Parameter ermöglicht.

Produktivität

Ausgangslage

Jede Wirtschaftsordnung muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen, ihren sozialen und ökologischen Ressourcen umgeht. Ob sie deren Bestand schützt oder ihn ausbeutet und zerstört. Der beste Gradmesser für diesen Umgang ist die wirtschaftliche Gesamtproduktivität, an der sich – solange sie umfassend und objektiv ermittelt wird – ablesen lässt, ob im Zuge der wirtschaftlichen Prozesse echte Werte geschaffen werden oder ob auf Kosten von Gesellschaft und Natur gewirtschaftet wird und Werte vernichtet werden.

Aussagen zur Produktivität können sich auf eine Volkswirtschaft, einen Wirtschaftssektor, eine Branche oder ein einzelnes Unternehmen beziehen. In jedem Fall sagt die Produktivität aus, mit welchem Einsatz von Produktionsfaktoren (input) ein bestimmter Güterausstoß oder eine bestimmte Leistung (output) erbracht wird. Zu den Produktionsfaktoren zählen das natürliche Kapital wie Boden, Wasser, Luft, Rohstoffe einschließlich Energieträger, Pflanzen und Tiere, das vom Menschen geschaffene Kapital wie Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Energie sowie immaterielle Güter wie Erfindungen und Verfahren, und schließlich jede Form der menschlichen Arbeit. In der Praxis wird die Gesamtproduktivität meist vereinfachend als Güterausstoß oder Dienstleistung pro Arbeitsstunde ausgewiesen und dann als Arbeitsproduktivität bezeichnet.

Die wahrheitsgemäße Ermittlung einer Gesamtproduktivität setzt voraus, dass sämtliche Produktionsfaktoren berücksichtigt und mit ihren wahren Preisen – ohne jedes Dumping – in die Berechnung eingehen. Wahre Preise ergeben sich, wenn die durch Wertminderungen an den Produktionsfaktoren und der Umwelt anfallenden Kosten bzw. die für eine Verhinderung von Schäden aufgetragenen Kosten in die Preise einkalkuliert werden. Übertragen auf den Faktor Arbeit heißt das unter den Bedingungen einer entwickelten, sozial und ökologisch optimal geregelten und subsidiär strukturierten Marktwirtschaft: Das Einkommen von Beschäftigten aus Arbeit *und* Kapital – also der Preis für den Faktor Arbeit – wird für alle Beschäftigten und ihre Familien eine existenzsichernde Grundlage bieten.

Produktivitätssteigerungen ergeben sich, wenn Produktionsfaktoren effizienter eingesetzt werden: Wenn beispielsweise ein gleichbleibender Güterausstoß mit geringerem Rohstoffeinsatz, mit weniger Energieaufwand (höherer Energieeffizienz), besseren Maschinen,

neuen Erfindungen oder optimaleren Arbeitsabläufen erzielt wird. Sobald eine höhere Produktivität jedoch durch Auslagerung (Externalisierung) von Kosten erzielt wird, entsteht das für den Neoliberalismus typische Paradox steigender betriebswirtschaftlicher bei gleichzeitig sinkender volkswirtschaftlicher Produktivität: Wenn ein Betrieb Arbeitskräfte entlässt, oder plötzlich aufgrund neuer Gesetze weniger Beiträge zur gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge zahlt und Schadstoffe ungefiltert in die Luft entweichen lässt, dann steigt augenblicklich seine Produktivität, während gleichzeitig die Folgekosten aus Arbeitslosigkeit, mangelnder Vorsorge und Luftverschmutzung der Allgemeinheit übertragen werden und die volkswirtschaftliche Produktivität verschlechtern oder gar in den negativen Bereich drücken, der gleichbedeutend mit einer Wertevernichtung ist. Die aktuelle Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, dass das Paradox nicht schwarz auf weiß sichtbar wird, weil die Monetarisierung der externen sozialen und ökologischen Effekte unterlassen und in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht berücksichtigt wird. Damit löst sich das Paradox auf, denn beide Bilanzen, die betriebs- und die volkswirtschaftliche, weisen unter neoliberalen Bedingungen Scheinproduktivitäten aus.

Die Steigerung wirtschaftlicher Produktivität gerät seit Jahren wegen der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und Armut immer mehr ins Zwielicht und wird von einigen Kritikern sogar grundsätzlich in Frage gestellt. Es wäre jedoch fruchtbarer, die Kritik würde sich differenziert gegen die Ursachen der Scheinproduktivität und nicht generell gegen produktives Wirtschaften richten. Es ist schließlich ein stark ausgeprägter Antrieb des Menschen, mit möglichst geringem Arbeitseinsatz möglichst viel zu ernten oder zu produzieren, um für seine über das Wirtschaftsleben hinausgehenden sozialen und kulturellen Bedürfnisse Raum und Zeit zu schaffen. Gegen hohe Produktivität und das Bestreben, sie ständig weiter zu erhöhen, lässt sich daher absolut nichts einwenden.

Wertevernichtung

Für wirtschaftliche Aktivitäten und wirtschaftlichen Fortschritt gilt ein einfacher Grundsatz: Das Produktionsergebnis muss stets höher ausfallen als die Werte, die zur Erzielung des Ergebnisses in den Produktionsprozess hineingesteckt werden. Wenn es den wirtschaftlichen Akteuren erlaubt wird, Produktionskosten zu unterschlagen und auf die Allgemeinheit abzuwäl-

zen, gerät die Wirtschaft in einen Zustand, in dem unkontrollierte und nicht mehr quantifizierbare Wertevernichtung statt Wertschöpfung stattfindet. Bei verbreitetem Verstoß gegen den Grundsatz steuern die Produktionsprozesse unaufhaltsam ihrem natürlichen Ende entgegen: Nicht-erneuerbare Ressourcen gehen zur Neige, erneuerbare Ressourcen werden zerstört und gesellschaftliche Ordnungen lösen sich auf. Die Antwort auf die häufig gestellte Frage, warum es heutzutage trotz hoher Produktivität zunehmende Unterernährung und Armut gibt, erschließt sich aus dem andauernden Verstoß gegen den genannten Grundsatz: Weil die Produktivität des neoliberalen Wirtschaftssystems eine vorgetäuschte Produktivität ist, die in einem bisher nicht gekannten Ausmaß weltweit Werte vernichtet, statt Werte zu schaffen.

Selbstzerstörung

Die neoliberale Wirtschaft wird dabei zum Opfer ihres eigenen, durch Scheinproduktivität begünstigten Drangs nach ununterbrochenem Mengenwachstum: Der wachsenden Produktionskapazität, die unter dem Druck des globalen Wettbewerbs entsteht, indem Prozesse automatisiert und rationalisiert und Kosten externalisiert werden, steht infolge allgemeiner Marktsättigung, abnehmender Beschäftigung, sinkender Reallohne und rückläufiger öffentlicher Investitionen eine nachlassende Nachfrage gegenüber. Durch das zunehmende Missverhältnis wird wiederum der Wettbewerb angeheizt und befördert das Wirtschaftssystem in einen Teufelskreis, dem die Akteure mit Innovations- und Export-Initiativen zu entkommen suchen. Aber selbst umwälzende Neuerungen wie zum Beispiel das Mobiltelefon bringen keinen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschub, weil sie bestehende Produkte teilweise substituieren und zudem die schwindende Kaufkraft lediglich von alten in neue Marktsegmente umlenken. Und sie schaffen auch keine neuen Arbeitsplätze, weil sie immer mit neuen, noch produktiveren Fertigungstechnologien einhergehen. Auch Exportstrategien erweisen sich als untauglich, den Teufelskreis zu durchbrechen: Erstens, weil Exportindustrien unter originärem globalen Kostendruck stehen und deshalb beständig Teile ihrer Wertschöpfung in immer neue Niedriglohnländer auslagern. Und zweitens, weil das Wachstum von Importmengen und Kaufkraft in den importierenden Zielländern einem noch schneller wachsenden weltweiten Angebot an Exportprodukten gegenübersteht, die von einer steigenden Anzahl exportfähiger Länder produziert werden.

Die durch externalisierte Kosten entstehenden Substanzverluste in Gesellschaft und Natur erfordern eine ständige Erhöhung des Ausbeutungsgrades der natürlichen Ressourcen. Die in diesem Zerstörungsprozess

erzielten unternehmerischen Gewinne erweisen sich dem gemäß als Scheingewinne. Ein förderlicher Rückfluss von echten Gewinnen zum Wohle von Gesellschaft und Natur ist unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Ausblick

Zunächst bedarf es der allgemeinen wirtschaftspolitischen Einsicht, dass es eine abstrakte, von sozialer und ökologischer Verantwortung losgelöste Produktivität nicht geben kann, dass sich Produktivität nur im Kontext einer humanen Zweckdienlichkeit denken lässt: nämlich das Leben erträglicher und angenehmer zu gestalten – und zwar dauerhaft. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, und nicht umgekehrt, lautet nicht ohne Grund eine bekannte Binsenwahrheit. Das heißt aber auch: Die Wirtschaftsprozesse müssen dort entstehen, geregelt werden und ihre Wirkung entfalten, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben: vor Ort.

Praktisch kann das unumgängliche Gegensteuern nur darin bestehen, die systembedingte Scheinproduktivität und Wertevernichtung in echte Produktivität und Wertschöpfung zu verwandeln – oder anders ausgedrückt: den wirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt in den Dienst des sozialen und ökologischen Fortschritts zu stellen. Das erfordert gesetzliche und steuerliche Maßnahmen, die im Sinne des Verursacherprinzips Verpflichtungen und Anreize schaffen, die durch wirtschaftliche Prozesse verursachten Kosten in die unternehmerischen Bilanzen einzubeziehen (zu internalisieren). Um alle wirtschaftlichen Akteure in die Verantwortung zu nehmen und echte Produktivität zu erzeugen, sind kleinräumige Wirtschaftskreisläufe Voraussetzung, die autonomer Wirtschaftspolitik unterliegen und den Akteuren die Konsequenzen ihres Handelns unmittelbar vor Augen führen und sie zu gegenseitiger Verpflichtung und Gemeinsinn bewegen. Der soziale Fortschritt impliziert überdies die Teilhabe aller Beschäftigten am laufenden Produktivitätsfortschritt. Gerechte Teilhabe kann erreicht werden, wenn sinkender Arbeitsaufwand und steigende Kapitalrendite allen Beteiligten durch eine gesetzlich und tarifrechtlich geregelte Kombination aus Arbeits- und Kapitaleinkommen zugute kommen. Diese Art von Kombi-Lohn bietet zugleich die Gewähr, dass der technische Fortschritt keine Arbeitsplätze vernichtet und alle Beschäftigten im eigenen Interesse ihren Beitrag zum Fortschritt und zur Entwicklung einer besseren Welt leisten können. Und schließlich spricht alles dafür, dass auf dem Fundament ortsgebundener Verankerung und kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe auch die Globalisierung eine Zukunft hat.

Beschäftigung

Ausgangslage

Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich zweifellos in einem traurigen und zugleich widersprüchlichen Zustand: Einerseits gibt es eine zu geringe Nachfrage nach Arbeit, deren wahres Ausmaß sich weniger aus

der offiziellen Arbeitslosenstatistik als vielmehr aus der niedrigen Erwerbsquote von derzeit 68 Prozent erschließt (siehe auch im Anhang unter *Statistische Trends*). Andererseits gibt es zahllose vernachlässigte Aufgaben, deren Erledigung aus öffentlichen Kassen

nicht mehr zu finanzieren bzw. privatwirtschaftlich nicht mehr rentabel ist:

Ins Auge springt besonders der Zustand der Dienstleistungen wie etwa die mangelnde Altenpflege und Kinderbetreuung, die fehlenden Lehrer und Erzieher, das überlastete Krankenhauspersonal, die Stellenstreichungen in Kultur und Wissenschaft, die schlechte Beratung im öffentlichen wie privaten Sektor und die Umweltsünden, die nicht verhindert und deren Folgen nicht beseitigt werden. Im Handwerk sind es die unzähligen Arbeiten, die vergeblich auf ihre Ausführung warten. Im mittelständischen Gewerbe ist es die rückläufige lokale und regionale Produktion. Schließlich noch die an den Rand gedrängte Landwirtschaft, die sich genötigt sieht, Flächen stillzulegen und industrielle Methoden einzuführen, um die restlichen Flächen um so intensiver zu bewirtschaften, und die sich dabei von einer ökologischen Wirtschaftsweise immer weiter entfernt.

Niemand kann daher behaupten, der Gesellschaft ginge die Arbeit aus oder es gäbe einen „natürlichen“ Mangel an Arbeit. Der gleichzeitige Anstieg erzwungener Untätigkeit und unerledigter Aufgaben ist vielmehr das untrügliche Anzeichen für grundsätzliche Mängel im wirtschaftlichen und politischen System.

Die neoliberale Sicht

Der neoliberale Umgang mit dem Arbeitsmarkt ist ein Rückfall in die neoklassische Sicht des 19. Jahrhunderts: Den Löhnen des Arbeitsmarktes wird eine regelnde Funktion zugesprochen, die der Funktion der Preise auf den Gütermärkten entspricht. Es wird angenommen, Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage würden sich über die Höhe des Reallohniveaus jederzeit angleichen. Je mehr Menschen ihre Arbeitskraft anböten, desto tiefer würden die Löhne sinken, oder umgekehrt: je mehr Arbeit von Unternehmen nachgefragt würde, desto höher würden die Löhne steigen. Dadurch würde sich immer wieder ein neues Gleichgewicht einstellen, bei dem jeder, der zum aktuellen Lohn arbeiten wollte, auch arbeiten könnte. Arbeitslosigkeit wäre also ein freiwillig gewählter Zustand.

Eine solche Analogie ist aus drei Gründen unsinnig: Erstens ist Arbeit kein handelbares Gut und lässt sich nicht substituieren, denn Arbeitswillige haben bei fehlender Arbeitsnachfrage keine Ausweichmöglichkeit. Zweitens lässt sich nach der Einengung des nachgefragten Qualifikationsspektrums infolge internationaler Arbeitsteilung das Arbeitsvolumen nicht mehr auf alle Arbeitswilligen verteilen, so dass einem wachsenden Teil der Arbeitskräfte der Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Ausbildung oder ihrer natürlichen Fähigkeiten versperrt bleibt. Und drittens endet die Lohnelastizität spätestens beim Existenzminimum.

Der heutige Zustand

Ein typisches Beispiel für globalisierungsbedingte Arbeitsplatzverluste bietet die Münchner Firma Infineon, die elektronische Speicher- und Logikbausteine (Chips) herstellt: Auf den globalen Märkten, die das Unternehmen bedient, fallen die Weltmarktpreise jährlich um 20 Prozent. Asiatische Mitbewerber bieten einzelne Produkte zu Preisen an, die aufgrund ihrer niedrigen Lohnkosten 30 Prozent unter Infineons Herstel-

lungskosten liegen. Die Firma ist gezwungen, immer mehr Produktionen nach Asien auszulagern und heimische Arbeitsplätze abzubauen. Infineon ist damit ein Paradebeispiel für die ungehinderte Flucht von Geld- und Sachkapital, die es der obersten Führungsebene von Unternehmen erlaubt, nach Belieben über das Schicksal ihrer Mitarbeiter zu entscheiden, ja, sie zu entmündigen und zu enteignen.

Inzwischen überlagern die globalisierungsbedingten Ursachen der Arbeitslosigkeit die konjunkturellen und binnenwirtschaftlichen Ursachen derart, dass letztere kaum noch nachweisbar sind und ihre isolierte Bekämpfung deshalb keinerlei Wirkung zeigt. Eine nationale, auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik ist unter diesen Umständen nicht mehr möglich und – da der Mut fehlt, den Status quo anzutasten – auch längst aufgegeben worden. Statt dessen werden Scheinlösungen wie die Hartz-Konzepte und die Agenda 2010 angeboten und es wird versucht, die Arbeitsverhältnisse dem rückläufigen Arbeitsvolumen sowie dem Kostendruck und den wechselnden Anforderungen der globalen Märkte anzupassen. Die entsprechenden Forderungen lauten: Überstunden und Arbeitszeitkonten statt Neueinstellungen, verlängerte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, Teilzeitarbeit, Leiharbeit auf Zeit, steuer- und abgabenbegünstigte Minijobs, Entkopplung aller Sozialabgaben vom Faktor Arbeit und Lohnabschlüsse unterhalb des Anstiegs der Arbeitsproduktivität. Die Gewerkschaften versuchen verzweifelt gegenzuhalten, geraten aber mit zunehmender Arbeitslosigkeit in die Defensive, auch weil sie sich zu fundamentaler Kritik nicht durchringen können und so in die Rolle des Prügelknaben eines Systems geraten, das sich anschickt, ihnen unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs die Existenzberechtigung abzusperechen.

Im Leitartikel der Süddeutschen Zeitung vom 15. März 2004 bringt Heribert Prantl das gegenwärtige Politikverständnis auf den Punkt: „... Die Agenda 2010 der SPD hat einen Überbietungswettbewerb zum Abbau rechtlicher Standards ausgelöst. Im Rahmen dessen hat die Union jüngst vorgeschlagen, den Kündigungsschutz im Arbeitsrecht radikal einzuschränken. Sie folgt damit der Deregulierungs-Lehre, wonach die geltenden Regularien des Arbeitsrechts die unternehmerische Freiheit unzumutbar behindern und folgt der idealistischen Vorstellung, dass eine wiederhergestellte unternehmerische Freiheit genutzt wird, um Arbeitsplätze zu schaffen. ... Diese Wippe-Theorie hat schon die Regierung Kohl ausprobiert und den Kündigungsschutz verkürzt. Der Erfolg war vor allem die Abwahl Kohls. ... Die Agenda fördert die Spaltung des Arbeitsrechts: Für wertvolle Arbeitskräfte bleiben relativ ordentliche Standards erhalten, daneben entwickelt sich ein Arme-Leute-Arbeitsrecht, ohne tariflichen Schutz und mit bescheidener sozialer Sicherung. Die psychologischen Auswirkungen dieser Entwicklung sind womöglich schlimmer als die juristischen; es wird eine Stimmung befördert, wonach alles immer schlimmer wird. ... Die Agenda-Politik hat daher keine neuen Kräfte geweckt, sondern einen gefährlichen Fatalismus befördert. Mit einem Volk von Fatalisten ist aber kein Staat zu machen.“

Arbeitszeitverkürzungen

Die Bemühungen der Gewerkschaften, die Beschäftigten durch Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich am wirtschaftlichen Erfolg angemessen zu beteiligen und dadurch zugleich neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind längst an ihre Grenze gestoßen. Allein in der Nachkriegszeit von 1945 bis in die frühen 80er Jahre konnte die Wochenarbeitszeit von 48 auf etwa 39 Stunden gesenkt werden. Die danach einsetzende heiße Phase der Globalisierung mit ihrem enormen Kostendruck auf die Unternehmen vereitelte alle weiteren Bemühungen in diese Richtung. Im neoliberalen Teufelskreis aus Kostendruck, Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust gibt es nichts mehr zu verteilen. Und das Thema Arbeitszeitverkürzung lässt sich schon lange auf keine Tagesordnung mehr setzen.

Niedriglohnsektor

Mit den Minijobs ist ein flexibler Zweiter Arbeitsmarkt mit niedrigen Arbeitskosten und Löhnen und einem eigenen Arbeitsrecht entstanden, der jedem offensteht – auch für Zweit- und Drittbeschäftigten. Die Auswirkungen „billiger“ Arbeit sind allerdings zwiespältig: Einerseits erhöht sich die unternehmerische Gesamtnachfrage nach Arbeit wie auch das Arbeitsangebot der Erwerbsbevölkerung, andererseits werden bestehende Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt und in gleichem Maße die Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme geschmälert. Eines ist jedoch eindeutig: Die globalisierungsbedingten Ursachen des Beschäftigungsrückgangs lassen sich mit Minijobs nicht beseitigen. Billige und flexible Arbeit ist in der gegenwärtigen Situation ein politischer Notnagel, der dem Verlangen der Wirtschaft nach niedrigen Arbeitskosten nachkommt und das Gesamteinkommen der abhängig Beschäftigten leicht erhöht – allerdings nur vorübergehend.

Wenn ab 2005 die neue Verordnung in Kraft tritt, nach der jeder Arbeitslose zur Annahme eines Minijobs verpflichtet werden kann, droht eine Entwicklung, die in den USA schon weit fortgeschritten ist und dort eine neue soziale Klasse, die „working poor“, hervorgebracht hat: Menschen, die gezwungen sind, täglich zwei oder drei verschiedenen Minijobs nachzugehen, allein um sich mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen, ohne jemals genügend Einkommen für ein eigenes Obdach zu erzielen.

Fazit

Ein zunehmender Anteil des volkswirtschaftlichen Potentials an menschlicher Schaffenskraft, das sogenannte Humankapital, wird unter neoliberalen Verhältnissen brachgelegt, während ein abnehmender Teil sich in immer wahnwitzigeren scheinproduktiven Akti-

vitäten aufreibt. Die oft geäußerte Meinung, es sei angesichts hoher Produktivität genügend für alle da und es mangle nur an einer gerechten Verteilung, trifft nicht den Kern des Problems: Diese These ist gefährlich naiv, weil sie den sozialen und ökologischen Zerstörungsprozess des neoliberalen Wirtschaftssystems negiert und damit unterstellt, dieses System sei dauerhaft aufrechtzuerhalten und mit dem Ausbau seiner Produktions- und Verteilungskapazität könne eine weitgehend arbeitslose Menschheit in ein ewiges Schlafraffenland geführt werden.

Neben brachliegendem Humankapital erzeugt der globale Wettbewerb als Folge der systemimmanenten Kaufkraftverluste und industriellen Überkapazitäten kürzer werdende Produktzyklen und folglich immer kürzere Verfallszeiten des investierten Sachkapitals, das überstürzt abgeschrieben und verschrottet wird. Die globale Wirtschaft verheizt ihre sämtlichen Ressourcen in einem nur noch sich selbst genügenden Wettbewerb. Diese Reibungsverluste sind für die hohen Folgekosten in Gesellschaft und Umwelt verantwortlich, oder anders ausgedrückt: für die gewaltige neoliberale Wertevernichtung. Vollbeschäftigung und allgemeiner Wohlstand sind auf diese Weise auch bei größter Anstrengung nicht zu erzielen, denn mit zunehmendem Wettbewerb erhöhen sich zwangsläufig auch die Verluste.

Ausblick

Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme kann einzig darin liegen, dem Grundrecht auf Arbeit und wirtschaftliche Selbstbestimmung Geltung zu verschaffen (siehe auch im Glossar unter *Grundrecht auf Arbeit*). Das Recht auf Arbeit kann nicht relativiert und anderen Rechten nicht untergeordnet werden. Eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung muss so angelegt sein, dass unter ihrem Regime vorrangig eine hohe Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsprozess, also ein hoher Beschäftigungsstand erzielt wird. Dieser Vorrang ist nicht nur gesellschaftlich geboten, er hat auch den einzigartigen Vorteil, dass die anderen wirtschaftspolitischen Ziele damit quasi automatisch mit erreicht werden.

Vollbeschäftigungspolitik auf den Punkt gebracht, heißt: Wirtschaftskreisläufe von unten nach oben subsidiär aufbauen, Kosten internalisieren und alle Beteiligten und die ganze Gesellschaft am Fortschritt teilhaben lassen. Neben den Einkommen aus Arbeit leitet sich die Teilhabe aller Beschäftigten wie selbstverständlich aus dem Prinzip der ortsgebundenen Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals ab: Mit zunehmendem Fortschritt, der immer mit einem abnehmenden Arbeitsvolumen verbunden ist, verschieben sich die Einkommensanteile vom Arbeitslohn hin zur Kapitalrendite.

von Finanzprodukten weiter fortgeschritten als die aller anderen Märkte. Während die Finanzmärkte bis in die 1970er Jahre noch eine überwiegend dienende Funktion gegenüber den realwirtschaftlichen Interessen

Finanzmärkte

Ausgangslage

Die Liberalisierung der Finanzmärkte ist wegen der höheren Beweglichkeit, der geringeren Transaktionskosten und der weniger aufwendigen Standardisierung

hatten, haben sie sich seither im Zuge der Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und der Entwicklung abgeleiteter, sogenannter derivativer Finanzinstrumente zum Teil von der Realwirtschaft gelöst und eigene unabhängige Geschäftsfelder erschlossen, die für den wachsenden Anteil spekulativer Geschäfte verantwortlich sind.

Die einzelnen Teilmärkte haben sich sehr unterschiedlich entwickelt: Die Umsätze am Kreditmarkt sind stark rückläufig, weil große Unternehmen für ihren Eigen- und Fremdkapitalbedarf auf den Wertpapiermarkt ausweichen. Der hat seine weltweiten Jahresumsätze innerhalb einer Dekade auf 60 Billionen US-Dollar verzehnfacht – nicht zuletzt durch einen hohen Spekulationsanteil. Am stärksten hat der Devisenmarkt zugelegt: Weltweit werden täglich etwa 2 Billionen US-Dollar umgesetzt, wovon nur rund 5 Prozent der Absicherung realer Geschäfte dienen, der Rest ist reine Spekulation.

Kapitalverkehr

Die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen hat die Voraussetzungen für weltweite Portfolio-Investitionen, unternehmerische Direktinvestitionen und den Standortwettbewerb geschaffen, die zur Folge haben, dass Finanz- und Sachkapital auf der Suche nach höchster Rendite beliebig über Landesgrenzen transferiert werden. Diese Transfers finden ohne Rücksicht auf die ortsgebundene Sozialpflichtigkeit des Kapitals statt und sind für die weltweit sinkenden Standards und einen Großteil der Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Mechanismen unkontrollierter Kapitalflucht ziehen Steuerflucht und Schwarzgeldströme nach sich.

Staatsanleihen

Von Nationalstaaten werden die globalisierten Finanzmärkte intensiv genutzt, um Staatsanleihen und Schuldverschreibungen zu platzieren. Dabei werden sie verleitet, Haushaltsdefizite aufzubauen und über ihre Verhältnisse zu leben. Die USA sind dafür das herausragende Beispiel: Sie nehmen als größter Schuldner derzeit werktäglich 2,5 Milliarden Dollar an neuen Krediten auf. Die weltweit verteilten Gläubiger und Handelspartner – und damit fast die gesamte Weltwirtschaft – geraten dadurch immer stärker in die Abhängigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft und sind zur Absicherung ihrer Kredite bzw. im Interesse fortgesetzter Exporte auf einen starken Dollar, eine wachsende amerikanische Wirtschaft und vor allem auf einen positiv gestimmten amerikanischen Aktienmarkt angewiesen.

IWF und Weltbank

Der durch die Öffnung der Märkte bewirkte Aufschwung der Finanzwirtschaft setzt sich in den Aktivitäten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank fort. Beide Institute haben sich seit den 1980er Jahren einer neoliberalen Entwicklungspolitik verschrieben, die darauf abzielt, unterentwickelte Länder im Sinne finanzwirtschaftlicher und industrieller Interessen mittels Darlehen zur freien Konvertierbarkeit ihrer Währungen, zum Abbau von Kapitalverkehrskontrollen und zur Öffnung ihrer Märkte zu bewegen. Eine Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe und eine dadurch induzierte nachhaltig eigenständige Entwicklung wird durch die Verlockungen verhindert, die das ständige

potentielle Angebot an Darlehen auf die Eliten dieser Länder ausübt. Ein deutscher Gewerkschafter hat den IWF anlässlich der Nominierung von Horst Köhler zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl 2004 sehr treffend als Trojanisches Pferd der globalen Finanzwirtschaft bezeichnet.

Aktienmarkt

Auf dem globalisierten Aktienmarkt – der Teil des Wertpapiermarktes ist – kann es durch falsche Erwartungen und den Herdentrieb der Marktteilnehmer zu massenhaften Investitionen in riskante Unternehmen und zu anschließenden Totalverlusten kommen, wie es in der ausklingenden Euphorie der New Economy zu beobachten war. Umgekehrt können übertriebene Befürchtungen die Investitionsbereitschaft der Anleger zum Schaden der Wirtschaft weitgehend zum Erliegen bringen. Kleinanleger gehen in der Unübersichtlichkeit der kursbewegenden Triebkräfte hohe Risiken ein, besonders wenn sie sich zu derivativen Produkten wie etwa Aktienoptionen verführen lassen, die eine Hebelwirkung auf Gewinn und Verlust ausüben. Für institutionelle Anleger ist es Tagesroutine, die Masse der Kleinanleger durch kursbeeinflussende Transaktionen und tendenziöse Nachrichten in leichtsinnige Kauf- und Verkaufentscheidungen zu locken und ihnen Zug um Zug ihr Spekulationsgeld abzunehmen. Dazu kommen die vielen unvorhersehbaren weltweiten Ereignisse, die das Auf und Ab der Kurse bestimmen: Veränderungen des Zinsniveaus im amerikanischen oder europäischen Wirtschaftsraum, volkswirtschaftliche Daten, Krieg und Terror, technologische Entwicklungen, Branchenkonjunktoren und schließlich die individuellen unternehmerischen Leistungen oder das, was die Börsengurus daraus machen.

Die ständigen Kursbewegungen an den Börsen haben die realwirtschaftlichen Bilanzgewinne von Aktiengesellschaften, die als Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet werden, zugunsten der Spekulation in den Hintergrund gedrängt. Dabei wird oft übersehen, dass Gewinne und Verluste, die durch vorübergehende Fremdeinflüsse und nicht durch Veränderungen von Unternehmenswerten zustande kommen, ein volkswirtschaftliches Nullsummenspiel, also eine Umverteilung von Geldern, darstellen – meist von unten nach oben. Der gerade in erster Instanz abgeschlossene Mannesmann-Prozess vor dem Düsseldorfer Landgericht ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine spekulative Kurssteigerung – in diesem Fall ausgelöst durch die vermutete Übernahme von Mannesmann durch Vodafone – anschließend von den Gewinnern unter den Aktionären und Managern zu einer Steigerung des Unternehmenswertes umgedeutet wird. Wann immer unter neoliberalen Bedingungen tatsächliche, nachhaltige Wertsteigerungen erzielt werden, lassen sie sich allenfalls am langfristigen Mittelwert der Aktienkurse ablesen.

Aus den USA schwappt seit Jahren überdies eine neue Unsitte zu uns herüber: Unternehmen werden von den Börsen gezwungen, jedes Quartal kurzatmige Geschäftsplanungen zur „Pflege“ der Aktienkurse (Shareholder Value) vorzulegen, die der Kreditwürdigkeit dienen sollen, aber im wesentlichen das Interesse der für die Finanzwirtschaft tätigen professionellen Anleger an

möglichst hohen Kursschwankungen und Gewinnmitnahmen befriedigen. Durch die Kungelei von transnationaler Industrie und Finanzwirtschaft ist diese fragwürdige Kurspflege zum vorrangigen Unternehmensziel geworden – oft durch die Ankündigung von Arbeitsplatzabbau eingeleitet, die besonders geeignet ist, die Kurse nach oben zu treiben.

Die Entwicklung an den Aktienmärkten hat für private Anleger – verstärkt durch die neoliberale Dauerdepression – einschneidende Konsequenzen: Als langfristige Anlage ist die Aktie uninteressant geworden, weil kontinuierliche jährliche Kursgewinne nicht mehr zu erwarten und durch Dividenden auch nicht zu kompensieren sind. Und je stärker die wirklichen, inneren Werte der Aktien von anderen Einflüssen überlagert und von wilden Kursausschlägen begleitet werden, desto schwieriger sind günstige Kauf- und Verkaufszeitpunkte zu bestimmen. Die Anlage in Aktien hat sich damit von einer rentierlichen Beteiligung an unternehmerischem Eigenkapital zu einem gefährlichen Vabanquespiel entwickelt.

Devisenmarkt

Am Devisenmarkt können durch gezielte Gerüchte Kursausschläge provoziert werden, die eine Lawine gegen eine schwache Währung auslösen und ganze Volkswirtschaften innerhalb weniger Stunden in die Zahlungsunfähigkeit treiben, für die es womöglich keine realwirtschaftlichen Ursachen gibt. Die Häufung der nationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen, die jeweils erst durch unsinnige Auflagen von IWF und Weltbank zur „Liberalisierung“ ermöglicht wurden, spricht für sich: Mexiko 1994, Asien 1997, Russland und Brasilien 1998 sowie Türkei und Argentinien 2000.

Ausblick

Keine Frage, dass freier Kapitalverkehr, globale Staatsanleihen, bedingte Entwicklungsdarlehen und Spekulationsgeschäfte als zentrale Elemente des neo-

liberalen Wirtschaftssystems dafür verantwortlich sind, dass die Wertschöpfungsprozesse der Realwirtschaft empfindlich gestört und zugleich eigenständige nationale und regionale Entwicklungen unterlaufen werden. Nationale Wirtschaftspolitiken sind deshalb gut beraten, sich von der neoliberalen Doktrin zu verabschieden und ihrer Finanzwirtschaft wieder einen binnenwirtschaftlichen Fokus und eine dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft zu geben. Erfolgreiche Finanzwirtschaft beginnt insbesondere für Entwicklungsländer damit, grenzüberschreitende Kapitalströme zu kontrollieren und spekulative Angriffe von vornherein systematisch zu unterbinden.

Trotz des gegenwärtig kontraproduktiven Eigenlebens der Finanzmärkte ist die neoliberale Globalisierung nur aus dem Zusammenwirken von Real- und Geldwirtschaft zu verstehen. Es wird der Kritik am Neoliberalismus ein Bärendienst erwiesen, wenn die Finanzmärkte isoliert und als alleiniger Schlüssel zur Überwindung der heutigen Entwicklung betrachtet werden. Ein Rückblick auf die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß der heutige Zustand der Weltwirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit und Armut in erster Linie auf unternehmerische Entscheidungen der Industrie und in zweiter Linie auf Investitionsentscheidungen einzelner großer Finanzinvestoren zurückgeht, in deren beider Expansionsdrang und Gewinnstreben der Ursprung neoliberalen Handels liegt. Die Geldwirtschaft ist den Strategien der Industrie insbesondere in ihrer Funktion als institutioneller Investor immer in sicherem Abstand gefolgt, denn letztlich ist sie – trotz oder gerade wegen ihrer Spekulationsgeschäfte – auf die grundlegende Sicherheit rentierlicher realwirtschaftlicher Investitionen angewiesen. Der Schlüssel für ein Verständnis und für ein gezieltes Umsteuern der heutigen Entwicklung liegt in der Analyse des gesamten neoliberalen Wirtschaftssystems, nicht in einzelnen Märkten und schon gar nicht in monokausalen Erklärungsversuchen.

Missmanagement

Ausgangslage

Wer Aktien kauft und sich damit am Grundkapital einer Aktiengesellschaft beteiligt, erwirbt einerseits einen Anspruch auf einen Teil des unternehmerischen Gewinns, haftet aber andererseits auch in voller Höhe seiner Einlage für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Wenn der Vorstand einer AG schlecht wirtschaftet und der Aufsichtsrat dies in seiner Eigenschaft als kontrollierendes Organ nicht verhindert, dann kann eine Aktie sehr stark oder ganz an Wert verlieren. Aktionäre müssen also als Anteilseigner die Möglichkeit eines Totalverlusts immer mit einkalkulieren.

Vor der Globalisierung der Aktienmärkte war das Risiko eines Totalverlusts noch recht gering, auch deshalb, weil private Anleger nur Aktien inländischer Gesellschaften erwerben konnten. Die Märkte waren überschaubar, die Geschäftsplanungen der Vorstände in der Regel bewährt und langfristig angelegt und die Mitglieder der Aufsichtsräte noch in der Lage, sich ein zu-

treffendes Bild vom Zustand ihrer Unternehmen zu machen. Aktionäre mussten ihre Portfolios lediglich diversifiziert bestücken, dann konnten sie sich beruhigt zurücklehnen und langfristig eine bessere Rendite erzielen als mit dem Sparbuch. Mit der neoliberalen Globalisierung der Aktienmärkte ist die gute alte Zeit für Aktionäre jedoch zu Ende gegangen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

(1) Das Management von globalen Unternehmen bewegt sich auf unüberschaubarem, unsicheren Terrain. Globale Märkte bescheren den obersten Führungskräften eine unvorstellbare Fülle an Macht, durch die sie ständig verleitet werden, ihre herausragende Stellung um den Preis riskanter Manöver zu rechtfertigen. Macht und Ohnmacht, großer Erfolg und totales Scheitern liegen stets dicht beieinander. Die Risiken, die Führungskräfte in der globalen Wirtschaft eingehen, liegen jenseits dessen, was ein Mensch vernünftigerweise entscheiden und verantworten kann.

(2) Im globalen Wettbewerb stehen kürzer werdenden Produktzyklen länger werdende Forschungs- und Entwicklungszyklen gegenüber, so dass die Planungssicherheit insgesamt abnimmt. Die fehlende regionale Produktdifferenzierung, die den Preis zum kaufentscheidenden Kriterium macht, löst die Kundenbindungen auf und kann Marktanteile schlagartig verändern. Wettbewerber, die als technologische Pioniere auftreten, können den Preiswettbewerb kurzzeitig außer Kraft setzen und bestehende Märkte in kürzester Zeit zusammenbrechen lassen. Entscheidungen, die in diesem Umfeld getroffen werden, enden zu einem nicht geringen Teil in Fehlinvestitionen mit hohem oder totalem Kapitalverlust.

(3) Führungskräfte von Kapitalgesellschaften sind heute Angestellte mit unbefristeten Arbeitsverträgen, einem hohen Festgehalt und Erfolgsbeteiligungen verschiedenster Ausprägung. Gleichwohl können sie als abhängig Beschäftigte für die negativen Folgen ihrer Entscheidungen nicht persönlich haftbar gemacht werden – schon gar nicht mit ihrem Privatvermögen. Das Risiko von Vorstandsmitgliedern deutscher Aktiengesellschaften ist gering – ihnen droht schlimmstenfalls die Entlassung samt einer Abfindung in Höhe mehrerer Jahresgehälter.

(4) Auch die Mitglieder deutscher Aufsichtsräte sind durch die Unübersichtlichkeit und Schnelllebigkeit des globalen Geschäfts überfordert, den Überblick zu behalten und ihrer Aufsichtspflicht gerecht zu werden. Ein zusätzliches Dilemma entsteht dadurch, dass Aufsichtsratsvorsitzende in der Regel aus ehemaligen Vorstandsmitgliedern rekrutiert werden, die beim aktiven Vorstand Befangenheit auslösen, wenn der vor der Aufgabe steht, Entscheidungen seiner Vorgänger zu revidieren.

(5) Die schon erwähnten, aus den USA übernommenen Quartalsberichte, die der „Pfleger der Aktienkurse“ dienen, begünstigen eine Kultur der kurzfristigen und kurzsichtigen Planung und Bilanzkosmetik. Die Wahr-

scheinlichkeit ist groß, dass unter diesem unsinnigen Druck unüberlegte Entscheidungen getroffen werden und zugleich die inneren wie die äußeren Kontrollmechanismen versagen und Unternehmen schließlich in eine gefährliche Schieflage geraten.

Ausblick

Die volkswirtschaftlichen Schäden, die von Führungskräften im sprunghaften globalen Wettbewerb verursacht werden, sind allein schon Grund genug, die neoliberale Wirtschaft auf ein menschliches Maß zurückzuführen. Die größte Gefahr geht von der bewussten Kapitalflucht aus, die es der obersten Führungsebene erlaubt, Betriebskapital, das in Jahrzehnten von unzähligen Mitarbeitern erwirtschaftet worden ist, handstreichartig außer Landes zu schaffen. Mit diesen Manövern wird regelmäßig gegen das Prinzip der Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals verstoßen – und es werden jedes mal Arbeitsplätze, Lebensplanungen und persönliche Existenzen vernichtet.

Wer in einer Kapitalgesellschaft unternehmerische Verantwortung übernehmen will, dem muss zugemutet werden, nicht nur mit fremdem Kapital zu walten und zu schalten, sondern seine Entscheidungen auch mit eigenem Geld- und Sachvermögen zu untermauern – so wie es in Personengesellschaften gang und gäbe ist. Die betriebs- wie volkswirtschaftlich unverzichtbare Funktion von Aufsichtsräten verlangt ebenfalls nach mehr Professionalität, aber auch nach größerer Unabhängigkeit. Beides lässt sich wohl nur durch einen speziellen Ausbildungsgang und ein neues Berufsbild erzielen. Den Aktienbörsen bleibt schließlich nichts anderes übrig, als sich wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zuzuwenden: Nämlich Unternehmen langfristiges, breit gestreutes Eigenkapital zu beschaffen. Das heißt, sie müssen sich konsequenterweise den Kleinaktionären öffnen und der Aktiendividende als attraktive Rendite zu einer Renaissance verhelfen.

Landwirtschaft

Ausgangslage

Die zuverlässige Versorgung mit Nahrungsmitteln in ausreichender Menge und Güte ist eine elementare volkswirtschaftliche Aufgabe, die einer besonders verantwortungsvollen politischen Regelung bedarf. Die fast regelmäßigen Hungersnöte in Entwicklungsländern sind größtenteils Folgen jahrzehntelanger Vernachlässigung der einheimischen Landwirtschaft. Der primäre Wirtschaftssektor, zu dem die Landwirtschaft gehört, ist und bleibt Grundlage der menschlichen Existenz und aller weiterführenden wirtschaftlichen Entwicklungen. Die neoliberale Globalisierung lässt es besonders verlockend erscheinen, mit Nahrungsmitteln sowohl lukrative Exportgeschäfte zu betreiben, als auch die trügerische Bequemlichkeit von Importen zu nutzen.

Produzierende Länder werden unter dem Kostendruck des globalen Wettbewerbs zu immer höherer Spezialisierung gezwungen. Das Ergebnis sind Mono-

kulturen auf riesigen Anbauflächen, die den Einsatz steigender Mengen chemischen Pflanzenschutzes erfordern, sowie die massenhafte Produktion genetisch verarmter Tierpopulationen mit speziellen marktgängigen Eigenschaften. Unter dem Regime der WTO hat sich der Transportaufwand für Lebensmittel in Deutschland laut einer Studie der TU München Weihenstephan deshalb seit Anfang der 1980er Jahre fast verdoppelt. Die Umweltkosten interregionaler und internationaler Transporte gehen ebenso wenig in die Nahrungsmittelpreise ein wie die der industriellen Produktionsmethoden. Der negative Effekt dieser indirekten Subventionen wird durch direkte Zuwendungen an die Bauern noch verstärkt. Schon jetzt werden viele konventionell produzierte Lebensmittel unter ihrem Herstellungspreis angeboten und verhindern den Durchbruch der ökologischen Landwirtschaft. Dazu kommt, dass bäuerliche Familienbetriebe durch die

hohe Scheinproduktivität großer Produktionseinheiten aus dem Wettbewerb gedrängt werden.

Die EU leistet sich Subventionen und Abnahmegarantien, für die sie jährlich über 40 Mrd. Euro aufwendet und die nichts als Überproduktionen, schlechte Qualität und verfälschte Preise zur Folge haben. Von neoliberaler Seite wird überdies ständig Druck auf die EU ausgeübt, mittels ihrer „künstlich überhöhten Agrarpreise“ nicht länger ihre Märkte abzuschirmen. Mit diesem Argument sollen die noch extremer verfälschten Preise am übrigen Weltmarkt zur allgemeingültigen europäischen Messlatte erklärt werden.

Gentechnisch veränderte Produkte

Mit der Entwicklung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen durch die großen transnationalen Biotechnologie-Konzerne sieht sich die Landwirtschaft weltweit neuen Spielregeln ausgesetzt. Vorrangig werden Pflanzen entwickelt, die gegen bestimmte, von den Konzernen produzierte Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) resistent sind, so dass diese Mittel dann in den besonders gefährdeten Monokulturen in beliebiger Menge einsetzbar sind. Diese Strategie erlaubt es, Landwirten mittels langjähriger Abnahmeverträge patentiertes Saatgut und zugehörige Pestizide für jede Aussaat als Paketlösung neu zu verkaufen. Für die Bauern und die Umwelt hat das schlimme Folgen: Bauern geraten mit den langfristigen Verträgen, die es ihnen nicht gestatten, das Saatgut selbst zu vermehren, in die Abhängigkeit der Konzerne und in eine existenzgefährdende ökologische Sackgasse. Mit der im Laufe der Jahre zunehmenden Resistenz von Schädlingen müssen immer größere Mengen an Pestiziden auf die Felder gebracht werden, bis Erosion und Unfruchtbarkeit der Böden die Erträge verringern oder einen weiteren Anbau gänzlich unmöglich machen.

Gefährliche Koexistenz

Ganz neuartige Probleme ergeben sich, wenn gentechnischer, konventioneller und ökologischer Anbau auf engem Raum nebeneinander betrieben werden. Wie eine Ende 2003 veröffentlichte britische Studie nachweist, breitet sich beispielsweise Raps-Pollen mit dem Wind über weite Strecken aus, so daß Sicherheitsabstände rund um die Felder die Ausbreitung nicht verhindern. Noch effektiver sind die Bienen, die mit einem Aktionsradius von sieben Kilometern jede künstliche Absperrung überwinden und den Imkern überdies kontaminierten Honig bescheren. Neueste Untersuchungen in den USA haben ergeben, dass die Kontamination natürlichen Saatguts mit künstlichen Genen bereits weit fortgeschritten ist und sich Grenzwerte nicht einhalten lassen. Die EU hat inzwischen mit ihrer Freisetzungsrichtlinie für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) die Weichen für die Koexistenz gestellt: Alle Formen der Landwirtschaft sollen nebeneinander bestehen, soweit ihre Kulturen gesundheitlich unbedenklich sind – potentielle Umweltschäden werden von der EU erstaunlicherweise gar nicht erst in Erwä-

gung gezogen. Die Nationalstaaten werden verpflichtet, gesetzliche Regelungen – auch für die Haftung – zu treffen, die ihren Landwirten uneingeschränkte Wahlfreiheit bei den Anbaumethoden garantieren und zum Beispiel offizielle gentechnikfreie Zonen ausschließen. Es besteht allerdings noch Hoffnung: Britische Versicherungen haben schon mal vorbeugend angekündigt, sie seien nicht bereit, verursachende Landwirte gegen die unkalkulierbaren Risiken jedweder Koexistenz zu versichern. Neben der überwältigenden Ablehnung der Verbraucher könnte also zusätzlich die Haftungsfrage auf nationaler Ebene und in den weiteren EU-Verhandlungen noch zur Abwehr der größten Risiken beitragen.

Agrarpolitik und Gesundheit

Ein weiterer Grund, eine sorgsame Agrarpolitik zu betreiben, ist der direkte Einfluss landwirtschaftlicher Produktionen auf die Essgewohnheiten und die Gesundheit der Konsumenten. Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre, insbesondere BSE und die Geflügelpest, sind eine direkte Folge der industrialisierten Massenproduktion tierischer Produkte und ein ernstzunehmendes Warnsignal dafür, daß Krankheitserreger unter widernatürlichen Bedingungen die Artengrenze vom Tier zum Menschen überspringen können. Es ist höchste Zeit, unsere sogenannten Nutztiere artgerecht zu halten und zu ernähren, ebenso wie es ein Gebot der Stunde ist, unser Saatgut vor Manipulation und uns selbst vor deren gesundheitlichen Folgen zu schützen. Angesichts der Unwägbarkeiten einer industriellen Agrarwirtschaft und der teilweisen Unumkehrbarkeit ihrer Auswirkungen auf die Natur bietet sich als Wegweiser in eine bessere landwirtschaftliche Zukunft nur die natürliche Produktionsweise und die hohe Produktqualität der ökologisch wirtschaftenden Betriebe an.

Ausblick

Auftrag einer zukunftsfähigen nationalstaatlichen Agrarpolitik kann es nur sein, die eigene Bevölkerung ganz überwiegend und nachhaltig vom Ertrag der eigenen landwirtschaftlichen Ressourcen zu ernähren. Das heißt, Verantwortung für den Erhalt von Böden, Gewässern und Luft, für Saatgut und Nutztiere und für die Gesundheit der Verbraucher zu übernehmen. Der Auftrag schließt konsequenterweise einen Außenhandel ein, der auf landwirtschaftliche Spezialitäten begrenzt ist, um einerseits nicht auf Kosten fremder Regionen zu leben und andererseits die umweltbelastenden Ferntransporte einzuschränken.

Eine ökologische Landwirtschaft ist die beste Voraussetzung, um planwirtschaftliche Methoden, Subventionen, Abnahmegarantien, Überproduktionen und künstliche Preise zu vermeiden und auch: um marktwirtschaftliche Prinzipien durchzusetzen, die im überwiegend kleinräumigen Wettbewerb kostendeckende Preise und hohe Produktqualität garantieren. So können Landwirte wieder zu selbstbestimmten Unternehmern werden und vom Ertrag ihrer Betriebe leben.

Bevölkerungsentwicklung

Ausgangslage

Die ohnehin schlimmen Folgen der neoliberalen Globalisierung werden von selbsternannten Bevölkerungspolitikern zum Anlass genommen, Lösungsvorschläge für die demographische Entwicklung zu verbreiten, die ökonomisch wie rein rechnerisch unsinnig sind. Kerngedanke dieser Vorschläge ist, den Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung kurzfristig durch Zuwanderung und langfristig durch eine steigende Geburtenrate zu erhöhen, um angesichts steigender Lebenserwartung die Finanzierung der Renten dauerhaft zu sichern. Der Gedanke wird von der Industrie unterstützt, die darin eine Chance sieht, gezielter aus einem größeren Heer von Arbeitswilligen auszuwählen zu können.

Die Vorschläge ignorieren zum einen die Tatsache, dass bei steigender Arbeitslosigkeit eine breite Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht besteht und demzufolge Zuwanderer im vorgesehenen Umfang gar nicht integriert und eben auch nicht zu Beitragszahlern der Rentenkassen werden können. Zum anderen wird die spezifische ökologische Aufnahmefähigkeit ignoriert, die für jedes Siedlungsgebietes die Einhaltung einer bestimmten Bevölkerungsdichte erfordert. Dauernde Zuwanderung bei gleichzeitigem Geburtenüberschuss können weder unter neoliberalen noch unter anderen Verhältnissen zur Finanzierung der Renten beitragen – aber sie können die sozialen und ökologischen Probleme beliebig verschärfen. Ein Beispiel für die Unsinnigkeit – und Unmenschlichkeit – wirtschaftlich motivierter Zuwanderung bei hoher Arbeitslosigkeit ist die sogenannte Green-Card: Viele der auf massiven Druck der Industrie angeworbenen Informatiker sind inzwischen arbeitslos und aufgrund falscher Versprechungen in ihrer beruflichen Entwicklung zurückgeworfen.

UN-Forderung

Wie weit das falsche Denken verbreitet ist, zeigt eine Äußerung des UN-Bevölkerungs-Direktors Joseph Chamie, der Deutschland im Jahre 2003 anmahnte, es müsse durch mehr Zuwanderung mindestens eine jährliche Nettozunahme seiner Bevölkerung von 480.000 Personen bzw. eine Zuwachsrate von 0,59 Prozent erzielen, um das Verhältnis von Berufstätigen zu Rentnern stabil zu halten. In seiner Rechnung schreibt er die wichtigste Variable, die Lebensarbeitszeit, auf dem derzeitigen Stand fest – was dumm genug ist – und verlangt im Vergleich zur derzeitigen Zuwachsrate von 0,11 Prozent eine über fünffach höhere – was unverantwortlich ist. Da seine Forderung, ihrer inneren Logik folgend, nur zeitlich unbegrenzt einen Sinn ergibt, würde sich die deutsche Bevölkerung danach alle 120 Jahre verdoppeln und wäre nach 400 Jahren auf eine Milliarde angewachsen, was keines weiteren Kommentars bedarf.

Ausblick

Die Hürden, die sich vor einer realistischen Bevölkerungspolitik aufbauen, wurzeln in der falschen Vorstellung, die Industriegesellschaft müsse in eine pyramidenförmige Altersverteilung mit einer breiten Basis an

jugen und einer schmalen Spitze alter Menschen zurückgezwungen werden – so wie sie vorindustrielle Gesellschaften aufweisen. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt, der unsere Lebenserwartung erfreulicherweise mehr als verdoppelt hat, bedingt jedoch eine fast gleichmäßige Altersverteilung, die in der Darstellung eher einem Zylinder mit aufgesetztem Satteldach gleicht. Geburtenraten, die weltweit zu einer Alterspyramide überleiten würden, kämen einer exponentiellen Bevölkerungsexplosion gleich und würden die Erde nach wenigen Generationen unbewohnbar machen. Die zylindrische Verteilung stellt dagegen in keiner Weise eine Bedrohung dar. Vielmehr ist sie eine angenehme Folge des Fortschritts und Beweis für ein langes und über weite Strecken gesundes Leben der meisten Menschen. Warum also sollte sie nicht akzeptiert werden?! Eine bessere Alternative kann es ohnehin nicht geben.

So wie die gestiegene Lebenserwartung ein Umdenken bei der Altersverteilung und folglich im gesellschaftlichen Umgang der Generationen untereinander verlangt, so erfordern die Grenzen, die wir bei der wirtschaftlichen Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen besser beachten sollten, eine Bevölkerungspolitik, die – auf das jeweils zu verantwortende Staatsgebiet bezogen – ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur anstrebt. Konkret bedeutet das: Jeder Staat hat die Pflicht, seine Bevölkerungszahl den ökologischen Gegebenheiten entsprechend mittels aufeinander abgestimmter Familien- und Zuwanderungspolitik zu begrenzen und zu stabilisieren. In Deutschland muss diese Stabilisierung nach allen vorliegenden seriösen Berechnungen vermutlich auf einem tieferen als dem gegenwärtigen Niveau von 230 Personen pro Quadratkilometer angestrebt werden. Das heißt, die Bevölkerungsdichte müsste während einer Übergangsphase sogar schrumpfen. Aber auch das lässt sich, wie die folgenden Absätze zeigen, politisch steuern.

Die angeblich gefährdete Finanzierung der Renten, die meist der Auslöser bevölkerungspolitischer Debatten ist, erweist sich bei nüchterner Betrachtung auch bei steigender Lebenserwartung und begrenzter Bevölkerungszahl als ein – zunächst rechnerisches – Scheinproblem. Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftspolitik einmal vorausgesetzt, steigt in Industriegesellschaften neben der Lebenserwartung auch die Produktivität der wirtschaftlichen Aktivitäten fortlaufend an, so dass selbst ein heute utopisch anmutendes Verhältnis von eins zu eins zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern der Rentenkassen bei entsprechend angepasster Arbeitszeit ohne Einbußen für beide Gruppen für die fernere Zukunft denkbar ist. Damit ist lediglich gesagt, dass das rein numerische Verhältnis der beiden Bevölkerungsgruppen ohne Berücksichtigung der jeweiligen Produktivkraft der Wirtschaft keine vernünftige Aussage zulässt.

Da die Aufgabe also rein rechnerisch nicht zu bewältigen ist, bedarf es eines Steuerungsmechanismus, der das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen jederzeit nach sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien

rien optimal austariert. Unter den Bedingungen einer zu stabilisierenden Bevölkerungszahl reduzieren sich die Möglichkeiten der Steuerung auf die ohnehin einzig vernünftige Variable: nämlich das Renteneintrittsalter. Das kann innerhalb einer vorgegebenen Bandbreite kostenneutral flexibel gestaltet werden, so dass es jedem einzelnen überlassen bleibt, die Dauer seines Arbeitslebens und davon abhängig die Höhe seiner Rente selbst zu bestimmen. Das bedeutet einen doppelten

sozialen Fortschritt, wenn Aufgaben, die große Erfahrung, ein unabhängiges Urteil und Weitblick erfordern, auf Menschen im fortgeschrittenen Alter, auch jenseits von 65 Jahren, übertragen werden und ihnen zugleich die Wahl gelassen wird, sich so lange nützlich zu machen, wie es ihre Fähigkeiten erlauben. Schließlich bleibt aber noch festzuhalten: Eine im dargestellten Sinne verträgliche Rentenpolitik lässt sich nur auf der Grundlage dauerhafter Vollbeschäftigung realisieren.

Zusammenfassung

Rückblick

Das neoliberale Wirtschaftssystem unterscheidet sich von all seinen Vorgängern durch seine historisch einzigartige Sonderentwicklung: Die Schwelle dazu wurde mit dem Scheitern des Bretton-Woods-Systems (siehe auch im Glossar) Anfang der 1970er Jahre überschritten, als sich erstmals in der Wirtschaftsgeschichte das industrielle Expansions- und Gewinnstreben der politischen Kontrolle entziehen und sich global frei entfalten konnte. Der klassische Außenhandel, der unter den Industrieländern immer von nationalen Interessen bestimmt war, wandelte sich durch die Öffnung der Finanz- und später der Güter- und der sonstigen Dienstleistungsmärkte zu einem direkten, unkontrollierten Verdrängungswettbewerb über alle Branchen und alle Grenzen hinweg. Die Akteure suchten ihren Vorteil nun vorrangig in möglichst bequemen Methoden der Kostenverlagerung und Preisunterbietung (Dumping) und brachten dabei die Weltwirtschaft unter das Diktat ihres Eigennutzes. Supranationale Institutionen wie das GATT und die WTO wurden unter dem Deckmantel einer dem Wohlstand verpflichteten „Liberalisierung“ zu Brutstätten des Dumping- und Verdrängungswettbewerbs umfunktioniert.

Zug um Zug wurde der Primat der Politik über die Wirtschaft durch anarchische Verhältnisse abgelöst, unter denen unternehmerische und politische Akteure in wechselnden Allianzen versuchten, nationale Marktanteile und Besitzstände zu wahren. Die gezielte Herbeiführung eigennütziger Wettbewerbsverzerrungen avancierte auf der globalen Bühne zur unbedingten Notwendigkeit, ja zum kategorischen Imperativ wirtschaftlicher Vernunft – für Unternehmen und für die um industrielle Standorte werbenden Nationalstaaten gleichermaßen. Die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung oder auch nur auf eine globale Wettbewerbsordnung wurde unter den herrschenden Verhältnissen begraben. Die Weltwirtschaft trat in eine neue Ära ein, die durch das Ende effektiver nationaler wie supranationaler Wirtschaftspolitik gekennzeichnet war und noch immer ist.

Die neoliberalen Ursachen

Für die neoliberale Entwicklung sind drei miteinander verkettete Ursachen verantwortlich: Erstens – als psychologisches Motiv und zentraler Antrieb – das eigentlich normale und wünschenswerte unternehmerische Expansions- und Gewinnstreben, das sich aber nach dem Scheitern der Nachkriegsordnung verselbständigte, weil es den Akteuren im Lichte des damals noch

bestehenden Wachstumspotentials gelang, ihre eigennützigen Ziele zur Maxime des Gemeinwohls umzu-deuten. Zweitens – in meisterhafter Unterstützung der unternehmerischen Absichten – die damals noch gerechtfertigte wirtschaftswissenschaftliche Überzeugung, dass Wohlstand und Wohlfahrt mit steigender globalwirtschaftlicher Effizienz und wachsendem Handelsvolumen zunehmen – so wie es bezüglich des Handelsvolumens in der ganzen Wirtschaftsgeschichte immer der Fall gewesen war (siehe dazu auch im Glossar unter *Außenwirtschaftstheorie*). Und drittens – in Ermangelung eigener Überzeugungen – die unkritische Zustimmung der Politik.

Mit zunehmender Globalisierung entartete das unternehmerische Streben in unkontrollierten Eigennutz, die wirtschaftswissenschaftlichen Überzeugungen erwiesen sich als überholt und die Politik verabschiedete sich angesichts der faszinierenden wirtschaftlichen Machtentfaltung von ihrem Gestaltungsauftrag. Die Bedeutung nationalen politischen und wirtschaftspolitischen Einflusses wurde auch gesamtgesellschaftlich immer mehr unterschätzt, und die Entwicklung mündete schließlich in den für den Neoliberalismus charakteristischen Teufelskreis an Fehlentwicklungen, mit denen das System seine eigene Zerstörung betreibt.

Der neoliberale Teufelskreis

> Mit dem Scheitern der Nachkriegsordnung von Bretton Woods Anfang der 1970er Jahre ist die Weltwirtschaft in einen Zustand der Anarchie geraten, der Industrie und Investoren in ihrem eigennützigem Expansions- und Gewinnstreben seither ermutigt, beständigen Druck auf die Nationalstaaten auszuüben, die wirtschaftspolitische Regelung ihrer Binnenmärkte aufzugeben und sie stattdessen dem Wettbewerb und der Selbstregulierung des globalen Freihandels auszusetzen.

> Der von Industrie und Investoren ausgeübte Druck fördert die Entstehung inhomogener Wirtschaftsunionen (Beispiel EU-Erweiterung), supranationaler Freihandelszonen und „liberalisierter“ globaler Märkte, in denen Staaten mit unterschiedlichsten Steuern, Standards und Auflagen, unterschiedlichsten Arbeits- und sonstigen Faktorkosten und entsprechend unterschiedlichen Produktivitäts-, Kaufkraft- und Preisniveaus ihrer Güter- und Dienstleistungsmärkte vereint sind.

> Die Öffnung der Finanzmärkte, die Freigabe der Wechselkurse und die Spekulation auf Kursbewegungen, aber auch die Einführung supranationaler Währungsräume wie in der EU, verhindern, dass die unter-

schiedlichen nationalen Preisniveaus im Außenhandel – wie bis in die 70er Jahre praktiziert – von vornherein durch feste, aus den Produktivitäts- und Kaufkraftverhältnissen hergeleitete Wechselkurse neutralisiert und im Einzelfall ergänzend durch Zölle und Steuern den Wettbewerbsbedingungen angepasst werden.

> Unter den unkontrollierten und chaotischen globalen Verhältnissen reduziert sich der Wettbewerb auf vordergründige technologische Merkmale und Preise. Soweit keine technologischen Durchbrüche im Spiel sind, wird der jeweils absolut niedrigste Preis eines Produkts innerhalb einer Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder eines globalen Marktes – als Weltmarktpreis – für alle Mitbewerber zum alleinigen Maßstab des Erfolgs.

> Der auf Technologie und Preise reduzierte Wettbewerb übt auf die Unternehmen einen hohen Innovations- und Kostendruck aus, der drei Folgeentwicklungen auslöst:

erstens einen Zwang zur internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung mit starken Kapitalkonzentrationen, Kartellen, Oligopolen und Monopolen, die den Unternehmen zu hohen Stückzahlen und Skalenvorteilen verhelfen,

zweitens beschleunigte unternehmerische Innovations-, Automatisierungs- und Rationalisierungszyklen, die immer kürzere Abschreibungsfristen für investiertes Kapital und damit eine Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen nach sich ziehen,

sowie drittens eine dauernde Nötigung der Nationalstaaten seitens der Wirtschaft, sich im Wettbewerb um Industrieansiedlungen und Arbeitsplätze – im sogenannten Standortwettbewerb – mit der Senkung von Löhnen, Sozialabgaben, Umweltstandards, Steuern und sonstigen Faktorpreisen und Auflagen gegenseitig zu unterbieten bzw. Exportprodukte direkt zu subventionieren – mit der Folge einer weltweiten, quasi staatlich sanktionierten Spirale des Dumpings, teils begleitet von schizophrenen Versuchen, subventionierte Exporte mit Importbeschränkungen zu kombinieren, Beispiel: europäische Agrarmärkte.

> Alle drei Entwicklungen tragen zu einer Abwärts Spirale der Preisniveaus von Gütern und Dienstleistungen bei, deren hohe Kosten auf Gesellschaft und Umwelt abgewälzt werden und sich in den Statistiken als steigende Arbeitslosigkeit und Armut sowie als Substanzverluste der natürlichen Lebensgrundlagen wiederfinden.

> Unter dem Druck des industriellen Eigennutzes entgleitet den Nationalstaaten die wirtschaftspolitische Kontrolle und es bildet sich eine von nationalstaatlichen Einflüssen losgelöste transnationale Ebene wirtschaftlicher Aktivität, die den Unternehmen neue Freiräume verschafft, einschließlich der Möglichkeit, nationale Subventionen zu ihren Bedingungen einzufordern und nationale Ressourcen auszubeuten.

> Der im transnationalen Raum mit allen Spielarten des Dumpings und entsprechend verfälschten Preisen und hoher Scheinproduktivität ausgetragene Wettbewerb erweist sich als ein Verdrängungswettbewerb, der unterlegene globale Wettbewerber ins endgültige Aus

befördert und zugleich lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe und deren Unternehmen zerstört.

> Durch die Zerstörung der dezentralen wirtschaftlichen Vielfalt entsteht eine Schere zwischen sinkenden staatlichen Steuereinnahmen und solidarischen Sozialabgaben einerseits und steigendem Bedarf an gesellschaftlichen Transferleistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge andererseits, die den Nationalstaaten leere öffentliche Kassen beschert und sie zwingt, ihre ureigensten sozialen und ökologischen Verpflichtungen einzuschränken oder aufzugeben.

> Mit steigender Arbeitslosigkeit und Armut geht schließlich die Kaufkraft zurück und schwächt den Konsum. Es entstehen weltweite Überkapazitäten in der Produktion, die den globalen Wettbewerb weiter anheizen und seine Folgen verschlimmern.

> Der eigennützige Druck von Industrie, Investoren und neoliberal benachteiligten Ländern auf die Weltwirtschaft, direkte Exportsubventionen und Importbeschränkungen zu unterbinden und die Faktor-, Güter-, und Dienstleistungsmärkte noch konsequenter dem globalen Wettbewerb auszusetzen, verstärkt sich.

> Damit schließt sich der Teufelskreis.

Die neoliberalen Fehlentwicklungen im einzelnen

(1) Der Freihandel verleitet Unternehmen und Nationalstaaten dazu, Kosten der Produktionsfaktoren Arbeit und Umwelt auf ihre Volkswirtschaften abzuwälzen, direkte Subventionen einzusetzen sowie Wechselkurse zu manipulieren, um sich mit hoher Scheinproduktivität und entsprechenden Dumpingpreisen weltweit unlautere Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Im dadurch hervorgerufenen „Wettbewerb der effektivsten Wettbewerbsverzerrung“ werden fähige Mitbewerber aus dem Rennen geworfen, Arbeitsplätze vernichtet und natürliche Ressourcen ausgebeutet.

(2) Die unter dem globalen Wettbewerbsdruck entstehende Scheinproduktivität wirkt sich direkt auf die nationalen Preisgefüge und damit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen nicht-globalen Akteure aus. Lokale, regionale und nationale Wirtschaftskreisläufe werden unterbrochen, gewachsene Wirtschaftsstrukturen zerstört und auch dort Arbeitsplätze vernichtet.

(3) Die eindimensionale Fixierung auf das Mengenwachstum, die eine direkte Folge des unkontrollierten industriellen Expansions- und Gewinnstrebens ist, wird unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit und abnehmenden Wohlstands und begleitet von der Forderung nach geringer Staatsquote zum Allheilmittel und vorrangigen wirtschaftspolitischen Ziel hochstilisiert. Mit dieser gezielten Indoktrination wird der Boden für weitgehenden Verzicht der abhängig Beschäftigten am Wirtschaftsergebnis bereitet und zugleich der Blick auf die wirklichen Ursachen der neoliberalen Fehlentwicklungen verstellt.

(4) Die Öffnung der Finanzmärkte für unternehmerische Kapitaltransfers und Direktinvestitionen zwingt den Nationalstaaten einen Wettbewerb um Industrieniederlassungen und Arbeitsplätze auf, der mit einer Spirale sinkender sozialer, ökologischer, steuerlicher,

rechtlicher und sicherheitsrelevanter Standards und entsprechend sinkenden Arbeits- und sonstigen Faktorkosten einhergeht. Mit der erzwungenen Abwärtsspirale nationaler Standards vollzieht sich eine schleichende wirtschaftspolitische Entmachtung der Nationalstaaten, die mit einer gleichzeitigen Übertragung der Macht auf die transnationale, von nationalstaatlichen Einflüssen befreite Ebene wirtschaftlicher Aktivität verbunden ist.

(5) Transnationale Konzerne nutzen den Standortwettbewerb, um ihre Ressourcen und Wertschöpfungsketten auf der Suche nach geringsten Kosten und höchster Rendite dynamisch umzuschichten. Bevorzugt verquicken sie hoch entwickeltes Produktionskapital und Know-how aus Industrieländern mit niedrigen Löhnen und Standards von Entwicklungs- und Schwellenländern. Ihren Partnern und Zulieferern sowie den Volkswirtschaften, in denen sie ansässig sind, bescheren sie dabei dauernde Unsicherheit hinsichtlich der Ortsgebundenheit von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

(6) Bedingt durch die laufenden Zugeständnisse gegenüber dem industriellen Kostendruck bei Standards, Steuern und Produktionsfaktoren gehen die Einnahmen der öffentlichen Hand und der sozialen Sicherungssysteme zurück und beschneiden die staatliche Daseinsvorsorge sowie die gesellschaftlichen Transferleistungen, so dass öffentliche und private Armut entsteht.

(7) Die bei sinkenden Einnahmen abnehmende Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verstärkt die privatwirtschaftlichen Begehrlichkeiten insbesondere seitens transnationaler Konzerne, die Erbringung sensibler öffentlicher Güter der Daseinsvorsorge wie Wasser- und Energieversorgung, Gesundheitsdienste und Bildung zu übernehmen und nach Gesichtspunkten höchster Rendite selektiv zu betreiben. Die Folge sind einseitige Angebote, Rückzug aus der Flächenversorgung, steigende Preise und nachlassende Qualität.

(8) Zur vermeintlich effizienten und effektiven Gestaltung der globalen Wirtschaft werden lokale, regionale und nationale wirtschaftspolitische Vollmachten an supranationale Institutionen wie die EU und die WTO abgetreten, die außerhalb demokratischer Legitimation und Kontrolle agieren und unter dem Einfluss industrieller Interessen aktiv die Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik und die Entmündigung der Masse der wirtschaftlichen Akteure betreiben.

(9) Durch die auf offenen Märkten kostenbedingt herrschende Tendenz zur vollständigen Spezialisierung der Güter- und Dienstleistungsproduktion werden die Spektren national nachgefragter Berufsbilder nach und nach immer weiter eingeengt und erzeugen weltweit eine unüberwindbare strukturelle Arbeitslosigkeit.

(10) Die ortsgebundene Steuer- und Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals wird untergraben, indem Kapital nach unternehmerischem Belieben als Direktinvestition oder Produktionsverlagerung kosten- und steuerminimierend exportiert wird und folglich die an der ursprünglichen Kapitalerzeugung beteiligten Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz und damit ihre Kapitalrendite verlieren.

(11) Die Arbeitsmärkte werden unter dem globalen Kostendruck seitens der Industrie wie Gütermärkte eingestuft, um die Löhne ähnlich den Preisen dem Einfluss von Angebot und Nachfrage auszusetzen. Mit diesem Kunstgriff werden Bedingungen geschaffen, die es zwingend erscheinen lassen, die Lohnstückkosten – und damit die Löhne – laufend dem globalen Kostendruck anzupassen sowie rechtlich ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeitverlängerungen und auch Niedriglohnsektoren einzuführen, so dass Schritt für Schritt immer mehr abhängig Beschäftigte mit ihrem Einkommen unter das Existenzminimum rutschen.

(12) Die Arbeitsmärkte der EU werden einer inner-europäischen und unter dem GATS-Abkommen zusätzlich einer außereuropäischen Arbeitsmigration ausgesetzt, ohne dass dabei die Wanderbewegungen gemäß der nationalen Arbeitsnachfrage gesteuert und ohne dass die nationalen Qualifikations-, Lohn- und Sozialstandards geschützt werden.

(13) Entwickelte Länder mit hohen Standards sind unter dem Kostendruck des globalen Wettbewerbs infolge von Importen billiger Produkte und Zwischenprodukte und durch Auslagerungen von Produktionsprozessen in Billiglohnländer einer ständigen Erosion ihrer inländischen Wertschöpfung und der damit verbundenen Arbeitsplätze ausgesetzt. Typischerweise wird ihre Wertschöpfung in immer kleinere und kapitalintensivere Nischen gedrängt. Die inländische Wertschöpfung der deutschen Industrie ist zum Beispiel bereits auf 30 Prozent gesunken. Diese Entwicklung wird durch den hohen Exportanteil, der mit originär hohem Wettbewerbs- und Kostendruck verbunden ist, noch beschleunigt, so dass selbst bei steigenden Ausfuhren Arbeitsplätze abgebaut werden.

(14) Die eindimensionale Fixierung auf das Mengewachstum spiegelt sich in den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wider und führt dazu, dass die wirtschaftspolitischen Prioritäten und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht unter den Einfluss industrieller Interessen geraten und eine an qualitativen sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse verhindert wird.

(15) Der globale Wettbewerb begünstigt ein auf industrielle Produktionsmethoden und Produkte fixiertes Innovationsverständnis, das jenseits sozialer und ökologischer Verantwortung auf die Steigerung der (Schein-) Produktivität und die rein technologischen Merkmale der Endprodukte ausgerichtet ist. Diese einseitige Wertvorstellung wirkt beschleunigend auf die Innovations-, Automatisierungs- und Rationalisierungszyklen innerhalb des neoliberalen Teufelskreises, verkürzt dadurch die Abschreibungszeiten des unternehmerischen Sachkapitals – was gleichbedeutend mit abnehmender Kapitalrendite und steigender Umweltbelastung ist – und verhindert außerdem eine zukunftsgerichtete Ausrichtung der staatlichen und unternehmerischen Forschungs- und Entwicklungsprogramme.

(16) Die Tendenz zur vollständigen Spezialisierung bringt auf der transnationalen Ebene zunehmend Angebots-Kartelle, -Oligopole und -Monopole hervor und setzt damit schließlich auch die letzten noch verbliebe-

nen Marktmechanismen außer Kraft. Den Verbrauchern beschert diese Entwicklung im Endzustand globale Einheitsangebote und willkürliche Preisgestaltung.

(17) Im industriellen und auch im vermeintlich volkswirtschaftlichen Interesse neigen Freihandels- und Währungsräume dazu, sich Zug um Zug angrenzende Wirtschaftsräume mit unterschiedlichster Produktivität einzuverleiben (Beispiel: EU-Erweiterung). Dabei vergrößern sie infolge vollständiger Marktöffnungen und einheitlicher Währungen die Ungleichheiten ihrer internen Wettbewerbsbedingungen und verstärken die Störungen und Beschädigungen, die sich unterschiedlich produktive Volkswirtschaften ohnehin schon auf offenen Märkten gegenseitig zufügen.

(18) Geistiges Eigentum wird unter dem neoliberalen TRIPS-Abkommen der WTO ausschließlich als Mittel zur langjährigen schutzrechtlichen Absicherung im Verdrängungswettbewerb des Güter- und Dienstleistungshandels eingesetzt und damit zugleich einem sinnvollen, dem weltweiten Fortschritt dienenden Lizenzhandel vorenthalten.

(19) Entwicklungsländer werden im Freihandel durch den weltweiten Bedarf an exotischen Produkten und Rohstoffen zu einseitiger, exportorientierter Spezialisierung verleitet und geraten dabei sowohl mit ihren Exporten als auch mit ihrem erhöhten Importbedarf in die Abhängigkeit der Industrieländer und der unberechenbaren Weltmarktpreise.

Das ökonomische Sündenregister

Der Neoliberalismus verstößt ganz offenkundig gegen zentrale Erkenntnisse und Maximen der Volkswirtschaftslehre. Aus dieser Sicht lassen sich der oben dargestellte Teufelskreis sowie die neoliberalen Ursachen und Fehlentwicklungen einem beachtlichen ökonomischen Sündenregister zuordnen:

Politikversagen und Entdemokratisierung: Der Grund für das wirtschaftspolitische Versagen der Nationalstaaten, die zunehmende Entdemokratisierung und die Entmündigung der Mehrzahl der wirtschaftlichen Akteure liegt im radikalen Lobbyismus der Industrie gepaart mit der Willfährigkeit von Regierungsvertretern und Wirtschaftswissenschaftlern. Die drei Gruppen betreiben gemeinsam die Abschaffung sinnvoller wirtschaftlicher Regelungen und die Abtretung nationaler Vollmachten an undemokratische supranationale Institutionen.

Dumping, Marktversagen und De-Industrialisierung: Der durch das Politikversagen ausgelöste anarchische globale Wettbewerb mündet in ein Wettrennen um das geschickteste Sozial-, Umwelt-, Steuer-, Auflagen- und Valuta-Dumping. Die Fehlallokationen der sozialen und ökologischen Ressourcen setzen die förderlichen Marktmechanismen außer Kraft: Falsche Preise verzerrten den Wettbewerb, erzeugen unsinnigen Kostendruck, erzwingen industrielle Konzentrationen und internationale Spezialisierung, schmeißen Mitbewerber, die echter Produktivität verpflichtet sind, aus dem Rennen, zerrütten lokale, regionale und nationale Märkte und unterbrechen gewachsene Wirtschaftskreisläufe mit der Folge einer De-Industrialisierung ganzer Landstriche.

Scheinproduktivität und Wertevernichtung: Das mit Kostenverlagerung und Kostenverschleierung verbundene Dumping erzeugt – verbunden mit hohen Kapitalinvestitionen – eine verführerisch hohe Scheinproduktivität, die in Wirklichkeit eine Vernichtung sozialer und ökologischer Werte statt echter Wertschöpfung darstellt. Die auf Gesellschaft und Umwelt abgewälzten Kosten führen dazu, dass niveaubedingte Arbeitslosigkeit und Armut entstehen und produktives Humankapital verkümmert, die öffentlichen Einnahmen sinken und das Volksvermögen abnimmt, Produktionskapital vor schnell abgeschrieben und verschrottet wird, und natürliche Ressourcen als unerschöpflich angesehen und ausgebeutet werden.

Staatsversagen und mangelnde Daseinsvorsorge: Die im globalen Wettbewerb vom Dumping ausgehenden negativen externen Effekte führen bei öffentlichen Haushalten und sozialen Sicherungssystemen zu hohen finanziellen Einbußen. Die Wirtschaft nutzt die schwindenden Handlungsspielräume und Kompetenzen der öffentlichen Hand, um die staatliche Daseinsvorsorge, die ein öffentliches Gut und deshalb nicht marktfähig ist, unter ihr privatwirtschaftliches Regime zu bringen. Jungen Menschen wird bei zunehmender privater und öffentlicher Armut die gebotene Chancengleichheit nicht mehr gewährt und kommenden Generationen – infolge intertemporaler Fehlallokation – die Lebensgrundlagen entzogen.

Strukturelle Arbeitslosigkeit und Berufssterben: Internationale Spezialisierung und industrielle Konzentrationen verringern die binnenwirtschaftliche Vielfalt. Ganze Branchen und Berufsbilder samt Wissen und Fähigkeiten gehen verloren, so dass neben dem Arbeitsvolumen auch das von der Wirtschaft nachgefragte Qualifikationsspektrum abnimmt. Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot stimmen weder mengenmäßig noch qualitativ überein, es entsteht neben der niveaubedingten zusätzlich eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit. Letztendlich verlieren dadurch alle Umschulungsmaßnahmen ihren Sinn.

Verletzung ortsgebundener Sozialpflichtigkeit: Der im globalen Wettbewerb herrschende Kostendruck verleitet die Wirtschaft dazu, den Beschäftigungsmangel als tarifpolitisches Kampfmittel einzusetzen, indem bestehende Arbeitsverhältnisse dem Druck der rückläufigen Arbeitsnachfrage ausgesetzt werden, um dadurch das Niveau der inländischen Reallöhne zu senken oder alternativ Arbeitsplätze in Niedriglohnländer zu verlagern. Im ersten Fall wird die mit dem Eigentum am Produktionskapital verbundene Sozialpflichtigkeit und im zweiten Fall zusätzlich die Ortsgebundenheit des Kapitals verletzt, so dass den Beschäftigten neben ihrem Recht auf Teilnahme am Wirtschaftsleben auch das Recht auf eine angemessene Teilhabe am Wirtschaftsergebnis in Form von Arbeitslohn und Kapitalrendite vorenthalten wird.

Expansionsdrang und Wachstumsillusion: Die durch Staats- und Politikversagen verursachte Verabsolutierung des unternehmerischen Strebens nach Marktanteil, Umsatz und Gewinn ist verantwortlich für die eindimensionale Auffassung menschlichen Wirtschaftens. Beim gegebenen Angebotsüberhang und

zunehmender Konsumschwäche infolge Arbeitslosigkeit und Armut wird der globale Kostenwettbewerb einschließlich des Zwangs zu exzessivem Dumping durch das weltweite Streben nach quantitativem Wachstum extrem verschärft. In entwickelten Ländern, in denen dieses Streben aufgrund hoher Arbeitskosten und gesättigter Märkte keine Wirkung mehr zeigt, werden trotz allem die Fehlentwicklungen dem ausbleibenden Wachstum angelastet und alle Hoffnungen und Prognosen mit kommandem Wachstum untermauert. Eine Illusion, die teils bewusst, teils unbewusst als Instrument kollektiver Täuschung bzw. Selbsttäuschung eingesetzt wird.

Fazit

Am Ende des kritischen Teils kommen wir zu einem ernüchternden Schluss: Auf die einst verlässliche Erfahrung, dass Handel und Wandel den Wohlstand und die Wohlfahrt aller Beteiligten mehren, ist seit Beginn der heißen Phase der neoliberalen Globalisierung in den

70er Jahren des 20. Jahrhunderts kein Verlass mehr. Das nationale Gemeinwohl, das noch in den 50er und 60er Jahren unter dem Primat nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik zuverlässig gefördert wurde, ist im Zuge der Verselbständigung wirtschaftlicher Macht zum lästigen Hindernis im globalen Verdrängungswettbewerb geworden.

Der Neoliberalismus, der sich über demokratische Prozesse hinwegsetzt, mit falschen Preisen die Märkte, das Arbeitspotential und die Lebensgrundlagen zerstört, trügerische Hoffnungen von Wachstum verbreitet, den Menschen die Teilhabe an den Früchten ihrer eigenen Arbeit und schließlich sogar die Teilnahme am Wirtschaftsprozess und jegliche Lebensperspektive vorenthält, die gesellschaftliche Zukunftsvorsorge untergräbt und die sozialen Spannungen und den Konflikt zwischen Nord und Süd verschärft, hat seinen Kredit und seinen Anspruch verspielt, das Ideal einer zusammenwachsenden Welt zu verkörpern.

III. Regionalität und Globalität

Vision selbstbestimmter Binnen- und Außenwirtschaft

Regionale Wirtschaftsordnung

Die regionale Wirtschaftsordnung ist als Teil der politischen Ordnung eines souveränen Staatsgebildes zu verstehen, das in seinen Grenzen zugleich einen einheitlichen Wirtschaftsraum darstellt. Die Abgrenzung kann sich auf Nationalstaaten oder auch auf supranationale Einheiten wie etwa die Europäische Union beziehen. Der Sinn und Zweck regionaler Ordnungen liegt nicht in ideologisch motivierter Regionalisierung oder Deglobalisierung, auch nicht in romantisierender Selbstgenügsamkeit und Selbstversorgung, sondern darin, neben politischer Autonomie auch wirtschaftliche Stärke und Eigenständigkeit zu gewinnen, um eine robuste und krisensichere Binnenwirtschaft zu errichten, die – nicht zuletzt – Grundlage für einen gedeihlichen Außenhandel und eine zukunftsfähige Globalisierung ist. Nur auf dem Fundament funktionierender Binnenwirtschaften lässt sich überhaupt erst eine globale Ordnung errichten, die ein Zusammenwachsen der Welt unter dem Vorzeichen von Fortschritt und Wohlstand ermöglicht. Die neoliberale Un-Ordnung liefert dazu das perfekte Negativbeispiel: Sie untergräbt die Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Globalisierung, indem sie weltweit deren regionale Basis zerstört.

Wirtschaftsräume sind gut beraten, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, statt eine globale Lösung „von oben“ zu erwarten. Die Zukunftsfähigkeit der Welt wird sich nicht aus der multilateralistischen Aufweicheung staatlicher Vollmachten mit anschließender Deregulierung des Welthandels ergeben, wie sie die WTO betreibt, sondern bedarf der uneingeschränkten regionalen Souveränität und Handlungsfähigkeit. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Regionen ihre politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung einschließlich des Tempos ihrer Industrialisierung und ihres technologischen Fortschritts im Einklang mit ihren kulturellen Werten frei von äußeren Zwängen selbst bestimmen, und dass sich die Welt in ihrer ganzen Vielfalt weiterentwickelt.

Regionale Stärke und Eigenständigkeit können allerdings nur erzielt und bewahrt werden, wenn die internen wirtschaftspolitischen Regeln geeignet sind, ein Gleichgewicht zwischen dem Nutzen- und Gewinnstreben der Marktteilnehmer und der Daseinsvorsorge des Staates einerseits sowie zwischen dem Ressourcenanspruch des Menschen und dem Schutzbedürfnis der natürlichen Lebensgrundlagen andererseits herzustellen (siehe auch im Glossar unter *Wirtschaftsordnung*). Dieses äußerst labile Gleichgewicht lässt sich zuverlässig nur unter einer lebendigen politischen und wirtschaftlichen Subsidiarität herstellen, die ihrer Natur nach dezentrales Verantwortungsbewusstsein erzeugt und gefährlichen wirtschaftlichen Konzentrationen und Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirkt.

Ein möglichst stabiles Gleichgewicht über alle Ebenen hinweg ist zum einen eine Voraussetzung für die

selbstbestimmte Teilnahme und Teilhabe aller Bürger am Wirtschaftsleben – also für Vollbeschäftigung. Zum anderen schafft es das Bewusstsein für die negativen externen Effekte, die von jeder wirtschaftlichen Aktivität auf Gesellschaft und Umwelt ausgeübt werden, und ist damit auch eine Bedingung für den subsidiär heranwachsenden Willen, die Kosten negativer Auswirkungen den Verursachern am Orte der Entstehung zuzuweisen (die Kosten zu internalisieren) – und damit den Weg zu qualitativem Wachstum einzuschlagen.

Regionalität

Regionalität steht hier als Synonym für Wirtschaftsräume, die aus einer einheitlichen soziokulturellen und sozioökonomischen Tradition hervorgegangen sind und zugleich politischer Autonomie und wirtschaftlicher Eigenständigkeit verpflichtet sind. Die geographische Ausdehnung betreffend würde beispielsweise das heutige Bundesland Bayern in etwa die Mindestvoraussetzungen für die erforderliche Eigenständigkeit einer wirtschaftspolitischen Einheit erfüllen. Während die alte EU der 15 Mitgliedsstaaten als Beispiel für einen kulturell und wirtschaftlich einheitlichen supranationalen Raum steht. In jedem Fall bildet die regionale Wirtschaftsordnung das Fundament für die binnen- und außenwirtschaftlichen Aktivitäten von Wirtschaftsräumen und bezieht aus dieser doppelten Funktion, die Voraussetzung für eine gedeihliche Weltwirtschaft ist, ihre Rechtfertigung.

Wirtschaftsräume verfügen – bei ökologisch verträglicher Bevölkerungsdichte – über ausreichend Ressourcen, um in gebotener Vielfalt eigenständig wirtschaften zu können. Ihre Identität beziehen sie aus einem einheitlichen System von Grundwerten, das sich im Laufe ihrer soziokulturellen Entwicklung herausgebildet hat. Ihre wirtschaftlichen Normen, die sich aus den Grundwerten ableiten, bestimmen die Vorstellungen und das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure. Deren Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft – die durchaus kultureller Veränderung unterworfen sind – entscheiden über Güte und Menge des Produktionskapitals und somit über die Produktivkraft (Produktivität) eines Wirtschaftsraumes. Daraus folgt, dass sich die Abgrenzung eines Wirtschaftsraumes aus den gemeinsamen Grundwerten und der sich daraus ergebenden einheitlichen Produktivkraft herleitet. Diese Produktivkraft ist lediglich als gesellschaftlich vorhandenes Potential aufzufassen, das von geographisch und strukturell bedingten Unterschieden überlagert sein kann.

Aus den gemeinsamen Grundwerten, insbesondere dem gemeinsamen Arbeits- und Wirtschaftsethos sowie den gleichen Bildungschancen seiner Bürger, erwachsen einem Wirtschaftsraum die politische Identität und Autonomie, die wirtschaftliche Eigenständigkeit

und schließlich die uneingeschränkte Souveränität in den Außenbeziehungen. Diese Souveränität erlaubt es, die Normen internationaler Beziehungen aktiv mitzugestalten und insbesondere die im Innern verfolgten demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien gegen Übergriffe zu verteidigen. Dazu zählt vorrangig die Entschlossenheit, die Preise von Handelsprodukten beim Grenzübertritt dem binnenwirtschaftlichen Niveau anzupassen, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Regionale Souveränität ist also ein entscheidendes Regulativ im Entstehungsprozess einer zukunftsfähigen Globalisierung.

Leitgedanke regionaler Ordnung ist eine weltoffene, dem sozialen und ökologischen Fortschritt verpflichtete Wirtschaft, die geregelten Außenhandel betreibt, zum internationalen Wissensaustausch beiträgt, sich an humanitären Projekten beteiligt und sich zur Lösung überregionaler Aufgaben wie äußere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung mit anderen Regionen zusammenschließt.

Subsidiarität

Subsidiarität ist als Prinzip zu verstehen, nach dem jede Aufgabe immer der untersten dazu fähigen Ebene übertragen wird. Übergeordnete Ebenen dürfen demnach nur tätig werden, wenn untergeordnete Ebenen überfordert sind. Im politischen Bereich ist dieses Prinzip eine entscheidende Voraussetzung für demokratische Strukturen. Ohne dieses Prinzip lösen sich – wie der neoliberale Zentralismus zeigt – demokratische Strukturen im Laufe der Zeit unweigerlich auf. Die politische Willensbildung erfolgt von unten nach oben und die politischen Zuständigkeiten werden im Sinne des Föderalismus – der eine subsidiäre politische Ordnung ist – den untersten dazu fähigen Organen zugewiesen.

Analog zu den politischen Zuständigkeiten erfolgt die wirtschaftliche Wertschöpfung ebenfalls durch die kleinsten dezentral dazu fähigen Unternehmungen – und zwar des privaten wie auch des öffentlichen Sektors. Beide, die politische wie die wirtschaftliche Subsidiarität, werden durch einen ständigen Prozess der dynamischen Neuaufteilung und Dezentralisierung der Verwaltungs- und Unternehmenseinheiten lebendig gehalten, um zentralistischen Bestrebungen und Machtkonzentrationen entgegenzuwirken. Dadurch wird sowohl die lokale und regionale Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen und der Wirtschaftskreisläufe als auch die Wahrnehmung der sozialen und ökologischen Verantwortung vor Ort sichergestellt (siehe auch im *Glossar* unter *Subsidiaritätsprinzip*).

Die Wirtschaftskreisläufe sind im Innern subsidiär von der lokalen über die (inner-) regionale, nationale und möglicherweise supranationale Ebene pyramidenförmig aufgebaut. Auf lokaler Ebene herrscht mit Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe, kleinen Produktionen und Handel subsidiär bedingt die größte Vielfalt, während etwa auf nationaler oder supranationaler Ebene technologisch aufwendige industrielle Produktionen angesiedelt sind. Die subsidiäre Struktur setzt sich als globale Wirtschaftsordnung nach außen fort, so dass auf der interregionalen und globalen Ebene beispielsweise sehr aufwendige und langfristige Forschungs- und Entwicklungsprojekte – etwa bezüglich des Klima-

schutzes und der AIDS-Bekämpfung – durchgeführt werden.

Wirtschaftliche Subsidiarität wird hergestellt, indem in jeder Branche die kleinsten funktionsfähigen Betriebsstätten – als Referenzbetrieb – steuerlich mit den geringsten Abgaben belegt werden. Mit zunehmender Betriebsgröße – und damit zunehmender Produktivität – steigt die steuerliche Belastung an, so dass größenbedingte Produktivitätsunterschiede ausgeglichen werden und ein konstruktiver vertikaler Branchenwettbewerb erzeugt wird. Zugleich wird dadurch eine sinnvolle Koexistenz handwerklicher und industrieller Produktionsmethoden gefördert. Darüber hinaus ist die Subsidiarität für kleinere Betriebe mit steuerlichen Anreizen verbunden, sich an interregionalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu beteiligen. Dadurch werden auch ansonsten ungenutzte dezentrale Ressourcen in den Dienst des Fortschritts gestellt und allen Ebenen gleiche Chancen eingeräumt, mit Lizenzen geistigen Eigentums am globalen Freihandel teilzunehmen. Die steuerlichen Maßnahmen wirtschaftlicher Subsidiarität sind an dem Grundsatz ausgerichtet: Interregional und international forschen und entwickeln, regional produzieren.

Die an Betriebsgrößen ausgerichtete Steuerprogression ist der Hebel, der Betriebe ab einer branchenspezifisch bestimmten Größe zwingt, sich in kleinere Einheiten aufzuteilen. Eine solche Zellteilung erfolgt, indem ein eigenständig funktionsfähiger Teil eines privaten Betriebes zu einem marktüblichen Preis verkauft oder, im Falle einer Genossenschaft, ausgegliedert wird. Private Verkäufer können ihren Erlös im verbleibenden Unternehmen investieren oder ihn – mit hoher Progression – als Privateinkünfte versteuern. Da jede natürliche Person nur ein Unternehmen erwerben darf, kommen als Käufer nur Existenzgründer in Frage, die bei ihrem Vorhaben zudem durch günstige, staatlich geförderte Darlehen unterstützt werden. Zellteilungen sorgen somit für eine ständige organisatorische Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen einschließlich der gebotenen Umverteilung des Eigentums an Produktionsmitteln, eröffnen Existenzgründern realistische Chancen und sind eine Quelle des Fortschritts bei Produkten und Produktionsverfahren. Der subsidiäre Erhalt der wirtschaftlichen Vielfalt garantiert, dass Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt nicht nur mengenmäßig, sondern auch strukturell übereinstimmen: Das Spektrum des Angebots an Neigungen und Fähigkeiten in der Bevölkerung wird weitgehend mit den von der Wirtschaft nachgefragten Berufsbildern zur Deckung gebracht.

Steuerpolitik

In der regionalen Wirtschaftsordnung ist es eine originäre nicht-fiskalische Aufgabe der Steuerpolitik, den Prozess der dynamischen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Strukturen durch eine progressive Besteuerung unternehmerischer Parameter wie Grund und Boden, Kapitalstock und Wertschöpfung mit zu erwirken. Indem wirtschaftliche Aktivitäten ständig in eine nach Branchen differenzierte optimale subsidiäre Arbeitsteilung gelenkt und damit dezentralisiert werden, bildet sich zugleich die erwünschte soziale und ökolo-

gische Verantwortung vor Ort, die eine Voraussetzung für die ebenfalls steuerlich gelenkte soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist. So steht die Steuerpolitik gleichzeitig im Dienste der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.

Die Lenkungswirkung der Steuerpolitik zielt – einfach gesagt – darauf ab, sozial und ökologisch schädliche Entwicklungen zu verhindern und nützliche, dem Fortschritt dienende zu fördern. Die wichtigsten Zielsetzungen sind:

(1) Die Förderung dezentraler, subsidiär eingebundener Betriebsstätten, die eine flächendeckende Vielfalt von Produktionsstruktur, Arbeitsnachfrage und Produktangebot sicherstellen, unmittelbare Verantwortlichkeiten im Umweltschutz erzeugen und lange Transportwege überflüssig machen.

(2) Die Belebung des Handwerks, Kunsthandwerks und traditioneller Produktionstechniken in Koexistenz mit industrieller Fertigung.

(3) Die Förderung dezentraler, subsidiär arbeitsteiliger Forschung und Entwicklung einschließlich der Einbindung in internationale Projekte.

(4) Die Förderung der Erforschung und Entwicklung hochproduktiver Prozess- und Produkttechnologien, die speziell für dezentrale Anwendungen geeignet sind.

(5) Die generelle Förderung energie-effizienter und rohstoffschonender Produktionsprozesse und Produkte.

(6) Die Förderung lokaler und regionaler Beteiligung am internationalen Wissensaustausch und am Lizenzhandel mit geistigem Eigentum.

(7) Die Förderung der Mitwirkung an den normativen Aufgaben supranationaler Institutionen.

Eigenständigkeit

Die Eigenständigkeit von Wirtschaftsräumen hat als wesentliches Element des neuen Globalisierungsparadigmas eine doppelte Funktion: Zum einen ermöglicht sie den Primat demokratisch legitimer Politik über die Binnenwirtschaft, der seinen Ausdruck in den wirtschaftspolitischen Prioritäten des neuen magischen Fünfecks findet: „Vollbeschäftigung“, „qualitatives Wachstum“, „dynamische Dezentralisierung“, „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ und „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ (siehe auch *Kapitel IV* unter *Vorbemerkungen*). Zum anderen bildet Eigenständigkeit das Fundament für ausgeglichene wirtschaftliche und sonstige Beziehungen zwischen souveränen Wirtschaftsräumen. Auch diese Beziehungen stehen somit unter dem Primat demokratisch legitimer Wirtschaftspolitik – allerdings im Zusammenspiel aller beteiligten Wirtschaftsräume. Eigenständigkeit im hier gemeinten Sinne ist also nicht mit wirtschaftlicher Autarkie und Abschottung zu verwechseln, sondern ist der Garant für gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen, die frei von Erpressungen und Abhängigkeiten sind.

Eigenständigkeit erwächst aus einer ausgewogenen sektoralen Struktur der Binnenwirtschaft: Der primäre Sektor mit Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe und Handel bildet die Grundlage für den sekundären,

industriellen Sektor, und beide sind wiederum Ausgangspunkt für den tertiären, technologisch fortgeschrittenen Dienstleistungssektor. Dieser historisch gewachsene Aufbau muss nicht nur die Reihenfolge bei jeder Entwicklungshilfe bestimmen, er ist auch von Industrieländern in seiner ganzen Ausgewogenheit immer wieder abzusichern.

Die größte Gefährdung wirtschaftlicher Unabhängigkeit geht von einer Rohstoff- und Energieversorgung aus, die auf die Einfuhr nicht-erneuerbarer Ressourcen wie etwa Erdöl und Erdgas angewiesen ist. Investitionen in die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Stoffe und Energien sind deshalb die beste Zukunftsvorsorge für jede Volkswirtschaft und der beste Schutz vor Erpressung. Und sie sind ein Beispiel dafür, wie technologischer Fortschritt zugleich in den Dienst politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts gestellt wird.

Marktwirtschaft

Ausgangsbasis regionaler Wirtschaftsordnung ist eine freiheitlich-demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung, die umfassende Freiheiten bei Berufswahl, Gewerbe, Wettbewerb, Verträgen und Eigentum einschließlich des Eigentums an Produktionsmitteln gewährt. Marktteilnehmer können im Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung über ihren Konsum, ihre Sparquote, ihre Produktionen und ihre Investitionen frei entscheiden. Auf freien Märkten gehen sie Beziehungen ein, die von Preisen bestimmt sind, die sich gemäß Angebot und Nachfrage frei bilden.

Es ist die ständige Rückkopplung vom Wettbewerbsgeschehen des Marktes, die alle Teilnehmer dazu bewegt, rational und zielgerichtet vorzugehen, oder anders gesagt: sowohl effizient (kostengünstig) als auch effektiv (bedarfsgerecht) zu wirtschaften. Und es sind die marktwirtschaftlichen Freiheiten, die dafür sorgen, dass die individuellen Potentiale der Akteure voll zur Geltung kommen: Eigeninitiative, Unternehmer- und Kampfgeist im Wettbewerb mit anderen, das Streben nach materiellem wie auch immateriellem Gewinn und Nutzen, die Freude an der eigenen Leistung und am Erfolg und schließlich das Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung.

Allerdings werden die Freiheitsrechte der Akteure gemäß ihrer Pflichten gegenüber Gesellschaft und Umwelt begrenzt und gesteuert. So entsteht aus dem unvollständigen Ideal einer freien Marktwirtschaft eine den praktischen Anforderungen genügende fortschrittliche und zukunftsgerechte Marktwirtschaft. Der Wettbewerbsordnung fällt innerhalb marktwirtschaftlicher Ordnungen die zentrale Rolle für den Ausgleich zwischen Markt und Staat sowie zwischen Mensch und Umwelt zu.

Wettbewerbsordnung

Wettbewerb ist – wenn er in geordneten, konstruktiven Bahnen verläuft – eine unabdingbare Voraussetzung für Kreativität und Disziplin, für Effizienz und Produktivität, für Fortschritt und Vollbeschäftigung, für ein vielfältiges und konsumentengerechtes Produktangebot, für Verteilungsspielräume und Daseinsvorsorge und insgesamt für gesellschaftliche Wohlfahrt. Der zur

Freiburger Schule zählende Jurist Franz Böhm hat den Wettbewerb als „das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“ bezeichnet.

Der Widerspruch, der sich unter neoliberalen Bedingungen zwischen Wettbewerb und Solidarität ergibt, löst sich unter dem Primat politischer Steuerung auf. Denn Wettbewerb und Solidarität sind eigentlich sich gegenseitig bedingende und ergänzende Fähigkeiten des Menschen. Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es deshalb, die durch Wettbewerb entstehenden Leistungsanreize in den Dienst des sozialen und ökologischen Fortschritts zu stellen und alle diesem Ziel zuwiderlaufenden Verzerrungen, insbesondere Macht- und Kapitalkonzentrationen, zu unterbinden. Schon Adam Smith hatte vermutet, daß die Wirtschaftssubjekte in ihrem eigennützigen Erfolgsstreben auf lange Sicht dazu neigen könnten, sich dem Risiko des Wettbewerbs durch Zusammenschlüsse, Absprachen und Diskriminierungen zu entziehen. Die neoliberale Praxis hat Smith' Vermutung eindrucksvoll bestätigt!

In diesem Sinne wird der Wettbewerb im Rahmen der regionalen Wirtschaftsordnung durch marktwirtschaftliche Spielregeln bestimmt, die überdies steuerlich so gestaltet sind, dass sich Kartellgesetze erübrigen:

(1) Alle Marktteilnehmer kommen in den Genuss gleicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ausgangsbedingungen (Chancengleichheit) sowie gleicher steuerlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen und Regelungen, und sie haben freien Zugang zu allen Märkten und Informationen (Gewerbe- und Konsumfreiheit) und genießen Vertragsfreiheit.

(2) Das binnenwirtschaftliche Polypol (viele Anbieter, viele Nachfrager) wird auf allen Märkten durch branchenbezogene subsidiäre Arbeitsteilung und Dezentralisierung mittels steuerlicher und gesetzlicher Maßnahmen ständig neu hergestellt.

(3) Das Binnenangebot an Gütern und Dienstleistungen wird einem branchenspezifisch geregelten Wettbewerb mit Produkten ausgesetzt, die im Zuge des Intra-Branchenhandels auf Gegenseitigkeit importiert werden.

(4) Immaterielle Produkte wie Informationen, Wissen und geistiges Eigentum sind dem Wettbewerb im Freihandel auf offenen internationalen und globalen Märkten ausgesetzt.

(5) Die Preise bilden sich im Rahmen der regionalen Wirtschaftsordnung auf allen Märkten allein durch Angebot und Nachfrage. Im Rahmen der globalen Wirtschaftsordnung gilt die freie Preisbildung nur im Freihandel mit Lizenzen geistigen Eigentums. Materielle Produkte werden dagegen bei der Einfuhr preislich den binnenwirtschaftlichen Wettbewerbsverhältnissen angepasst.

(6) Der öffentliche Sektor ist auf öffentliche Güter festgelegt und greift nicht in den Wettbewerb des privaten Sektors ein.

(7) Negative externe Effekte des privaten wie des öffentlichen Sektors wie beispielsweise die Mitnahme sozialer Leistungen oder die Belastung der Umwelt wer-

den steuerlich und gesetzlich so weit wie möglich unterbunden.

(8) Die Produktionsmittel des privaten Sektors sind Privateigentum und können im Rahmen ihrer ortsgebundenen Sozialpflichtigkeit frei genutzt werden.

(9) Marktteilnehmer haften für Schäden, die als Folge ihrer Leistungen oder ihres Verhaltens auftreten (Verursacherprinzip).

Die genannten steuerlichen Maßnahmen zur ständigen Dezentralisierung stellen insbesondere sicher, dass kleine wie große Unternehmen ihre spezifischen Wettbewerbsvorteile entwickeln und miteinander in einen – vertikalen – Branchenwettbewerb treten können. Überdies sorgt die ständige Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen dafür, dass unterlegene Wettbewerber und ihre Beschäftigten jederzeit eine ihren Fähigkeiten entsprechende neue Chance erhalten. Ein Verdrängungswettbewerb, der wirtschaftliche Strukturen unwiederbringlich zerstört und Arbeitslosigkeit erzeugt, wird durch die regionale Wettbewerbsordnung von vornherein unterbunden.

Produktivität

Die betriebs- und die volkswirtschaftliche Produktivität werden unter der regionalen Wirtschaftsordnung mittels einer Gesamtkostenrechnung ermittelt. Für jeden wirtschaftlichen Prozess werden die externen gesellschaftlichen und ökologischen Kosten erfasst und in die Produktivitätsberechnung einbezogen, so dass unerwünschte externe Effekte erkannt und mittels steuerlicher Maßnahmen minimiert werden können. Wirtschaftliche Effizienz und Effektivität werden politisch so gesteuert, dass sich in Summe eine gesellschaftlich förderliche und ökologisch möglichst unbedenkliche Wertschöpfung ergibt. Das heißt, es werden Bedingungen hergestellt, unter denen alle Bürger mit ihren Fähigkeiten zur Wertschöpfung beitragen und ihrem Beitrag gemäß davon profitieren können, ohne der Umwelt unumkehrbare Schäden zuzufügen.

Um innerhalb eines Wirtschaftsraumes in diesem Sinne echte, nachhaltige Produktivität zu erzeugen, sind zwei Voraussetzungen zu schaffen: Erstens müssen alle Produktionen in eine subsidiäre wirtschaftliche und politische Ordnung eingebunden sein, um durch flächendeckende Teilnahme und Teilhabe aller Bürger größtmögliche gesellschaftliche Wirkung zu entfalten sowie durch dezentralisierte Verantwortung größtmögliche Umweltverträglichkeit sicherzustellen. Zweitens muss die wirtschaftliche Subsidiarität im Innern über die politischen Grenzen hinaus fortgesetzt und zugleich gegen Begehrlichkeiten von außen verteidigt werden. Das heißt, ein Wirtschaftsraum darf sich nur dann an grenzüberschreitenden Produktionen beteiligen, wenn diese sich als natürliche Fortsetzung seiner inneren subsidiären Struktur auf die supranationale Ebene erweisen, und er muss sich zugleich durch einen strikt geregelten Außenhandel gegen äußere Eingriffe in seine innere Ordnung schützen. Dieser Schutz wird durch wettbewerbsgerechte Kontingente und Preisanpassungen importierter Produkte mittels Wechselkursen, Zöllen und Steuern hergestellt.

Subsidiäre Wirtschaftsstrukturen erweisen sich also als unerlässliche Voraussetzung, um negative externe Effekte wirtschaftlicher Aktivitäten zu vermeiden und echte Produktivität zu erzeugen, aus der nachhaltig positive Wertschöpfung hervorgeht. Wenn subsidiäre Strukturen überdies mit einer binnenwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung kombiniert werden, die geeignet ist, den Außenhandel unter gleichen Bedingungen in den Wettbewerb einzubeziehen, entsteht ein Umfeld, in dem höchstmögliche Produktivität und nachhaltiger Wohlstand zur Realität werden. So wird verständlich, dass der neoliberale Konzentrationsprozess, der globale Oligopole und Monopole hervorbringt, auf die Menschen und ihre Umwelt in den betroffenen Ländern keine produktive, sondern zwangsläufig eine destruktive Wirkung ausüben muss. Die scheinbar hohe Arbeitsproduktivität transnationaler Konzerne resultiert aus der falschen Kostenrechnung, in der die negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte, die öffentlichen Haushalte und die natürlichen Lebensgrundlagen der exportierenden wie der importierenden Länder nicht berücksichtigt werden. Produktivitätsaussagen ohne Einbeziehung externer Kosten aber sind eine unverantwortliche Irreführung, die suggeriert, wirtschaftliche Produktivität sei ohne soziale und ökologische Bestimmung denkbar. Wie die neoliberale Entwicklung zeigt, hat sich die Wirtschaft mit der Absurdität einer solchen Scheinproduktivität auf den Weg der Selbsterstörung begeben (siehe auch im Glossar unter *Produktivität* und *Scheinproduktivität*).

Demokratie

Im Mittelpunkt der eingangs schon erwähnten politischen Autonomie von Wirtschaftsräumen steht eine institutionalisierte demokratische Streitkultur, die subsidiär über alle Ebenen von der lokalen bis hinauf zur supranationalen praktiziert wird. Auf der Grundlage basisdemokratischer und marktwirtschaftlicher Prinzipien kann sich eine rational fundierte Kritikfähigkeit herausbilden, die von der Freiheit getragen wird, die jeweilige Ordnung, ihre Maximen, Verfahren und Regeln jederzeit in Frage zu stellen. Die Lebendigkeit direkten und zugleich geregelten Engagements aller Betroffenen schafft schließlich ein im Lokalen verankertes und im Globalen wirkendes Gemeinwesen.

Die Erfahrung zeigt, dass zentralistische Entscheidungen immer autoritäre, eigennützige und ideologische Schief lagen aufweisen, zudem schwer zu revidieren sind und im historischen Rückblick fast ausnahmslos Schaden angerichtet haben. Deswegen erweist sich auch die langsamste und mühsamste demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung gegenüber der vermeintlichen Effizienz, Effektivität und Sachgerechtigkeit übereilter Entscheidungen „von oben“ als überlegen. Insbesondere deshalb, weil bei demokratischem Vorgehen der Lernfortschritt, die Einsicht und die Akzeptanz derer den Ausschlag geben, die von den Auswirkungen direkt betroffen sind. Die politische Mündigkeit der Bürger, die so gerne herabgewürdigt wird, ist das Wesen der Demokratie und zugleich das größte Kapital eines demokratischen Gemeinwesens (siehe auch im Glossar unter *Demokratie und Recht*).

Gerechtigkeit

Auf eine einfache Formel gebracht bedeutet Gerechtigkeit nichts weiter als die Hinwendung zu einer Politik der Vollbeschäftigung und des Umweltschutzes. Vollbeschäftigung ist gleichbedeutend mit Beschäftigungsgerechtigkeit, die ihrer Natur nach nur noch eines relativ geringen Aufwandes an sekundärer Verteilungsgerechtigkeit bedarf. Mit dem Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Selbstbestimmung wird jedem fähigen Bürger zugleich die Pflicht auferlegt, seine wirtschaftliche Existenz nach eigenen Kräften zu sichern. Damit ist bereits der höchstmögliche Grad an sozialer Gerechtigkeit erreicht und Transferleistungen sind systembedingt auf Härtefälle begrenzt. Und: Philosophische Diskurse über den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ erübrigen sich.

Sowohl die soziale als auch die mit ihr verbundene ökologische Gerechtigkeit ergeben sich von vornherein aus den Regeln der Wirtschaftsordnung (*ex ante*). Die nachgeordnete Umverteilung (*ex post*) ist dadurch nicht nur im sozialen Bereich auf wenige Härtefälle beschränkt, auch die Notwendigkeit für ökologische Überwachungs- und Korrekturmaßnahmen ist auf ein unvermeidliches Minimum reduziert. Die ökologische Komponente der Gerechtigkeit erfordert von den Bürgern allerdings – obwohl letztendlich zum eigenen Wohlergehen praktiziert – ein hohes Maß an Einsicht und Weitsicht, um der Rolle als Anwalt der Natur gerecht zu werden.

Bedingt durch die subsidiären politischen und wirtschaftlichen Strukturen unterliegen die wirtschaftlichen Akteure einer selbstregelnden Verantwortungsethik: Indem sie die Folgen ihres Handelns jederzeit vor Augen geführt bekommen und dafür von der Gemeinschaft zur Rechenschaft gezogen werden, sind sie geneigt, bei der Entwicklung der Normen das eigene wie das gemeinsame Wohl gleichermaßen zu vertreten. Aus unverbindlicher, abstrakter Wirtschaftsethik wird eine lebendige Regelethik.

Vollbeschäftigung

Das Kernstück subsidiärer sozialökologischer Marktwirtschaft ist eine mit höchster Priorität betriebene Vollbeschäftigungspolitik. Die anderen bereits genannten wirtschaftspolitischen Ziele wie qualitatives Wachstum, dynamische Dezentralisierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit und außenwirtschaftliches Gleichgewicht stehen – im Gegensatz zu den Zielen des neoliberalen Systems – im Wirkungszusammenhang mit der Vollbeschäftigungspolitik. Die Ziele können unter den geregelten Bedingungen innerhalb eines Wirtschaftsraumes nicht auseinanderstreben und sich verselbständigen, sie bilden eine natürliche Einheit.

Sieben eng miteinander verkettete Faktoren fügen sich zu einer zukunftsfähigen Vollbeschäftigungspolitik zusammen:

(1) Eine ständige, steuerlich gelenkte Erneuerung der dezentralen Strukturen aller wirtschaftlichen Aktivitäten und Verantwortlichkeiten auf der Grundlage subsidiärer Arbeitsteilung und vertikalen Wettbewerbs zwischen kleinen und großen Betriebsstätten.

(2) Eine aus Subsidiarität und dynamischer Dezentralisierung resultierende binnenwirtschaftliche

Vielfalt an Produktionen und Berufsbildern, die allen Neigungen und Fähigkeiten in der Bevölkerung gerecht wird.

(3) Eine weitgehende, politisch gesteuerte Internalisierung sozialer und ökologischer Kosten des Wirtschaftens, die zu echter Produktivität, wahrheitsgemäßen Preisen und qualitativem Wachstum führt und nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wohlfahrt hervorbringt.

(4) Eine gesetzlich geregelte uneingeschränkte Teilhabe aller Beschäftigten am Produktivitätsfortschritt in Form einer Kombination aus – im Zeitverlauf – sinkendem Anteil Arbeitseinkommen und steigendem Anteil Kapitalrendite (siehe auch den folgenden Abschnitt *Arbeit und Kapital*).

(5) Lokale bis möglicherweise supranationale Wirtschaftskreisläufe, deren Angebotsvielfalt und Wettbewerbsfähigkeit durch einen geregelten Außenhandel erhöht werden.

(6) Steuerlich geförderte Forschung und Entwicklung einschließlich globaler Zusammenarbeit sowie ein unabhängiger, dem Fortschritt aller Beteiligten dienender internationaler Freihandel mit Lizenzen geistigen Eigentums.

Kurz gesagt: Vollbeschäftigung wird erzielt, indem die Produktionen so dezentral wie möglich, so vielfältig wie möglich, mit soviel sozialer und ökologischer Produktivität wie möglich, mit soviel menschlichem Talent und soviel menschlicher Teilhabe wie möglich, mit soviel binnenwirtschaftlichem und internationalem Wettbewerb wie möglich, und mit soviel eigenem und fremdem Wissen wie möglich gestaltet werden.

Arbeit und Kapital

Der Produktionsfaktor Kapital hat seinen Ursprung in menschlicher Arbeit. Die jeweilige Bindung zwischen Kapital und Arbeit lässt sich deshalb – unabhängig von den Eigentumsverhältnissen am Kapital – nicht auflösen: Sie bleibt ortsgebunden und zeitlich unbegrenzt bestehen. Das Eigentum an Kapital ist zwar aufgrund unterschiedlicher persönlicher Beweggründe der wirtschaftlichen Akteure in der Bevölkerung nicht gleichmäßig verteilt, aber gleichwohl sind die Eigentümer verpflichtet, ihr Kapital dort einzusetzen und arbeiten zu lassen, wo es mit Hilfe der Arbeit seinen Ursprung genommen hat. Kapital hat also gegenüber allen Menschen, die es mit erschaffen haben, eine Sozialpflichtigkeit. Grenzenlose Kapitalmobilität würde dieses Prinzip untergraben und ist deshalb mit den Grundsätzen einer subsidiären sozialökologischen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

Aus der Sozialpflichtigkeit des Kapitals leitet sich wie selbstverständlich die Einkommensstruktur der abhängig Beschäftigten ab: Ihr Einkommen besteht aus einem Anteil Arbeits- und einem Anteil Kapitaleinkommen (Kapitalrendite). Mit steigender Produktivität und entsprechend abnehmender Arbeitszeit, die branchenspezifisch zwischen den Tarifparteien ausgehandelt wird, verschieben sich die Einkommensanteile der abhängig Beschäftigten zugunsten des Kapitaleinkommens. Ihr Gesamtanteil am Volkseinkommen, das sich ebenfalls aus Arbeits- und Kapitaleinkommen zusam-

men setzt, bleibt infolge der Kombination immer gleich. Die Kapitalanteile, aus denen die Rendite erwirtschaftet wird, werden den abhängig Beschäftigten für die Zeit ihrer Betriebszugehörigkeit zugeschrieben, ohne dass dadurch die Eigentumsverhältnisse am Kapital verändert werden. Damit ist sichergestellt, dass Produktionskapital für die jeweiligen unternehmerischen Ziele zusammengehalten und nicht im Belieben einzelner Mitarbeiter gestückelt wird.

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik steht im Dienste der gesellschaftlichen Solidarität, deren zentrales Anliegen es ist, die durch die Vollbeschäftigungspolitik erzeugte Beschäftigungsgerechtigkeit durch eine nachgeordnete Verteilungsgerechtigkeit zu ergänzen. Konkret wird mit ihr die Spreizung von Einkommen und Vermögen – und damit von wirtschaftlicher Macht und Vorherrschaft – mittels gesetzlicher und steuerlicher Maßnahmen auf ein marktwirtschaftlich sinnvolles und zugleich gesellschaftlich verträgliches Maß begrenzt. Solidarität ist nicht mit Mildtätigkeit zu verwechseln. Sie ergibt sich aus der ortsgebundenen Sozialpflichtigkeit des öffentlichen wie des privaten Eigentums und Kapitals, die beide unauflösbar als Leihgabe der Gesellschaft aufgefasst werden und deren Gewinne an die Gesellschaft zurückfließen.

Die Sozialpolitik unterteilt sich im wesentlichen in drei Politiken: In die Chancengleichheits- und Bildungspolitik, die versucht, menschlichen Talenten unabhängig von ihrem sozialen Umfeld möglichst günstige Entwicklungschancen einzuräumen. Die Lastenausgleichspolitik, die gesellschaftliche Aufgaben wie Kindererziehung und Altenpflege mittels Transferleistungen entlohnt und die Lasten damit gleichmäßig auf alle Schultern verteilt. Sowie die Versicherungspolitik, die allgemeine, nicht selbst verschuldete Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit und Alter abdeckt.

Aus aktuellem Anlass wollen wir hier nur auf die Versicherungspolitik näher eingehen: Sie folgt – wie die ganze Sozialpolitik – dem Grundsatz, dass wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung verbunden ist und dementsprechend jeder Bürger mit seinem gesamten Vermögen und Einkommen sowie jedes privatwirtschaftliche Unternehmen mit seinem gesamten Produktionskapital in die Sozialpflicht zu nehmen sind.

Die genannten unausweichlichen Lebensrisiken werden durch Pflichtversicherungen in einer Höhe abgedeckt, die jedem Bürger in jeder Lebenssituation eine existenzsichernde Grundlage garantiert. Ausnahmslos alle Bürger mit eigenem Vermögen oder Einkommen und alle privatwirtschaftlichen Unternehmen zahlen in diese Versicherungen ein, und zwar nach oben offen ohne Beitragsbemessungs- oder Versicherungspflichtgrenze mit festem prozentualen Anteil an der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Bei der Auszahlung werden hingegen alle versicherten Bürger gleich behandelt. So bildet ausnahmslos die gesamte Bevölkerung mit ihrem gesamten Volksvermögen und Volkseinkommen eine Solidargemeinschaft. Alle über die Pflichtversicherung hinausgehenden Risiken liegen

in der individuellen Verantwortung jedes einzelnen Bürgers und sind privat zu versichern.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die komplementäre Aufgabenverteilung zwischen Markt und Staat erfordert zunächst eine klare Abgrenzung zwischen dem marktwirtschaftlichen und dem öffentlichen Teil der Wirtschaft. Grundlage dafür sind die Kriterien zur Bestimmung öffentlicher Güter. Die bislang von der ökonomischen Lehre angebotenen rein formalen Merkmale sind unzureichend und bedürfen der handfesten Ergänzung. Um eine zukunftsgerechte Daseinsvorsorge sicherzustellen, werden für öffentliche Güter folgende Auswahlkriterien zugrunde gelegt:

- (1) Güter, die zur lebensnotwendigen Grundversorgung gehören und auch in Krisenzeiten immer verfügbar sein müssen wie etwa Trinkwasser, Kommunikation, Energie sowie eine rudimentäre Geldwirtschaft.
- (2) Güter, deren Erbringung mit einer Schädigung und Verknappung der freien Güter „Luft“, „Wasser“ und „Landschaft“ verbunden ist wie etwa der Städte- und Straßenbau.
- (3) Güter, die der allgemeinen Sicherheit dienen wie etwa die Luftverkehrsregelung und Wasserdämme.
- (4) Güter, die der objektiven und zuverlässigen Information dienen wie etwa der öffentliche Rundfunk und öffentliche Statistiken.
- (5) Güter, die der objektiven und zuverlässigen Beratung, Vermittlung und Verwaltung dienen wie etwa die Schuldnerberatung und die Liegenschaftsverwaltung.
- (6) Die sogenannten meritorischen Güter, die unter Marktbedingungen den gesellschaftlich wünschens-

werten Versorgungsgrad nicht erreichen wie etwa die Schulausbildung, die Gesundheitsvorsorge und die Kultur.

Neben der Identifizierung öffentlicher Güter sind weitere Bedingungen zu erfüllen: Nämlich erstens, dass knappe Ressourcen, die für die Erbringung unabdingbar sind, wie zum Beispiel die Wasserquellen für die Wasserversorgung, Grund und Boden für den Straßenbau oder Sendefrequenzen für den öffentlichen Rundfunk, uneingeschränktes öffentliches Eigentum bleiben oder in dieses zurückgeführt werden. Zweitens ist es unabdingbar, dass die Planungs- und Regulierungshoheit und das dazu nötige Fachwissen in aller Tiefe und Breite über die gesamte Wertschöpfungskette der Erbringung bei der öffentlichen Hand verbleibt. Drittens ist erfolgsentscheidend, dass die Erbringung durch Personen und Unternehmen erfolgt, die bodenständig verankert sind und sich in die regionale Verantwortung nehmen lassen. Die öffentliche Hoheit schließt ein, Normen, Standards und Regeln zu entwickeln, Projekte zu planen und deren Ausführung zu steuern, zu kontrollieren und gegebenenfalls Regelverstöße zu sanktionieren.

Die Ausführung öffentlicher Aufgaben bedarf unternehmerischer Initiative und zugleich uneingeschränkter Verpflichtung gegenüber der demokratisch legitimierten Aufgabe, die es im Sinne der Bürger auszuführen gilt. Dezentrale, subsidiäre Strukturen und kleinräumiger Wettbewerb sind ideale Bedingungen für eine fruchtbare Arbeitsteilung und Zusammenarbeit öffentlicher und privater Unternehmen bei der Erbringung öffentlicher Güter.

Globale Wirtschaftsordnung

Unter weltoffenen, politisch autonomen und wirtschaftlich eigenständigen Wirtschaftsräumen reduziert sich die globale Wirtschaftsordnung auf die Vereinbarung und Überwachung von Verhaltensnormen und notfalls deren Sanktionierung, speziell auf die Regelung des Außenhandels und der supranationalen Zusammenarbeit. Keinesfalls werden politische oder wirtschaftspolitische Vollmachten von Wirtschaftsräumen an Institutionen der supranationalen Ebene abgegeben. Dies geschieht nur in existentiell bedrohlichen Situationen, die durch Krieg oder Naturkatastrophen hervorgerufen werden, und auch dann nur zeitlich begrenzt und jederzeit widerrufbar.

Außenhandel

Grundlage der Außenwirtschaftstheorie (siehe auch im Glossar) ist ein zukunftsfähiges Verständnis der Funktionen der verschiedenen wirtschaftlichen Ebenen: Regionalität wird als Voraussetzung und Fundament jeglicher Globalität aufgefasst, Globalität als Komplement funktionsfähiger Regionalitäten – während die neoliberale Fehlentwicklung ihre Ursache in der umgekehrten Sichtweise hat. Das heißt konkret: Erst die aus Eigenständigkeit und Vielfalt erwachsende Unabhän-

gigkeit von Wirtschaftsräumen bei der Grundversorgung ihrer eigenen Bevölkerung schafft die Voraussetzungen, um souverän und ohne die Gefahr von Erpressung Außenhandel zu betreiben. Je größer die über die Grundversorgung hinausgehenden wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Potentiale sind, desto mehr Forschung und Entwicklung kann betrieben werden, desto größer ist das Volumen an geistigem Eigentum wie Patenten, Gebrauchsmustern und Urheberrechten, desto umfassendere Handelsbeziehungen können nicht nur mit Gütern und Dienstleistungen, sondern auch mit Lizenzen geistigen Eigentums eingegangen werden, desto höher steigt infolge des Handels die auf den Binnenmärkten angebotene Vielfalt und desto vorteilhafter wirkt sich der kontrollierte Wettbewerb mit Handelspartnern auf die eigene Entwicklung aus.

Außenhandel mit Spezialitäten

Dieser Handel basiert auf frei ausgehandelten bilateralen Abkommen mit kurzen Kündigungsfristen und bezieht sich auf Rohstoffe und landesspezifische Produkte einschließlich Dienstleistungen, die naturgemäß nicht auf Gegenseitigkeit gehandelt werden können.

Das heißt auch, dass eine ausgeglichene bilaterale Leistungsbilanz bei diesen Produkten nicht im Vordergrund steht. Der Handel wird durch Handelskontingente so begrenzt, dass er die Angebotsvielfalt der Handelspartner ergänzt, ohne dass Verdrängungseffekte auftreten – die insbesondere deswegen vermieden werden müssen, weil inländische Anbieter wegen des spezifischen Charakters der importierten Produkte natürliche Wettbewerbsnachteile haben. Erste Voraussetzung für diesen Handel sind regelmäßig angepasste Wechselkurse, die den jeweiligen durchschnittlichen Produktivitäts- und Kaufkraftunterschied zwischen den Handelspartnern – bezogen auf die gehandelten Produkte – widerspiegeln und damit von vornherein eine durchschnittliche Preisanpassung bewirken. Darüber hinaus werden Importzölle und/oder Steuern auf importierte Produkte erhoben oder bei dringend erforderlichen Produkten wie etwa Medikamenten auch Importsubventionen gewährt, mit denen eine endgültige preisliche Anpassung an die inländischen Wettbewerbsverhältnisse bzw. Markterfordernisse erfolgt.

Außenhandel auf Gegenseitigkeit

Dieser Handel basiert ebenfalls auf frei ausgehandelten bilateralen Handelsabkommen mit kurzen Kündigungsfristen und dient dem Austausch aller denkbaren materiellen Güter und Dienstleistungen auf Gegenseitigkeit. Das heißt, gleichartige Produkte werden in gleicher Menge als sogenannter Intra-Branchenhandel oder intra-industrieller Handel ausgetauscht, um die Vielfalt des Angebots in ausgewählten Branchen zu vergrößern und um dabei gleichzeitig die Binnenprodukte im Sinne des Fortschritts einem geregelten internationalen Wettbewerb auszusetzen. Jeder Wirtschaftsraum kann – soweit sinnvoll – für jedes Produkt gleichzeitig Vereinbarungen mit mehreren Handelspartnern eingehen, um seine Angebotsvielfalt zu steigern, ohne dadurch das Volumen seiner Binnenproduktion verändern zu müssen. Für die Wechselkurse gilt wiederum, dass sie die durchschnittlichen Produktivitäts- und Kaufkraftunterschiede der jeweiligen Handelsströme zwischen den Handelspartnern widerspiegeln müssen. Produkte aus überdurchschnittlich produktiver Herstellung werden bei der Einfuhr zusätzlich mittels Zöllen und/oder Steuern auf das inländische Preisniveau angehoben. Die Handelspartner werden insgesamt so ausgewählt und die Güterströme so ausgehandelt und begrenzt, dass Transporte minimiert werden.

Freihandel mit immateriellen Gütern

Dieser Handel findet auf einem globalen Markt für nicht-materielle Güter statt, der globalem Wettbewerbsrecht sowie rechtlich begründeten inhaltlichen Beschränkungen unterliegt und der weltweiten Verbreitung von Information, dem Austausch von Ideen und Wissen und dem Handel mit Lizenzen geistigen Eigentums wie Patenten, Gebrauchsmustern, Markenzeichen, Geschäftsideen, Literatur, Musik, Software und Kulturgütern aller Art dient. Dieser Handel eröffnet einen neuen, eigenständigen Bereich des Welthandels als zentrales Element des weltweiten Fortschritts und einer zukunftsfähigen Globalisierung. Er ist deshalb nicht zu verwechseln mit den Intentionen des gegen-

wärtigen TRIPS-Abkommens, das ausschließlich der schutzrechtlichen Absicherung materieller Güter und Dienstleistungen im neoliberalen Freihandel dient.

Die Teilnahme am Freihandel mit immateriellen Gütern erfordert den Einstieg in bilaterale oder multilaterale Handelsabkommen, die sich auf global vereinbarte Schutzrechte und Handelsstandards für geistiges Eigentum stützen. Die Devisenabrechnungen erfolgen über eine gemeinsame Verrechnungseinheit als Quasi-Leitwährung, die sich aus den Wechselkursen des materiellen Außenhandels herleitet. Die Preise bilden sich völlig frei im globalen Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Zölle und Handelskontingente erübrigen sich, weil dieser Freihandel im Sinne des weltweiten Fortschritts bewusst auf einen unbeschränkten Preiswettbewerb abzielt.

Der positive Einfluss dieses Freihandels auf die beteiligten Wirtschaftsräume steigt mit dem Handelsvolumen. Das setzt allerdings voraus, dass die materiellen Produkte, die auf der Grundlage gehandelter Lizenzen produziert werden, außenwirtschaftlich wie alle anderen Produkte behandelt werden. Wenn also beispielsweise aus einer erworbenen Musiklizenz Schallplatten oder aus einem Schnittmuster Kleider produziert werden, dann unterliegen diese materiellen Ausprägungen dem geregelten Außenhandel und können nicht in den immateriellen globalen Freihandel einbezogen werden.

Mit dem Freihandel immaterieller Güter wird das gegenwärtige Globalisierungsparadigma des unkontrollierten und unbegrenzten Flusses materieller Güter und Dienstleistungen durch das fortschrittliche Paradigma des unbegrenzten Flusses von Information und Wissen ersetzt. Der freie globale Wettbewerb verlagert sich in der von erhaltenswerten kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden geprägten inhomogenen Welt von der physischen Ebene, die zu Verdrängung und Zerstörung neigt, auf die fruchtbare intellektuelle Ebene. Innerhalb von Wirtschaftsräumen angesiedelte lokale, regionale, nationale und supranationale Wirtschaftskreisläufe werden nicht mehr unterbrochen und geschwächt, sondern gestärkt, weiterentwickelt und auch neu erfunden, und befruchten ihrerseits wiederum den internationalen materiellen und immateriellen Austausch. Es entsteht eine weltweite Informations- und Wissensgesellschaft, die diesen Namen wirklich verdient.

Wechselkurssystem

Die monetäre Grundlage für den Außenhandel und den Tourismus zwischen souveränen Wirtschaftsräumen wird von bilateral vereinbarten fixen Wechselkursen gebildet. Dabei ist jeder Wirtschaftsraum zugleich auch ein einheitlicher Währungsraum. Die Vereinbarung von Wechselkursen orientiert sich einzig und allein am jeweils gegebenen durchschnittlichen Produktivitätsunterschied zweier Wirtschaftsräume – der mit dem Kaufkraftunterschied identisch ist –, so dass im Außenhandel von vornherein eine grundlegende Preisanpassung stattfindet, die anschließend nur noch bei außergewöhnlich produktiv hergestellten Produkten einer Korrektur durch Zölle und Steuern bedarf. Der Produktivitätsunterschied ist – ökonomisch ausgedrückt – die einzige Determinante im System bilateraler fixer Wechselkurse. Weil sich Produktivitätsunterschiede

laufend verändern, werden die fixen Wechselkurse je nach wirtschaftlicher Dynamik halbjährlich, jährlich oder auch von Fall zu Fall bilateral angepasst. Ein derartiges Wechselkurssystem setzt geregelte Finanzmärkte voraus, die eine unkontrollierte Kapitalmobilität sowie grenzüberschreitende Spekulations- und Arbitragegeschäfte und damit rein finanzielle Kursbeeinflussungen ausschließen.

Im System bilateraler fixer Wechselkurse sind die Zentralbanken in der Lage, ohne Rücksicht auf fremde Wirtschaftsräume eine auf die Binnenverhältnisse zugeschnittene Zins- und Geldmengenpolitik zu betreiben. Zudem lässt sich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht in eigener Regie regeln und bewahrt Wirtschaftsräume vor überzogener Fremdvverschuldung und den damit verbundenen wirtschaftlichen Schief lagen und Abhängigkeiten von Handelspartnern. Ebenso lassen sich die hohen Aufwendungen und wirtschaftlichen Folgen unsinniger Konvergenzbestrebungen vermeiden, die in supranationalen Wirtschaftsräumen wie der Europäischen Union unternommen werden, um in den Mitgliedsländern Staatsverschuldung, Inflation, Zinsen und Löhne auf ein einheitliches Niveau zu zwingen – zu dem einzigen Zweck, unkontrollierte Kapital- und Arbeitsmobilität zu ermöglichen.

Für den globalen Freihandel mit immateriellen Gütern können neben den bilateralen Wechselkursen exklusive multilaterale Wechselkurssysteme mit Leitwährung vereinbart werden, deren Paritäten aufgrund komplexerer Berechnungsgrundlage von denen der bilateral vereinbarten Kurse abweichen können. Diese Abweichungen sind aber ohne Bedeutung, weil der globale Freihandel mit Lizenzen geistigen Eigentums aufgrund seines ausgeprägten Preiswettbewerbs ohnehin getrennt abgerechnet wird.

Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, das als ein gesamtwirtschaftliches Ziel die politische Autonomie und wirtschaftliche Eigenständigkeit von Wirtschaftsräumen mit absichert, wird durch eine separate Devisenbewirtschaftung des immateriellen Freihandels zusätzlich feingesteuert. Der Freihandel, der seiner Natur nach nicht genau planbar ist, wird innerhalb einer bestimmten Bandbreite der Leistungsbilanz abgewickelt, die durch Überschuss- und Defizitgrenze politisch vorgegeben ist. Beim Erreichen der Grenzwerte kommt es – ausschließlich im Freihandel – zu kurzzeitigen Beschränkungen der Export- bzw. Importaktivitäten. Die Währungskonvertibilität und die Aktivitäten im materiellen Außenhandel und Tourismus, die in Summe auf eine ausgeglichene Leistungsbilanz angelegt sind und keine besondere Steuerung erfordern, sind davon in keiner Weise berührt.

Faktormobilität

Güter und Dienstleistungen, die in einen Produktionsprozess (als Input) eingehen, werden als Produktionsfaktoren bezeichnet. Güter und Dienstleistungen, die (als Output) produziert werden, können wiederum Input für weitere Prozesse sein, bis am Ende einer volkswirtschaftlichen Wertschöpfungskette schließlich konsumierbare Endprodukte herauskommen. Die klassische Dreiteilung der Produktionsfaktoren unterscheidet Arbeit, Boden und Kapital.

Der Faktor Arbeit umfasst alle Fähigkeiten und Tätigkeiten, die der Mensch in die Produktion einbringt – einschließlich seines ganzes Wissens und der Fähigkeit, fremdes Wissen zu übernehmen und anzuwenden. Unter dem Faktor Boden werden alle erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Rohstoffe und Energieträger subsummiert sowie der eigentliche Grund und Boden – also der Standort – für die Wirtschaftsbetriebe. Als Kapital werden alle Werkzeuge, Maschinen, Anlagen und alle sonstigen Einrichtungen bezeichnet, die zur Erhöhung der Produktivität eingesetzt werden. Weil der Faktor Kapital immer aus den originären Faktoren Arbeit und Boden hervorgeht, ist er ein abgeleiteter (derivativer) Produktionsfaktor.

Die Nutzung der drei Arten von Produktionsfaktoren wird durch drei Grundsätze bestimmt, die zugleich die Mobilität der Faktoren einschränken: Sozialpflichtigkeit, Umweltpflichtigkeit und subsidiäre Ortsgebundenheit. Diese Grundsätze können nur unter ganz bestimmten Umständen durch demokratisch legitimierte Entscheidungen aufgehoben werden.

Faktor Arbeit: Für den wirtschaftlich tätigen Menschen ergeben sich zwangsläufig am Orte seiner Tätigkeit unmittelbare soziale und ökologische Verpflichtungen. Diese werden aber innerhalb eines Wirtschaftsraumes durch die generelle Freizügigkeit und durch die subsidiären Strukturen beeinflusst, die im Sinne des Gemeinwohls der Steuerung durch die Wirtschaftspolitik unterliegen: Wenn bestimmte lokale Anforderungen zu erfüllen oder bestimmte Produktionen auf eine höhere Ebene zu verlagern und an zentralen Standorten anzusiedeln sind, werden sich auch geeignete Arbeitskräfte verschiedener lokaler Herkunft an diesen Orten ansiedeln. Die grenzüberschreitende Mobilität ist dagegen wesentlich strikter zweckgebunden: Erstens können Wirtschaftsräume zum Zwecke des Wissenstransfers und Lernens einen zeitlich begrenzten bilateralen Austausch von Schülern, Studenten und Arbeitskräften vereinbaren. Zweitens können sie ihre Arbeitskräfte zeitlich begrenzt in supranationale Funktionen und Projekte abordnen – zum Beispiel für die Entwicklungshilfe. Und drittens können sie sich bilateral auf eine geregelte, kulturell und ökologisch verantwortbare Ein- und Auswanderung einigen.

Eine freie, der politischen Kontrolle entzogene Mobilität von Arbeitskräften über die Grenzen von Wirtschaftsräumen hinweg ist indes nicht vorgesehen. Zwar gewährt jeder Wirtschaftsraum seinen Bürgern das Recht auf Auswanderung, aber ein komplementäres Recht auf Einwanderung, also ein dauerhaftes Gastrecht, ist damit nicht verbunden. Jeder Wirtschaftsraum gestaltet seine Einwanderungspolitik in voller Souveränität und ist dabei seinen Bürgern gegenüber verpflichtet, sowohl die eigene soziokulturelle Identität vor übertriebener Kolonialisierung zu schützen als auch den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen durch eine Begrenzung der Bevölkerungsdichte zu sichern. Allerdings besteht ein weltweites Besuchsrecht, das es jedem Menschen erlaubt, sich als Tourist oder in professioneller Mission zeitlich begrenzt in andere Länder zu begeben, ohne dass die Gastländer verpflichtet

sind, den Besuchern besondere Freiheiten zu gewähren oder sich auf deren Anerbietungen einzulassen.

Faktor Boden: Jeder Wirtschaftsraum trägt kraft seiner politischen Souveränität die volle Verantwortung für die nachhaltige, sozial ausgewogene und förderliche Nutzung seiner eigenen natürlichen Ressourcen. Unterstützt wird er dabei – insbesondere bezüglich des Exports von Rohstoffen – von supranational entwickelten normativen Vorgaben. Das gilt auch für den Grund und Boden von Unternehmensstandorten, deren ortsgebundene Sozialpflichtigkeit durch die Anforderungen wirtschaftlicher Subsidiarität relativiert wird. Diese Relativierung schließt die souveräne Bereitstellung von Grund und Boden für supranationale Institutionen ein. Ein internationaler Wettbewerb, in dem Wirtschaftsräume mit der Bereitstellung von Grund und Boden und sonstigen Ressourcen für Privatunternehmen gegeneinander antreten und sich gegenseitig unterbieten, ist allerdings ausgeschlossen.

Faktor Kapital: Aus der Tatsache, dass Kapital immer das Ergebnis von Arbeit und Boden ist, leitet sich für das Kapital eine grundsätzliche Sozial- und Umweltpflichtigkeit sowie eine subsidiäre Ortsgebundenheit ab, die im einzelnen den wirtschaftspolitischen Entscheidungen innerhalb souveräner Wirtschaftsräume vorbehalten bleibt. Die Pflichten gelten für Sach- wie für Finanzkapital gleichermaßen, denn beide sind jederzeit gegeneinander tauschbar. Die eingeschränkte Mobilität des Kapitals kann – wie schon erwähnt – ausschließlich durch demokratisch legitimierte Entscheidungen aufgehoben werden – etwa für die Durchführung supranationaler Projekte wie Entwicklungshilfe. Der eigenmächtige Missbrauch von Produktionskapital einschließlich seiner Dezimierung und Vernichtung durch grenzüberschreitende Transfers ist ausgeschlossen.

Internationale Programme und Projekte

Diese internationale Zusammenarbeit findet in zeitlich begrenzten Programmen und Projekten statt und gliedert sich in einen staatlich und einen privat finanzierten Teil. Staatliche Programme und Projekte gehen in der Regel aus Initiativen der UN-Räte (siehe auch *Kapitel IV unter Supranationale Zuständigkeiten*) hervor und zielen auf praktische Ergebnisse in den Bereichen Energie und Umwelt, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung, Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheit, atomare Sicherheit, Entwicklungshilfe und militärische Aktionen. Privatfinanzierte Projekte dienen überwiegend der Erforschung und Entwicklung neuer aufwendiger Technologien für wirtschaftliche Zwecke. Soweit dabei Produkte entwickelt werden, endet die Zusammenarbeit spätestens mit der Erstellung von Prototypen, so dass die beteiligten Wirtschaftsräume frei sind, ihre eigene Produktion aufzubauen. Der Leitgedanke wirtschaftlich motivierter Zusammenarbeit lautet: Interregional forschen und entwickeln, regional produzieren. Sowohl die staatliche als auch die private Zusammenarbeit schließen den zeitlich begrenzten Austausch wie auch die kontrollierte Migration von Fachleuten und sonstigen Personen ein.

Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe wird vom Rat für Entwicklungshilfe konzipiert und koordiniert, der eine supranationale Institution der UN ist (siehe auch *Kapitel IV unter Supranationale Zuständigkeiten*). Der Rat verwaltet einen internationalen Entwicklungsfonds, der dazu dient, unterentwickelten Wirtschaftsräumen Wissen, geistiges Eigentum und Produktionskapital kostenlos verfügbar zu machen und in internationalen Projekten vor Ort einzusetzen.

Oberstes Ziel der Entwicklungshilfe ist es, Wirtschaftsräumen durch einen folgerichtigen Aufbau ihrer Wirtschaftssektoren zu wirtschaftlicher Eigenständigkeit und Vielfalt zu verhelfen: Priorität hat die flächendeckende Funktionsfähigkeit des primären Sektors mit Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe und Handel. Erst wenn ein funktionsfähiger Primärsektor aufgebaut ist oder bereits existiert, kann Entwicklungshilfe im sekundären Sektor angeboten werden, die dann auf eigenständige Industrialisierung abzielt und dementsprechend auf lokale Wissensträger angewiesen ist, die ihre Erfahrungen zuvor im primären Sektor gesammelt haben. Die Teilnahme eines Entwicklungslandes am internationalen und globalen Handel darf kein voreilig oder isoliert anzustrebendes Ziel der Entwicklungshilfe sein, sondern muss der Entscheidung des betreffenden Landes vorbehalten bleiben und wird sich als Folge funktionsfähiger Wirtschaftssektoren quasi von selbst ergeben.

Der Rat für Entwicklungshilfe agiert so weit wie möglich politisch und wirtschaftlich unabhängig, um den Erfolg der Entwicklungshilfe sowohl gegen Industrieländer durchzusetzen, die in aufstrebenden Schwellenländern eine Konkurrenz ihrer eigenen außenwirtschaftlichen Aktivitäten sehen, als auch gegen gewisse Eliten in Entwicklungsländern, die unter verbesserten sozioökonomischen Verhältnissen mehr Mitspracherechte der Bevölkerung und damit eine Aushöhlung ihrer Machtbasis befürchten. Um diese Eliten für eine sinnvolle Entwicklungshilfe zu gewinnen, ist der Rat legitimiert, wirkungsvolle Druckmittel anzuwenden.

Arbeitsteilung und Spezialisierung

Arbeitsteilung und Spezialisierung – beides Methoden zur Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität – gehen in der neoliberalen Praxis als völlig willkürliches Ergebnis aus dem anarchischen Verdrängungswettbewerb hervor und sind immer mit hohen Kapitalkonzentrationen verbunden, während sie unter dem neuen Globalisierungsparadigma konsequent im Dienste der gesellschaftlichen Wohlfahrt und des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen stehen. Arbeitsteilung unterliegt dementsprechend – zunächst auf die Binnenwirtschaft von Wirtschaftsräumen bezogen – dem Subsidiaritätsprinzip. Das heißt, binnenwirtschaftliche Wertschöpfungsketten bedienen sich nur dann einer vertikal über mehrere Ebenen erstreckenden Arbeitsteilung, wenn die jeweilige untere Ebene aus Gründen mangelnden Know-hows oder sonstiger mangelnder Ressourcen überfordert ist. Zugleich unterliegt eine sich aus vertikaler Arbeitsteilung ergebende Spezialisierung der ständigen dynamischen Dezentralisierung: Sobald ein Betrieb die für seine Branche und Wertschöpfungs-

stufe wirtschaftspolitisch festgelegte optimale Größe überschreitet, wird er durch die progressive Besteuerung seiner Wertschöpfung (Wertschöpfungssteuer) zu einer Zellteilung in zwei neue unabhängige Betriebe motiviert. Auf diese Weise werden alle Stufen der Wertschöpfung immer wieder auf die tiefstmögliche Ebene verlagert und so das Polypol der Anbieter im Sinne des Binnenwettbewerbs auf allen Märkten gesichert und jegliche Tendenz zu Monopolen, Oligopolen und Kapitalkonzentrationen unterbunden. Zugleich werden negative externe Effekte auf Gesellschaft und Umwelt auf ein Mindestmaß begrenzt, oder anders ausgedrückt: die Produktionen werden in den unmittelbaren Dienst und die unmittelbare Verantwortung der Menschen vor Ort gestellt. Statt hoher neoliberaler Scheinproduktivität auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt wird echte soziale und ökologische Wertschöpfung und Produktivität erzielt.

Ganz anders in der Außenwirtschaft, wo Arbeitsteilung und Spezialisierung auf drei spezielle Bereiche

beschränkt sind: Erstens auf landestypische Spezialitäten und Rohstoffe, die auf der Grundlage bilateraler Abkommen gehandelt werden. Zweitens auf internationale staatliche Programme und Projekte, die von supranationalen Institutionen in die Wege geleitet werden und der globalen Zukunftsvorsorge dienen. Und drittens auf privatwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte, mit denen technologische und sonstige Ressourcen international vernetzt werden.

Internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung stehen also unter den Bedingungen geregelter Außenwirtschaft nicht unter dem Diktat eines unsinnigen, wettbewerbsverzerrenden Kostendrucks, wie er im neoliberalen System vorherrscht, sondern werden von den Akteuren gezielt vereinbart, um nachhaltig wertschöpfende Funktionen zu erfüllen. Damit gehören grenzüberschreitende Monopole, Oligopole und Kapitalkonzentrationen unter dem neuen Globalisierungsparadigma der Vergangenheit an (siehe auch im *Glossar* unter *Arbeitsteilung und Spezialisierung*).

IV. Schritte zur Umsetzung

Vom Verdrängungs- zum Wissenswettbewerb

Vorbemerkungen

Das neue Paradigma

Das neoliberale Paradigma der „Liberalisierung“, sprich: Gesetzlosigkeit, ist für Fehlentwicklungen verantwortlich, die zu den einschneidendsten der Wirtschaftsgeschichte zählen und deren Überwindung zweifellos eine der größten Herausforderungen der Gegenwart darstellt. Im Mittelpunkt des neoliberalen Zerrbildes wirtschaftlichen und politischen Handelns, mit dem die Macher und Mitläufer ihre autoritären und entmündigenden Aktionen rechtfertigen, steht die undifferenzierte Öffnung der Märkte, aus der Wettbewerbsverzerrungen, Kapitalkonzentrationen und oligarchische Strukturen hervorgehen. Gegen diese Zumutungen setzen wir ein Paradigma zukunftsfähiger Globalisierung, das die Idee des gedeihlichen Zusammenwachsens der Welt mit der Idee wirtschaftlicher Selbstbestimmung *und* demokratischer Mitbestimmung verbindet.

Es gilt, die simple Überzeugung zu vermitteln, dass demokratische Rechte nicht nur unverzichtbar für ein gedeihliches und gerechtes Miteinander sind, sondern naturgemäß auch dort ihren Ursprung nehmen müssen, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben: nämlich vor Ort. Welchen Grund sollte es auch geben, dass einige wenige darüber entscheiden, wie unser Gemeinwesen und unsere Wirtschaft zu funktionieren hat? Warum sollten wir es zulassen, dass bewährte Regeln des Zusammenlebens und Wirtschaftens dem Eigennutz einiger weniger geopfert werden, statt sie einvernehmlich weiterzuentwickeln? Und weshalb sollten wir eine Entwicklung gutheißen, die einer Minderheit zweifelhaften Nutzen bringt und die Mehrheit immer abhängiger und ärmer und die Erde immer unbewohnbarer macht?

Konkret geht es darum, eine subsidiäre wirtschaftliche *und* politische Ordnung zu etablieren, die dezentrale wirtschaftliche Verantwortung und Vielfalt auf der Grundlage eines konstruktiven und produktiven Wettbewerbs zulässt. Die darüber hinaus den Wettbewerb internationalisiert und globalisiert, indem sie ihre Märkte kontrolliert öffnet – insbesondere auch im Bereich des Wissens. Und die damit die Weichen für echte, nachhaltige Produktivität und Wertschöpfung stellt, für eine Wirtschaft, die im Dienste von Gesellschaft und Umwelt steht, die alle Bürger ins Wirtschaftsleben einbindet und sie ebenso an den Erfolgen teilhaben lässt.

Das zukunftsfähige Globalisierungsparadigma lässt sich aus dem Blickwinkel der Wettbewerbsordnung in vier Punkten darstellen:

- > Ein marktwirtschaftlicher Binnenwettbewerb auf der Grundlage subsidiär aufgebauter lokaler bis supranationaler Wirtschaftskreisläufe,
- > dazu eine Ausweitung des Wettbewerbs samt größerer Angebots- und Produktionsvielfalt durch einen

geregelten Außenhandel mit Rohstoffen und Spezialitäten,

- > ebenso eine Ausweitung des Wettbewerbs samt größerer Angebotsvielfalt durch einen geregelten intra-industriellen Außenhandel mit Produkten der Grundversorgung auf Gegenseitigkeit,

- > und schließlich ein eigenständiger, dem Fortschritt dienender globaler Freihandel mit Lizenzen von Patenten, Gebrauchsmustern, Urheberrechten und allen Arten geistigen Eigentums.

Die politische Herausforderung

Es ist relativ einfach, sich in einer diffusen Ablehnung des neoliberalen Systems einig zu sein, aber ungewiss schwieriger, aus der Kuschelecke kollektiver Opposition herauszutreten und ganz konkrete Maßnahmen zu fordern. Wer das tut, muss darauf gefasst sein, umgehend von allen Seiten angegriffen zu werden – kann diese Aufmerksamkeit andererseits aber auch nutzen, um seinen Standpunkt überzeugend darzustellen.

Die Überzeugungsarbeit, die hier gefragt ist, bedient sich zweier ergänzender Argumentationen. Zum einen zielt sie darauf ab, die in jahrzehntelanger Indoktrination zementierten neoliberalen Thesen zu widerlegen: Das kann beispielsweise dadurch erfolgen, dass tragende Säulen des Systems, repräsentiert durch Begriffe wie Liberalisierung, Meistbegünstigung und Privatisierung, als Euphemismen und andere Begriffe wie Protektionismus, Stagnation und Kündigungsschutz als gezielte Dämonisierung entlarvt werden.

Zum anderen setzt sie auf eine vorwärtsgerichtete Argumentation, die dazu dient, plausible Alternativen zu vermitteln. Weil dabei aber unweigerlich komplexe Zusammenhänge erkennbar und Zukunftsängste geweckt werden, stößt dieser Vorstoß auf die weitverbreitete menschliche Neigung, für alle Widrigkeiten hartnäckig monokausale Erklärungen zu suchen, dementsprechend einfache Patentrezepte zu verlangen und zwischenzeitlich an den bestehenden Verhältnissen festzuhalten. Im konkreten Fall der Überwindung des neoliberalen Systems sind die einzelnen Schlachten und schließlich der ganze Krieg aber nur mittels eines recht komplexen Generalstabsplanes zu gewinnen. Der beinhaltet eine langjährige Übergangsphase, in der die neoliberale Ordnung Schritt für Schritt abgebaut und die neue Ordnung im Gleichtakt aufgebaut wird. Um die Akzeptanz nicht zu gefährden, darf es während dieser Phase möglichst nicht zu Verschlimmerungen kommen.

Die politische Herausforderung besteht darin, diesen komplexen Prozess zum einen einfach, verständlich und korrekt darzustellen und zum anderen in aufeinander abgestimmte Einzelschritte zu unterteilen, die unabhängig voneinander angestrebt und umgesetzt werden können und deren Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse sich auch isoliert erschließt.

Das Thema Vollbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit bietet sich als Dreh- und Angelpunkt der Argumentation an – im Positiven wie im Negativen: Alle Maßnahmen des Übergangsprozesses können als einzig auf Vollbeschäftigung gerichtet aufgefasst, gerechtfertigt und zusätzlich damit untermauert werden, dass im Zustand der Vollbeschäftigung alle anderen Probleme quasi automatisch zur Bedeutungslosigkeit zusammenschumpfen. Im Umkehrschluss verbietet es sich, dem neoliberalen System, das den Menschen dauerhaft das Recht auf selbstbestimmte Arbeit verweigert, irgendwelche vermeintlichen Wohltaten anzurechnen. Die Argumentation basiert auf der Maxime: Das Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, das nicht durch vermeintliche wirtschaftliche Zwänge relativiert werden kann.

Der Übergangsprozess

Die Vorbereitung des Übergangsprozesses dient dazu, eine politische Willensbildung herbeizuführen, die darauf gerichtet ist, die uneingeschränkte wirtschaftspolitische Macht und Gestaltungskraft zurückzugewinnen, um sie subsidiär gegliedert den demokratisch legitimierten Institutionen zu übertragen. Der Übergangsprozess, der zunächst als innerregionales Projekt eine neue Wirtschaftsordnung etabliert, kann ohne weiteres gleichzeitig in verschiedenen Wirtschaftsräumen mit gleicher Zielrichtung aber unabhängig voneinander angestoßen werden. Dadurch können mehrere regionale Ordnungen frühzeitig in Beziehung treten und eine internationale Ordnung – als Vorstufe einer globalen Ordnung – etablieren. Für den regionalen und später den globalen Erfolg ist entscheidend, dass sich Bewusstseinsbildung und Umgestaltung von der untersten Ebene ausgehend demokratisch folgerichtig nach oben fortsetzen. Supranationaler oder globaler Konsens kann beim unverzichtbaren demokratischen Vorgehen erst am Ende des Prozesses erwartet werden: nachdem mehrere Wirtschaftsräume erfolgreich aus dem neoliberalen Wirtschaftssystem ausgestiegen sind. Einen derartigen Konsens zur Voraussetzung des eigenen Handelns zu machen, käme dagegen einer unüberwindbaren Blockade gleich.

Der auf eigenständige Gestaltung gerichtete Übergangsprozess ist zwangsläufig mit neuen wirtschaftspolitischen Prioritäten verbunden. Statt wie bisher sekundäre wirtschaftliche Tugenden wie das Mengenwachstum und die Begrenzung der staatlichen Neuverschuldung als Selbstzweck in den Vordergrund zu rücken, wird das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht unter dem neuen Paradigma direkt aus den primären Zielen des sozialen und ökologischen Fortschritts hergeleitet. Die Eckpunkte werden dementsprechend in einem sogenannten magischen Fünfeck der Wirtschaftspolitik durch die Ziele „Vollbeschäftigung“, „qualitatives Wachstum“, „dynamische Dezentralisierung“,

„internationale Wettbewerbsfähigkeit“ und „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ markiert. Mit diesen Prioritäten wird die Entwicklung des gegenseitigen Entmündigens und Zerstörens Schritt für Schritt in eine Entwicklung regionaler Eigenständigkeit und globalen Zusammenwirkens überführt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte

Inhaltlich wird der Übergangsprozess von zwei eng miteinander verzahnten Komponenten getragen: einer binnenwirtschaftlichen und einer außenwirtschaftlichen. Binnenwirtschaftlich besteht die Herausforderung darin, analog zur politischen Subsidiarität eine dauerhafte wirtschaftliche Subsidiarität aufzubauen, das heißt, die wirtschaftliche Landschaft mittels einer dynamischen, die subsidiäre Arbeitsteilung sichernden Dezentralisierung ständig zu erneuern, um Güter und Dienstleistungen unter den Bedingungen vertikalen Branchenwettbewerbs in lokaler und regionaler Eigenständigkeit und Vielfalt zu produzieren. Die binnenwirtschaftliche Umgestaltung ist zugleich Grundlage und unerlässliche Voraussetzung für einen geregelten Außenhandel sowie für internationalen und globalen Wettbewerb. Die eigentliche außenwirtschaftliche Herausforderung besteht darin, den Euphemismus der „offenen Märkte“, der einer wirtschaftspolitischen Kapitulation gleichkommt, durch eine souverän verfolgte Politik der förderlichen Außenbeziehungen zu ersetzen.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, wird der Außenhandel – wie oben schon dargestellt – unter der Wettbewerbsordnung des neuen Globalisierungsparadigmas auf drei Säulen errichtet: Einem zweigeteilten *materiellen* Außenhandel mit Rohstoffen und Spezialitäten einerseits und Produkten der Grundversorgung andererseits, sowie einem *immateriellen* globalen Freihandel mit Wissensprodukten. Die drei Säulen gewährleisten, dass die existenzsichernde lokale und regionale Produktion ihre Funktion als Grundlage und Quelle eines grenzüberschreitenden Wettbewerbs dauerhaft erfüllt und der physische Verdrängungswettbewerb des neoliberalen Systems im Verlauf der Umgestaltung überwunden wird. Besonders der Außenhandel mit immateriellen Produkten ist wie keine andere wirtschaftliche Aktivität geeignet, einen weltweiten Wettbewerb der Ideen zu entfachen, der die Kreativität und Leistungsbereitschaft in Forschung und Entwicklung sowie im weiten Feld gestaltender und künstlerischer Tätigkeit herausfordert und ein gedeihliches Zusammenwachsen der Welt ermöglicht.

Hinweis zu den Maßnahmen

Die im folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen sind beispielhaft auf die Situation der alten Europäischen Union mit 15 Mitgliedstaaten zugeschnitten, lassen sich aber auch auf einen einzelnen entwickelten Industriestaat wie etwa Deutschland übertragen.

Außenwirtschaftliche Maßnahmen

Die außenwirtschaftlichen Maßnahmen sind im Übergangsprozess Voraussetzung für mehrere der im nachfolgenden Abschnitt behandelten binnenwirtschaftlichen Maßnahmen. Deshalb beginnen wir mit den außenwirtschaftlichen Maßnahmen. Mit ihnen wird die Politik der undifferenzierten Marktöffnungen und des materiellen Freihandels in eine Globalisierungspolitik überführt, die sich auf angepasste marktwirtschaftliche Wettbewerbsbedingungen und geregelte Handelsbeziehungen gründet. Es gilt, die verheerenden Auswirkungen des neoliberalen Verdrängungswettbewerbs – insbesondere die auf den Arbeitsmarkt und die gesellschaftlichen Transferleistungen – zunächst national Schritt für Schritt und mit längeren Übergangsfristen für alle Akteure zu überwinden, und zwar unabhängig davon, ob andere Nationalstaaten dem Beispiel folgen.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen werden unter der neuen Politik als Bereicherung und Ergänzung der Binnenwirtschaft aufgefasst und entsprechenden Grundsätzen unterworfen: Der materielle Außenhandel wird über angepasste Wechselkurse, Kontingente und von Fall zu Fall ergänzend mittels Zöllen und Steuern mit der Maßgabe geregelt, inländische und ausländische Akteure auf den Binnenmärkten jederzeit unter gleichen Bedingungen einem konstruktiven und produktiven Wettbewerb auszusetzen, zugleich eine große Angebotsvielfalt zu erzeugen und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht langfristig zu sichern. Der vom materiellen Außenhandel unabhängige Außenhandel mit immateriellen Gütern wird als Quelle des weltweiten Fortschritts aufgefasst und entsprechend frei gestaltet.

Wiederherstellung der Souveränität

Der WTO wird der sofortige Ausstieg aus den laufenden Verhandlungen und Aktivitäten mitgeteilt mit dem Ziel, einen kontrollierten, schrittweisen Übergang von den bestehenden multilateralen Handelsverpflichtungen zu bilateralen Vereinbarungen einzuleiten.

Mit der EU werden Verhandlungen aufgenommen, um den deutschen Föderalismus möglichst einvernehmlich zu stärken. Ziel des Projektes ist es, die bereits in Brüssel zentralisierten politischen und wirtschaftspolitischen Vollmachten nach dem Prinzip der Subsidiarität wieder auf die kommunale, Landes-, Bundes- und europäische Ebene zu übertragen – wie in den Maastrichter Verträgen von 1993 vorgesehen.

Schutz natürlicher Ressourcen

Der Schutz natürlicher Ressourcen wird als ein wirtschaftlichen Belangen übergeordnetes Rechtsgut eingestuft. Klagen von Handelspartnern, die nationale Umweltauflagen als Wettbewerbshindernis und Markteintrittsbarriere einstufen, werden abgewiesen und daraus folgende Handelssanktionen in Kauf genommen. (Beispiele: EU-Vorgehen gegen Dosenpfand sowie EU-Verordnung zur Koexistenz von gentechnischer und ökologischer Landwirtschaft)

Schaffung eines nationalen Währungsraumes

Zur Abwicklung des geregelten Außenhandels wird ein souveräner Währungsraum mit eigener Zentralbank etabliert. Eine der Aufgaben der Zentralbank besteht darin, mit den Handelspartnern periodisch die Wechselkurse dem jeweiligen durchschnittlichen bilateralen Produktivitätsgefälle anzupassen, so dass sich möglichst geringe wechselkursbedingte Verzerrungen ergeben und Zölle nur bei Abweichungen vom Durchschnitt erhoben werden müssen. Die eigene Währung ist innerhalb eines breiten Korridors der Leistungsbilanz frei konvertibel.

Praktisch bieten sich zwei Möglichkeiten an: Entweder der Euroraum wird auf ein mitteleuropäisches Gebiet mit weitgehend homogenem Produktivitätsniveau begrenzt, das als einheitlicher Wirtschaftsraum auftreten kann, oder es wird wieder ein nationaler Währungsraum geschaffen. Im Falle des Euroraumes müssten Randgebiete und neue Beitrittsländer, die ein abweichendes Produktivitätsniveau aufweisen, übergangsweise den Status von Sonderzonen mit eigener Währung erhalten, mit denen der Handel als Außenhandel abgewickelt wird.

Bilateraler Außenhandel

Handelspartnern werden bilaterale Verhandlungen angeboten, um im Bereich von Spezialitäten und Rohstoffen einen geregelten, ergänzenden Außenhandel zu vereinbaren, im Bereich von Produkten der Grundversorgung auf einen geregelten intra-industriellen Handel auf Gegenseitigkeit überzugehen, im Bereich geistigen Eigentums einen vom materiellen Handel unabhängigen Freihandel mit Lizenzen sowie einen freien Austausch von Informationen, frei verfügbarem Wissen und Software auf multilateraler Basis mit dem Ziel einer globalen Basis aufzubauen.

Spezialitäten und Rohstoffe

Für importierte Spezialitäten und Rohstoffe werden während einer mehrjährigen Übergangszeit Kontingente, Umweltauflagen und soweit erforderlich auch Zölle schrittweise so eingeführt, dass alle weiterverarbeitenden wie auch im Wettbewerb mit den Importprodukten stehenden nationalen Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihre Geschäftsstrategien und Produktentwicklungen den geregelten internationalen Wettbewerbsbedingungen sowie nationalen Auflagen und Standards anzupassen. Zugleich werden Technologien gefördert, die das Potential haben, importierte Rohstoffe mittels eigener Entwicklungen zu substituieren.

Bei den eigenen für den Export bestimmten Spezialitäten und Rohstoffen werden während einer mehrjährigen Übergangszeit schrittweise die externen Kosten internalisiert, das heißt, die Produktionen werden zum einen von eventuellen direkten Subventionen befreit, zum anderen werden von den Produktionen verursachte soziale und ökologische Kosten entsprechend den geltenden Sozial- und Umweltstandards in die un-

ternehmerischen Bilanzen integriert. Das Exportvolumen kann sich dadurch im Sinne der nationalen Interessen durchaus verändern.

Produkte der Grundversorgung

Für importierte Produkte der Grundversorgung werden während einer mehrjährigen Übergangszeit schrittweise die Preise – soweit nicht von den angepassten Wechselkursen erfasst – durch Zölle auf das unverfälschte, durch Kosteninternalisierung bestimmte Inlandsniveau angehoben und das Importvolumen schrittweise den mit den Handelspartnern vereinbarten Mengen des gegenseitigen intra-industriellen Handels angepasst. Gleichzeitig werden parallel zur Anpassung der Importe die im Wiederaufbau befindlichen inländischen Produktionen auf das Niveau des Inlandsbedarfs hochgefahren (siehe auch *Wiederaufbau zerstörter Industrien* unten). Zum Verständnis: Im intra-industriellen Außenhandel auf Gegenseitigkeit entspricht das Volumen der Binnenproduktion unabhängig von der Zahl der Handelspartner immer der Höhe des inländischen Bedarfs.

Für den Export vorgesehene Produkte der Grundversorgung werden spiegelbildlich zu den importierten Produkten behandelt: Während die einheimischen Exportindustrien dezentralisiert und ihre Produkte in Menge, Qualität, Umweltverträglichkeit und Kosteninternalisierung schrittweise dem Binnenbedarf und den Binnenstandards angepasst werden, wird das Exportvolumen dieser Produkte den mit den Handelspartnern vereinbarten Mengen des gegenseitigen intra-industriellen Handels angeglichen.

Geistiges Eigentum und Wissen

Auf der Grundlage der vom UN-Rat für den Schutz geistigen Eigentums (siehe auch unter *Supranationale Zuständigkeiten*) entwickelten schutzrechtlichen Standards oder auf multilateraler Basis werden mit Handelspartnern Vereinbarungen getroffen mit dem Ziel, einen vom materiellen Handel unabhängigen globalen Freihandel mit Lizenzen von Patenten, Gebrauchsmustern und Urheberrechten aufzubauen. Die Unabhängigkeit dieses Handels ist durch die Wettbewerbsordnung des materiellen Außenhandels gewährleistet: Anbietern ist es nicht möglich, schutzrechtliche oder andere proprietäre Absicherungen von Gütern und Dienstleistungen für einen globalen Verdrängungswettbewerb einzusetzen. Solche Versuche würden umgehend zu Zollerhöhungen seitens der Handelspartner führen, zu denen diese gezwungen wären, um ihren Binnenwettbewerb nicht zu verzerren. Durch diesen Mechanismus ergibt sich ein großer Anreiz, erworbene Schutzrechte zu nutzen, um mit ihnen neben dem materiellen Handel eigene gewinnträchtige Geschäfte abzuwickeln. Diese bieten zudem für alle Beteiligten den Vorteil, dass sie statt physischer Verdrängung eine Verbreitung von Wissen bewirken.

Für den Lizenzhandel bietet sich eine äußerst liberale Gestaltung global gültiger Rechte an: Der Gebrauchsmuster- und Patentschutz wird schrittweise und einheitlich auf drei Jahre begrenzt, Anmeldeverfahren werden entsprechend beschleunigt und Schutzgebühren herabgesetzt. Der Urheberschutz endet mit

dem Tode des Urhebers. Der Schutz von Software wird schrittweise vollständig wieder aufgehoben: Systemsoftware wird auf der Grundlage supranational vereinbarter Schnittstellen frei entwickelt. Für Anwendersoftware zahlt der Auftraggeber den Einmalaufwand für die maßgeschneiderte Weiterentwicklung bestehender Software. Darüber hinaus bleibt es jedem überlassen, eigenen Quell- und Maschinencode durch technische Maßnahmen vor fremdem Zugriff zu schützen.

Ergänzend dazu wird der weltweite Austausch von Informationen und frei verfügbarem Wissen aller für die globale Zivilgesellschaft bedeutenden Inhalte vereinbart.

Nationalisierung der Finanzmärkte

Die Finanzmärkte werden während einer mehrjährigen Übergangszeit schrittweise wieder auf die Belange der nationalen Realwirtschaft ausgerichtet. Spekulationsgeschäfte, die nicht der Absicherung realwirtschaftlicher Transaktionen dienen, werden unterbunden. Der Aktienmarkt wird seiner ursprünglichen Aufgabe zugeführt: nämlich Aktiengesellschaften breit gestreutes Eigenkapital zu beschaffen. Die Aktie wird im Zuge der Umstellung wieder zu einer langfristigen, von spekulativen Einflüssen freien Anlage für breite Bevölkerungskreise.

Der Zahlungsverkehr mit anderen Wirtschaftsräumen wird auf Handelsaktivitäten, Tourismus, Entwicklungshilfe, spezielle bilaterale Vereinbarungen und Verbindlichkeiten gegenüber supranationalen Institutionen beschränkt und erfolgt auf der Grundlage der periodisch bilateral vereinbarten Wechselkurse. Sonstige grenzüberschreitende Direktinvestitionen und unternehmerischen Kapitaltransfers sind ausgeschlossen. Für unternehmerisches Kapital gilt das Prinzip der Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit. Bestehende Engagements ausländischer Investoren werden schrittweise an einheimische Investoren verkauft, umgekehrt werden bestehende ausländische Engagements einheimischer Investoren an fremde Investoren veräußert.

Umbau multinationaler Unternehmen

Diese Programme dienen – in Ergänzung der Nationalisierung der Finanzmärkte – dazu, alle Unternehmen, die mit anderen fusioniert sind, sich im globalen Wettbewerb spezialisiert und ihre nationale Wertschöpfung vernachlässigt haben, sich in fremdem Besitz befinden oder von ausländischen Zentralen gesteuert werden, aus ihren bestehenden Verpflichtungen und Eigentumsverhältnissen Schritt für Schritt unter der neuen Wirtschaftsordnung im weitgehenden Einvernehmen mit den Handelspartnern in neue, zukunfts-trächtige Verpflichtungen zu überführen.

Die dabei verfolgten gesamtwirtschaftlichen Ziele sind mit den unten unter *Binnenwirtschaftliche Maßnahmen/Wiederaufbau zerstörter Industrien* genannten identisch. Ebenso gilt es, verlorengegangene Wertschöpfungsstufen neu aufzubauen, Subventionen abzubauen, die Produktionen in Menge, Qualität, Umweltverträglichkeit und Kosteninternalisierung dem Binnenbedarf und den Binnenstandards anzupassen sowie die Unternehmen zu dezentralisieren und dem Binnenwettbewerb auszusetzen. Schließlich sind die Ex-

port- und Importvolumina mit den Handelsvereinbarungen in Einklang zu bringen und die Unternehmen am geregelten internationalen Wettbewerb zu beteiligen.

Entwicklungshilfe zur Eigenständigkeit

Es erfolgt ein sofortiger Ausstieg aus der Finanzierung und Beteiligung der vom IWF und der Weltbank praktizierten Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung. Stattdessen werden mit eigenen Mitteln und in Zusammenarbeit mit anderen ausstiegswilligen Ländern neue Programme entworfen, die darauf gerichtet sind, hilfsbedürftigen Ländern zu einer eigenständigen, ihre wirtschaftlichen Traditionen einbeziehenden Entwick-

lung zu verhelfen. Diese Programme leisten direkte und folgerichtige Unterstützung vor Ort, indem sie zunächst die Grundversorgung durch den primären Wirtschaftssektor mit Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe und Handel sicherstellen und die Länder in die Lage versetzen, Handelsbeziehungen souverän und ohne die Gefahr von Erpressungen und Ausbeutung einzugehen. Erst auf dieser Grundlage wird eine weitergehende Unterstützung auf dem Weg zur Industrialisierung angeboten. Der Schwerpunkt dieser neuen Art von Entwicklungshilfe liegt auf langfristigem fachlichen Engagement, nicht auf Großkrediten und industriellen Großprojekten.

Binnenwirtschaftliche Maßnahmen

Die binnenwirtschaftlichen Maßnahmen folgen den außenwirtschaftlichen in kurzem zeitlichen Abstand und werden mit diesen so synchronisiert, dass zu jedem Zeitpunkt des Übergangsprozesses zwischen in- und ausländischen Akteuren ausgewogene Wettbewerbsbedingungen herrschen.

Im Innern gilt es, auf allen Ebenen für die Bürger und wirtschaftlichen Akteure demokratische Mitbestimmung und wirtschaftliche Selbstbestimmung herbeizuführen. Oder anders gesagt: die Politik der Zentralisierung wirtschaftspolitischer Vollmachten und der Konzentration von Wirtschaftskapital und Wirtschaftsmacht in eine Politik dezentraler, subsidiär gegliederter Entscheidungs- und Wirtschaftsstrukturen zu überführen, so dass Verantwortung vor Ort wahrgenommen wird, die wirtschaftliche Teilnahme und Teilhabe der gesamten Erwerbsbevölkerung gegeben ist und sich die Gegensätze zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik auflösen.

Steuerliche

Gleichstellung von Unternehmen

Multinational organisierte Unternehmen werden während des Übergangsprozesses mit ihrer gesamten Wertschöpfung schrittweise inländischen Steuern unterworfen und national organisierten Unternehmen gleichgestellt. Damit werden Steuerschlupflöcher gestopft, Steueroasen ausgetrocknet und Unternehmen motiviert, ihren Anteil an nationaler Wertschöpfung Schritt für Schritt zu erhöhen.

Verbot von

Unternehmensfusionen und Übernahmen

Grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen werden mit Beginn des Übergangsprozesses – in beiden Richtungen – wegen der damit verbundenen Verletzung der Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals nicht mehr zugelassen. Inländische Fusionen und Übernahmen, die der Dezentralisierung und dem wirtschaftlichen Subsidiaritätsprinzip entgegenstehen, werden zum selben Zeitpunkt ebenfalls untersagt.

Wiederaufbau zerstörter Industrien

Diese Programme dienen dem Wiederaufbau einzelner nationaler Wirtschaftsbranchen, die unter neoliberalen Verhältnissen dezimiert oder ganz zerstört worden sind, sowie auch der Neubelebung ganzer Binnenregionen, die im globalen Wettbewerb ins Hintertreffen geraten sind. Gesamtwirtschaftlich wird damit das Ziel verfolgt, die nationale wirtschaftliche Vielfalt und Unabhängigkeit wiederherzustellen, das in der Bevölkerung vorhandene breite Spektrum an Fähigkeiten und Qualifikationen mit der Arbeitsnachfrage der Wirtschaft zur Deckung zu bringen und für den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen, sowie die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für die drei Säulen des Außenhandels zu schaffen.

Sowohl dezimierte arbeitsintensive Industrien wie die Textil- und Spielwarenindustrie als auch kapitalintensive wie die elektronische Unterhaltungs- und die Computerindustrie werden parallel zu den oben beschriebenen außenwirtschaftlichen Maßnahmen mit größtmöglicher nationaler Wertschöpfungstiefe und Wertschöpfungsbreite aufgebaut oder wiederaufgebaut. Dazu werden nationale und ausländische Wissensträger angeworben, Maschinen, Ausrüstungen und Lizenzen erworben und erfahrene wie neue Mitarbeiter geschult und eingearbeitet.

Die Produktion innerhalb einer im Aufbau befindlichen Branche wird im selben Maße schrittweise hochgefahren wie die Importe zurückgeschraubt werden. Gleichzeitig werden die Preise für Binnen- und Importprodukte schrittweise und im Gleichtakt auf das Binnenniveau angehoben: Während die Preise der Importprodukte durch angepasste Wechselkurse und eventuell schrittweise durch Zölle und Steuern auf das unverfälschte Inlandsniveau angehoben werden, erhalten die inländischen Hersteller während des Übergangs schrittweise abnehmende staatliche Zuschüsse, bis beide Bewegungen schließlich das unverfälschte Inlandsniveau erreicht haben und für in- und ausländische Produkte gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen.

Beim Wiederaufbau von Wirtschaftszweigen werden von vornherein dezentralisierte Strukturen mit subsidiä-

rer Arbeitsteilung aufgebaut und dabei alles unternommen, um schädliche und kostspielige externe Effekte auf Gesellschaft und Umwelt schon im Ansatz zu vermeiden (siehe auch den nächsten Absatz).

Wirtschaftliche Subsidiarität

Während des Übergangsprozesses wird die Körperschafts- und Gewerbesteuer Schritt für Schritt durch eine Kommunalsteuer ersetzt, die branchenspezifisch für alle Betriebe erhoben wird und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Finanzautonomie beiträgt. Diese Steuer wird progressiv auf Grund und Boden, Kapitalstock und Wertschöpfung erhoben und sorgt schon während des Übergangs dafür, dass große Unternehmen früher oder später in eine Steuerprogression geraten, die sie motiviert, sich in unabhängige, dezentral agierende Einzelbetriebe aufzuspalten. Im eingeschwungenen Zustand werden dann im Wachstum befindliche Unternehmen gezwungen, sich ab einer bestimmten, von der jeweiligen Branche und ihrer Entwicklung abhängigen Größenordnung in Einzelbetriebe aufzuteilen. Mit der dadurch bewirkten ständigen – dynamischen – Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur wird ein ganzes Bündel von Zielen verfolgt:

(1) Dezentrale wirtschaftliche Vielfalt, soziale und ökologische Verantwortung vor Ort sowie branchenspezifisch sinnvolle subsidiäre Arbeitsteilung werden sichergestellt.

(2) Das natürliche Spektrum an Berufen und Qualifikationen wird mit der Arbeitsnachfrage der Wirtschaft weitgehend zur Deckung gebracht. Damit ist eine entscheidende Voraussetzung für Vollbeschäftigung erfüllt.

(3) Produktivitätsunterschiede zwischen kleinen und großen Betrieben werden ausgeglichen und dadurch vertikaler Branchenwettbewerb und die Koexistenz handwerklicher und industrieller Produktionsmethoden ermöglicht.

(4) Durch die ständigen Zellteilungen von Unternehmen ergeben sich immer wieder neue Chancen für Existenzgründungen und für wirtschaftliche Erneuerung.

(5) Auch kleine Unternehmen werden in die Lage versetzt, Forschung und Entwicklung zu betreiben und sich am globalen Freihandel mit geistigem Eigentum zu beteiligen.

(6) Insgesamt folgt die dynamische Dezentralisierung dem Grundsatz: international vernetzt forschen und entwickeln, lokal und regional produzieren.

Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Grundlage dieses Programms ist eine handfeste Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Gütern wie im Kapitel III unter *Regionale Wirtschaftsordnung* im Abschnitt *Öffentliche Daseinsvorsorge* dargestellt. Wie beim Umbau bestehender Exportindustrien (siehe oben) werden privatwirtschaftliche Unternehmen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge in eigener Regie übernommen haben, wie zum Beispiel in der Strom- und Energieversorgung, Schritt für Schritt dezentralisiert und aus ihrem marktgängigen Vorgehen in die ur-

sprünglichen öffentlichen Verpflichtungen überführt und dabei zugleich wieder dezentraler öffentlicher Steuerung und Kontrolle unterworfen. Für die Ausführung der öffentlichen Aufgaben ist – wenn öffentliche Steuerung und Kontrolle sichergestellt sind – jede praktikable Kombination privater und öffentlicher Eigentumsverhältnisse denkbar.

Umbau der Landwirtschaft

Die dezentral wirtschaftende ökologische Landwirtschaft einschließlich ihrer nachgeordneten Verarbeitungsbetriebe wird Schritt für Schritt steuerlich begünstigt und parallel dazu ein Programm mit Anreizen zum Umstieg für konventionell wirtschaftende bäuerliche Betriebe und Lebensmittelproduzenten gestartet. Im gleichen Takt wird der Außenhandel mit Agrarprodukten strikt auf ökologisch produzierte Spezialitäten und möglichst kurze Transportwege beschränkt. Der kommerzielle Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen wird untersagt. Die Maßnahmen zielen darauf ab, die heutige EU-Agrarpolitik vollständig zu überwinden.

Sozialer und ökologischer Fortschritt

Der technologische Fortschritt wird in den Dienst des sozialen und ökologischen Fortschritts gestellt. Die staatlichen Mittel für Forschung und Entwicklung werden während des Übergangsprozesses Schritt für Schritt in Projekte umgelenkt, die diesem Fortschrittsverständnis entsprechen. Sozialer Fortschritt entsteht beispielsweise durch Verbesserungen der inner- und außerfamiliären Kinder- und Altenbetreuung, der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie der allgemeinen Arbeitsbedingungen. Ökologischer Fortschritt entsteht aus der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer und dem Erhalt nicht-erneuerbarer natürlicher Ressourcen wie beispielsweise der Erschließung der Sonnenenergie bzw. der Gestaltung von Stoffkreisläufen. Die Prioritäten der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte werden im Einklang mit den Gewichtungen der sozialen und ökologischen Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung festgelegt (siehe nächster Absatz).

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Grundlage dieses Programms ist die Erstellung eines Wohlfahrtsindex, der mittels sozialer Indikatoren etwa bezüglich Grundrechte, Familie, Gesundheit, Bildung, Arbeitsleben, Umwelt, Freizeit und Kultur detailliert den Lebensstandard und die Lebensqualität sowie mittels ökologischer Indikatoren bezüglich Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch die Entwicklung des Naturvermögens erfasst (wie im Kapitel II unter *Wachstum* im Abschnitt *Ausblick* dargestellt). Die Indikatoren gehen als monetarisierte Werte in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein und sorgen dort für eine wahrheitsgemäße Berechnung der volkswirtschaftlichen Produktivität und des Sozialprodukts. Die Indikatoren dienen zugleich der Wirtschaftspolitik als Steuerelemente, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung während des Übergangs Schritt für Schritt vom unsinnigen Vorrang des Mengenwachstums befreit und auf soziale und ökologische Produktivität, das

heißt auf qualitatives Wachstum und Fortschritt ausgerichtet wird.

Unternehmerisches Controlling

Analog zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die unternehmensinterne Planung und Kontrolle (Controlling) verbindlich Schritt für Schritt um soziale und ökologische Zielsetzungen sowie deren systematische Überwachung und Einbeziehung in die Unternehmensbilanz erweitert. Dies geschieht im Hinblick auf die wirtschaftspolitisch vorgegebenen Ziele, die auf optimale Allokation aller volkswirtschaftlichen Ressourcen gerichtet sind und die einerseits durch eine Internalisierung der externen unternehmerischen Kosten und andererseits durch eine fortschritts- und wohlfahrtsorientierte Nutzung der Ressourcen angestrebt werden (siehe die beiden folgenden Absätze).

Internalisierung externer Kosten

Der Großteil der negativen externen Effekte, die von den wirtschaftlichen Akteuren ausgehen, wird bereits durch die im Wirtschaftssystem verankerten Mechanismen unterbunden: durch den geregelten Außenhandel, das Verbot grenzüberschreitender Fusionen, Übernahmen und Kapitaltransfers, die Nationalisierung der Finanzmärkte, die dynamische Dezentralisierung und subsidiäre Arbeitsteilung, die Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Gütern, sowie die unbeschränkte Teilnahme und Teilhabe der Erwerbsbevölkerung am Wirtschaftsleben.

Darüber hinaus werden diejenigen negativen externen Effekte progressiv besteuert, die im Zusammenhang mit den oben dargestellten Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu Fehlallokationen und Wohlfahrtsverlusten führen. Mit dieser Steuer werden die externen Kosten direkt den Verursachern angelastet und damit Anreize geschaffen, externe Kosten von vornherein so weit wie möglich zu vermeiden.

Wohlfahrtsorientierte Steuerung

Ergänzend zur Internalisierung externer Kosten werden Unternehmen steuerliche Anreize und Entlastungen angeboten, die darauf abzielen, die volkswirtschaftlichen Ressourcen von vornherein in den Dienst des Fortschritts und der Wohlfahrt zu stellen. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten zählen die sozial und ökologisch ausgerichtete unternehmerische Forschung und Entwicklung einschließlich des verwertbaren Patentschutzes, die überregionale Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung, künstlerische Arbeiten einschließlich des verwertbaren Urnehmerschutzes, jede Art des überregionalen Lizenzhandels sowie Existenzgründungen.

Teilhabe abhängig Beschäftigter

Alle abhängig Beschäftigten werden – tarifvertraglich abgesichert – Schritt für Schritt am Produktivitätsfortschritt beteiligt, indem ihnen während der Zugehörigkeit zu einem Unternehmen ein ihrer Aufgabe angemessener Kapitalanteil vertraglich zugeordnet wird, der ihnen – neben ihrem Einkommensanteil aus Arbeit – einen zweiten Anteil aus der Rendite des Kapitals garantiert. Bei steigender Produktivität und entsprechend tarifver-

traglich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung steigt das Kapitaleinkommen relativ zum Arbeitseinkommen an, sichert die gerechte Teilhabe und verhindert den Abbau von Arbeitsplätzen.

Beschränkung privater Kapitaltransfers

Private Investitionen werden auf Wirtschaftsräume beschränkt, mit denen entsprechende bilaterale Abkommen bestehen. Inländische Gelder, die in anderen Ländern angelegt sind sowie Gelder aus anderen Ländern, die im Inland angelegt sind, müssen während einer Übergangsfrist zurückgeführt werden. Ausnahmen von dieser Regel werden bei Aus- bzw. Einwanderung und gleichzeitigem Wechsel der Staatsbürgerschaft gewährt.

Aufgabe der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften teilen sich während des Übergangsprozesses in einzelne Branchengewerkschaften auf, um in ihren Verhandlungen der von Branche zu Branche unterschiedlichen subsidiären Arbeitsteilung und den unterschiedlichen Produktivitätszuwächsen gerecht zu werden. Während dieser Zeit fällt ihnen die Aufgabe zu, den Fortschritt aller außen- und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen des Übergangsprozesses zu überwachen, Fehlentwicklungen aufzudecken und Korrekturen einzufordern. Ihre ganze Arbeit ist darauf gerichtet, Vollbeschäftigung herzustellen und sie später im eingeschwungenen Zustand zu verteidigen und zu wahren.

Verträgliche Bevölkerungsdichte

Aus den Anforderungen des Naturschutzes bezüglich einer größtmöglichen Biodiversität und der damit im Einklang stehenden Produktionskapazität der ökologischen Landwirtschaft wird die langfristig anzustrebende Bevölkerungsdichte des Wirtschaftsraumes ermittelt. Um den rechnerischen Wert in der Praxis zu erreichen, wird die Bevölkerungsdichte während einer sich über mehrere Generationen erstreckenden Übergangszeit kontinuierlich verringert, um danach dauerhaft stabilisiert zu werden. Die Übergangszeit kann erst beginnen, nachdem drei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens Vollbeschäftigung verbunden mit einem flexiblen Renteneintrittsalter, zweitens eine effektive Migrationspolitik und drittens eine ebenso effektive Familienpolitik. Mit Vollbeschäftigung und flexiblem Renteneintrittsalter wird die Finanzierbarkeit des Prozesses sichergestellt, während mittels Migrations- und Familienpolitik zunächst die Schrumpfung und später die Stabilisierung der Bevölkerungsdichte gesteuert wird.

Das flexible Renteneintrittsalter ist darüber hinaus das zentrale Instrument, um im Sinne wirtschaftlicher Selbstbestimmung und gerechter Lastenverteilung die Finanzierbarkeit der Altersversorgung durch ein ausgewogenes Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern der Rentenkasse zu gewährleisten. Die Untergrenze des Renteneintrittsalters wird bei steigender Lebenserwartung herauf- und bei steigender wirtschaftlicher Produktivität herabgesetzt. Grundsätzlich gilt: Jeder Bürger kann seinen Renteneintritt beliebig weit über die jeweils gültige Altersuntergrenze hinaus aufschieben. Je später der Renteneintritt erfolgt,

desto höher fallen die monatlichen Rentenzahlungen aus.

Unabhängige Sofortmaßnahmen

Die folgenden Maßnahmen zielen nicht direkt auf die Ursachen der neoliberalen Globalisierung, stellen aber eine wichtige Ergänzung des oben dargestellten strategischen Übergangsprozesses dar. Wirtschaftsräume können diese Maßnahmen unabhängig von bestehenden internationalen Verträgen und Verpflichtungen und unabhängig vom Fortschritt des Übergangsprozesses ergreifen.

Gentechnikfreie Bundesrepublik

Der Anbau und die Aufzucht gentechnisch veränderter Organismen wird wegen der unabsehbaren Folgen und der dadurch praktisch ausgeschlossenen Versicherungsfähigkeit und Haftung solange untersagt, bis sichergestellt ist, dass die wissenschaftlichen Arbeiten unter öffentlicher Kontrolle stattfinden und mögliche Ergebnisse dem Gemeinwohl dienen.

Volksentscheide für die Daseinsvorsorge

Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um bei allen für die Daseinsvorsorge kritischen Entscheidungen zwingend einen Volksentscheid herbeizuführen, der zudem jeweils nach Ablauf eines Jahres bei Vorliegen neuer Erkenntnisse wiederholt werden muss (Beispiele: Auflösung kommunaler Gebietskörperschaften der Strom- und Energieversorgung zugunsten global agierender Konzerne; Anbau gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; die geplante europäische Verfassung).

Progressiver Einkommensteuertarif

Es wird ein linear progressiver Steuertarif ohne obere Bemessungsgrenze für alle privaten Einkommen eingeführt und mit einer Quellenbesteuerung von Kapitaleinkommen verbunden.

Supranationale Zuständigkeiten

Bei subsidiärer Arbeitsteilung verbleiben für die supranationale und globale Ebene zwangsläufig nur normative Aufgaben. Jede darüber hinausgehende Aufgabe bedarf der Zustimmung aller Beteiligten und aller Betroffenen und ist grundsätzlich immer zeitlich begrenzt bzw. an ein bestimmtes Projekt gebunden. Die einzig zulässige Ausnahme von dieser Regel ist gegeben, wenn ein Staat die internationale Sicherheit gefährdet, anderen Staaten mutwillig Schaden zufügt oder gegen die Menschenrechte verstößt. Keinesfalls werden aber dauerhaft regionale oder nationale Vollmachten an höhere Ebenen abgetreten, wie es von den Mitgliedern der EU und der WTO verlangt wird.

Ähnlich dem bestehenden Sicherheitsrat der UN werden für verschiedene Gebiete supranationale Räte

Bürgerversicherung

Es wird eine gesetzliche Sozial-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungspflicht für alle Bürger ohne obere Bemessungsgrenzen eingeführt. Jeder Bürger zahlt einheitliche prozentuale Beiträge aus seinem gesamten privaten Einkommen ein und erhält im Versicherungsfall einheitliche, von seinen Beiträgen unabhängige Leistungen. Private Zusatzversicherungen sind davon unberührt.

Arbeitsmarktstatistik

Vierteljährlich wird eine offizielle Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht, die pro Branche Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnisse, Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht sowie die Einkommens- und Beschäftigungsarten der gesamten Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren ausweist.

Armuts-/Reichtumsstatistik

Vierteljährlich wird ebenfalls eine offizielle Einkommensstatistik veröffentlicht, die nach Abweichungen vom Durchschnittseinkommen und nach dem Verhältnis von Arbeits- und Vermögenseinkommen aufgeschlüsselt ist: von der ärmsten Gruppe mit bis zu 20 Prozent des Durchschnittseinkommens bis zu einer oberen Gruppe von 500 Prozent und mehr.

Politische Aufwertung der NGOs

Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um Bürgerbewegungen und Nicht-Regierungs-Organisationen in die politische Willensbildung und in die Entscheidungsprozesse auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene einzubeziehen.

eingeführt, die bei Bedarf zusammentreten, Resolutionen verabschieden, Sanktionen verhängen, Konferenzen einberufen und multilaterale Programme und einzelne Projekte in die Wege leiten. Jeder Rat wird über einen von den Mitgliedern aufzubringenden Fonds finanziert. Für folgende Gebiete bieten sich supranationale Räte an:

Rat für Sicherheit und militärische Zusammenarbeit: Zuständig für friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen. Andere Räte können diesen Rat um Unterstützung bei der Durchsetzung internationalen Rechts ersuchen.

Rat für Wirtschaft, Handel und Kartellrecht: Zuständig für die Entwicklung und Überwachung des Au-

ßenhandelsrechts und allgemein aller Belange der wirtschaftlichen Globalisierung.

Rat für den Schutz geistigen Eigentums: Zuständig für die Harmonisierung von Schutzrechten und die Förderung des globalen Freihandels mit geistigem Eigentum.

Rat für Energie und Umwelt: Zuständig für die Förderung erneuerbarer Energien und Rohstoffe, die Substitution nicht-erneuerbarer Rohstoffe und für internationale Verpflichtungen zum Schutz der natürlichen Ressourcen.

Rat für Bevölkerungsentwicklung, Migration und Flüchtlinge: Zuständig für Empfehlungen und Programme zur Bevölkerungspolitik und zur kontrollierten Migration sowie zur Vermeidung und Bewältigung von Flüchtlingsströmen.

Rat für Tourismus: Zuständig für die Entwicklung von Regeln für einen sozial und ökologisch verträglichen Tourismus einschließlich der erforderlichen Verkehrsmittel.

Rat für Landwirtschaft, Ernährung und Hungerhilfe: Zuständig für die Verbreitung ökologischer Methoden eigenständiger regionaler Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung, für gesunde Ernährung und für Notprogramme bei Hungerkatastrophen.

Rat für Menschenrechte: Zuständig für die weltweite Durchsetzung der allgemeinen Grundrechte und insbesondere des Rechts auf politische Mitbestimmung und wirtschaftliche Selbstbestimmung vor Ort.

Rat für Entwicklungshilfe: Zuständig für Programme, die unterentwickelten Regionen zu einem ei-

genständigen Primärsektor und darauf aufbauend zu eigenständiger Industrialisierung verhelfen.

Rat für Gesundheitswesen: Zuständig für die Entwicklung gesundheitlicher und medizinischer Standards sowie für Programme zur gesundheitlichen Vorbeugung und Bekämpfung von Seuchen.

Rat für Bildung, Kultur und Wissenschaft: Zuständig für Bildungsstandards, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch sowie für internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

Rat für justizielle Zusammenarbeit: Zuständig für die Entwicklung internationaler juristischer Normen sowie für den Betrieb des internationalen Gerichtshofs für Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und terroristische Straftaten.

Rat für polizeiliche Zusammenarbeit: Zuständig für die internationale Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, besonders dem Menschen- und Drogenhandel sowie der Korruption.

Rat für Verkehrsrecht und -sicherheit: Zuständig für die Entwicklung von Regeln und die Zusammenarbeit bei der Abwicklung des internationalen Verkehrs zu Wasser und in der Luft.

Rat für atomare Sicherheit: Zuständig für die Entwicklung von Sicherheitsstandards und die Überwachung ziviler und militärischer Atomanlagen.

Rat für technische Normung: Zuständig für die Entwicklung und Verbreitung von Normen für den internationalen Verkehr, die internationale Kommunikation und den Datenschutz wie auch die informationelle Transparenz.

V. Kurzfassung

In dieser Kurzfassung rücken wir die wesentlichen Argumente der Kapitel I bis IV nochmals in den gebotenen Zusammenhang, um die Botschaft auf den Punkt zu bringen, dass die neoliberale Globalisierung nicht nur überwunden werden *muss*, sondern dass sie auch durch ein zukunftsfähiges Globalisierungsparadigma überwunden werden *kann*.

Überblick

Die Entstehung: Als in Bretton Woods (USA) 1944 die wirtschaftliche Nachkriegsordnung konzipiert wurde, äußerte sich erstmals im geschickten Lobbyismus US-amerikanischer Industrieller und Investoren deren unbändiges Expansions- und Gewinnstreben. Frustriert vom Protektionismus der 20er und 30er Jahre drängten sie auf Exportmärkte und verlangten nach unbegrenzten Rohstoffimporten. Das war die eigentliche Geburtsstunde der neoliberalen Globalisierung.

Zwar entstand zunächst ein Welthandelsabkommen unter einem System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung, das aber schon Anfang der 70er Jahre zusammenbrach, als Präsident Nixon versuchte, das während des Vietnam-Krieges angehäuften US-Haushaltsdefizit mittels einer inflationären Geldpolitik auf die Handelspartner abzuwälzen. Daraufhin bildeten sich freie Wechselkurse, gefolgt von grenzüberschreitenden Finanzmärkten, die es nun auch europäischen und asiatischen Industriellen und Investoren ermöglichten, ihre globalen Aktivitäten zu verstärken. Damit begann die heiße Phase der neoliberalen Globalisierung.

Die Ideologie: Auslöser der Entwicklung war das Expansions- und Gewinnstreben der US-Akteure, das folgerichtig zu der Forderung führte, die Exportmärkte von Handelsbeschränkungen zu befreien, überdies die eigenen industriellen und finanziellen Aktionen und Transaktionen zu deregulieren und zu liberalisieren sowie im Gegenzug für die Exporte kapitalintensiver Produkte von den Empfängerländern Rohstoffe einzufordern.

Unter dem Druck der Forderungen kam es im Laufe der Zeit weltweit zu undifferenzierten und unverantwortlichen Öffnungen nationaler Finanz-, Güter-, Dienstleistungs und Faktormärkte. Der „liberalisierte Markt“ avancierte zum Leitbild des wirtschaftlichen Zeitgeistes und diente zugleich als Plattform für die ideologische Verklärung, mit der die von Eigennutz getriebenen neoliberalen Protagonisten ihre Absichten bemäntelten.

Ausgehend von dem Euphemismus „Liberalisierung“ befließigen sich seither neoliberale Macher und Mitläufer, alle Lebensbereiche in ihre allgegenwärtige Indoktrination einzubeziehen: Da wird der auf offenen Märkten ausgetragene unregelmäßige, anarchische Wettbewerb zum natürlichen Überlebensprinzip der Menschheit hochstilisiert. Die Fähigkeit, globale Mitbewerber zur Durchsetzung eigener Wachstumsziele mittels unternehmerischem und staatlichem Dumping für immer aus dem Rennen zu werfen, wird in den

Rang einer existentiellen nationalen Verpflichtung erhoben. Die von diesem Verdrängungswettbewerb verursachte De-Industrialisierung ganzer Landstriche wird als Tribut an die produktivitätssteigernde Wirkung internationaler Arbeitsteilung und Spezialisierung gepriesen. Und das durch diese „Spezialisierung“ übernehmende Volumen grenzüberschreitender Warenströme einschließlich der erforderlichen Transportleistungen werden zum Indiz weltweiter Wohlstandsmehrung umgedeutet.

Mit der ideologischen Verklärung gerät auch die historische Besonderheit der neoliberalen Entwicklung aus dem Blickfeld: Denn erstmals in der Wirtschaftsgeschichte ist es privaten Interessengruppen gelungen, souveräne nationalstaatliche Wirtschaftspolitik als überholt und überflüssig abzustempeln und zurückzudrängen. Die neoliberale Verheißung vom wohlstandsmehrenden Freihandel, die das möglich machte, wird mit der geschichtlichen Erfahrung vom Handel und Wandel als eines wesentlichen Faktors des Aufstiegs der westlichen Industrieländer begründet. Dabei wird unterschlagen, dass diese Kausalität – bei aller Ausbeutung nicht-industrialisierter Länder – nur bis Mitte des 20. Jahrhunderts unter dem politisch kontrollierten Außenhandel der Nationalstaaten ihre Gültigkeit hatte. Seit mit Beginn der heißen Phase der neoliberalen Globalisierung das Ende der wirtschaftspolitischen Steuerung eingeläutet wurde, ergeben sich naturgemäß beliebige soziale und ökologische Verwerfungen, die allerdings durch die bis in die 80er Jahre anhaltende Wachstumsphase nach dem II. Weltkrieg zunächst überdeckt bzw. verdrängt wurden. Heute, nachdem die statistischen Daten keinen Zweifel mehr an den Verheerungen zulassen, verblasst die Wohlstandsmär, wird aber um so hartnäckiger verteidigt, um die im industriellen Eigennutz liegenden Beweegründe des Neoliberalismus zu verbrämen.

Das Thema Wirtschaftswachstum ist ideologiebedingt mit ganz besonderen Illusionen verknüpft: Zum einen verlangt der unternehmerische Expansionsdrang nach ständigem Mengenwachstum und überträgt dieses Verlangen eigennützig und doktrinär auf die volkswirtschaftliche Ebene. Zum anderen erweisen sich die dadurch geschürten Wachstumserwartungen angesichts gesättigter Märkte und schwindender Kaufkraft immer mehr als trügerische Hoffnung. Die Tatsache, dass die kürzer und flacher verlaufenden Wachstumsphasen schon seit Jahren keinen Beitrag mehr zur Beschäftigung leisten und die Wirtschaft selbst bei positiven Wachstumsraten ihrer sozialen Verpflichtung nicht mehr nachkommt, dringt ins öffentliche Bewusstsein ein und stürzt die neoliberalen Protagonisten zusehends in ein argumentatives Dilemma.

Die Folgen: Die vom industriellen Eigennutz ausgehenden Zwangsvorstellungen von Liberalisierung, Wettbewerb, Wachstum und Spezialisierung haben durch die ständige Indoktrination inzwischen den Anschein der Unabänderlichkeit von Naturgesetzen erlangt. Und so wird allgemein akzeptiert, dass sich die

Wirtschaft eine eigene Parallelwelt schafft, in der sie diesen „Zwängen“ genügen kann.

In der abgehobenen, von nationalpolitischen Einflüssen befreiten – transnationalen – Sphäre herrscht ein von Wettbewerbsverzerrungen bestimmter Verdrängungswettbewerb, der mit allen Spielarten des Dumpings ausgetragen wird. Durch wirtschaftliche Machtbestrebungen sowie steigenden Innovations- und Kostendruck werden die wirtschaftlichen Aktivitäten in immer größeren Konzernen konzentriert. Konzentrationsprozess und Dumping bedingen sich gegenseitig und schaukeln den Innovations- und Kostendruck wechselseitig hoch. Vordergründig erweckt die Entwicklung den Anschein andauernden weltweiten Produktivitätsfortschritts, obwohl unter den abgehobenen Bedingungen nur eine abstrakte Produktivität erzeugt wird, die weder in die menschliche Gesellschaft noch in die Kreisläufe der natürlichen Umwelt eingebunden ist. Diese Scheinproduktivität ist nicht nur ohne Sinn und Zweck, sie verursacht auch große volkswirtschaftliche Schäden.

Da der Mensch mit seinem Recht auf wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung wie auch mit seiner Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in der neoliberalen Welt nicht vorgesehen ist, werden wirtschaftspolitische Entscheidungen in immer undurchsichtigeren Gremien zentralisiert: Nationale Vollmachten werden leichtfertig der WTO und der EU übertragen, nationale Parlamente zum Abnicken wirtschaftspolitischer Entscheidungen „von oben“ genötigt und die demokratische Meinungs- und Willensbildung durch zentralistische Strukturen ersetzt.

Als Spitzenorganisation der neoliberalen Oligarchie treibt die Welthandelsorganisation (WTO) die Loslösung der Weltwirtschaft von nationalstaatlichen Einflüssen im Sinne der Industrie voran, indem sie die Mitgliedsländer mit dem Zuckerbrot von Exportchancen und der Peitsche der ewigen Meistbegünstigung aller Handelspartner diszipliniert. Die EU reißt gleichzeitig die letzten nationalen Vollmachten im Außenhandel an sich und schreibt den Zentralismus in ihrer geplanten Verfassung endgültig fest – und verstößt damit gegen ihr eigenes Subsidiaritätsgebot der Maastrichter Verträge.

Der wirtschaftliche Konzentrations- und der wirtschaftspolitische Zentralisierungsprozess sind für die zunehmende De-Industrialisierung und Entdemokratisierung verantwortlich, durch die immer mehr Menschen von der Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben ausgeschlossen, in ihrer Existenz bedroht und wirtschaftlich wie politisch entmündigt werden.

Alles in allem ist es nicht verwunderlich, dass mit dem Ende souveräner nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik die Regierungen desorientiert und hilflos agieren und Maßnahmen ergreifen, die an den neoliberalen Ursachen vorbeigehen und zwangsläufig wirkungslos bleiben müssen. Die deutsche „Wirtschaftspolitik“ der letzten Jahre ist dafür ein Paradebeispiel!

Die Überwindung: Die Vergeblichkeit der seit Jahren unternommenen Versuche, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit mit den herkömmlichen Methoden der Konjunkturpolitik zu überwinden, ist Beweis für die historische Einzigartigkeit des neoliberalen Wirtschafts-

systems und legt den Schluss nahe, dass sich dieses System nicht etwa in einer Rezession befindet, sondern in einer neuen Art von Dauerdepression. Unter diesen Bedingungen kann eine Belebung des Arbeitsmarktes weder von weiteren Entlastungen der Wirtschaft samt Marktliberalisierungen noch von antizyklischen staatlichen Investitionsprogrammen erwartet werden. Auch mit verstärkten Umverteilungen zur Bekämpfung des Sozialabbaus – die trotz allem berechtigt und unerlässlich sind – lässt sich nicht an den Ursachen rütteln.

Die Folgen wirtschaftlicher Konzentration und politischer Zentralisierung lassen keinen Zweifel, dass eine Überwindung der Dauerdepression nur von einer Besinnung auf grundsätzliche marktwirtschaftliche und demokratische Werte ausgehen kann. Dieser Prozess muss von der Überzeugung beseelt sein, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist und nicht länger sich selbst überlassen werden darf, sondern dass sie vielmehr der demokratisch legitimierten Steuerung bedarf, um ihren ureigensten Sinn und Zweck zurückzugewinnen: nämlich im Austausch miteinander für ein besseres Leben zu sorgen.

Die Bürgerpflicht gebietet es, gegen die herrschende Gesetzlosigkeit auf den Märkten und gegen oligarchische Willkür und Fremdbestimmung vorzugehen und wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung – zunächst im unmittelbaren Lebensumfeld vor Ort – einzufordern. Nur von lokalen, regionalen und nationalen Veränderungen – unterstützt durch abgestimmte internationale Aktionen – können Signale ausgehen, die ein Umdenken bis hinauf zur supranationalen und globalen Ebene der neoliberalen Oligarchie erzwingen. Globaler Konsens kann sich erst Schritt für Schritt auf dieser Grundlage entwickeln; ihn im Vorfeld etwa auf WTO- oder EU-Ebene erzielen zu wollen, wäre eine Illusion und käme einer Kraftverschwendung mit verpassten Möglichkeiten im unmittelbaren Umfeld gleich.

Konkret geht es darum, souveräne Wirtschaftsräume mit subsidiärer wirtschaftlicher und politischer innerer Ordnung zu schaffen, die dezentrale wirtschaftliche Verantwortung und Vielfalt zulassen und so die Teilnahme und Teilhabe aller Bürger am Wirtschaftsleben sicherstellen, und die einem konstruktiven und produktiven Binnenwettbewerb verpflichtet sind, den sie durch eine geregelte Öffnung ihrer Märkte internationalisieren und globalisieren – insbesondere im Bereich des Wissens.

Mythen

Die neoliberale Ideologie von der allgemeinen Wohlstandsmehrung lässt sich auf einige zentrale Mythen reduzieren, die von den Protagonisten immer wieder aufdringlich vorgetragen werden:

Offene globale Märkte: Behauptet wird, der Abbau von Zöllen, Handelskontingenten und administrativen Handelshemmnissen – also die Marktliberalisierung – würde Verzerrungen zwischen Weltmarkt- und Binnenmarktpreisen beseitigen, zudem freie Wechselkurse und hohe Handelsvolumina ermöglichen und dadurch allseitige Wohlstandsgewinne erzeugen. Falsch! Denn freie Wechselkurse, die bei offenen Finanzmärkten der beliebigen Manipulation ausgeliefert sind, können ihrer

eigentlichen Funktion, nämlich im grenzüberschreitenden Handel die Produktivitäts- und damit die Kaufkraft und Preisunterschiede zwischen Handelspartnern zu neutralisieren, nicht mehr gerecht werden. Stattdessen bewirken sie unberechenbare Preis- und Wettbewerbsverzerrungen, die durch staatlich sanktioniertes Sozial-, Umwelt- und Steuer-Dumping auf der Anbieterseite sowie fehlende Handelskontingente und mögliche Zölle auf der Abnehmerseite nochmals beliebig verstärkt werden und es Anbietern erlauben, in anderen Ländern ansässige Wettbewerber gezielt auszuschalten und nationale Märkte zu zerrütten.

Globaler Wettbewerb: Behauptet wird, nur Volkswirtschaften, die sich der Herausforderung des globalen Wettbewerbs stellten, könnten zukünftig noch Fortschritt und Wohlstand erwarten – alle anderen würden dagegen in einen vorindustriellen Zustand zurückfallen und für immer verarmen. Falsch! Denn der globale Wettbewerb ist ein ohne jede Wettbewerbsordnung unter ständig wechselnden Bedingungen ausgetragener anarchischer Verdrängungswettbewerb, der innerhalb der beteiligten Volkswirtschaften das Gebot sozialer und ökologischer Produktivität untergräbt, das heißt: die Daseinsvorsorge verhindert, und in diesem Sinne weder eine positive Auslese, noch einen konstruktiven Lernprozess, noch neue wirtschaftliche Chancen erzeugt. Volkswirtschaften verändern unter diesen Bedingungen ihre Handelsbestimmungen und Standards je nach Geschäftslage ihrer ansässigen Unternehmen, zugleich wechseln Unternehmen ihre Standorte und Faktormärkte je nach Kostendruck. Nicht die wirtschaftliche Leistung entscheidet über den Erfolg, sondern die Fähigkeit, den Wettbewerb mit neuen Spielregeln und Dumping-Methoden überraschend und eigennützig zu verändern.

Globale Produktivität: Behauptet wird, die Weltwirtschaft sei am produktivsten und würde am meisten zum Wohlstand beitragen, wenn sie sich jeweils derjenigen Ressourcen (Produktionsfaktoren) bediene, die sich weltweit am kostengünstigsten anbieten. Falsch! Denn der scheinbare Vorteil billiger Arbeit sowie billiger Rohstoffe, Energie, Maschinen und Immobilien entsteht, indem Nationalstaaten die Produktionsfaktoren unter dem Wettbewerbsdruck aus ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung lösen und sie auf den globalen Märkten zu Dumping-Preisen anbieten. Die dadurch verursachten negativen externen Effekte in Gesellschaft und Umwelt verwandeln die globalwirtschaftliche Produktivität in eine zerstörerische Scheinproduktivität.

Ständiges Wirtschaftswachstum: Behauptet wird, nur der globale Wettbewerb mit seinen Anreizen zu technologischen und sonstigen Innovationen schaffe die Grundlage für ständiges – quantitatives – Wirtschaftswachstum, das erforderlich sei, um Fortschritt, Beschäftigung und Wohlstand sicherzustellen. Falsch! Denn zum einen ist ein Wirtschaftssystem absurd, das unter den irdischen Bedingungen begrenzter Ressourcen und entsprechend begrenzter Stoff- und Energieumsätze ewiges Mengenwachstum anstrebt. Zum anderen hat sich das neoliberale System mit seiner hohen Scheinproduktivität so weit aus der sozialen und ökolo-

gischen Verantwortung gestohlen, dass es selbst in den nur noch vorübergehend regional auftretenden Wachstumsphasen Arbeitsplätze und Umweltschutz abbauen muss. Echter Fortschritt, Vollbeschäftigung und nachhaltiger Wohlstand sind unter diesen Umständen nicht zu erzielen.

Internationale Spezialisierung: Behauptet wird, je weiter die internationale Spezialisierung in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen voranschreite, desto höher steige die Produktivität und desto mehr Wohlstandsgewinne würden von allen beteiligten Volkswirtschaften bei steigendem Handelsvolumen erzielt. Falsch! Denn die Spezialisierung orientiert sich nicht an sinnvoller subsidiärer Arbeitsteilung, sondern ist das Ergebnis willkürlicher territorialer Verdrängung im globalen Wettbewerb. Darüber hinaus verursacht das durch Spezialisierung überproportional zum – neoliberalen – Weltsozialprodukt ansteigende weltweite Handels- und Transportaufkommen verheerende Umweltschäden. Schließlich gehen aus dem Spezialisierungstrend Oligopole, Kartelle und Monopole hervor, die das Angebot verschlechtern, das Preisniveau hochtreiben, das Arbeitsvolumen verringern und das territorial nachgefragte Berufsspektrum einengen.

Privatisierung öffentlicher Güter: Behauptet wird, die privatwirtschaftliche Durchführung öffentlicher Aufgaben wie etwa Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Umweltschutz, Städteplanung und Nahverkehr sei der staatlichen überlegen, weil im marktwirtschaftlichen Wettbewerb eine höhere Effizienz erzielt und den Bürgern ein besseres und preiswerteres Angebot beschert werde. Falsch! Denn die Unternehmen sind im globalen Kostenwettbewerb gezwungen, sich in die Abhängigkeit der globalen Faktormärkte zu begeben und insbesondere den Renditeerwartungen der Finanzmärkte gerecht zu werden. Daraus ergibt sich der Zwang zu Fusionen und zu Übernahmen von Konkurrenten sowie zu ständiger Rationalisierung und periodischem Arbeitsplatzabbau. Öffentliche Gebietsmonopole werden auf diese Weise in transnationale privatwirtschaftliche Oligopole und Monopole verwandelt, die ihre Geschäftsfelder auf lukrative Ballungsgebiete fokussieren, die Versorgung der Fläche einstellen und schlechte Qualität zu überhöhten Preisen anbieten.

Teufelskreis

Die neoliberale Entwicklung befindet sich in einem systemimmanenten Prozess der Selbstzerstörung, der um so schneller voranschreitet, je konsequenter die neoliberalen Thesen umgesetzt werden:

> Die durch nationale Produktivitätsunterschiede bedingte Heterogenität offener globaler Märkte erzeugt anarchische Zustände, unter denen der Produkt- und Faktorwettbewerb von Unternehmen und Nationalstaaten mit beliebigen Dumping-Methoden angeheizt wird.

> Die durch Dumping verfälschten absoluten Weltmarktpreise bestimmen den Wettbewerb und erzeugen einen ständigen Kostendruck, der einerseits nationale Löhne, Faktorpreise und Standards herunterdrückt, andererseits unterlegene globale, regionale und lokale Mitbewerber einschließlich deren Arbeitsplätze ver-

drängt und damit territoriale Spezialisierungen, Kapitalkonzentrationen, Oligopole, Kartelle und Monopole provoziert.

> Nationalstaaten verlieren ihre wirtschaftspolitische Souveränität: Hochlohnländer werden mit Billigimporten überschwemmt und verlieren Produktionen und Arbeitsplätze an Niedriglohnländer. Diese gewinnen vorübergehend fremdbestimmte Exportproduktionen, die aber Ressourcen binden und einer eigenständigen Entwicklung im Wege stehen.

> Die Ausbeutung nationaler sozialer und ökologischer Ressourcen und die Zerstörung nationaler Wirtschaftskreisläufe resultiert in sinkenden Steuereinnahmen, mangelnder Daseinsvorsorge, Massenarbeitslosigkeit, Ungleichverteilung und Armut.

> Infolge steigender Arbeitslosigkeit und Armut geht die Kaufkraft zurück, schwächt den Konsum, erzeugt Überkapazitäten in der Produktion und verstärkt sowohl den globalen Wettbewerb als auch den Druck auf die Nationalstaaten, ihre Löhne, Faktorpreise und Standards noch weiter zu senken und ihre Märkte noch weiter zu öffnen. – Damit ist der Teufelskreis perfekt.

Fehlentwicklungen

Der Neoliberalismus verursacht drei zentrale charakteristische Fehlentwicklungen, deren gezielte Bekämpfung zugleich die beste Gewähr für die Überwindung dieses Wirtschaftssystems bietet:

Der Verdrängungswettbewerb: Durch die Integration unterschiedlicher nationaler Märkte, deren Produktivitätsniveaus und Standards weit auseinanderklaffen, entstehen zwangsläufig völlig inhomogene globale Märkte, auf denen – mangels politischer Regelung – anarchische Zustände einkehren: Unternehmen und Nationalstaaten werden zu eigennütigen Wettbewerbsverzerrungen verleitet und sehen sich bei zunehmender Gesetzlosigkeit auf den globalen Märkten sogar gezwungen, ihre Wettbewerbsstellung mittels beliebiger Dumpingmethoden zu sichern. Es entsteht ein weltweiter Verdrängungswettbewerb, der unterlegene Wettbewerber und ihre Beschäftigten ins endgültige wirtschaftliche Aus befördert. Lokale, regionale und nationale Wirtschaftskreisläufe lösen sich unter dem Wettbewerbsdruck unaufhaltsam auf. Ehemals autonome und eigenständig am Welthandel beteiligte Wirtschaftsräume degenerieren zu wirtschaftlichen Schlachtfeldern, auf denen vagabundierende Weltkonzerne unter Ausbeutung von Mensch und Natur ihre Scheinproduktivität optimieren, und auf denen sie eine beständig größer werdende Zahl von wirtschaftlichen Verlierern hinterlassen.

Die Kapitalkonzentrationen: Unter dem ständig zunehmenden Innovations- und Kostendruck im globalen Wettbewerb, der sowohl eine Folge der mit Sozial- und Umwelt-Dumping einhergehenden unternehmerischen Innovations- Rationalisierungs- und Automatisierungszyklen als auch staatlichen Steuer-, Auflagen- und Valuta-Dumpings ist, sind Unternehmen zu Zusammenschlüssen, Übernahmen und Allianzen gezwungen, um ihre Technologiebudgets zu bündeln sowie mit hohen Stückzahlen Skalenvorteile in der Produktion zu erzielen und dadurch ihre Kosten zu senken.

Dabei kommt es auf globaler Ebene zu immer größeren Konzentrationen von Produktionskapital und wirtschaftlicher Macht. Es entstehen Oligopole, Kartelle und marktbeherrschende, quasi monopolistische Weltkonzerne. Aus der hohen, durch Dumping und Kapitalkonzentrationen erzeugten Scheinproduktivität resultiert ein weltweiter Preisverfall, der die Wettbewerbsfähigkeit nicht-globaler und kleinerer Anbieter untergräbt und gewachsene, dezentrale wirtschaftliche Strukturen nachhaltig schädigt und zerstört. Damit untergräbt der Neoliberalismus zugleich sein eigenes wirtschaftliches Fundament und beraubt sich langfristig weltweit seiner lokalen Quellen für Fortschritt und Erneuerung.

Die Entdemokratisierung: Die Ursache für die schwindende Wahrnehmung unmittelbarer wirtschaftspolitischer – wie auch gesellschafts- und umweltpolitischer – Verantwortung vor Ort liegt in der zunehmenden Zentralisierung politischer Entscheidungen. Unter dem Vorwand höherer Effizienz und Effektivität werden Vollmachten auf die supranationale Ebene und in die Hände demokratisch nicht legitimierter Gremien und Personen übertragen – die zudem durch industriellen Lobbyismus beeinflusst sind oder sich gar in industrielle Abhängigkeit begeben haben. In der Fläche verkümmern derweil die Fähigkeit und der Wille zu demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Demokratische Parteien und Institutionen verlieren ihre Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit, bis schließlich die wirtschaftspolitische Oligarchie ihren Einfluss, ihre „Effizienz“ und ihre „Effektivität“ auf die gesamte politische Entwicklung ausdehnt. Lokale Akteure und Ressourcen werden damit endgültig der Beliebigkeit eigennütziger globaler Aktivitäten ausgeliefert.

Gegenmaßnahmen

Gegen den neoliberalen Eigennutz, der für Fehlentwicklungen verantwortlich ist, die zu den einschneidendsten der Wirtschaftsgeschichte zählen, setzen wir eine paradigmatische Initiative, mit der wir die Idee des gedeihlichen Zusammenwachsens der Welt mit der Idee wirtschaftlicher Selbstbestimmung vor Ort und demokratischer Mitbestimmung verbinden.

Dem **Verdrängungswettbewerb** wird unter dem Motto „Wettbewerb statt Anarchie“ im Innern mit einem konstruktiven und produktiven marktwirtschaftlichen Binnenwettbewerb begegnet, der sich auf subsidiär aufgebaute lokale bis supranationale Wirtschaftskreisläufe gründet, ergänzt durch einen geregelten Außenhandel, der inländische Produkte gezielt dem Wettbewerb mit importierten Produkten aussetzt und Exportprodukte auf der Grundlage wahrheitsgemäßer Preise anbietet:

(1) Zunächst gilt es, einen europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit weitgehend einheitlichem Produktivitätsniveau zu schaffen. Dazu ist es erforderlich, den Handel mit Beitrittsländern, die ein abweichendes Produktivitätsniveau aufweisen, bis zur Angleichung als Außenhandel abzuwickeln.

(2) Die Binnenwirtschaft wird sodann – statt mit gewinnabhängiger Gewerbe- und Körperschaftssteuer – mit einer progressiven, branchenbezogenen Kapitalstock- und Wertschöpfungssteuer belegt, die dafür

sorgt, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größe zu einer Zellteilung motiviert werden und dadurch die Branchen in einem ständigen Prozess immer wieder in ihre optimale subsidiäre Struktur gelenkt werden.

Damit wird ein ganzes Bündel von Zielen verfolgt: Die Koexistenz von kleinen arbeitsintensiven mit größeren kapitalintensiven Produktionen einschließlich vertikalen Branchenwettbewerbs zwischen kleinen und großen Betrieben; wirtschaftliche Vielfalt samt eines vielfältigen Produktangebots einschließlich einer mengenmäßig und strukturell ausgeglichenen Arbeitsnachfrage; dezentrale soziale und ökologische Verantwortung als Grundlage für die weitgehende Internalisierung externer Produktionskosten, und infolgedessen: echte Produktivität und Wertschöpfung, ehrliche Preise sowie qualitatives Wachstum im Sinne sozialen und ökologischen Fortschritts.

(3) Zur Absicherung der mit den subsidiären Strukturen verfolgten Ziele wird die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung um einen Wohlfahrtsindex ergänzt, der aus sozialen und ökologischen Indikatoren besteht, mit denen die Lebens- und Umweltqualitäten in die Gesamtrechnung einfließen und eine wahrheitsgemäße Erfassung und Steuerung des Sozialprodukts und der volkswirtschaftlichen Produktivität ermöglichen.

(4) Mit anderen Wirtschafts- und Währungsräumen werden feste Wechselkurse vereinbart, die den Produktivitäts- und Kaufkraftunterschieden entsprechen und beim Grenzübertritt von Produkten unmittelbar die durchschnittlichen Preisunterschiede neutralisieren. Mittels Zöllen und Steuern können Produkte von Fall zu Fall anschließend genau den herrschenden Wettbewerbsverhältnissen angepasst werden.

(5) In bilateralen Verhandlungen wird der Außenhandel mit anderen Wirtschafts- und Währungsräumen unter einer wirtschaftspolitisch gesteuerten Wettbewerbsordnung auf drei Säulen gestellt:

Einen Handel mit Spezialitäten und Rohstoffen, der, beiderseitig von Subventionen und externen Kosten befreit, mittels Kontingenten und eventuell ergänzend durch Zölle und Steuern den Binnenwettbewerb zu einem konstruktiven internationalen Wettbewerb ausbaut.

Einen Intra-Branchenhandel auf Gegenseitigkeit mit Produkten der Grundversorgung, der, ebenfalls von Subventionen und externen Kosten befreit, mittels fester Kontingente und eventuell ergänzend durch Zölle und Steuern den Binnenwettbewerb internationalisiert.

Sowie einen globalen, vom materiellen Außenhandel unabhängigen Freihandel mit Lizenzen von Patenten, Gebrauchsmustern und Urheberrechten – als Kernstück einer zukunftsfähigen Globalisierung und globalen Wissensgesellschaft.

Den **Kapitalkonzentrationen** und der internationalen Spezialisierung wird unter dem Motto „Subsidiarität statt Konzentration“ mit einer umfassenden Re-Industrialisierung begegnet, die im Zusammenwirken mit der subsidiären Umstrukturierung für Vielfalt und wirtschaftliche Eigenständigkeit, ein vielfältiges Binnen und Exportangebot sowie eine in Menge und Struktur ausgleichene Arbeitsnachfrage sorgt:

(1) Im Sinne der Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals sowie der Steuererechtigkeit werden grenzüberschreitende unternehmerische Verflechtungen aufgehoben.

(2) Die Transaktionen auf den Finanzmärkten werden auf realwirtschaftliche Belange in Innern beschränkt, Spekulationen unterbunden und grenzüberschreitende Transaktionen bilateralen Vereinbarungen vorbehalten.

(3) Wirtschaftszweige, die im Laufe der neoliberalen Globalisierung dezimiert oder zerstört worden sind, werden mit ihrer vollständigen Wertschöpfungstiefe und Wertschöpfungsbreite in subsidiärer Struktur neu aufgebaut.

(4) Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden in öffentliche Verpflichtung rücküberführt, dezentralisiert und öffentlicher Steuerung und Kontrolle unterworfen. Private Unternehmen werden unter diesen Bedingungen so weit wie möglich in die Erbringung öffentlicher Güter eingespannt.

Der **Entdemokratisierung** wird unter dem Motto „Demokratie statt Oligarchie“ mit integrierter politischer und wirtschaftspolitischer Subsidiarität begegnet, um demokratische Entscheidungsfindungen jeweils dort zu ermöglichen, wo die Bürger von einer Sache direkt betroffen und zugleich in der Lage sind, ihre Angelegenheiten eigenständig zu regeln. Mit der Einführung dieser Ordnung wird das unter neoliberalem Vorzeichen eingeläutete „Ende der Wirtschaftspolitik“ effektiv überwunden:

(1) Der Föderalismus wird weiterentwickelt und die bereits auf die EU übertragenen politischen und wirtschaftspolitischen Vollmachten auf die zuständigen unteren Ebenen rückübertragen – um den Maastrichter Verträgen von 1993 gerecht zu werden.

(2) Die geplante EU-Verfassung wird um wichtige Grundrechte und Prioritäten ergänzt: die Übereinstimmung von politischer und wirtschaftlicher Subsidiarität; das Recht auf selbstbestimmte Arbeit; die Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit von Eigentum und Produktionskapital; der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen; sowie ein geregelter, wettbewerbsgerechter Außenhandel.

(3) Mit der WTO wird der Ausstieg aus den multilateralistischen Verhandlungen und bestehenden Handelsverpflichtungen vereinbart, um anschließend zu bilateralen Verhandlungen überzugehen.

Epilog

Mit den auf Marktwirtschaft und Demokratie zielenden Gegenmaßnahmen schließt sich der Kreis, und alle drei in der Einleitung an eine zukunftsfähige Globalisierung gestellten Forderungen lassen sich nun erfüllen: Die selbstbestimmte und existenzsichernde Teilnahme und Teilhabe aller Menschen am Wirtschaftsleben, die unmittelbare Verantwortung der wirtschaftlichen Akteure vor Ort für die nachhaltige Nutzung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, sowie der Prozess des weltweiten Voneinander-Lernens.

Nur auf marktwirtschaftlichem und demokratischem Wege wird es wieder gesellschaftliche Normalität wer-

den, dass jeder fähige Bürger einen selbstbestimmten wirtschaftlichen Beitrag leisten und seine Existenz in eigener Verantwortung sichern kann. Und nur unter diesen Verhältnissen lässt sich auch das Bewusstsein schärfen für die unabänderliche Einbettung menschli-

chen Wirtschaftens in die Kreisläufe der Natur. So kann der Traum von Wohlstand und Wohlfahrt in einer globalisierten Welt schließlich doch noch Wirklichkeit werden!

Anhang

Glossar

Arbeitsteilung und Spezialisierung

Unter Arbeitsteilung wird die Aufteilung einer Produktion, das heißt, die Zergliederung einer Wertschöpfungskette in mehrere Teilprozesse bzw. Einzelglieder verstanden, die von unabhängigen Individuen oder Unternehmungen ausgeführt und beigesteuert werden. Arbeitsteilung *kann* die Produktivität erhöhen, wenn sie von Individuen und Unternehmungen einvernehmlich und im Einklang mit wirksamen Wirtschafts- und Wettbewerbsordnungen geplant wird – auch über Regionen und Länder verteilt – und sich die Beteiligten ihren natürlichen Produktivitätsvorteilen gemäß auf bestimmte Prozesse spezialisieren.

Der Verdrängungswettbewerb der neoliberalen Globalisierung bewirkt allerdings eine willkürliche und unkontrollierte Spezialisierung, die nicht auf Teilprozesse und auch nicht geographisch begrenzt ist, sondern in allen beteiligten Ländern die Branchenvielfalt ausdünn. Der Begriff Arbeitsteilung wird damit zum Synonym für vollständige territoriale Spezialisierung, die weltweit die territoriale Vielfalt und das territorial nachgefragte Spektrum an Berufsbildern und Qualifikationen beschneidet, unsinnig hohe und umweltschädliche Transportleistungen nach sich zieht sowie weltweit eine unüberwindbare strukturelle und zugleich niveaubedingte Arbeitslosigkeit erzeugt.

Zukunftsfähige Arbeitsteilung basiert dagegen auf sozial und ökologisch fundierten subsidiären Wirtschaftsstrukturen, aus denen automatisch eine sachgerechte und sinnvolle Aufteilung in Teilprozesse hervorgeht, die negative externe Effekte auf Gesellschaft und Umwelt von vornherein weitgehend ausschließt und echte Produktivitätssteigerung im Sinne einer nachhaltig positiven Wertschöpfung erzeugt. Unter diesen Voraussetzungen sind die territoriale und die internationale Spezialisierung den Aufgaben von überregionaler und globaler Dimension und Bedeutung vorbehalten – wie etwa der Bekämpfung von Treibhauseffekt und AIDS (siehe auch unter *Subsidiaritätsprinzip*).

Außenwirtschaftstheorie

Die Außenwirtschaftstheorie befasst sich als Teil der Wirtschaftswissenschaft mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, speziell mit dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen, der internationalen Zuordnung (Allokation) und Beweglichkeit (Mobilität) von Produktionsfaktoren und der damit verbundenen Effizienz der wirtschaftlichen Prozesse sowie mit dem Einfluss unterschiedlicher Währungen auf den Außenhandel.

Die Fixierung auf die Effizienz wirtschaftlicher Prozesse (Wirtschaftlichkeitsprinzip), die unter dem klassischen, nationalstaatlich geregelten Außenhandel noch berechtigt und wohlstandsmehrend war, erweist sich unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung als Irrweg: Das Prinzip verlangt, dass knappe Ressourcen und Güter mit höchster Priorität – auch grenzüber-

schreitend – „rational“ zugeordnet und genutzt werden. Damit wird die Allokation in den Mittelpunkt gerückt, die beispielsweise der Frage nachgeht, wie eine uneingeschränkte Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital von der Politik sicherzustellen ist, damit sich weltweit wettbewerbsgerechte Faktorpreise bilden und Arbeitskräfte und sonstige Ressourcen jeweils denjenigen Branchen und Unternehmen zufließen, die am produktivsten wirtschaften.

Die neoliberale Außenwirtschaftstheorie erhält durch die Fixierung auf allokativen Fragen ihre bekannt eindimensionale Ausrichtung. Fragen, die außerhalb dieses Blickfeldes liegen, werden zwangsläufig unterdrückt: Etwa die, welche Wechselbeziehungen es zwischen einer abstrakten globalwirtschaftlichen Effizienz und den real existierenden, völlig inhomogenen sozialen und ökologischen Verhältnissen globalisierter Wirtschaftsräume und Märkte gibt. Dasselbe gilt für Fragen der Beschäftigung, die nach wie vor nicht eigenständig, sondern als Anhängsel überholter konjunktureller Theorien behandelt werden. Und das, obwohl nationalstaatliche Wirtschaftspolitik auf „liberalisierten“ Märkten nur einen verschwindend geringen Einfluss auf Konjunktur und Beschäftigung hat.

In der Praxis erweist sich denn auch das „wissenschaftliche“ Credo von der wohlstandsmehrenden Wirkung kostengünstig gestalteter globaler Wirtschaftskreisläufe und wachsendem Welthandelsvolumen als Irrglaube und zentrale Ursache der verheerenden Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftssystems: Auf politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich inhomogenen globalen Märkten wird eine unkontrollierbare Abwärtsspirale aller Faktor- und Warenpreise ausgelöst, marktwirtschaftliche Prinzipien sowie soziale und ökologische Standards außer Kraft gesetzt und ein anarchischer Verdrängungswettbewerb entfesselt. Statistisch steht einem nur langsam wachsenden Weltsozialprodukt ein infolge Spezialisierung überproportional wachsender, unsinnig ausufernder Welthandel mit hohem umweltschädlichen Transportaufkommen gegenüber. Neoliberale Protagonisten sind in ihrer eindimensionalen Fixierung nicht in der Lage, diese Fehlentwicklungen einzuordnen und Gegenstrategien zu entwickeln und reagieren entsprechend hilflos auf die Massenarbeitslosigkeit.

Um in einer zusammenwachsenden Welt zu wohlfahrtsmehrendem Wandel und Handel zurückzukehren, bedarf es unter anderem eines breiteren Blickfeldes der ökonomischen Wissenschaft und speziell einer sozial und ökologisch eingebetteten Außenwirtschaftstheorie, die zunächst einem soliden Fundament selbstbestimmter lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe verpflichtet ist, auf dem sich anschließend ein konstruktiver und produktiver marktwirtschaftlicher Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsräumen errichten lässt.

Bretton-Woods-System

Internationales Handels- und Währungssystem mit festen Wechselkursen, das auf einem 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, USA, unterzeichneten Abkommen basiert und die Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg begründete. Das System brach nach knapp 30 Jahren zusammen, als die USA Anfang der 70er Jahre versuchten, ihre während des Vietnam-Kriegs angehäuften Defizite mittels Inflationspolitik ihren Handelspartnern zu überantworten. Daraufhin bildeten sich freie Wechselkurse, gefolgt von offenen globalen Finanzmärkten, die zu Beginn der 80er Jahre einen Prozess der Deregulierung nationaler Gütermärkte in Gang setzten, der schließlich zur wirtschaftlichen Globalisierung heutiger Prägung führte.

Demokratie und Recht

Demokratie und Recht befinden sich in einem dauernden Spannungsverhältnis. Kann alles Recht (oder recht) sein, was durch demokratische Entscheidungen hervorgebracht wird? Darf sich das, was für geltendes Recht gehalten wird, über demokratische Entscheidungen hinwegsetzen? Bringen parlamentarische Demokratien ein besseres Recht hervor als direkte Demokratien? Ist das „gesunde Volksempfinden“ nicht eine Gefahr für das Recht?

Wenn die Demokratie von allen schlechten Regierungsformen die beste ist, dann wäre es folgerichtig, wenn sich auch das Recht immer wieder dem Willen des Souveräns beugen müsste, ganz unabhängig davon, ob dabei das Rechtsempfinden von Experten verletzt wird. Denn der Charme der Demokratie besteht ja in ihrer Lebendigkeit, darin, dass sie im Idealfall alle Betroffenen einbezieht, wechselnde Herausforderungen meistert und sich und das Rechtsempfinden weiterentwickelt. So gesehen erübrigt sich die Frage nach der Wahl zwischen Demokratie und Recht, denn der sich ständig weiterentwickelnde Rechtsstaat ist ein Kind der Demokratie.

Um Demokratie vorteilhaft zu praktizieren, sind Bedingungen erforderlich, die sicherstellen, dass bei Entscheidungen nicht Schnelligkeit und vermeintliche Effizienz und Effektivität, sondern gute Vorbereitung, die Anhörung aller Beteiligten und der demokratische Diskurs im Vordergrund stehen, so dass weder Einzel- und Gruppeninteressen noch ideologisch geprägte Mehrheiten auf Dauer beherrschenden Einfluss gewinnen.

Grundvoraussetzung, um diese Bedingungen herzustellen, sind überschaubare demokratische Einheiten, in denen möglichst viele unmittelbare Abhängigkeiten zwischen den Bürgern bestehen und möglichst wenige Lasten nach außen abgewälzt werden können, und in denen die Wahlberechtigung bzw. das Gewicht einer Stimme in jedem Einzelfall danach gestaffelt ist, inwieweit der einzelne Bürger von der zu entscheidenden Sache direkt betroffen ist.

Das ortsgebundene demokratische und das ortsgebundene wirtschaftliche Fundament gehen Hand in Hand, sie bedingen sich gegenseitig. Dasselbe gilt auch für die übergeordnete regionale und ebenso für die nationale, supranationale und globale Ebene. Die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ebenen ergeben

sich subsidiär aus den Sachzwängen politischer und wirtschaftlicher Art. Wenn es darum geht, Kommunikationskonzepte zu entwerfen oder den Hochwasserschutz zu koordinieren, dann ist zweifellos die nationale oder supranationale Ebene gefordert, wenn Entwicklungshilfe organisiert, ein Forschungsprojekt zur Bekämpfung der Malaria finanziert oder das Völkerrecht weiterentwickelt werden soll, dann dürfte die supranationale oder globale Ebene gefragt sein. Die unterschiedlichen Ebenen ergänzen sich, vorausgesetzt, sie sind in eine subsidiäre Aufgabenteilung eingebunden.

Dumping

Nach den Regeln des GATT liegt privatwirtschaftliches Dumping vor, wenn Waren auf Exportmärkten nach Abzug der Transportkosten unter ihrem Inlandspreis, ersatzweise unter ihren Produktionskosten angeboten werden. Wirtschaftspolitisches Dumping liegt dagegen vor, wenn Exportpreise durch staatliche Exportsubventionen, niedrige Unternehmensbesteuerung oder durch eine gezielte Abwertung der eigenen Währung (Valuta-Dumping) gesenkt werden. Sozial- und Umweltdumping sind gegeben, wenn Preise durch niedrige Löhne und Sozialstandards bzw. niedrige Umweltstandards gedrückt werden. Von den genannten Dumping-Methoden werden Valuta-, Sozial- und Umweltdumping von den Antidumping-Regelungen des GATT *nicht* erfasst. Als Nachfolgeorganisation des GATT stuft die WTO diese Arten von Dumping als förderlichen Antrieb des globalen Wettbewerbs und Freihandels ein und bedient sich damit einer absurden moralischen Kategorisierung der verschiedenen Methoden. Abgesehen davon, dass eine Abgrenzung und Überwachung des globalen Wildwuchses an Preisdrückerei unmöglich ist, verzerren ausnahmslos sämtliche Arten des Dumpings den Wettbewerb und sind in Summe für die weltweiten verheerenden Marktzerstörungen und strukturellen Veränderungen innerhalb der Volkswirtschaften verantwortlich.

Freihandelszone

Die Freihandelszone ist – neben der Zollunion und der Wirtschaftsunion – eines von drei Modellen zur regionalen Handelsliberalisierung. Beteiligte Volkswirtschaften verpflichten sich, untereinander alle Zölle und Handelskontingente abzubauen. Gegenüber Drittländern behält jede Volkswirtschaft aber ihre handelspolitische Souveränität. Produkte, die aus Drittländern importiert werden, müssen deshalb mit Ursprungszeugnissen versehen und mit kompensatorischen Binnenzöllen belegt werden, um innerhalb einer Freihandelszone keine Wettbewerbsverzerrungen hervorzurufen.

Unabhängig vom Handel mit Drittländern besteht in jeder Freihandelszone eine grundsätzliche Tendenz zu Wettbewerbsverzerrungen. Und zwar dadurch, dass die Wechselkurse zwischen den beteiligten Volkswirtschaften bestenfalls die durchschnittlichen Produktivitätsunterschiede und Preise ausgleichen können, nicht aber die Preise derjenigen Produkte wettbewerbsgerecht konvertieren, die mit überdurchschnittlich hoher Produktivität hergestellt werden. Die dadurch bedingte Tendenz wird durch bewusstes Preis-Dumping noch verschärft, das von Unternehmen – zum Teil mit Billi-

gung oder Unterstützung ihres Heimatstaates – betrieben wird, um innerhalb einer Freihandelszone Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Die Wettbewerbsverzerrungen lösen einen Kostenwettbewerb aus, der zur Verdrängung kleinerer Betriebe führt, und bewirken schließlich eine Tendenz zur vollständigen Spezialisierung und zu entsprechenden unternehmerischen Macht- und Kapitalkonzentrationen mit verheerenden Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt. Die Freihandelszone ist damit in ihrer reinen Ausprägung gewissermaßen die Urzelle der „liberalisierten“ globalen Märkte des Neoliberalismus.

Beispiel für eine Freihandelszone ist die 1960 als Alternative zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründete Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Die oben angesprochenen Tendenzen und ihre Auswirkungen werden in der EFTA allerdings durch eine ausgeprägte Wettbewerbsordnung und Ausnahmeregelungen für verschiedene Wirtschaftszweige weitgehend vermieden.

Grundrecht auf Arbeit

Das moralische Fundament des in dieser Veröffentlichung vertretenen Leitbildes für zukunftsfähiges Wirtschaften sind die Menschenrechte, zu denen auch das Grundrecht auf Arbeit gehört:

Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verabschiedet. In Artikel 23 heißt es: „Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.“

Am 18. Dezember 2000 wurde die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verabschiedet. Dort heißt es in Artikel 15: „Jede Person hat das Recht zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben. Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen.“

Zum Grundrecht der EU ist festzuhalten: Aus der Formulierung „... das Recht zu arbeiten ...“ leitet sich kein Anspruch auf Arbeit ab, sondern nur das Recht, sich jederzeit Arbeit suchen zu dürfen. Damit hat die EU – neben dem Verzicht auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums – den industriellen Interessen ein zweites Grundrecht geopfert.

Ganz anders die UN: Sie postuliert ein individuelles Recht auf Arbeit, das gleichzusetzen ist mit dem individuellen Recht auf Erwerbsarbeit und ganz allgemein mit dem individuellen Recht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung. Nationalstaaten können diesem Recht durch eine Politik der Vollbeschäftigung Geltung verschaffen, wenn sie sich im ersten Schritt souverän entscheiden, aus dem globalen Wettrennen um Kostenverlagerung, Preisdumping, Scheinproduktivität, Wettbewerbsverzerrungen sowie Markt-, Politik und Staatsversagen auszusteigen. Unter diesen Bedingungen

kann auf der Grundlage freier unternehmerischer Betätigung innerhalb einer geregelten marktwirtschaftlichen Ordnung ein allen Bürgern zugänglicher Erwerbsarbeitsmarkt entstehen, der freie Berufswahl, befriedigende Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung garantiert, und auf dem jeder seine Existenz in eigener Verantwortung sichern kann.

Der Begriff Erwerbsarbeit steht hier stellvertretend für alle legalen Tätigkeiten in der freien Wirtschaft, alle Tätigkeiten zur Durchführung öffentlicher Aufgaben sowie auch für die häusliche Kindererziehung und Altenpflege. Die Erwerbsarbeit hat ihre Wurzeln in der gemeinschaftlich betriebenen Existenzsicherung als Teil der sozialen Entwicklung des Menschen. Aufgrund ihrer hohen moralischen und sozialen Bedeutung ist sie als einzige Arbeitsform geeignet, der besonders in Industriegesellschaften so schwer zu erfüllenden Forderung nach Humanität und Menschenwürde gerecht werden: Erwerbsarbeit bietet selbstbestimmte Teilnahme am wirtschaftlichen Geschehen, gerechte Teilhabe am Wirtschaftsergebnis und alle Möglichkeiten der Existenzsicherung. Sie ist ihrem Wesen nach mehr als reiner Broterwerb: Sie erfordert Zusammenarbeit, bringt Anerkennung und erzeugt Selbstwertgefühl, ermöglicht professionelle Hingabe und Mitwirkung an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und entscheidet über den gesellschaftlichen Stand und das Netz der Beziehungen. Sie ist deshalb ihrer Natur nach unersetzlich, kann und sollte aber durch ehrenamtliche Tätigkeit ergänzt werden.

Internationaler Währungsfond (IWF)

1945 zusammen mit der Weltbank auf der Grundlage der im Abkommen von Bretton Woods (USA) von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs vereinbarten Nachkriegsordnung gegründete Organisation, deren offizielle Aufgabe es ist – wie damals vom Ökonomen John Maynard Keynes konzipiert –, das internationale Währungssystem und die Weltwirtschaft zu stabilisieren und an einzelne Länder Kredite zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft und Erzielung von Vollbeschäftigung zu vergeben. Seit den 1980er Jahren dient der IWF zu Lasten der binnenwirtschaftlichen Entwicklungen und der Weltwirtschaft mehr den Interessen der Finanzwirtschaft und begünstigt die Liberalisierung der Finanzmärkte einschließlich der besonders für Entwicklungs- und Schwellenländer gefährlichen spekulativen Tendenzen.

Markt

Die Funktion des Marktes besteht im Zusammenführen von Angebot und Nachfrage und der sich daraus ergebenden Preisbildung. Märkte gelten als frei, wenn die Marktteilnehmer im Hinblick auf ihre Gewinn- und Nutzenmaximierung ihren Markteinstieg wie auch ihren Marktausstieg frei bestimmen, Informationen frei einfordern und Preise frei aushandeln können, und wenn sie als Anbieter über Menge, Qualität und Konditionen ihres Angebots frei entscheiden können.

Grundlage für das Funktionieren freier Märkte ist eine allseits verbindliche Wettbewerbsordnung. Deren wesentliche Aufgabe besteht darin, die zwischen den Marktteilnehmern laufend entstehenden Macht- und

Kapitalverschiebungen durch Rückführung in subsidiäre Strukturen auszugleichen, so dass die im Wettbewerb auftretenden, der Marktbereinigung dienenden Verdrängungseffekte nicht zu einem endgültigen Ausscheiden von Marktteilnehmern führen, sondern im Gegenteil neue Möglichkeiten der unternehmerischen Betätigung eröffnen, die eine ständige Erneuerung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten sowie deren Vielfalt sicherstellen.

Bei ausgewogenen Machtverhältnissen zwischen den Marktteilnehmern, aber auch zwischen ihnen und den öffentlichen Anliegen einschließlich des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen, sorgt das dezentrale Wechselspiel von Angebotsdruck (market push) und Nachfragesog (market pull) für eine sozial und ökologisch optimale Allokation der Ressourcen sowie für eine optimale und vielfältige Versorgung der Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen. Die Ressourcen- und Güterströme ergeben sich aus der Summe der freien Entscheidungen aller Wirtschaftssubjekte, deren Handeln durch die Preise gelenkt wird, in denen sich der wirkliche Bedarf, die aktuellen Vorlieben, Wertvorstellungen und Trends, aber auch die Knappheiten innerhalb einer Volkswirtschaft widerspiegeln.

Die Preisbildung gibt den Anbietern Hinweise, ob sie ihre Fähigkeiten und Ressourcen den Wünschen der Nachfrager entsprechend optimal einsetzen, und sie versetzt Anbieter und Nachfrager in die Lage, eine individuelle Gewinn- und Nutzenmaximierung vorzunehmen, die – unter der dargestellten subsidiären marktwirtschaftlichen Ordnung – sowohl dem Eigennutz der Marktteilnehmer als auch dem Gemeinwohl dient.

Das Versagen neoliberaler Märkte wird durch eine systembedingt unkontrolliert zunehmende Unausgewogenheit der Machtverhältnisse unter den Marktteilnehmern verursacht. Der Preis verliert im ständigen Konzentrationsprozess von Produktionskapital und Wirtschaftsmacht sowie durch externe Marktteilnehmer, die mittels Wechselkursmanipulation und Dumping unkontrolliert in offene Binnenmärkte eingreifen, seine lenkende Funktion. Das Ergebnis sind Fehlallokationen von Ressourcen, endgültige Verdrängung von Marktteilnehmern, gesellschaftliche Ungleichverteilung, Umweltschäden und schließlich Marktzerstörungen und sinkendes Gemeinwohl.

Neoliberale Globalisierung

Eine in den 1970er Jahren durch industrielles Expansions- und Gewinnstreben eingeleitete Entwicklung, die ursprünglich „nur“ darauf abzielte, westlicher Industrie und Finanzwirtschaft weltweit freie Exportmärkte, Direktinvestitionen und Zugriff auf Rohstoffe zu verschaffen. Im Zuge ihrer weltweiten Ausbreitung ist die Entwicklung verbrämt worden durch eine Doktrin der Liberalisierung und Deregulierung aller nationalen Güter-, Dienstleistungs-, Finanz- und Faktormärkte einschließlich der Arbeitsmärkte, des freien globalen Wettbewerbs, der im Sinne neoliberaler Effizienz und Produktivität internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung erzwingt, sowie des ungehinderten globalen Freihandels. Die zunehmenden Reibereien im Welthandel erklären sich aus den – nun weltweit auch von

Schwellenländern – verfolgten Expansionszielen, und sie entlarven die aufgesetzte Doktrin der „Liberalisierung“ als für eine gedeihliche Weltwirtschaft und einen gedeihlichen Welthandel ungeeignet.

Die neoliberale Globalisierung wird von Unternehmen getragen, die multinational organisiert sind, Standortvorteile nutzen, ihre Aktivitäten weltweit koordinieren, standardisierte Massenproduktion betreiben und auf globalen Märkten im globalen Wettbewerb stehen. Die politische Botschaft der Doktrin suggeriert, dass sich die politischen und kulturellen Grenzen und Unterschiede im Laufe der durch die neoliberale Globalisierung bewirkten weltweiten technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung auflösen und eine frei von politischem Einfluss nur durch den Markt geregelte Weltwirtschaft entsteht, und dass sich durch diesen Prozess schließlich weltweit Produktivität, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand ausbreiten.

Die praktischen Erfahrungen der letzten 30 Jahre stehen diesen Verheißungen allerdings entgegen: Die standardisierte Massenproduktion hat den Wettbewerb auf den Preis reduziert und erfordert auf offenen Märkten laufende Produktivitätssteigerungen bzw. Kostenreduzierungen, die vorrangig mit allen Spielarten des Dumpings erzielt werden, dazu hohe Kapitalkonzentrationen erfordern und internationale Spezialisierung erzwingen, die mit Arbeitsplatzabbau und Umweltbelastungen einhergeht und die vermeintlichen Produktivitätssteigerungen als Scheinproduktivität und Wertevernichtung ausweist. Mit steigender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gehen die Realeinkommen, der Konsum und der Absatz global wie auch regional tätiger Unternehmen zurück und lassen Wirtschaftskreisläufe zusammenbrechen. Das verschärft den Wettbewerb, begünstigt die Bildung von Monopolen und zwingt die restlichen Unternehmen, die Steigerung ihrer „Produktivität“ und damit den Beschäftigungsabbau weiter zu beschleunigen. Durch diese Entwicklung ist die Weltwirtschaft in einen verhängnisvollen neoliberalen Teufelskreis geraten.

Neoliberalismus

Zu unterscheiden ist zwischen dem historischen und dem neuzeitlichen Neoliberalismus:

Der historische Neoliberalismus ist eine in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstandene Wirtschaftsphilosophie, die privatwirtschaftliche Initiative mit einer staatlichen Wirtschafts- und Sozialordnung verbinden wollte. Einerseits, um den freien Wettbewerb sowohl vor ausufernder Marktmacht als auch vor übertriebener staatlicher Vereinnahmung zu schützen, andererseits, um wirtschaftliche Produktivität mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Die deutsche Variante wird als Ordoliberalismus bezeichnet, aus dem nach dem Zweiten Weltkrieg die Soziale Marktwirtschaft hervorging.

Der neuzeitliche Neoliberalismus entstand Anfang der 1970er Jahre, nachdem die USA vergeblich versucht hatten, einen Teil ihrer Schulden aus dem Vietnam-Krieg durch Abwertung des Dollars auf ihre Handelspartner abzuwälzen. Daraufhin brach die wirtschaftliche Nachkriegsordnung mit ihren festen Wech-

solkursen zusammen und das freie Spiel der Marktkräfte nahm seinen Lauf. Diese Entwicklung, die bis heute andauert, ist nicht etwa durch empirische Erkenntnisse oder auch nur durch eine plausible ökonomische Theorie untermauert, sondern bezieht ihre Impulse allein aus dem Eigennutz industrieller Interessen. Der Begriff „Neoliberalismus“ hat sich in der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung eingebürgert, obwohl der neuzzeitliche Neoliberalismus eigentlich das Gegenteil des historischen darstellt. Ungeachtet des Begriffs lassen sich für den neuzzeitlichen Neoliberalismus historische Bezüge herstellen: Die Entwicklung enthält zum einen Elemente der klassischen Lehre, die im 18. Jahrhundert vom schottischen Nationalökonom Adam Smith begründet wurde und den Eigennutz der wirtschaftlichen Akteure und die Zurückhaltung des Staates in den Mittelpunkt stellte. Zum anderen ist sie vom Monetarismus beeinflusst, der vom US-amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde und von der Selbststabilisierung des privaten Wirtschaftssektors ausgeht. Der neuzzeitliche Neoliberalismus ähnelt diesen beiden historischen Lehren insbesondere darin, dass er dazu neigt, negative externe Effekte auf Gesellschaft und Umwelt zu verharmlosen und zu negieren.

Produktivität

Produktivität ist eine Messzahl für die Wirtschaftlichkeit (Effizienz) der Produktionsstruktur. Die Gesamtproduktivität sagt aus, welches Produktionsergebnis mit welchen Einsatzmengen an Produktionsfaktoren (Arbeit, Sachkapital, Grund und Boden, Rohstoffe, Energie, usw.) erzielt wird. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage der aktuellen Preise. Sie kann für einzelne Produkte, für Unternehmen und für ganze Volkswirtschaften durchgeführt werden. Im Falle einer Volkswirtschaft entspricht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dem Produktionsergebnis. Vereinfachend wird üblicherweise das gesamte Produktionsergebnis der Arbeit zugerechnet und dann als Arbeitsproduktivität bezeichnet.

Für eine einzelne Produktionsstätte wird zum Beispiel eine Arbeitsproduktivität von 2,6 Fernsehgeräten entsprechend einem Lieferpreis ab Fabrik von Euro 520 pro Arbeitsstunde ausgewiesen. Dabei ist zu beachten, dass das Ergebnis die Gesamtproduktivität ausweist und dementsprechend von allen Produktionsfaktoren beeinflusst ist. Wenn die Fernsehfabrik also beispielsweise in neue, schnellere Maschinen investiert, die einen höheren Geräteausstoß ermöglichen, steigt dadurch die ausgewiesene „Arbeitsproduktivität“, obwohl die Effizienz der Arbeiter, isoliert betrachtet, nicht zugenommen hat.

Generell ist zu beachten, dass die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich negative externe Effekte wie zum Beispiel gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Umweltbelastungen verursachen, deren Preise den Produktionsfaktoren meist nicht zugerechnet werden und somit die ausgewiesene Gesamtproduktivität fälschlicherweise erhöhen. Unter neoliberalen Verhältnissen haben die von wirtschaftlichen Aktivitäten ausgehenden negativen externen Effekte sowohl im sozialen Bereich – mit Massenarbeitslosigkeit und Armut – als auch im ökologischen Bereich – mit Schad-

stoffausstoß und Treibhauseffekt – ein bislang nicht gekanntes Ausmaß der existentiellen Gefährdung von Mensch und Natur angenommen (siehe auch unter *Scheinproduktivität*).

Ricardo-Theorem

David Ricardo hat 1817 als erster auf die theoretische Möglichkeit hingewiesen, dass Länder auch dann ihren Wohlstand im Handel miteinander steigern können, wenn sie technologisch ganz unterschiedlich weit entwickelt sind und ihre Produktivitäten entsprechend weit auseinanderliegen. Er hat das an einem einfachen Beispiel demonstriert: Großbritannien und Portugal produzieren beide für den eigenen Bedarf Tuch und Wein, allerdings mit sehr unterschiedlicher Produktivität. Großbritannien ist insgesamt das rückständige Land und produziert Tuch mit einem Faktoraufwand von 3 und Wein mit einem Aufwand von 6, Portugal benötigt dagegen nur einen Aufwand von 2 bzw. 3. Für die komparativen (relativen) Vorteile sind jedoch die Transformationsraten zwischen den Produkten maßgebend: In Großbritannien erfordert eine Einheit Tuch nur halb so viel Aufwand wie eine Einheit Wein. Das Land hat demnach bei Tuch mit einer Transformationsrate von $\frac{3}{6}$ gegenüber Portugal mit einer Rate von $\frac{2}{3}$ einen komparativen Vorteil. Portugal hat umgekehrt bei Wein einen komparativen Vorteil. Wenn sich nun Großbritannien auf Tuch und Portugal auf Wein spezialisiert, können beide Länder anschließend im Austausch bei insgesamt unverändertem Faktoraufwand mehr Produkte – also höheren Wohlstand – erlangen als unter den anfänglichen Bedingungen der Autarkie.

Ricardos Beispiel ist zwar rechnerisch korrekt, lässt sich aber aus mehreren Gründen nicht in die Praxis umsetzen: Erstens lassen sich nicht alle englischen Winzer zu Tuchmachern umschulen, was umgekehrt auch für Portugal gilt. Die beliebige Beweglichkeit von Arbeitskräften zwischen Sektoren und Branchen ist praktisch nicht durchführbar. Zudem erhöht jede Spezialisierung, in welchem Umfang sie auch gelingt, die Produktivität und erzeugt neben struktureller immer auch niveaubedingte Arbeitslosigkeit. Zweitens schränkt Ricardos Beispiel insgesamt die Vielfalt im Angebot ein, weil sowohl englische Weinspezialitäten als auch portugiesische Tuchspezialitäten endgültig vom Markt verschwinden. Drittens erweist sich jeder komparative Vorteil als voreilig, sobald produktivitätssteigernde Erfindungen gemacht werden, die den Neuaufbau einer stillgelegten Branche rechtfertigen. Viertens werden bei Ricardo die Innovationspotentiale für den Weinanbau in England und die für die Tuchherstellung in Portugal nach erfolgter Spezialisierung stark beschnitten. Fünftens müssen sich England und Portugal zu ewigem Tausch Tuch gegen Wein verpflichten, wollen sie nicht Gefahr laufen, dass einer von ihnen irgendwann seine Exportgüter mit einem dritten Land noch günstiger tauscht. England könnte dann auf seinem Tuch oder Portugal auf seinem Wein sitzen bleiben. Die Spezialisierungen wären nur mit großem Aufwand rückgängig zu machen und würden womöglich Engpässe in der Versorgung mit den Gütern der jeweils stillgelegten Produktion hervorrufen.

Die wahrscheinliche Entwicklung lässt sich in einem Gedankenspiel fortsetzen: Beide Länder könnten aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen mit den komparativen Vorteilen des Ricardo-Theorems geneigt sein, einer Freihandelszone beizutreten, um trotz Spezialisierung Versorgungsengpässe zu vermeiden. Da Freihandelszonen in einer Leitwährung abrechnen, wäre die bilaterale Tauscherei überwunden. An diesem Punkt der Entwicklung verschmelzen die Vorstellungen von Smith und Ricardo zu einer einheitlichen Ideologie der vollständigen wirtschaftlichen Spezialisierung: Es entscheiden nun endgültig nur noch die absoluten Produktivitätsvorteile darüber, welches Land sich auf welche Produktionen spezialisiert. Und da sich Produktivitätsvorteile nun zusätzlich durch Manipulationen von Wechselkursen gegenüber der Leitwährung, durch Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Löhnen, Sozial- und Umweltstandards sowie durch direkte staatliche Subventionen, also durch Dumping, erzielen lassen, kehren im Außenhandel umgehend anarchische Verhältnisse ein.

Damit wäre das von Ricardo inspirierte Gedankenspiel beim neuzeitlichen Neoliberalismus angelangt: Die Tendenz zur vollständigen Spezialisierung, ob sie von Smith ausgeht oder einen eher unwahrscheinlichen Umweg über Ricardo nimmt, legt eine große Vielfalt an menschlichen Innovationspotentialen lahm, verdammt mehr und mehr Menschen zum Nichtstun und zur Arbeitslosigkeit, zerstört gewachsene Wirtschaftsstrukturen, verhindert den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise und verringert die Vielfalt im internationalen Angebot. Fazit: Die globale Tendenz zur vollständigen Spezialisierung ist für den sozialen Ausgleich, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die weltweite gesellschaftliche Wohlfahrt ein Irrweg.

Scheinproduktivität

Die Aussagekraft der Produktivität einer bestimmten Produktionsstätte, eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft hängt davon ab, inwieweit die in die Berechnung eingehenden Produktionsfaktoren vollständig sind, bzw. ob die in die Berechnung eingehenden Preise alle von den Faktoren verursachten externen Effekte und deren Kosten enthalten. Externe Kosten können durch produktionsbedingte soziale und ökologische Belastungen entstehen, die aufgrund gegebener Gesetzeslagen nicht in die unternehmerischen Bilanzen und nicht in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingehen und dann zwangsläufig zu verdeckten volkswirtschaftlichen Kosten werden. Unter diesen Umständen weisen alle Berechnungen zu hohe, also falsche Produktivitäten, sprich: Scheinproduktivitäten, aus. Die Gesamtkosten einschließlich der externen Kosten können den Wert des Produktionsergebnisses übersteigen und ergeben dann eine negative Produktivität, die eine Wertevernichtung statt einer Wertschöpfung zur Folge hat. Volkswirtschaften, die es unterlassen, die von der Wirtschaft verursachten externen Kosten zu monetarisieren, zu erfassen und mittels dieser Daten steuernd in die wirtschaftlichen Prozesse einzugreifen, laufen Gefahr, ihre sozialen Strukturen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Die neoliberale Doktrin hat sich einen dementsprechend technokratischen, auf hochspezialisierte Massenproduktion fixierten Produktivitätsbegriff zu eigen gemacht, der die Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen als lästige Störfaktoren einstuft, deren betriebswirtschaftliche Kosten es mit allen Mitteln zu minimieren gilt. Dadurch wird zum einen der Mensch als Teilnehmender und Teilhabender aus dem Wirtschaftsprozess verbannt und büßt dabei sein Arbeitseinkommen ein, so dass er – rein ökonomisch gesehen – schließlich seine Rolle als Konsument, der den Wirtschaftskreislauf schließt, nicht mehr wahrnehmen kann. Zum anderen werden die natürlichen Ressourcen in einem weitgehend unumkehrbaren Prozess in den Zustand nutzlosen oder schädlichen Mülls verwandelt, so dass letzten Endes mit der Biosphäre auch die Wirtschaftskreisläufe aus dem Gleichgewicht geraten.

Die neoliberalen Fehlentwicklungen können nur innerhalb subsidiärer Wirtschaftsstrukturen vermieden werden, in denen sich eine sozial- und umweltverträgliche Arbeitsteilung und Spezialisierung ergibt, Einzel- und Massenproduktion koexistieren und vernetzt sind, die Teilnahme und Teilhabe der gesamten Erwerbsbevölkerung gegeben ist und die Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt kleinräumig und direkt wahrgenommen wird. So trägt auch die in subsidiär geschlossene Wirtschaftskreisläufe eingebundene Massenproduktion zu ökologischer Lebensqualität, zu Masseneinkommen und zu Wohlstand und Wohlfahrt bei.

Subsidiaritätsprinzip

Ein sozialetisches Prinzip, nach dem die Verantwortung für eine Aufgabe der jeweils kleinsten dazu befähigten Einheit auf der untersten dafür geeigneten Ebene zu übertragen ist. Das Prinzip zielt auf Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und die Entfaltung individueller und dezentraler Fähigkeiten. Es diente unter der ab 1948 in der Bundesrepublik verwirklichten Sozialen Marktwirtschaft dazu, den privaten Sektor nur bei denjenigen sozialen Verpflichtungen staatlicherseits zu unterstützen, die der Markt nicht optimal erfüllen kann. In der EU wurde mit den 1993 in Kraft getretenen Maastrichter Verträgen eine dem föderalen Prinzip entsprechende Subsidiarität formal etabliert in der Absicht, staatliche Entscheidungen möglichst bürgernah zu gestalten und die nationale Identität der Mitgliedstaaten zu wahren. Die praktische Umsetzung ist allerdings bislang an den zentralistischen Bestrebungen und den globalwirtschaftlichen Ambitionen der EU-Bürokratie gescheitert. Im Verfassungsentwurf der EU ist das Prinzip zwar nochmals erwähnt, wird aber gleichzeitig durch andere Bestimmungen mehrfach ausgehebelt.

Unter dem hier vertretenen Globalisierungsparadigma erfährt das Subsidiaritätsprinzip eine dreifache Anwendung: Erstens dient es dazu, die staatlichen Aufgaben gegenüber den privatwirtschaftlichen auf die Erbringung derjenigen öffentlichen Güter der Daseinsvorsorge zu begrenzen, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht zufriedenstellend erbracht werden – bei denen also der Markt versagt. Zweitens wird es als föderales Prinzip etabliert, unter dem die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung der jeweils tiefstmöglichen Ebene zufällt, auf der die Menschen

von der zu entscheidenden Sache direkt betroffen und in der Lage sind, sie eigenverantwortlich zu regeln. Drittens wird das Prinzip erstmals konsequent auf den öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor angewendet: Branchenspezifisch werden öffentliche wie private Wertschöpfung in einem ständigen Prozess mittels gesetzlicher und steuerlicher Maßnahmen immer wieder den jeweils kleinsten dazu befähigten Einheiten auf der jeweils untersten geeigneten Ebene zugewiesen. Dadurch ergibt sich – im Gegensatz zum neoliberalen Prinzip der endgültigen territorialen Verdrängung – eine sozialverträgliche, aus der Befähigung der wirtschaftlichen Akteure hergeleitete Arbeitsteilung und Spezialisierung, die der Garant ist für dezentrale Vielfalt und Verantwortung, horizontalen wie vertikalen Branchewettbewerb, sozial und ökologisch begründete Produktivität, ständige strukturelle Erneuerung und Fortschritt sowie unbeschränkte Möglichkeiten der Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben, das heißt: Vollbeschäftigung. Die subsidiäre Wirtschaftsstruktur bildet zugleich das stabile Fundament für internationalen Handel und Wettbewerb.

Technik und Technologie

Mit Technik werden alle Fertigkeiten, Verfahren und Einrichtungen bezeichnet, die zur Herstellung eines Produktes oder zur Erbringung einer Dienstleistung eingesetzt werden. Seit der industriellen Revolution steht der Begriff zudem allgemein für die Wissenschaft von der praktischen Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Zu beachten ist die allgegenwärtige Ambivalenz von Technik: Jede Technik kann sowohl Ambitionen stiften als auch Schaden anrichten. Die junge Disziplin der Technikfolgenabschätzung widmet sich der systematischen Bewertung der gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen neuer Technik und Technologie.

Im Unterschied zum Technikbegriff steht der Begriff Technologie im weitesten Sinne für eine ganzheitliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte einschließende Sichtweise der Wissenschaft von der Technik. Im engeren Sinne wurde mit dem Begriff ursprünglich nur die Lehre von der Verarbeitung von Rohstoffen zu technischen Produkten bezeichnet. Heute steht Technologie – dem angelsächsischen Sprachgebrauch folgend – entweder allgemein für die Wissenschaft von den Produktionsprozessen im Kontext ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, oder auch speziell für ein bestimmtes, wirtschaftlich bedeutendes Produktions- und Anwendungsgebiet. In jedem Fall umfasst der Begriff heute das Zusammenspiel aller Prozesse, Einrichtungen, organisatorischen und sonstigen Maßnahmen.

Die Ambivalenz des technischen und technologischen Fortschritts zeigt sich auch in der Gefahr einer im Laufe der Zeit zunehmenden Eigendynamik, die durch naive Technikgläubigkeit sowie steigende Ansprüche und Risikobereitschaft der wirtschaftlichen Akteure verursacht wird. Es bedarf einer wissenschaftlich fundierten Informationspolitik und politischen Steuerung, um die Risiken dieser ansonsten unvermeidlichen Entwicklung zu minimieren. Unter den gegenwärtig herrschenden neoliberalen Bedingungen werden die Steuerungsmechanismen aber zusehends ausge-

schaltet: Chancen und Risiken technischer und technologischer Neuerungen werden von den wirtschaftlichen Protagonisten im politikfreien transnationalen Raum in eigener Regie vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Erzielung globaler Wettbewerbsvorteile bewertet. Die sozialen und ökologischen Folgen bleiben ausgeklammert und führen schließlich zu Belastungen der öffentlichen wie auch der privaten Haushalte. Bei schwindendem wirtschaftspolitischen Einfluss der Nationalstaaten ist die in den 80er Jahren vielversprechend gestartete Technikfolgenabschätzung inzwischen zur Bedeutungslosigkeit verkümmert, und auch eine unabhängige, zukunftsgerichtete Technologieplanung steht nicht auf der politischen Tagesordnung.

Transnationale Konzerne

Aus multinationalen Unternehmen durch umfassende Kapitalbeteiligungen entstehende Konzerne, die nicht nur verteilte Produktionsstätten und Niederlassungen betreiben, sondern – global ausgerichtet und zentral organisiert – flexibel und mobil die unterschiedlichen regionalen Entwicklungen bei Produktionsfaktorkosten (einschließlich Arbeitskosten), Steuervorteilen, Rohstoff- und Technologiezugang sowie die damit verbundenen Marktchancen nutzen. Sie agieren bewusst auf der im Zuge der weltweiten Deregulierung der Märkte entstandenen transnationalen Ebene außerhalb nationalstaatlicher Regelungen, bedienen sich aber zugleich nationaler Ressourcen, einschließlich spezialisierter Zulieferer, die sie für ihre weltweiten Aktivitäten vernetzen und koordinieren. Dabei tragen sie wie keine andere Unternehmensform zur internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung und zum Volumen des Welthandels bei. Mit ihrer unternehmerischen Mobilität, die es gestattet, Produktionen und Arbeitsplätze jederzeit über Landesgrenzen zu verlagern, setzen sie nationale Regierungen gezielt unter Druck, um ihre Konditionen auf Kosten der Volkswirtschaften zu verbessern. Mit ihrer dadurch bedingten hohen Scheinproduktivität verursachen sie weltweite Wettbewerbsverzerrungen und beeinträchtigen und zerstören lokale, regionale und nationale Wirtschaftskreisläufe. Solange sie erfolgreich sind, bewirken sie weltweit mehr indirekten als direkten Arbeitsplatzabbau, wobei ihre Arbeitsplatzbilanz in den hochproduktiven Hochlohnländern durchgängig negativ ist. Der steigende Innovations- und Kostendruck im globalen Wettbewerb zwingt sie zur Produktion einheitlicher Massenprodukte und verleitet sie zu Fusionen und Beteiligungen mit der Gefahr von Oligopol- und Monopolbildungen. Im monopolartigen Endzustand ihrer jeweiligen Branche haben sie die Vielfalt am Markt sowie ihre eigene Innovationskraft und Produktqualität stark eingeschränkt und wenden sich schließlich einer willkürlichen Preispolitik zu.

Unternehmenskonzentration

Unternehmenskonzentrationen entstehen durch kernbildende Kapitalbeteiligungen zwischen Unternehmen oder durch vollständige Zusammenschlüsse von Unternehmen. Drei Formen der Konzentration sind zu unterscheiden: Die horizontale Konzentration, die zwischen Unternehmen erfolgt, die gleiche Produkte für denselben Markt herstellen und die auf Kostenvorteile

durch hohe Stückzahlen (Skalenvorteile) sowie auf Marktbeherrschung zielt. Die vertikale Konzentration, auch Integration genannt, die zwischen Unternehmen erfolgt, die bereits innerhalb einer Wertschöpfungskette (siehe auch dort) als Verkäufer und Käufer verbunden sind und die auf eine Reduzierung der dabei auftretenden Transaktionskosten zielt. Schließlich die diagonale Konzentration, auch konglomerate Fusion genannt, die zwischen Unternehmen erfolgt, deren Produkte und Märkte wenig Berührung haben und die auf Synergieeffekte unterschiedlichster Art sowie auf Risikobegrenzung durch Diversifikation und Mischkalkulation zielt.

Für alle Unternehmenskonzentrationen gilt: Sie führen in vielen Fällen zwar zunächst zu – scheinbaren – Effizienz- und Produktivitätssteigerungen, mit denen sie volkswirtschaftlich und gegenüber den Abnehmern und Konsumenten auch gerechtfertigt werden, die aber immer von negativen externen Effekten besonders auf Arbeitsmarkt und Umwelt begleitet sind, deren Auswirkungen nicht erfasst werden und die deshalb erst Jahre später überraschend und unerklärlich ins öffentliche Bewusstsein dringen. Grundsätzlich mindern Konzentrationen aber die Zahl der Wettbewerber, schwächen also den Wettbewerb und verführen letztlich die Unternehmen dazu, ihr Angebot zu verschlechtern und ihre Preise zu erhöhen, um höhere Gewinne zu realisieren.

Im Zuge der neoliberalen Globalisierung erfolgen Unternehmenskonzentrationen zunehmend grenzüberschreitend als multinationale und transnationale Unternehmen und Konzerne (siehe auch oben unter *Transnationale Konzerne*). Die Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, dass zum einen nationale und auch supranationale Fusions- und Kartellverbote nicht rechtzeitig durchgesetzt werden, weil die Exekutive davor zurückschreckt, vermeintliche Effizienzgewinne zu beeinträchtigen, zum anderen, weil die zuständigen Behörden wegen der zunehmenden Internationalisierung ihre Handlungsfähigkeit und Zuständigkeit einbüßen.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ist eine vom Statistischen Bundesamt zusammengestellte gesamtwirtschaftliche Statistik der Jahres-, Halbjahres- und Vierteljahresergebnisse. Den Kern bilden die Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnungen des Sozialprodukts, das vom Bruttoinlandsprodukt (inländische Wertschöpfung) über das Bruttonationaleinkommen (plus Einkommen aus der übrigen Welt) bis zum Volkseinkommen (Arbeits-, Unternehmens- und Vermögenseinkommen) dargestellt wird. In zusätzlichen Nebenrechnungen werden die Finanzierungsströme zwischen den Wirtschaftssektoren, die Produktionsverflechtungen, die Bestände an Sach- und Geldvermögen sowie die Transaktionen zwischen In- und Ausländern dargestellt.

Die VGR dient als Grundlage gesamtwirtschaftlicher Analysen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung sowie zur Herleitung angemessener wirtschaftspolitischer Steuerungsmaßnahmen. Bei zunehmender Globalisierung und schwindendem nationalstaatlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Konjunktur und Struktur lassen sich aus dem Zahlen-

werk der VGR aber immer seltener wirksame Maßnahmen ableiten. Überdies hat die VGR wegen fehlender sozialer und ökologischer Indikatoren für die gesellschaftliche Wohlfahrt und damit für eine effektive Zukunftssicherung praktisch keinen Aussagewert. Die Weiterentwicklung der VGR zu einem Wohlfahrtsindex ist bisher immer an vorgeblichen Problemen der Erfassung und Monetarisierung qualitativer Werte gescheitert.

Weltbank

1945 zusammen mit dem IWF auf der Grundlage des Bretton-Woods-Abkommens gegründete internationale Entwicklungsbank mit 183 Mitgliedsstaaten (2002), die gleichzeitig dem IWF angehören müssen. Die Weltbank vergibt Kredite mit Laufzeiten von 15 bis 30 Jahren für Infrastrukturmaßnahmen, wachstumsorientierte Armutsbekämpfung und marktwirtschaftliche Anpassungsprogramme. Die bisherige Praxis zeigt, dass die Kredite nicht dem Aufbau lokaler Wirtschaftsstrukturen dienen, sondern über sozial und ökologisch schädliche Großprojekte an westliche Industrieunternehmen (zurück-) fließen. Weltweit nimmt die Armut weiter zu und entlarvt das interessengesteuerte Konzept der Weltbank als untauglich zur Armutsbekämpfung.

Welthandelsorganisation (WTO)

1995 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) zur Gestaltung internationaler Handelsfreiheit für Güter, Dienstleistungen und geistiges Eigentum. Die WTO führt nach offizieller Darstellung die vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verfolgte Politik fort, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand durch internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung zu erzielen. In der bisherigen Praxis wird sie von den großen Industrieländern einseitig als Plattform zur Durchsetzung industrieller Interessen genutzt.

Wertschöpfung

Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung einer Periode entspricht der gesamten Produktion von Gütern und Dienstleistungen im Inland nach Abzug ausländischer Vorleistungen. Ermittelt wird sie vom Statistischen Bundesamt für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in *jeweiligen* Preisen als nominales Bruttoinlandsprodukt und in *konstanten* Preisen des Jahres 1995 als reales Bruttoinlandsprodukt.

Die Bruttowertschöpfung eines einzelnen Unternehmens oder eines Wirtschaftszweiges entspricht analog dazu der Differenz zwischen den Produktionswerten (Umsätzen) und den Vorleistungen (Zukäufen) einer Periode.

Die Wertschöpfung ist als eine von Konjunktur und Erträgen relativ unabhängige Bemessungsgrundlage bestens für die Besteuerung von Unternehmen geeignet. In einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung lassen sich mit einer Wertschöpfungssteuer die ertragsabhängigen, leicht zu manipulierenden und deshalb dem Gleichheitsgrundsatz widersprechenden Gewerbe- und Körperschaftssteuern ersetzen.

Wertschöpfungskette

Während die Wertschöpfung einer Branche oder eines Unternehmens als Gesamtbeitrag zum Volkseinkommen definiert ist, werden die miteinander verknüpften Aktivitäten innerhalb einer Branche oder eines Unternehmens als Wertschöpfungskette bezeichnet. Eine Kette setzt sich zusammen aus den einzelnen Gliedern der Primäraktivitäten, die beispielsweise von der Forschung und Entwicklung über die Produktion und den Vertrieb bis hin zur Wartung reichen, und den kettenübergreifenden Unterstützungsaktivitäten wie etwa dem internen Personal- und Informationsmanagement. Die Aktivitäten sind gemäß ihrer strategischen Bedeutung gegeneinander abgegrenzt, das heißt, jede Aktivität muss als Einzelprozess für sich allein im Wettbewerb bestehen können und entsprechend gestaltet werden. Im Wettbewerb bieten sich für Einzelprozesse wie auch für Unternehmen zwei grundsätzliche, sich gegenseitig ausschließende Strategien an: die leistungsmäßige Differenzierung und die Kostenführerschaft gegenüber den Mitbewerbern.

Der Standortwettbewerb der neoliberalen Globalisierung ermöglicht es multinationalen Unternehmen und transnationalen Konzernen, die Einzelprozesse ihrer Wertschöpfungsketten nach eigenem unternehmensstrategischen Ermessen zwecks Leistungsdifferenzierung oder Kostensenkung über den ganzen Globus zu verteilen und zu vernetzen. Dadurch bildet sich eine internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung, die weder sozial- noch umweltverträglich ist und die dazu tendiert, ganze Regionen wirtschaftlich auf einen einzelnen Arbeitsprozess festzulegen.

Wettbewerb

Wirtschaftlicher Wettbewerb findet auf Märkten statt, auf denen mindestens zwei Anbieter und zwei Nachfrager ihr Angebot bzw. ihre Nachfrage zu Lasten ihrer Mitbewerber durchzusetzen suchen. Das widerstrebende (antagonistische) Element des Wettbewerbs ist in marktwirtschaftlichen Systemen in eine Wettbewerbsordnung eingebettet, die für die ständige Aufrechterhaltung volkswirtschaftlich konstruktiver und produktiver Wettbewerbsanreize sorgt. Nur unter derart geregelten Verhältnissen lässt sich wirtschaftlicher Wettbewerb vorbehaltlos ethisch rechtfertigen.

Grundvoraussetzung zur Errichtung von Wettbewerbsordnungen sind politisch autonome Wirtschaftsräume, die ihre Binnenmärkte einheitlichen Bedingungen und Regeln unterwerfen und ihre wirtschaftlichen Außenbeziehungen souverän gestalten. Märkte sind demnach als imaginäre oder reale wirtschaftspolitische Territorien definiert, auf denen eine Wettbewerbsordnung uneingeschränkte Gültigkeit hat und somit Anbieter und Nachfrager unter einheitlichen und verbindlichen Wettbewerbsbedingungen aufeinandertreffen.

Wettbewerbsanreize werden hauptsächlich durch strukturelle Maßnahmen erzeugt und aufrechterhalten. Insbesondere, indem Unternehmenskonzentrationen (siehe auch dort) sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nachfragerseite verhindert und die wirtschaftlichen Aktivitäten gezielt in sozial und ökologisch sachgerechte, subsidiär arbeitsteilige Strukturen gelenkt, also

sinnvoll dezentralisiert werden. Dadurch bilden sich überschaubare bilaterale Polypole, das heißt, einer wettbewerbsgerechten Zahl von Anbietern steht eine ebensolche Zahl von Nachfragern gegenüber. Die derart ständig erneuerten Wettbewerbsanreize sorgen im überschaubaren Umfeld für Marktdisziplin, Umweltbewusstsein und allgemeine gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsgeschehen und sind der Motor für Kreativität, Fortschritt, Wohlstand und Wohlfahrt.

Für das neoliberale Wirtschaftssystem ist bezeichnend, dass sich unter seiner Doktrin der „Marktliberalisierung“ bestehende Wettbewerbsordnungen auflösen, die Marktteilnehmer sich im Verbund mit staatlichen Organen beliebiger Wettbewerbspraktiken bedienen, Unternehmenskonzentrationen zunehmen und die Märkte zu undefinierbaren, gesetzlosen Stätten verkommen, auf denen die Zerstörung des weltweiten Produktivkapitals einschließlich der menschlichen Arbeitskraft in einem beispiellosen Verdrängungswettbewerb unaufhörlich voranschreitet.

Wirtschaftsordnung

Eine Volkswirtschaft unterliegt normalerweise politisch souverän vereinbarten Regeln, deren Gesamtheit ihre Wirtschaftsordnung ausmachen. Die wesentlichen Funktionen dieser Regeln, die über Erfolg oder Misserfolg entscheiden, bestehen im zeitgemäßen Ausgleich der Zielkonflikte zwischen den privaten und staatlichen Interessen einerseits und dem menschlichen Ressourcenzugriff und dem Erhalt der Umwelt andererseits. Kurz gesagt: zwischen Markt und Staat sowie zwischen Mensch und Umwelt.

Eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung gründet sich auf eine Reihe von Maximen, die ihrerseits keiner weiteren Begründung bedürfen und auf die sich alle übergeordneten Ziele und Regeln zurückführen lassen. Zu diesen Maximen zählen das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung, das Recht auf Chancengleichheit, die Pflichten zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, Solidarität und Gerechtigkeit sowie die Pflicht zum Erhalt der belebten und unbelebten Natur.

Für den Ausgleich von Markt und Staat lässt sich an zwei historischen Beispielen verdeutlichen, welches Schicksal Wirtschaftsordnungen erwartet, denen dieser Ausgleich nicht gelingt oder die ihn nicht anstreben: Im angelsächsischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts wurde – basierend auf der These von Adam Smith: „Eigennutz schafft Gemeinnutz“ – der ungezügelte wirtschaftliche Egoismus des Menschen unterschätzt und es bildeten sich daraufhin unerträgliche Klassenunterschiede, die der nächsten extremen Ordnung den Weg bereiteten: dem Kommunismus. Dieser wiederum – ausgehend von der Marxschen These: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ – unterschätzte den für die Wirtschaft unverzichtbaren Antrieb menschlicher Eigeninitiative und scheiterte ebenfalls. Beide Extreme zeigen ein typisches Indiz ideologisch geprägter politischer Ordnungen, das den jeweiligen Untergang unausweichlich machte: Smith legte den Grundstein für ein unrealisti-

sches liberalistisches Menschenbild, während Marx noch einen Schritt weiterging und unterstellte, eine Veränderung der Verhältnisse würde einen neuen, vor allem uneigennütigen Menschen hervorbringen. Die schmerzlichen Erfahrungen, die im 19. und 20. Jahrhundert mit der praktischen Anwendung liberalistischer wie kommunistischer Denkrichtungen gemacht wurden, lassen keinen Zweifel daran, dass ein wirklichkeitsnahes Menschenbild eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer Wirtschaftsordnung ist.

Für die zweite Funktion, den Ausgleich zwischen Mensch und Umwelt, gibt es unzählige historische Beispiele der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, aber keines, das sich explizit auf eine ökonomische Theorie zurückführen ließe. Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft hat die Bedeutung dieses Ausgleichs bisher einfach ignoriert und betrachtet die Umwelt als kostenlose, unerschöpfliche Ressource und Subsystem der Wirtschaft. In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt: Die Wirtschaft ist ein Subsystem der natürlichen Umwelt, in dem die menschliche Existenz auf Gedeih und Verderb auf die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und Produktionsmittel angewiesen ist.

Da sich Beschädigungen der Atmosphäre, der Gewässer sowie des Gleichgewichts und der Vielfalt der Biosphäre nicht lokal begrenzen lassen, wird aus dem Umweltgebot ein globaler kategorischer Imperativ für alle Volkswirtschaften weltweit und ein zentraler Grundsatz für eine humane und zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung.

Die gegenwärtige neoliberale Wirtschaftsordnung ist in ihrem Wesen extremer als die erwähnten historischen Beispiele, und das in doppelter Hinsicht: Zum einen weist sie dem Menschen bezeichnenderweise die widersprüchliche Doppelfunktion eines austauschbaren Produktionsfaktors und zugleich beständigen Konsumenten zu, in der er sich den wechselnden Anforderungen der Arbeitsnachfrage zeitlich, geographisch und qualitativ anpassen und seinen Konsum an den Mengenvorstellungen der wirtschaftlichen Wachstumsziele ausrichten soll. Zum anderen betrachtet sie die natürlichen Ressourcen als unbegrenzt verfügbar, von untergeordnetem Wert und jederzeit mittels technologischer Verfahren regenerierbar.

Im fehlenden Interessenausgleich der neoliberalen Ordnung zwischen Markt und Staat wie zwischen Mensch und Umwelt liegt die Erklärung für die Schäden und unkalkulierbar hohen Kosten, die durch wirtschaftliche Aktivitäten unter ihrem Regime verursacht werden. Dabei produziert die Schieflage von Markt und Staat die auffälligsten Symptome (siehe auch *Statistische Trends*), während sich der mangelnde Ausgleich zwischen Mensch und Umwelt lokal unterschiedlich stark, insgesamt aber durch erste unübersehbare Anzeichen einer globalen Klimaveränderung bemerkbar macht. Es bedarf nur geringer prophetischer Gabe, um vorherzusagen, daß uns die sozialen wie die ökologi-

schen Auswirkungen mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb weniger Jahrzehnte nicht mehr beherrschbare Zustände bescheren werden – falls wir nicht entscheiden gegensteuern.

Wirtschaftsunion

Die Wirtschaftsunion ist – neben der Freihandelszone und der Zollunion – eines von drei Modellen zur regionalen Handelsliberalisierung. Beteiligte Volkswirtschaften schließen sich zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammen und harmonisieren ihre gesamte Außenwirtschafts-, Binnenwirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltpolitik. Im Zuge der Harmonisierung führen sie eine gemeinsame Währung ein und öffnen neben den Güter- und Dienstleistungsmärkten schließlich auch ihre Finanz- und Faktormärkte einschließlich des Arbeitsmarktes. Die Wirtschaftsunion ist folglich für die beteiligten Volkswirtschaften mit einer sehr weitgehenden Abtretung ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität verbunden. Beispiel für eine Wirtschaftsunion ist die Europäische Union (EU).

Die Tendenzen zu Wettbewerbsverzerrungen, Spezialisierungen, Macht- und Kapitalkonzentrationen sowie deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt sind in einer Wirtschaftsunion – abhängig von ihrer Sozial- und Umweltpolitik – zunächst dieselben wie in einer Zollunion oder einer Freihandelszone (siehe dort). Bei Einführung einer gemeinsamen Währung werden jedoch darüber hinaus die Wechselkurse zwischen den Volkswirtschaften quasi endgültig festgeschrieben, so dass auch Wechselkursanpassungen als letztes Mittel zur Kompensation von Produktivitätsunterschieden wegfallen. Offene Finanz- und Arbeitsmärkte ermöglichen schließlich die freie Allokation aller Produktionsfaktoren nach rein unternehmerischen Produktivitäts- und Renditegesichtspunkten. Die genannten Tendenzen und ihre Auswirkungen werden dadurch gewaltig verstärkt und verwandeln die Wirtschaftsunion letzten Endes in eine neoliberale Musterzone.

Zollunion

Die Zollunion ist – neben der Freihandelszone und der Wirtschaftsunion – eines von drei Modellen zur regionalen Handelsliberalisierung. Beteiligte Volkswirtschaften verpflichten sich, untereinander alle Zölle und Handelskontingente abzubauen und – im Unterschied zur Freihandelszone – zugleich die Zölle und Kontingente gegenüber Drittländern einander anzugleichen. Beispiel für eine Zollunion ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die als supranationale Körperschaft der Vorbereitung der Europäischen Union (EU) diente.

Die Tendenzen zu Wettbewerbsverzerrungen, Spezialisierungen, Macht- und Kapitalkonzentrationen sowie deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt sind in einer Zollunion dieselben wie in einer Freihandelszone (siehe dort).

Scheinargumente

Der weitverbreitete Glaube an das Gute im Neoliberalismus kommt nicht von Ungefähr: er ist das Ergebnis allgegenwärtiger Indoktrination, die eigennützigen wirtschaftlichen Motiven entspringt und darauf abzielt, im globalen Verdrängungswettbewerb den eigenen Vorteil durch sinkende Kosten und steigende Freiheitsgrade zu sichern. Um der Beeinflussung zu entgehen, ist es unerlässlich, die dahinter verborgenen falschen ökonomischen Vorstellungen wie auch den damit verbundenen elitären Anspruch auf Deutungshoheit zu erkennen und zurückzuweisen. Eine Auswahl häufig gehörter Argumente macht deutlich, wie weit neoliberale Gedankengut und neoliberale Vernebelung schon ins allgemeine Bewusstsein vorgedrungen sind:

(1) Die Probleme der Globalisierung lassen sich nur auf globaler Ebene lösen. In der WTO müssen Mindeststandards für Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltschutz vereinbart werden, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

Eine derartige Angleichung, die ja das gesamte binnenwirtschaftliche Gefüge eines jeden Landes einschließen müsste, ist bei den weltweit gegebenen großen Produktivitäts-, Kaufkraft- und Preisunterschieden weder ökonomisch noch politisch durchführbar bzw. durchsetzbar und würde überdies insbesondere am Eigennutz der Niedriglohnländer scheitern, die den größten Anreiz haben, die höheren Standards der Industrieländer zu unterbieten.

(2) Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer sichert die verbleibenden heimischen Arbeitsplätze.

Richtig ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen unter neoliberalen Bedingungen ohne Verlagerungen ins Hintertreffen geraten und einen noch schnelleren Arbeitsplatzabbau bewirken würde. Aufgrund des beständigen globalen Kostendrucks setzt sich der Verlagerungsprozess jedoch endlos fort und dehnt sich – dem Fortschritt der Schwellenländer folgend – Schritt für Schritt auf Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen aus. Kein einziger Arbeitsplatz kann demnach als auf Dauer gesichert eingestuft werden kann. Die Verlagerungen in Billiglohnländer bewirken lediglich eine Verzögerung des Abbaus der restlichen Arbeitsplätze.

(3) Der Arbeitsmarkt muss dereguliert und flexibilisiert werden, die Arbeitskosten, Steuern und Auflagen müssen gesenkt werden, um Wachstum zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit all diesen Maßnahmen lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen unter neoliberalen Bedingungen zwar vorübergehend steigern, jede Maßnahme trägt jedoch zugleich zur Verstärkung des globalen Kostendrucks bei und erzeugt, sobald sie vom steigenden Gegendruck eingeholt wird, umso mehr Arbeitslosigkeit sowie öffentliche und private Armut. Der neoliberale Teufelskreis lässt sich mit den geforderten Maßnahmen nicht durchbrechen.

(4) Je höher das Volumen des Welthandels ausfällt, desto höher sind die Wohlstandsgewinne für alle beteiligten Handelspartner.

Hohes neoliberales Handelsvolumen ist in erster Linie Indiz hoher internationaler Spezialisierung, die das Ergebnis hohen Kostendrucks infolge willkürlichen Dumpings ist – und nicht etwa produktionsbedingt sinnvoller Arbeitsteilung entspringt. Die Spezialisierung geht einher mit hohen Kapitalkonzentrationen, krisenanfälligen Monostrukturen, hohen umweltschädlichen Transportaufwendungen und fortschreitender lokaler, regionaler und nationaler De-Industrialisierung mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten. Bei zunehmender Ungleichverteilung steht eine wachsende Zahl von Wohlstandsverlierern einer schrumpfenden Zahl von Gewinnern gegenüber.

(5) Unsere einzige Chance als Hochlohnland im Wettbewerb mit Niedriglohnländern sind Innovationen und Wachstum im Export.

Produkt- und Prozessinnovationen stärken unter neoliberalen Bedingungen zwar vorübergehend die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sie erhöhen aber auch deren Scheinproduktivität auf Kosten von Arbeitsplätzen und Umwelt. Zudem provoziert eine hohe Exportabhängigkeit unter dem Kostendruck globaler Märkte ständige Verlagerungen inländischer Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Je weiter sich ein Land dem globalen Wettbewerb öffnet, je innovativer es im neoliberalen Sinne und je exportabhängiger es ist, und je mehr es folglich seine internen Wirtschaftskreisläufe unterbricht und vernachlässigt, desto stärker gerät es in den Strudel des verheerenden neoliberalen Teufelskreises.

(6) Die wirtschaftliche Produktivität ist heute so hoch, dass genug für alle Menschen da ist. Die Güter müssen nur gerechter verteilt werden.

Die neoliberale Produktivität ist, wie gesagt, eine Gesellschaft und Umwelt belastende Scheinproduktivität, die Werte vernichtet, Volksvermögen aufzehrt und deshalb unweigerlich auf ihr natürliches Ende zusteuert. Das sind schlechte Voraussetzungen für Verteilungsgerechtigkeit. Zudem würde eine „gerechte“ Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zunächst einen Primat der Politik über die Wirtschaft voraussetzen, der sich dann dem industriellen Eigennutz entgegenstellen und dabei zwangsläufig die hohe Scheinproduktivität beenden müsste – alles in allem also eine durch neoliberale Blendwerk entstandene und unter neoliberalen Verhältnissen illusorische Vorstellung. Und überhaupt muss sich Verteilungsgerechtigkeit aus Beschäftigungsgerechtigkeit ergeben, also aus Teilnahme- und Teilhabegerechtigkeit im Wirtschaftsleben, nicht jedoch aus mildtätiger Alimentierung.

(7) Wir sind zu träge und bequem geworden. Wir müssen einfach den Gürtel enger schnallen und mehr leisten, dann wird es auch wieder bergauf gehen.

Ein hochgradig populistisches Argument, das von unternehmerischer Seite gestreut wird, um den Boden

für unbezahlte Mehrarbeit und Niedriglöhne zu bereiten. Es zielt einzig darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit im gegebenen neoliberalen Umfeld durch sinkende Arbeitskosten zu stärken. Bei steigender neoliberaler Scheinproduktivität und damit sinkendem nationalen Arbeitsvolumen lässt sich die systembedingte Dauerdepression mit hoher Arbeitslosigkeit schwerlich durch Sekundärtugenden wie Genügsamkeit und Fleiß überwinden.

(8) Wir können nicht davon leben, uns gegenseitig die Haare zu schneiden.

Ein gern von Politikern vorgetragener populistischer Spruch, mit dem suggeriert werden soll, wir könnten unsere Zukunft nur sichern, indem wir mit unserer Aus- und Weiterbildung nicht beim Haarschneiden stehen bleiben, sondern sie im weltweiten Vergleich überdurchschnittlich auf die Belange der neoliberalen Wirtschaft ausrichten, um damit zu einem hohen nationalen Technologieniveau, kapitalintensiver Produktion und entsprechender industrieller Wettbewerbsfähigkeit beizutragen. Der Spruch verschweigt, dass die im Zuge des neoliberalen Verdrängungswettbewerbs entstehende internationale Spezialisierung schon heute eine ungenügende Nachfrage am Arbeitsmarkt verursacht, die weder in Menge noch Struktur mit dem natürlichen Angebot an Neigungen und Fähigkeiten in der Bevölkerung übereinstimmt, und dass dieser Zustand ständig verschlimmert wird, indem die grenzüberschreitende Verlagerung von Arbeitsplätzen sukzessive auf das gesamte Spektrum an Berufsbildern und Qualifikationen ausgedehnt wird.

(9) Der Staat muss in der gegenwärtigen Rezession schuldenfinanzierte Investitionsprogramme in die Wege leiten, mit denen Arbeitsplätze gesichert und die Arbeitseinkommen erhöht werden, um so die Konsumnachfrage zu beleben und zum Aufschwung beizutragen.

Investitionsprogramme können im gegenwärtigen Stadium der neoliberalen Globalisierung keine durchgreifende Wirkung mehr entfalten, weil der globale Wettbewerb lokale, regionale und nationale Wirtschaftskreisläufe bereits unterbrochen oder zerstört hat. Die Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur, mit denen nur ein Strohfeuer entfacht wurde, und die seither weitgehend ungenutzt in der Landschaft stehen, sind dafür das beste Beispiel. Zudem befindet sich die Wirtschaft nicht in einer klassischen Rezession, wie sie bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts unter der Wirtschaftspolitik souveräner Nationalstaaten periodisch auftrat, sondern in einer historisch einzigartigen, neoliberalen Dauerdepression mit hoher Arbeitslosigkeit, in der die überlieferten Instrumente der Konjunktur- und Stabilitätspolitik ihre Wirkung versagen.

(10) Die Politik ist die falsche Adresse, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen – da ist allein die Wirtschaft gefordert.

Dies ist eine für neoliberale Wirtschaftspolitiker typische, taktisch motivierte Bankrotterklärung, mit der sie versuchen, die souveränen und demokratisch legitimierten wirtschaftspolitischen Vollmachten des Staates

zu leugnen und sich persönlich aus ihrer Verantwortung für die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regeln zu stehlen – oder anders ausgedrückt: der Deregulierung Tür und Tor zu öffnen und die wirtschaftspolitischen Vollmachten an die EU, die WTO oder gleich direkt an die Wirtschaft zu übertragen. In Wirklichkeit sind die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ausschließlich von der souveränen politischen Gestaltung und Durchsetzung einer Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung abhängig, das heißt, vom Primat der lokalen, regionalen und nationalen Politik über die lokale, regionale und nationale Wirtschaft.

(11) Lassen wir doch den Markt darüber entscheiden, ob gentechnisch veränderte Lebensmittel eingeführt werden sollen.

Eine schlitzohrige Aussage von Industrievertretern, mit der sie suggerieren wollen, die Machtverhältnisse zwischen Verbrauchern und Produzenten seien unter neoliberalen Bedingungen so ausgeglichen, dass sich der Verbraucherwille am Markt jederzeit unverfälscht durchsetzen könne. Bezweckt wird mit dieser Aussage lediglich eine unkonditionierte Freigabe gentechnisch veränderter Produkte, die es den global agierenden Konzernen anschließend erlaubt, die Märkte mittels vorübergehendem Preisdumping endgültig mit diesen Produkten zu besetzen und zugleich die Landwirtschaft in die Abhängigkeit industriell erzeugten Saatguts zu bringen.

(12) Die Unternehmen erfüllen ihren sozialen Auftrag bereits mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die sozialen Lohnnebenkosten sind deshalb eine unzumutbare Mehrbelastung und müssen abgebaut werden.

Eine Forderung unternehmerischer Interessenverbände, die der Logik des Kostendrucks im globalen Wettbewerb folgt und mit der versucht wird, Produktionskapital und seine Gewinne in die uneingeschränkte Verfügungsgewalt unternehmerischer Entscheider zu überführen. Verzerrt werden dabei zwei Tatbestände: Erstens ist die Bereitstellung von Arbeitsplätzen kein Auftrag, der sich an eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe richtet, sondern eine Funktion, die der Steuerung durch die Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung unterliegt und in diesem Rahmen der freien Entscheidung aller Wirtschaftssubjekte überlassen bleibt. Jeder Bürger kann jederzeit unternehmerisch tätig werden und Arbeitsplätze anbieten und es jederzeit auch unterlassen. Zweitens gewinnt der Unternehmer zwar Verfügungsgewalt über das mit Hilfe von Arbeitnehmern und nationalen Ressourcen aufgebaute Produktionskapital, aber er ist auch zugleich verpflichtet, das Kapital dort zum Wohle aller Beteiligten einzusetzen, wo es seinen Ursprung genommen hat – seine Verfügungsgewalt ist also mit Ortsgebundenheit und Sozialpflichtigkeit verbunden, nicht jedoch mit einem Recht auf soziale Enteignung. Der Sozialpflichtigkeit des Produktionskapitals wird sowohl durch eine teilweise kapitalabhängige Unternehmensbesteuerung als auch durch unmittelbare kapitalbezogene Leistungen an die Arbeitnehmer genüge getan.

(13) Industrielle Direktinvestitionen in unterentwickelten Ländern sind die beste Entwicklungshilfe.

Direktinvestitionen global agierender Unternehmen sind für unterentwickelte Länder von zweifelhaftem Nutzen. Denn in der Regel sind sie nicht in einen schlüssigen Entwicklungsplan eingebunden, sondern entspringen eigennützigem Abmachungen zwischen fremden Unternehmern und nationalen Machteliten. Mit diesem Geburtsfehler behaftet, zielen diese Investitionen auf isolierte Produktionen von Exportgütern, die wertvolle Ressourcen binden, ohne zum Aufbau lokaler Wirtschaftskreisläufe und landesspezifischer Arbeitsplätze beizutragen, und die nach Belieben wieder ab-

gezogen werden, sobald sich für die globalen Akteure günstigere Standorte anbieten. Langfristig fördern Direktinvestitionen in unterentwickelten Ländern unter neoliberalen Bedingungen die Ungleichverteilung bis hin zur ausgeprägten Zweiklassengesellschaft mit isolierten, exportorientierten Industriebetrieben auf der einen und verwahrlostem wirtschaftlichen Primärsektor auf der anderen Seite. Die meisten lateinamerikanischen Länder sind Opfer dieser Art von Entwicklungshilfe geworden.

Statistische Trends

Eine Auswahl der Daten des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) gibt Einblick in die verheerenden Auswirkungen, die von der neoliberalen Globalisierung allein in unserem Lande verursacht werden:

(1) Der reale Anteil am Volkseinkommen aus abhängiger Beschäftigung ist zwischen 1982 und 2002 von 78,8 auf 73,2 Prozent zurückgegangen, während der Anteil aus Gewinn- und Vermögenseinkommen von 21,2 auf 26,8 Prozent gestiegen ist.

(2) Die realen Nettolöhne und Gehälter sind von 1991 bis 2002 um 0,1 Prozent gesunken, die realen Nettogewinn- und Vermögenseinkommen haben dagegen um 23,2 Prozent zugelegt. Das Gesamteinkommen von Arbeitnehmerhaushalten bestand 2002 lediglich zu 7,8 Prozent aus Gewinn- und Vermögenseinkommen, das von Selbständigenhaushalten zu 91,5 Prozent.

(3) 2002 sind bei steigender Gesamtbevölkerung 240.000 Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen, 2003 haben sich die Verluste auf 392.000 Stellen erhöht – insgesamt der stärkste Rückgang seit 10 Jahren. Erstmals seit der Wiedervereinigung war 2003 auch der angeblich zukunftsträchtige Dienstleistungsbereich rückläufig.

(4) 2003 hatten von den 32,1 Millionen abhängig Beschäftigten 77,6 Prozent eine Vollzeitstelle und 22,4 Prozent einen Teilzeitjob. Im Jahre 1991 lag dieses Verhältnis noch bei 86 zu 14 Prozent. Die existenzsichernden Vollzeit Arbeitsplätze sind auf dem Rückzug.

(5) 2002 hatten bei einer Erwerbsbevölkerung von 56,5 Millionen (alle Personen von 15 bis unter 65 Jahren) 38,4 Millionen eine Beschäftigung. Das entspricht einer Erwerbsquote von nur 68 Prozent, während Vollbeschäftigung bei einer Quote von 90 Prozent erreicht wird – jedenfalls, wenn Männer und Frauen gleichgestellt sind. Die Differenz von 22 Prozentpunkten weist

unter dieser Bedingung auf über 12 Millionen fehlende Arbeitsplätze hin.

(6) 2003 betrug die durchschnittliche Lebensarbeitszeit nur noch 38 Jahre, 1960 waren es dagegen noch 50 Jahre. Jeder Bürger nimmt bei der heutigen Lebenserwartung nur noch während seiner halben Lebenszeit am Erwerbsleben teil und muss die restliche Zeit mit gesellschaftlichen Transferleistungen versorgt werden. Die darin zum Ausdruck kommende Unterbeschäftigung ist unfreiwillig und äußert sich in Jugendarbeitslosigkeit, künstlich verlängerten Ausbildungszeiten – Stichwort: Zweitstudium – sowie in Altersarbeitslosigkeit und Frühverrentung.

(7) 2003 haben nur 564.500 Jugendliche oder knapp 60 Prozent des Ausbildungsjahrgangs einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Das sind 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr bei zugleich 2 Prozent mehr Schulabgängern. 1992 wurden noch 722.000 Verträge angeboten und eine Quote von 70 Prozent erreicht.

(8) 2003 hatten von den unter 20-Jährigen, die abhängig beschäftigt waren, 35 Prozent einen befristeten Arbeitsvertrag, bei den 20 bis 24-Jährigen waren es 24 Prozent und bei den 25 bis 29-Jährigen noch 15 Prozent. 1991 betrug die Anteile in den drei Altersgruppen nur 21, 12 bzw. 9 Prozent.

(9) Laut Eurostat ist die Armut (bis 60 Prozent des Durchschnittseinkommens) von 1997 bis 2000 in den alten Bundesländern von 10,3 auf 10,7 Prozent und in den neuen Ländern von 14,1 auf 14,8 Prozent angestiegen.

(10) 2002 lebten eine Million Kinder unter 18 Jahren von Sozialhilfe. Das entspricht einem Anteil von 37 Prozent unter den 2,7 Millionen Sozialhilfeempfängern. Der Deutsche Kinderschutzbund schätzt, daß sich durch die für Anfang 2005 geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Zahl dieser Kinder auf 1,5 Millionen erhöhen wird.

Quellennachweis

Hans-Böckler-Stiftung, www.boeckler.de

Deutscher Kinderschutzbund e.V. (DKSB), www.kinderschutzbund.de

Eurostat Data Shop Berlin, www.eu-datashop.de

Jochen Schemel, Aufsätze und Leserbriefe, 2003 und 2004

Statistisches Bundesamt Deutschland, www.destatis.de

SiemensWelt, Mitarbeitermagazin der Siemens AG

Ernst U. von Weizsäcker, Erdpolitik, Darmstadt 1989, 3. Aufl. 1992

Gerd Zeitler, Manuskript „Globalisierung und Vollbeschäftigung“, 2004

Hinweis zur Rechtschreibung: Mangels eindeutiger offizieller Rechtschreibregeln haben wir uns beim Schreiben dieser Broschüre von guter Lesbarkeit und Verständlichkeit leiten lassen. Die sinn- und betonungsgerechte Zusammenschreibung, die Kleinschreibung der für die Erfassung des Sinns unbedeutenden substantivisch gebrauchten Wortarten sowie die strukturierende Interpunktion, denen wir uns verpflichtet fühlen, entsprechen weitgehend der alten Rechtschreibung. Dagegen haben wir uns bei der Schreibung von ss und ß für die unserer Meinung nach einfachere Regelung der neuen Rechtschreibung entschieden.